
215/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 25. Sitzung vom 26. April 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen

25. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 26. April 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

9.22 Uhr – 18.05 Uhr

Wien, 2012 04 26

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

25. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 26. April 2012

Gesamtdauer der 25. Sitzung
9.22 Uhr – 18.05 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(25. Sitzung; Donnerstag, 26. April 2012)

<i>Dr. Karl PETRIKOVICS</i>	3
<i>Dr. Martina POSTL</i>	53
<i>Mag. Jürgen KRIEGER</i>	83
<i>Dr. Heinrich TRAUMÜLLER</i>	118

Beginn der Sitzung: 9.22 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 25. Sitzung des Untersuchungsausschusses **medienöffentlich**, begrüßt alle Anwesenden und wendet sich sogleich der **ersten Auskunftsperson** zu.

Auskunftsperson Dr. Karl Petrikovics

9.23

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir beginnen nun mit der Anhörung von Herrn Dr. Petrikovics.

Nachdem die Vertreter der Medien ausreichend Zeit hatten, Fotos und Filmaufnahmen zu machen, ersuche ich sie, den Saal zu verlassen.

Ich mache auch die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Petrikovics, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsch Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet Dr. Karl Petrikovics. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Dr. Petrikovics, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich komme jetzt zur Belehrung Ihrer **Vertrauensperson**, die wir ja bereits kennen. Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Otto Dietrich**. Ihr weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Otto Dietrich als Vertrauensperson auszuschließen ist, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, und dieser wird mich dann, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Wir können damit zur Befragung von Herrn Dr. Petrikovics übergehen.

Herr Dr. Petrikovics, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnminütigen Erzählung dem Ausschuss darzulegen? *(Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Dr. Petrikovics das Wort.)*

Auskunftsperson Dr. Karl Petrikovics: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf im Vorfeld Ihrer Fragen ein paar einführende Bemerkungen machen.

Der Grund für meine Anwesenheit hier ist das sogenannte **BUWOG-Verkaufsverfahren**. Diese Verkürzung nur auf die BUWOG ist irreführend; auch sonst wird über diesen Geschäftsfall oft Irrführendes gesagt und geschrieben.

Im Jahre 2004 standen insgesamt **fünf Bundeswohnungsgesellschaften** zum Verkauf. Gemeinsam verkauft wurden dann die Gesellschaften WAG, EBS, ESG und BUWOG. Für uns von der **Immofinanz** war wegen ihres Wien-Schwerpunktes immer nur die Gesellschaft **BUWOG**, etwa ein Drittel des Gesamtvolumens, von Interesse.

Auf Initiative der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich wurde im zweiten Halbjahr 2003 das sogenannte **Österreich-Konsortium** gebildet, um diese vier Gesellschaften für das Konsortium zu erwerben. Dieses Konsortium – bestehend aus dem Konsortialführer Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, der Wiener Städtischen, der Hypo Oberösterreich, der Oberösterreichischen Versicherung und uns – bekam schließlich auch den Zuschlag um 961 Millionen €.

Die Immofinanz erhielt die BUWOG, die RLB Oberösterreich und die anderen Partner, die beiden oberösterreichischen Gesellschaften WAG und EBS, die ESG in Kärnten wurde zirka im Verhältnis 55 : 45 aufgeteilt, und – dazu komme ich noch – die Immofinanz hat die ESG dann komplett übernommen.

Es gibt immer wieder falsche Darstellungen über die Führung dieses Konsortiums. Faktum ist, Konsortialführer war die **RLB Oberösterreich** – und nicht die Immofinanz. Die Kommunikation mit den relevanten Stellen erfolgte **ausschließlich** über die RLB Oberösterreich.

Ich darf aus dem RLB-Geschäftsbericht 2004 zitieren, Seite 33 – Zitatbeginn –:

Ein Konsortium mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich an der Spitze erwarb im Vorjahr die vier Bundeswohnungsgesellschaften, insgesamt rund 58 000 Wohnungen. – Zitatende.

Und der Halbjahresbericht 2004 der RLB Oberösterreich beschreibt das auf Seite 2 neben einem großen Foto von Scharinger und Grasser nicht ohne Stolz so – Zitatbeginn –:

Die vier Bundeswohnungsgesellschaften mit insgesamt 58 000 Wohnungen bekommen neue Eigentümer. Der Verkauf durch das von der RLB Oberösterreich angeführte Österreich-Konsortium wurde kürzlich auch formell abgeschlossen. – Zitatende.

So viel zur Präzisierung der Rollen innerhalb des Konsortiums.

Die Teilnahme am Österreich-Konsortium war aus unserer Sicht sinnvoll, da die Immofinanz erstens den Kaufpreis für alle vier Gesellschaften nicht alleine hätte aufbringen können und zweitens ein Erwerb aller vier Gesellschaften weder regional noch strategisch ins Unternehmensportfolio gepasst hätte.

Aus Sicht der Immofinanz kann man eindeutig feststellen, dass es sich beim Erwerb der für uns interessanten Gesellschaft BUWOG nicht nur um den größten Geschäftsfall der Geschichte gehandelt hat, sondern dies auch von großem Vorteil war. Der BUWOG-Quadratmeter wird von der Immofinanz momentan betont vorsichtig mit 1 000 € bewertet. Soweit Wohnungen bereits verkauft wurden, sind sogar durchschnittlich 1 738 € je Quadratmeter erzielt worden. Der Einkaufspreis lag bei rund 500 €. Der Vermögenseffekt ist somit deutlich höher als 1 Milliarde €, aus der Sicht der Immofinanz also ein großer Erfolg.

Zur Rolle des Herrn **Hochegger**. Peter Hochegger kannte ich seit Anfang der neunziger Jahre. Damals war Hochegger sicher einer der bekanntesten und renommiertesten Berater mit der größten Agentur des Landes. Nachdem uns Herr Hochegger seine Dienste in dieser Sache angeboten hatte und davon auszugehen war, dass sich andere potenzielle, vor allem internationale Bieter auch professionell beraten lassen würden, war aus damaliger Sicht seine Beauftragung in so einem Projekt eine Notwendigkeit zum Wohl des Unternehmens.

Für unseren Teil des Projektes haben wir Hochegger sofort beauftragt, um uns seine Dienste zu sichern. Da wir aber nur einer von mehreren Partnern im Österreich-Konsortium waren, verwies ich Herrn Hochegger an die RLB Oberösterreich, konkret an den Vorstand Starzer. Hochegger kontaktierte die RLB Oberösterreich und führte, wie mir Starzer damals erzählt hat, in der Folge laufend direkte Gespräche mit der RLB Oberösterreich.

Wie kam es nun dazu, dass die Immofinanz am Ende die gesamte Provision für die RLB Oberösterreich an Hochegger überwiesen hat:

Für mich war der auf die Immofinanz entfallende Anteil des Honorars völlig außer Streit. Nach einiger Zeit, und zwar im Rahmen der Verhandlungen über den Ankauf des 45 Prozent-Anteils der ESG im Jahr 2005, kontaktierte mich RLB-Oberösterreich-Vorstand Starzer. Auf sein Ersuchen wurde dann bezüglich des RLB-Oberösterreich-Anteils des Hochegger-Honorars vereinbart, dass es zu folgender Gegenrechnung kommt: Die Immofinanz kaufte RLB Oberösterreich den 45 Prozent ESG-Anteil zum ursprünglichen Kaufpreis und nicht zum mittlerweile höheren Kaufwert ab. Im Gegenzug übernimmt die Immofinanz auch den RLB-Anteil des Hochegger-Honorars.

Zur Höhe des **Hochegger-Honorars** möchte ich Folgendes festhalten: Es handelte sich dabei um eine rein **erfolgsbasierende** Honorarvereinbarung, das heißt, es gab für

uns keinerlei finanzielles Risiko. 1 Prozent des Kaufpreises nur bei Projekterfolg – ein im Immobiliengeschäft völlig normaler und alltäglicher Vorgang, denken Sie etwa an den Berufsstand der Makler.

Zu den Leistungen Hoheggers kann ich Folgendes festhalten: Durch einen Berater wie ihn konnte man an für das Konsortium wichtige Informationen gelangen: etwa, welche Mitbewerber es gibt, wer welche Berater, welche Wirtschaftsprüfer, welche Anwaltskanzlei et cetera engagierte.

Hohegger unterstützte auch ausdrücklich die Strategie eines politisch ausgewogenen Österreich-Konsortiums. Hohegger war für uns auch ein Garant dafür, dass wir im Fall negativer Berichterstattung in den Medien professionell agieren konnten. Es war auf jeden Fall gut, ihn an unserer Seite zu haben.

Von Hohegger kam auch die spätere Information, dass das Österreich-Konsortium **mehr** als 960 Millionen bieten sollte. Diese Information habe ich unmittelbar nachdem ich davon Kenntnis erlangte, an Herrn RLB-Vorstand Starzer vom Konsortialführer RLB Oberösterreich weitergeleitet. Mich selbst hat der Gesamtkaufpreis für alle vier Gesellschaften nur bedingt interessiert, da die Immofinanz ja nur an einer Gesellschaft und nur an diesem Kaufpreisanteil interessiert war.

Außerdem musste ja jeder Konsortialpartner für sich kalkulieren, um welchen Betrag er bereit war, das ursprüngliche Angebot zu erhöhen. Erst danach wurde alles im Konsortium zu einer Gesamtzahl addiert. Mit anderen Worten: Die Einzelteile bedingten das Ganze – und nicht umgekehrt.

Noch ein Wort zum **Kaufpreis**. Heute ist oftmals zu hören, das sei für die öffentliche Hand **kein** gutes Geschäft gewesen. – Das ist sicherlich falsch, da der Bund sicher kein so guter Immobilien-Asset-Manager sein kann wie wir als privatwirtschaftlich agierende Unternehmen. Es wäre aus meiner Sicht dem Bund nie gelungen, die Immobilien so zu entwickeln, wie es dann der Fall war. Außerdem war das Gebot des Konsortiums evidentermaßen das höchste Gebot aller Mitbewerber.

Abschließend ist es mir noch ein Anliegen, festzuhalten, dass ich während des gesamten Projekts ausschließlich Kontakt zu Herrn Hohegger hatte. Herrn Meischberger kenne ich bis heute nicht und habe von seiner Involvierung erst durch Medienberichte im Jahr 2009 erfahren. Den damaligen Finanzminister Grasser habe ich in meinem ganzen Leben bestenfalls viermal gesehen, davon ganze zweimal im Zusammenhang mit dem Erwerb der Bundeswohnungen, und zwar nach dem Zuschlag: beim Signing und beim Closing-Dinner.

Mit diesen Ausführungen möchte ich nun schließen und stehe Ihnen für Ihre Fragen zur Verfügung. Ich bitte Sie aber um Verständnis, dass erstens der Geschäftsfall acht Jahre her ist und mir daher nicht mehr jedes Detail präsent ist und dass ich zweitens zu konkreten Fragen hinsichtlich des laufenden Strafverfahrens von meinem Entschlagsrecht Gebrauch machen werde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Jarolim das Wort.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke, Herr Petrikovics, für diese umfassende Darlegung. Das hilft uns sicher, in der Sache weiterzukommen. Es gibt natürlich noch jede Menge andere Fragen.

Die erste, die ich stellen möchte, ist – Sie haben es ja angesprochen –, dass Sie mit dem Herrn Hohegger eine Vereinbarung abgeschlossen haben. Nach Aktenlage ist das am 2. Juni erfolgt.

Können Sie uns vielleicht sagen: Wie ist es konkret zu dieser Vereinbarung gekommen? Was war das Gespräch davor? Was war Inhalt dieser Vereinbarung, und wie wurde die dann gelebt?

Dr. Karl Petrikovics: Der Vertrag mit Herrn Hohegger ist viele Wochen vorher mündlich geschlossen worden, am 2. Juni wurde er dann schriftlich festgehalten, und sein Auftrag war, uns – der Vertrag, über den wir jetzt hier sprechen, wurde ausschließlich für den Teil der Immofinanz abgeschlossen – im gesamten Bieterprozess entsprechend zu beraten. *Abg. Dr. Jarolim: der Vertrag wurde ausschließlich ...?)* – Der Vertrag wurde ausschließlich für **den Teil** abgeschlossen, der von der **Immofinanz** erworben werden sollte oder würde, weil damals ja immer noch so ein bisschen im Schwange war, ob Einzelgesellschaften verkauft werden, ob das aufgeteilt wird. Das war ja bis zum Schluss immer so ein bisschen offen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Verstehe ich das richtig, dass die Prämie nur dann zusteht und insofern zusteht, als die Immofinanz die BUWOG erwirbt – oder wie?

Dr. Karl Petrikovics: Die Honorarvereinbarung war rein erfolgsorientiert und **erfolgsbasierend**. Es hat geheißen, dass nur für den Fall, dass wir den Zuschlag erhalten sollten, und zwar für **diesen Teil**, der unmittelbar an uns geht – „uns“ ist die Immofinanz, nicht das Konsortium –, das Honorar fällig ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber wie kommen Sie dann eigentlich dazu, wenn Sie mehr oder weniger den für sich jetzt relevanten Teil vereinbaren, dass Sie dann andere an dieser Vereinbarung beteiligen? Ich habe das jetzt so verstanden: Sie sagen, Sie haben eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach für den Fall, dass Sie die BUWOG bekommen – andere Gesellschaften sind ausgeschlossen und nicht relevant – die Provision fließen soll. *(Dr. Petrikovics: Korrekt, ja!)* – Das heißt, dass die anderen Gesellschaften, die ja da Gegenstand waren und die von dem ganzen Volumen her ein nicht unbeträchtlicher Teil waren, eigentlich dann in der Honoraraufteilung, die nach Ihren Ausführungen bestand, **nicht** zu berücksichtigen sind. *(Dr. Petrikovics: Richtig!)* – Wie sollte das Honorar dann quasi den einzelnen Partizipanten des Konsortiums zugerechnet werden?

Dr. Karl Petrikovics: Für den Teil, der nicht die Immofinanz betroffen hat, habe ich den Herrn Hohegger an die RLB Oberösterreich verwiesen, und meines Wissens hat er diesbezüglich auch die entsprechenden Gespräche geführt. *(Abg. Dr. Jarolim: Mit wem?)* – Meines Wissens – so hat es mir zumindest Dr. Starzer erzählt – mit Herrn Dr. Starzer.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber das heißt, dass der Vertrag, den Sie abgeschlossen haben, mehr oder weniger keine – unter Anführungszeichen – „Regressforderung“ de facto inhaltlich für Sie bedeutet hat, sondern Sie haben gemeint, alles andere, was da Gegenstand ist, macht euch aus, das ist nicht meine Angelegenheit.

Dr. Karl Petrikovics: Richtig. Für den Teil, der nicht an die Immofinanz geht, wobei primäres Ziel, wie schon gesagt, die Gesellschaft **BUWOG** war – und nicht WAG, EBS oder ESG.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wissen Sie noch, was die BUWOG vom Wert her im Gesamtvolumen ausgemacht hat?

Dr. Karl Petrikovics: Da muss man jetzt, glaube ich, differenzieren zwischen Gesellschaftsanteilen, diesem Bundesdarlehen; das ist faktisch ein anderes Kapitel.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, es wird wenig Leute im Land geben, die sich so gut auskennen mit der Kalkulation wie Sie. Daher frage ich Sie auch.

Dr. Karl Petrikovics: Mit der detaillierten Kalkulation vielleicht nicht so sehr, aber ich würde schätzen, was rein die Geschäftsanteile betrifft, dass die BUWOG alleine in etwa ein gutes Drittel des Gesamtvolumens war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Heißt das, dass die 960 000 € für dieses eine Drittel der BUWOG vereinbart wurden?

Dr. Karl Petrikovics: Nein. Wenn Sie sich den Vertrag durchlesen, sehen Sie: Es wurde eingeschränkt in diesem Vertrag mit Herrn Dr. Hohegger, dass wir für den auf uns entfallenden Kaufpreisanteil ein Honorar entrichten, und gedacht war da – das war damals im Frühjahr 2004 – an die Gesellschaft **BUWOG**. Die war, wie ich schon ausgeführt habe, das Ziel, das wir erwerben wollten. Die Constantia/Immofinanzgruppe und im konkreten Fall die Immofinanz hätten weder die finanziellen Mittel gehabt, alle vier Bundeswohnungsgesellschaften zu kaufen – in der Anfangsphase waren es sogar fünf –, jedenfalls die vier endgültigen Bundeswohnungsgesellschaften zu kaufen. Und zweitens: Aufgrund unserer Portfolio-Aufteilung hätte das für uns aufgrund des Oberösterreich-Anteils bei WAG und ESG und der Lage der Wohnungen nicht ins Portfolio hineingepasst.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Waren die 960 000 €, die Sie ja dann letztlich bezahlt haben oder deren Bezahlung Sie veranlasst haben, der Betrag, der für den BUWOG-Erwerb gemäß Vertrag mit Hohegger zustand – oder war das mehr?

Dr. Karl Petrikovics: Nein, das war das Ergebnis der Kaufpreisverhandlungen mit der RLB Oberösterreich, dort im konkreten Fall mit Herrn Dr. Starzer, wie wir den 45-Prozent-Anteil der RSG, der dem Konsortium RLB Oberösterreich, Oberösterreichische Versicherung, Oberösterreichische Hypo und Städtische gehört hat, übernommen haben.

Im Rahmen dessen wurde dann die Vereinbarung getroffen, dass wir zum ursprünglichen Kaufpreis, den der Bund erhalten hat, die Anteile **prozentuell** übernehmen – das waren 100 Prozent, wir haben davon rund 45 Prozent gekauft –, dann, dass wir im Gegenzug dafür, dass wir die Wertsteigerung, die inzwischen feststellbar war, bei diesem Kauf nicht honorieren, dass wir im Gegenzug den Anteil der RLB Oberösterreich ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das haben Sie schon ausgeführt.

Kann man sagen, dass Sie in eine Art Vorlage getreten sind, indem Sie die Zahlung dieser Summen ...?

Dr. Karl Petrikovics: Nein, das kann man nicht, denn die Zahlungen für diesen Anteil sind erst nach Kauf des ESG-Anteils erfolgt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim: Also die 960 000 € waren nur für die BUWOG, oder für mehr? (*Dr. Karl Petrikovics: Nein, die 960 000 € ...!*) – Ich frage Sie jetzt noch einmal.

Sie sagen, Sie haben mit Hohegger einen Vertrag abgeschlossen und haben ihm gleichzeitig gesagt, er soll zur Landesbank Oberösterreich gehen, um dort mehr oder weniger sein Glück zu versuchen, allenfalls eine adäquate gleichartige Lösung für die Beteiligungen, die dort gekauft werden, als Konsortialführer oder wie auch immer zu

erwerben. Das heißt, das teilt sich. Sie zahlen aber dann einen Betrag aus, der, so wie es sich darstellt, ein Betrag ist, der über die Anteile der BUWOG hinausgehend eine Berechnungsgrundlage hat. (*Dr. Petrikovics: Ja!*)

Und jetzt möchte ich ganz gerne wissen, wie es dazu kommt, dass Sie von der seinerzeit vereinbarten Berechnungsgrundlage mit dem Herrn Hohegger letztlich durch die Privatbank einen doch höheren Betrag ausbezahlen lassen.

Was ist die Idee dahinter gewesen? Was hat Sie dazu veranlasst? Und wie war da der Vereinbarungstext?

Dr. Karl Petrikovics: Ja! Wie bereits ausgeführt, war das ein Teil der Kaufpreisvereinbarung für den Erwerb des 45 Prozent-Anteils an der ESG.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ist aber dann mehr oder weniger das, von dem Sie sagen, das haben Sie sich dadurch wieder hereingeholt?

Dr. Karl Petrikovics: Nein. Das war ein **Teil** der Vereinbarung. Die Vereinbarung mit der RLB Oberösterreich hat geheißen, die Immofinanz kauft die 45 Prozent zum ursprünglichen Kaufpreis in etwa ein Jahr später, weil das Ganze ja dann im Herbst 2005 erst passiert ist, die Wertsteigerung in der ESG wird nicht angesetzt, und dafür übernehmen wir – man könnte jetzt juristisch wahrscheinlich „untechnisch“ sagen – für die RLB Oberösterreich die Zahlung an Hohegger.

Also für uns war die Zahlung an Herrn Hohegger Teil des Kaufpreises für die ESG.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben mit der Raiffeisenlandesbank sicher eine schriftliche Vereinbarung abgeschlossen. (*Dr. Petrikovics: Das war ...!*)

Daher: Steht dort ausdrücklich drinnen, dass Sie für die Raiffeisenbank diese Zahlung tätigen?

Dr. Karl Petrikovics: Nein. Das war eine mündliche Vereinbarung zwischen Starzer und mir.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wann ist die denn ungefähr abgeschlossen worden?

Dr. Karl Petrikovics: Das muss vor Abschluss des Kaufvertrages für die ESG gewesen sein. Das muss irgendwann im Spätsommer/Frühherbst 2005 gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Starzer sagt bei seinen Einvernahmen das Gegenteil. Das wird Sie nicht verwundern, aber: Ist es für Sie erklärbar?

Dr. Karl Petrikovics: Für mich ist es nicht erklärbar, denn wenn ich mit einem Vorstand der RLB Oberösterreich eine Vereinbarung treffe und die Verträge in weiterer Folge auch so abgeschlossen werden, dann würde ich davon ausgehen, dass er sich erinnern kann.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wann haben Sie das erste Mal mit Herrn Starzer Kontakt aufgenommen – im Verhältnis zur Kontaktaufnahme mit Herrn Hohegger?

Dr. Karl Petrikovics: Herr Dr. Starzer hat mich – und damit die Immofinanz – irgendwann im Spätherbst 2003 kontaktiert und eingeladen – nicht nur uns, sondern diverse andere –, ob wir nicht Interesse an einem Konsortium für den Erwerb der Bundeswohnungen hätten. Das war für die Immofinanz fast ein Gottesgeschenk, weil uns immer klar war, wir können uns **nur** die BUWOG leisten – die **Gesellschaft BUWOG**, nicht die vier Bundeswohnungsgesellschaften! –, und außerdem von unserer Portfolio-Strategie **nur** die BUWOG interessant war.

Also: Hätte Starzer uns nicht kontaktiert, hätten wir an diesem gesamten Prozess gar nicht teilgenommen. Die Alternative für uns wäre maximal gewesen, sich mit irgendeinem Ausländer zu verbinden, was aber mit Sicherheit bedeutet hätte, dass wir nicht isoliert die BUWOG hätten übernehmen können, sondern dass wir das Gesamte, nämlich alle vier Bundeswohnungsgesellschaften, in einer Relation mit dem ausländischen Partner hätten teilen müssen, was für die Immofinanz aber wieder bedeutet hätte, dass wir genau diese regionale Verteilung oder Allokation nicht erreicht hätten (*Dr. Jarolim: Sie haben ein genaues Zielobjekt gehabt und !*), weil wir dann halt, ich weiß nicht, 20 Prozent an allem gehabt hätten und nicht isoliert die Gesellschaft **BUWOG**, die ihren Schwerpunkt in Wien hat, und unser Fokus war primär **Wien**.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wann war die Kontaktaufnahme mit Herrn Hochegger das erste Mal? Sie haben es uns ja vorhin schon dargestellt. Aus der Aktenlage wird erkennbar, dass auch die Behauptung aufgestellt wird, Sie hätten ihn anlässlich eines Hahnenkamm-Schirennens kennengelernt, und zwar insofern – jetzt unter Anführungszeichen –, als der Herr Grasser gemeint hätte, Sie sollen sich an ihn wenden“.

Dr. Karl Petrikovics: Wo würde das stehen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das steht in der Aussage! Ich kann es Ihnen dann zeigen.

In der Zusammenfassung heißt es, es gibt einen Sport-Event, bei dem Sie sich eingefunden haben und bei welchem Ihnen vom Herrn Grasser nahegelegt worden ist, sich an den Herrn Hochegger zu wenden, wenn Sie Interesse an der BUWOG hätten. (*Dr. Petrikovics: Also, soweit ich ...*) – St. Moritz. Entschuldigen Sie! St. Moritz war das. Am 29.3. 2004.

Dr. Karl Petrikovics: Ja, aber da würde ich Sie bitten, jetzt das Protokoll vorzulesen, denn so steht es nicht im Protokoll.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das kann ich Ihnen dann gleich vorlesen. Am 29.3.2004!

Es wurde Ihnen ja in diesem Zusammenhang auch vorgehalten, dass es Rechnungen über Unterkünfte gibt – aber das mache ich gerne in der zweiten Runde –, die Sie bezahlt haben, die auch darlegen, dass Sie dort waren.

Und da gibt es einen Vorhalt, wonach Sie dort ein Gespräch gehabt hätten mit dem damaligen Minister Grasser, der Sie darauf hingewiesen hätte, dass Sie mit dem Herrn Hochegger Kontakt aufnehmen können, wenn Sie Interesse an der BUWOG haben.

Keine Erinnerung daran?

Dr. Karl Petrikovics: Also das entspricht in keinsten Weise den Tatsachen!

Wovon Sie sprechen, ist eine Kundenveranstaltung der Constantia Privatbank, die in St. Moritz stattgefunden hat, wo Top-Kunden eingeladen waren, und wo der damalige Minister Grasser und der ehemalige deutsche Minister Späth jeweils Referate gehalten haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie müssen ja durch den Aufsichtsrat gehen, wenn Sie solche Geschäfte abschließen.

Was war da die Mitteilung? Und was war denn insbesondere im Zusammenhang mit der Prämie Hochegger der Antrag an den Aufsichtsrat?

Dr. Karl Petrikovics: Als wir in das Konsortium eingestiegen sind, wurde das dem Aufsichtsrat berichtet. Bei dieser Gelegenheit habe ich ihm auch berichtet, dass wir einen Berater haben werden. Und das wurde vom Aufsichtsrat entsprechend zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie sich irgendwelche Summen genehmigen lassen? – Das ist ja **der** größte Verkauf in Österreich schlechthin gewesen! Es ist undenkbar, dass Sie **nicht** einen Aufsichtsratsbeschluss in der Hand haben, mit dem Sie sich auf den Weg begeben.

Was ist da drinnen gestanden?

Dr. Karl Petrikovics: Nachdem ich keinerlei Zugang zu den Unterlagen der Constantia Privatbank habe (Abg. Dr. Jarolim: Sie waren der Vorstand!) noch Aufsichtsratsprotokolle habe und die, die ich hatte, bei der Staatsanwaltschaft liegen, habe ich keinen Einblick in diese Unterlagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber kann das wirklich sein, dass Sie bei einer derart großvolumigen Transaktion nicht wissen, worüber Sie den Aufsichtsrat – das ist doch einer der ganz wesentlichen Aspekte für den Vorstand – davor und danach informiert haben?

Dr. Karl Petrikovics: Darf ich Sie erinnern, dass das jetzt mehr als acht Jahre her ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber es begleitet Sie ja doch schon über einige Jahre, und ich denke, dass Sie schon das eine oder andere Mal ... – Es sind ja auch allenfalls Haftungsfragen, die dahinter stehen, relevant.

Dr. Karl Petrikovics: Ja, aber Tatsache ist, wir haben keinen Zugang zu den Aufsichtsratsunterlagen, und die, die es gibt, befinden sich bei der Immofinanz.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Können Sie sich vorstellen, dass wir Ihnen das – in Kenntnis der Umstände – wirklich glauben?

Dr. Karl Petrikovics: Ja, es ist nur so Tatsache.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na gut. – Die eigentliche Leistung des Vertrages war sohin die Bekanntgabe eines Bieterpreises, mit dem Ziel, ihn zu überbieten.

Kann man das so zusammenfassen?

Dr. Karl Petrikovics: Nein, das kann man sicherlich nicht so zusammenfassen. Die Vereinbarung war mit Herrn Dr. Hohegger – und jetzt müssen wir uns an das Jahr 2004 erinnern, und nicht an das, was wir in den letzten Jahren in den Zeitungen gelesen haben. Im Jahr 2004 war Hohegger der Eigentümer der größten Kommunikationsagentur dieses Landes, mit vielen Mitarbeitern, mit einem Netzwerk zu den Meinungsbildnern dieses Landes, zu den Opinionleadern und zu den Medien. (Abg. Dr. Jarolim: Ja, das ist uns bekannt!) Und Auftrag war, uns bei einem Prozess zu unterstützen, der ja vorher in dieser Form in Österreich meines Wissens nie stattgefunden hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage, denn die 7 Minuten sind abgelaufen!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ganz konkret: Zur Leistungserbringung im gegenständlichen Fall gehörte jedenfalls die Bekanntgabe einer Ziffer, eines Preises.

Ist das richtig oder ist das falsch?

Dr. Karl Petrikovics: Dr. Hochegger hat mir die Zahl „960“ genannt, und ich habe sie an den Konsortialführer RLB Oberösterreich weitergegeben. Wie ich Ihnen in meinem Einleitungsstatement ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): War für Sie damit die Leistung von Hochegger erbracht?

Dr. Karl Petrikovics: Die Honorarvereinbarung mit Hochegger war **erfolgsabhängig!** (Abg. Krainer: Wann?)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wann ist das erfolgt? Wann konkret ist Ihnen die Zahl bekannt gegeben worden?

Dr. Karl Petrikovics: Den genauen Tag kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, mir geht es als allerersten Punkt darum, herauszuarbeiten: War Herr Hochegger ein Berater – oder war er möglicherweise etwas ganz anderes? Was er möglicherweise war, darauf das werden wir dann gleich kommen.

Wer hat den Kontakt zwischen Hochegger und Ihnen aufgenommen?

Dr. Karl Petrikovics: Hochegger hat mich irgendwann im Laufe – ich würde einmal vermuten April, oder so – des Jahres 2004 kontaktiert, dass er uns diese Beratungstätigkeit zur Verfügung stellen könnte. Wenn ich mich richtig erinnere – und ich bilde mir ein, dass es richtig ist –, dann hat es aber **bereits** 2003 mit dem Hochegger einmal ein Gespräch gegeben, da war die ganze Bundeswohnungsverkaufsgeschichte ja noch nicht genau definiert. Damals hat eine Werbeagentur, die Werbeagentur von Hochegger für Immofinanz und Constantia Privatbank die Werbung gemacht, und ich bilde mir ein, mich daran zu erinnern, dass wir uns damals im Rahmen eines Gespräches über die Werbung unterhalten haben, wie könnte denn ein Mitbieten sein. Und da kam von ihm schon damals die Idee – und das ist ganz interessant, dass das parallel war –, dass man sich auf jeden Fall als **österreichischer** Bieter präsentieren musste. Herr Hochegger hat damals dringend davon abgeraten, sich da mit irgendwelchen Ausländern zusammenzutun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, aufgrund der Akten, aufgrund Ihrer Einvernahme, aufgrund aller anderen Dokumente, wissen wir eh ziemlich genau, was inzwischen passiert ist.

Erstens: Nicht Sie kontaktieren den Herrn Hochegger und sagen: Um Gottes Willen, ich kenne mich überhaupt nicht aus, ich brauche die Beratung eines PR-Spezialisten! – der sich in solchen Sachen übrigens auch nicht auskennt –, sondern der Herr Hochegger meldet sich bei Ihnen. Sie haben das in Ihrer Einvernahme auch ganz klar gesagt:

„HOHEGGER hat mich am Beginn des Bieterverfahrens kontaktiert und Lobbyingdienste angeboten.“

Das ist aus Ihrer „10. Beschuldigtenvernehmung“ vom 9. November 2009.

Wenn Herr Hochegger auftaucht und Lobbyingdienste anbietet – das erleben wir ja hier in diesem Ausschuss nicht zum ersten Mal –, stellt sich immer die Frage:

Erstens: Wer hat ihn geschickt?

Und zweitens: Warum gerade zu Ihnen?

Bleiben wir einmal bei der ersten Frage: Wer hat Hochegger zu Ihnen geschickt?

Dr. Karl Petrikovics: Woher sollte ich das wissen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, Sie hätten ihn ja fragen können.
(Dr. Petrikovics: Warum sollte ich?)

Wie oft passiert es Ihnen, dass es bei Ihnen im Büro in der Bankgasse klingelt, Sie machen auf, und da steht ein bekannter Lobbyist und sagt: Ich habe gehört, Sie haben vor, da irgendwo mitzubieten, ich müsste Sie dringend beraten!

Wie oft passiert Ihnen das?

Dr. Karl Petrikovics: In meiner Tätigkeit – jetzt vielleicht nicht für Lobbyisten – ist mir das nicht so selten passiert. Wie viele Investmentbanken vor der Tür stehen und einen beraten wollen, das möchte ich gar nicht aufzählen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sich gefragt, warum Sie Herr Dr. Hohegger da jetzt so dringend beraten will?

Dr. Karl Petrikovics: Wir sind damals vor einer Situation gestanden, die für **uns** neu war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie sich gefragt, wer hat den geschickt?

Dr. Karl Petrikovics: Ich wäre nicht einmal auf die Idee gekommen, zu fragen, ob ihn jemand **geschickt** hätte!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum ist er zu Ihnen gekommen – und nicht zum Konsortialführer?

Dr. Karl Petrikovics: Ich bin davon ausgegangen, dass er zu mir aus zwei Gründen kommt: Erstens, weil er für uns als Werbeagentur damals auch tätig war, da hat es einen laufenden Geschäftskontakt gegeben. Und zweitens, dass er bereits seit Anfang der neunziger Jahre – ich kenne ihn seit Anfang der neunziger Jahre, damals im Zusammenhang, wie das Mietengesetz ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, ich habe Sie gefragt, warum er zu Ihnen kommt und nicht zum Konsortialführer!

Dr. Karl Petrikovics: Dann würde ich Sie bitten, Herrn Dr. Hohegger zu fragen. Für mich war es nicht unlogisch, dass er zu mir kommt, weil ich ihn schon viele Jahre gekannt habe. Die Tätigkeit, die er damals in den neunziger Jahren für uns ausgeübt hat, war eigentlich recht zufriedenstellend. Und wir waren mit der Werbeagentur Hohegger damals sehr zufrieden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie ein Mandat vom Konsortialführer, mit Herrn Dr. Hohegger da eine Vereinbarung abzuschließen?

Dr. Karl Petrikovics: Als Dr. Hohegger zu mir gekommen ist, habe ich ihn darüber informiert, dass es ein Konsortium gibt, dass Konsortialführer die RLB Oberösterreich ist, und habe ihn zur RLB Oberösterreich, ganz konkret zu Dr. Starzer, geschickt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was hat Ihnen dann Dr. Starzer gesagt in Bezug auf Dr. Hohegger, wie Sie mit dem umgehen sollen?

Dr. Karl Petrikovics: Der hat mir gar nichts gesagt. Dr. Hohegger war mit dem Herrn Starzer in Kontakt; das haben mir sowohl Starzer als auch Hohegger bestätigt. Und ich habe dann – wie ich schon ausgeführt habe – aufgrund der Überlegung, dass ja die längste Zeit immer noch nicht klar entschieden war, wie der Prozess sein wird, einmal für unsere Seite die Vereinbarung getroffen.

Die RLB Oberösterreich-Seite war Sache der RLB Oberösterreich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben *nicht* für „unsere Seite“ eine Vereinbarung getroffen – Sie sollten da wirklich genau sein –, sondern Sie haben für das **gesamte Konsortium** eine Vereinbarung getroffen!

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe für das gesamte Konsortium **keine** Vereinbarung getroffen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kennen Sie die Abrechnung? Zum Schluss über das eine Prozent?

Dr. Karl Petrikovics: Ich kenne den Vertrag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja zum Schluss abgerechnet worden aufgrund ... (*Dr. Petrikovics: Da habe ich ...!*) – Nein, Herr Petrikovics, es ist zum Schluss aufgrund dieses Vertrages abgerechnet worden.

Wie viel ist Herrn Hohegger für seine Dienste bezahlt worden?

Dr. Karl Petrikovics: Herr Dr. Pilz, da muss ich Ihnen widersprechen. Es ist nicht aufgrund des Vertrages abgerechnet worden. Im Vertrag steht klar und deutlich drinnen:

Wir verpflichten uns, den auf die Immofinanz entfallenden Kaufpreisanteil als Basis für das Honorar zu nehmen.

So steht es in dem Vertrag drinnen, den die Immofinanz unterschrieben hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie viel ist Herrn Dr. Hohegger bezahlt worden?

Dr. Karl Petrikovics: Wie ich im Rahmen der Untersuchungen dann festgestellt habe, 9,9 Millionen € – weil offensichtlich im Rechnungswesen ein Irrtum passiert ist und ihm zu viel bezahlt wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist das zurückverlangt worden?

Dr. Karl Petrikovics: Von wem hätte ich es zurückverlangen. Dieses „zu viel“? Oder wovon sprechen Sie jetzt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, es geht darum:

Es ist in diesem Vertrag ein Erfolgshonorar von 1 Prozent des Zuschlages vereinbart worden.

Dr. Karl Petrikovics: Nein. Sie haben ihn ja vor sich. – Vereinbart in diesem Vertrag ist 1 Prozent auf den auf uns – in diesem Fall die Immofinanz – entfallenden Anteil. So steht es handschriftlich ausgebessert drinnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es stimmt, es ist eine handschriftliche Ausbesserung drinnen. Ich lege es Ihnen gerne vor, damit Sie das selbst vorlesen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Karl Petrikovics: Hier steht: „des von Ihnen“ – und „Ihnen“, nachdem der Vertrag geschlossen ist zwischen Immofinanz und Valora, also „Ihnen“ ist die Immofinanz – entrichteten anteiligen Kaufpreises“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. – Haben Sie dann das anteilige Erfolgshonorar ausbezahlt?

Dr. Karl Petrikovics: Wir haben unseren anteiligen Teil ausbezahlt, in Raten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kommen wir zu dem zurück, was die Aufgabe des Herrn Hohegger war. – Zur Überzahlung, zu diesen 300 000 € plus, kommen wir ja dann später noch.

Herr Hohegger wird, von wem auch immer, geschickt. Herr Hohegger hat die Aufgabe, sagen Sie, Lobbying zu machen – und, und, und –, Sie zu beraten.

Welche Leistungen hat Herr Hohegger nachweislich erbracht? Gibt es da irgendwelche Papiere, gibt es da irgendwelche Unterlagen, gibt es da irgendetwas, was die Tätigkeit, die Beratungstätigkeit des Herrn Hohegger dokumentiert?

Dr. Karl Petrikovics: Es hat wöchentliche Termine mit dem Dr. Hohegger gegeben. Es hat mehrmals in der Woche Telefonate gegeben. Und er hat das geliefert, was für uns von hohem Interesse war. Zum Beispiel, wer sind andere Mitbieter, wie werden die beraten, und, und, und, und ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben den Vertrag mit Herrn Hohegger am 2. Juni 2004 geschlossen – zwei Tage, bevor die ersten Anbote in einer Notariatskanzlei geöffnet worden sind.

Was hat Herr Dr. Hohegger zwischen 2. und 4. Juni für Sie an Beratungsleistungen geleistet?

Dr. Karl Petrikovics: Dieser Vorhalt ist nicht korrekt. Der Vertrag wurde ja schon Wochen vorher **mündlich** geschlossen. Dass er schriftlich am 2. Juni festgehalten wurde, hat ja mit ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben einen schriftlichen Vertrag vom 2. Juni, zwei Tage vor Anbotsöffnung. Wir haben keine Hinweise darauf, dass der Vertrag vorher geschlossen worden ist. Das behaupten Sie, das ist ja durchaus möglich. Aber ein gültiger, ein rechtsgültiger schriftlicher Vertrag liegt seit dem 2. Juni vor.

Welche Leistungen von Herrn Dr. Hohegger sind in dieser Zeit dokumentierbar?

Dr. Karl Petrikovics: Aber ein mündlicher Vertrag ist genauso gut wie ein schriftlicher Vertrag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schon richtig, und wir werden Herrn Dr. Hohegger auch dazu befragen. Wir haben derzeit nur den schriftlichen vom 2. Juni.

Welche Leistungen von Dr. Hohegger können Sie dokumentieren?

Dr. Karl Petrikovics: Die, die ich Ihnen gerade genannt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche Bieter hat Hohegger Ihnen genannt?

Dr. Karl Petrikovics: Was weiß ich, Blackstone und so weiter.

Wir haben heute den 26. April 2012 – wir sprechen jetzt über den April 2004, das ist acht Jahre her. Ich gehe nicht davon aus, dass irgendeiner der Anwesenden heute ad hoc und im Detail erzählen könnte, was er vor acht Jahren an einem Tag besprochen hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, es geht schon um einen wichtigen Punkt: Wenn Dr. Hohegger bereits vor den Anbotsöffnungen wusste, wer die anderen Bieter sind, dann wusste er auch interne Details aus dem Bieterverfahren, die ihm normalerweise **nicht** zugänglich sein dürften.

Sie haben selbst Namen genannt. Haben Sie Herrn Dr. Hohegger gefragt, auf welche – zwischen Klammern: ungesetzliche – Art und Weise er diese Informationen

erhalten und an Sie weitergegeben hat? – Das waren interne Informationen aus einem laufenden Bieterverfahren, wo die Angebote noch nicht einmal **geöffnet** waren.

Haben Sie ihn gefragt, woher er auf ungesetzliche Art und Weise diese Informationen erhalten hat? – Das waren ja ungesetzlich erhaltene Informationen!

Dr. Karl Petrikovics: Nachdem Dr. Hohegger Eigentümer der größten Kommunikationsagentur war, mit einem Riesenstab an Leuten und einem Riesen Netzwerk, und alle Anbieter, die sich mit dem Thema intensiv beschäftigt haben, von Beratern beraten wurden, von Anwälten, von Wirtschaftsprüfern – das war die Phase nach der Due-Diligence-Prüfung der Bundeswohnungsgesellschaften; da waren von den diversesten Beratern große Stäbe beschäftigt, die Bewertungen durchgeführt haben, die rechtliche Überlegungen zum Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz angestellt haben, und, und, und –, bin ich aufgrund der Position eines Dr. Hohegger davon ausgegangen, dass man, wenn man über diesen Hintergrund wie er verfügt, solche Informationen irgendwie und irgendwann bekommen hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ein wichtiger Punkt. Dieses Bieterverfahren läuft unter **Ausschluss der Öffentlichkeit**. Die Öffentlichkeit wird im laufenden Verfahren weder informiert, wer ein Angebot abgegeben hat, noch, nachdem es noch nicht geöffnet ist, wie hoch die einzelnen Angebote sind, wie sie sachlich begründet sind.

Sie wollen im laufenden nichtöffentlichen Bieterverfahren offensichtlich wissen: Erstens: Wer sind die Bieter, wer sind die Konkurrenten? – Obwohl Ihnen diese Information nicht zusteht. Und direkt danach: Gibt es da irgendwelche Limits, und gibt es irgendwelche Möglichkeiten, nachdem Sie und Ihre Gruppe unterlegen sind, in eine zweite Runde zu kommen und da mit irgendeinem Instrument – über das wir dann noch reden werden, nämlich diese 960 Millionen € – einen anderen Bieter, einen bereits besser bietenden Konkurrenten zu schlagen?

Wir sind jetzt noch beim allerersten Punkt. Sie haben eine einzige Leistung von Dr. Hohegger genannt, nämlich dass er Ihnen die Namen von Bietern, die öffentlich nicht bekannt waren, also von Konkurrenten, nennen konnte.

Haben Sie Dr. Hohegger gefragt, woher er diese Informationen hat? – Sie müssen sich ja darauf verlassen können, dass das die richtigen Informationen sind. Da kann ja jeder kommen und sagen: Es ist der und der! – und dafür kassieren. Sie als Geschäftsmann müssen ihn ja fragen: Herr Dr. Hohegger, ich bezahle Sie, ich muss mich auf Ihre Information verlassen können, daher: Von wem haben Sie diese Information? Warum kann ich mich darauf verlassen? Von wem haben Sie diese Information, diese interne, aus einem nichtöffentlichen Bieterverfahren? – Haben Sie ihn das gefragt?!

Dr. Karl Petrikovics: Aufgrund der damaligen Position von Dr. Hohegger wäre ich nicht einmal auf die **Idee** gekommen, diese Frage zu stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie zahlen einfach und fragen nicht, ob das stimmt?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage – oder dann in der nächsten Runde!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf die 960 Millionen € und so weiter, also die heikelsten Punkte, komme ich dann gerne in der nächsten Runde. Das war nur das Vorverfahren, wo Sie bereits zum ersten Mal von Dr. Hohegger etwas wissen wollten, was Sie gar nicht wissen **durften** und offensichtlich – und das wäre sehr wichtig – diese Information von ihm auch bekommen haben.

Das reicht einmal für die erste Runde. – Danke.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Petrikovics, wie kam der Kontakt bezüglich des Vertrages zum BUWOG-Verkauf zustande? Wer hat wen angesprochen? Wer hat wen kontaktiert? Wie sind Ihre Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang?

Dr. Karl Petrikovics: Darf ich Sie bitten, die Frage zu wiederholen? Von welchem Vertrag sprechen Sie jetzt?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Von jenem Vertrag, der quasi festgelegt hat, wie Sie gemeinsam vorgehen wollen in Bezug auf das Konsortium.

Dr. Karl Petrikovics: Also Sie sprechen jetzt vom Konsortium? (*Abg. Hornek: Ja!*) – Dieser Entwurf kam meines Wissens von der RLB Oberösterreich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich habe Sie rein akustisch nicht verstanden, wenn Sie bitte näher beim Mikrophon bleiben!

Dr. Karl Petrikovics: Entschuldigung! Dieser Entwurf kam meiner Erinnerung nach von der RLB Oberösterreich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ist es korrekt, dass dieser Vertrag bei einem Notar hinterlegt wurde? (*Dr. Petrikovics: Für das Konsortium?*) – Ja.

Dr. Karl Petrikovics: Also das könnte ich Ihnen acht Jahre später nicht mehr sagen.

Sie sprechen wirklich vom Konsortialvertrag? (*Abg. Hornek: Ja!*) Oder sprechen Sie vom Vertrag mit ...

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Nicht nur vom Konsortialvertrag, sondern auch vom Lobbying-Vertrag.

Dr. Karl Petrikovics: Langsam, das sind ja zwei völlig unterschiedliche Dinge! Der Konsortialvertrag regelt die Verhältnisse zwischen RLB Oberösterreich, Wiener Städtischer, Oberösterreichischer Hypo, Oberösterreichischer Versicherung (*Abg. Hornek: Ja, korrekt!*) und Immofinanz (*Abg. Hornek: Ja, korrekt!*) und die Konsortialführerrolle der RLB Oberösterreich. Nach dem haben Sie mich am Beginn gefragt. (*Abg. Hornek: Ja, eingangs!*) Der kam von der RLB Oberösterreich.

Wenn wir jetzt vom Vertrag mit Dr. Hohegger sprechen, dann kam der Vertragsentwurf dafür von Dr. Hohegger.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wie sind Sie mit diesem Vertrag umgegangen? Ist er hinterlegt worden? Ist er ausschließlich bei den Vertragspartnern verblieben?

Dr. Karl Petrikovics: Der Vertrag wurde unterschrieben und ist dann bei einem Notar hinterlegt worden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Was haben Sie sich konkret vom Auftrag an Herrn Dr. Hohegger erwartet? – Sie haben davon gesprochen, dass es sich da um das renommierteste Kommunikationsunternehmen Österreichs gehandelt hat. Sie haben allerdings ein Geschäft im Auge und im Sinn gehabt, das sich mit **Immobilien** auseinandersetzt. Warum geht man in diesem Zusammenhang nicht zum erfahrensten **Immobilienmakler**? Was haben Sie sich konkret für diese Leistung erwartet?

Dr. Karl Petrikovics: Also ich glaube nicht, dass die Immofinanz Unterstützung für die Immobilienseite dieses Geschäftes gebraucht hätte. Was sie sehr wohl gebraucht hat, war eben ... – Das Bundeswohnungs-Verkaufsverfahren war aus Sicht der Immofinanz das erste und auch einzige Verfahren dieser Art, an dem die Immofinanz teilgenommen hat.

Wenn man sich damals in Deutschland umgeschaut hat – in Deutschland sind ja solche Privatisierungsverfahren auch durchgeführt worden –, dann hat es dort teilweise

auch sozusagen Schmutzkampagnen in den Medien gegeben. Kein Mensch konnte uns davor feien, ob so etwas auch da passieren würde, weil irgendeiner der Mitbieter damit beginnt. Sich da das größte Kommunikationsunternehmen dieses Landes gesichert zu haben, war für mich aus unternehmerischer Sicht und aus Sicht der Immofinanz eine **Notwendigkeit**. Es wäre ja von mir eine grobe Fahrlässigkeit gewesen, diese Seite **nicht** mit abzusichern.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Verstehe ich Sie richtig, Sie haben 10 Millionen € dafür ausgegeben, sich vor so manchen Medien und das dazugehörige Umfeld zu schützen – und sind nicht davon ausgegangen, dass es da eine zusätzliche Leistung gibt, die über das Normale hinausgeht?

Dr. Karl Petrikovics: Wäre die Immofinanz oder auch das Konsortium im Bieterverfahren nicht siegreich gewesen, dann hätte es null Kosten gegeben. Das war rein **erfolgsorientiert**. Der Erfolg ist **eingetreten**, damit war eine Zahlungsverpflichtung gegeben.

Wäre der Erfolg **nicht** eingetreten, hätte es **keine** Zahlung gegeben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist logisch und nachvollziehbar. Trotz alledem wurde ein Betrag, der prozentuell sehr sympathisch klingt, nämlich 1 Prozent, als absoluter Betrag ein enormer Betrag ist, lediglich dafür versprochen, dass es eine **optimale mediale Begleitung** gibt, und man ist bereit, dafür einen enormen Betrag zur Verfügung zu stellen. Das klingt für mich nicht ganz schlüssig.

Hat man sich da nicht mehr an Leistung erwartet als eine optimale Medienberichterstattung?

Dr. Karl Petrikovics: Wie gesagt, die Nutzung des gesamten Unternehmenskonglomerates Hohegger, mit allen damit verbundenen Möglichkeiten und damit verbundenen Netzwerken und so weiter. Die Mediengeschichte ist ein Teil davon. Das war das, was wir uns erwartet haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Petrikovics, wie hat Ihnen Herr Hohegger die Empfehlungen, wie man optimal mit den Medien umgeht, dargelegt? Wie hat er Sie informiert? Wen konkret hat er informiert?

Dr. Karl Petrikovics: Kontakt mit Hohegger hatte ich. Das war ja nur ein Beispiel, das ich Ihnen genannt habe.

Nachdem der gesamte Bieterprozess eigentlich sehr fair unter allen Involvierten abgelaufen ist, hat sich die Medienfrage in dieser Intensität, wie sie in Deutschland teilweise gespielt wurde, nicht gestellt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wer waren die weiteren Informanten des Herrn Dr. Hohegger in Ihrem Haus? Nicht nur Ihre Person?

Dr. Karl Petrikovics: Kontakt mit Hohegger hatte ich. (*Abg. Hornek: Sonst niemand?*) – Nein. Da geht es ja um strategische Maßnahmen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben uns auch dargestellt, zumindest verbal dargestellt, Sie hätten **nie** zu Herrn Meischberger Kontakt gehabt. – Ist das so richtig?

Dr. Karl Petrikovics: Ich kenne Herrn Meischberger überhaupt nicht. Ich kenne ihn aus der Zeitung und aus dem Fernsehen. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie ein Wort mit Herrn Meischberger gewechselt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Lag für Sie nicht der Schluss nahe, dass Herr Hohegger zwar kommunikativ sehr gut ist, aber seine Informationen aus fundierten

Quellen beziehen muss?, denn das kann man ja nicht immer alles korrekt in der Zeitung lesen, bei aller Nachsicht dem Journalismus gegenüber.

Dr. Karl Petrikovics: Und Ihre Frage ist jetzt welche?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Hatten Sie nicht den Verdacht, dass sich Herr Hohegger ganz konkret Informationen bedient, die nicht alltäglich sind für dieses Geschäft?

Dr. Karl Petrikovics: Aufgrund der Position eines Hohegger und des Hohegger Firmenkonglomerates wäre ich nie auf die Idee gekommen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Auch nicht mit anderen Personen, die Geschäftskontakte damit hatten?

Dr. Karl Petrikovics: Woran denken Sie da jetzt?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ganz konkret: Herr Hohegger hat Ihnen für Sie wichtige Informationen geliefert. Hatten Sie nicht den Verdacht, dass es im Hintergrund Personen gibt, die ihn in diesem Zusammenhang informieren, die in diesem Zusammenhang ebenfalls Geschäftskontakte haben und die für Sie wichtig sein könnten?

Dr. Karl Petrikovics: Noch einmal, ich wiederhole mich: Da steht Ihnen ein riesiger Kommunikationsapparat gegenüber, sprich die **gesamte Organisation Hohegger**, die war damals führend in diesem Gebiet, die von Meinungsbildern über Medien, und, und, und Informationen bekommen hat. Also warum sollte ich da an irgendwelche besonderen Personen denken, die Sie da jetzt vielleicht im Kopf haben?!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Es geht ja um konkrete Geschäftsentscheidungen und um Hintergrundwissen, das ist ja das Wertvolle an der Sache, das Hintergrundwissen, und nicht nur das, was vorne im Blickfeld steht. Und genau das habe ich hinterfragt. Sie wollen mir das bedauerlicherweise nicht beantworten.

Meine nächste Frage an Sie: Wie haben Sie Ihre Konsortialpartner konkret über den Vertrag mit Herrn Hohegger informiert? Sie haben, so nehme ich doch an, entsprechend mitgeteilt, wie der Vertrag zustande gekommen ist, welche Erwartungen Sie daran haben.

Wen Ihrer Konsortialpartner ad personam haben Sie informiert, und wann haben Sie informiert?

Dr. Karl Petrikovics: Herrn Dr. Starzer, wie ich schon gesagt habe. Sofort, als mich Hohegger kontaktiert hat, habe ich Hohegger zu Starzer geschickt und Starzer darüber informiert. Und ich habe Starzer darüber informiert, dass wir für unseren Teil diese Vereinbarung geschlossen haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber Sie haben ja gesagt, Sie haben **alle** Konsortialpartner informiert. Das sind ja nicht alle.

Wie haben Sie die weiteren Konsortialpartner informiert und wen?

Dr. Karl Petrikovics: Meine Kontaktperson war der Konsortialführer, und der Konsortialführer war Herr Dr. Starzer.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ja, aber dann ist es ja nicht richtig, dass Sie **alle** informiert haben?

Dr. Karl Petrikovics: Wenn man das jetzt streng semantisch sagen möchte, ist es richtig, nachdem aber das Konsortium von jemandem geführt wurde – das war genau

die Funktion der RLB Oberösterreich –, war es unter anderem Aufgabe der RLB Oberösterreich, die Kommunikation im Konsortium sicherzustellen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie haben ausschließlich mit Herrn Dr. Starzer kommuniziert und haben **nicht** die anderen Konsortialpartner informiert. – Ist das so richtig?

Dr. Karl Petrikovics: Mein Gesprächspartner war Dr. Starzer.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Dann darf ich Ihnen eine Frage zu den Geldflüssen stellen. Es war ja nicht Ihre Intention, dass man direkt nachvollziehen kann, wie die Geldflüsse stattfinden. Es hat ja dann die Konstellation gegeben, dass man über CPB an Zypern finanziert hat.

Wer hatte diese Idee? War das Ihre Idee? War es Herr Dr. Hochegger? Gab es dritte Personen?

Dr. Karl Petrikovics: Die Gesellschaft, an die schlussendlich bezahlt wurde, war die Idee von Dr. Hochegger.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und Sie haben es als vollkommen schlüssig empfunden, dass es diese Vorgangsweise gibt? Sie hatten keine Bedenken in diesem Zusammenhang?

Dr. Karl Petrikovics: Zypern ist erstens EU-Mitglied. Zweitens hatte damals – mein persönlicher Schwerpunkt war damals Osteuropa – wahrscheinlich der Großteil sämtlicher Developer, die in Osteuropa tätig waren, seine Unternehmensstruktur mit Zypern-Holdings aufgebaut. Ich habe daraus geschlossen, dass Herr Hochegger eine ähnliche Struktur hat.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Können Sie uns erklären, warum das in dieser Form stattfindet, wenn es eine allgemeine Vorgangsweise und alltäglich ist?

Es klingt für mich nicht ganz nachvollziehbar, wenn sich österreichische Unternehmen einer zypriotischen Konstruktion bedienen müssen. Es gibt ein österreichisches Unternehmen auf der einen Seite, es gibt die Firma Hochegger auf der anderen Seite, beide sind in Wien, manchmal direkt in Sichtweite – und dann der Umweg über Zypern – nicht ganz logisch!

Dr. Karl Petrikovics: Es gibt in Österreich einige sehr erfolgreiche Developer, die eine ähnliche Konzernstruktur haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber welche Gründe hat das?

Es muss ja Beweggründe geben, dass man diesen Aufwand auf sich nimmt, um einen normalen Geldfluss abzuwickeln. Das ist ja nicht ganz nachvollziehbar. Erklären Sie mir, warum das so gehandhabt wird! Nur, weil es andere auch so haben – das ist meiner Auffassung nach keine Erklärung.

Dr. Karl Petrikovics: Ich würde einmal darauf hinweisen wollen, ob das jetzt wirklich der Untersuchungsgegenstand ist, über den wir jetzt gerade reden. Aber was ich dazu sagen möchte, gar nicht darauf ...

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Doch, Herr Dr. Petrikovics. Ich rede von einem der wichtigsten Elemente, nämlich dem Geldfluss und warum er so erfolgt ist. Und das ist eines der wichtigsten Elemente, und da lasse ich mir nicht sagen, das hat mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun. Das hat sehr wohl mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun! Das ist der zentrale Punkt.

Dr. Karl Petrikovics: Aber Sie fragen mich? – Das Einzige, was ich Ihnen sagen kann, ist, dass die Gesellschaft, die die Rechnungen bezahlt hat, eine Überweisung an Zypern durchgeführt hat.

Welche Überlegungen auf der Seite von Herrn Hohegger bestanden haben, das kann ich Ihnen leider nicht erklären.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie waren ja der zweite Partner. Daher ist es ja naheliegend, dass man – und Sie sind Betroffener – fragt: Warum willst du denn diese komplizierte Konstruktion? – Sie sagen, das ist alltäglich. Warum?

Dr. Karl Petrikovics: Wenn mir der Geschäftspartner sagt, für die Honorierung der erbrachten Leistung ist der Zahlungsempfänger die Gesellschaft, in diesem Fall Astropolis, was sollte man da noch weiter hinterfragen?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Warum es eine derart komplizierte Konstruktion geben muss?

Dr. Karl Petrikovics: Aber das ist ja eine reine interne Angelegenheit von Herrn Hohegger, das geht mich ja nicht einmal etwas an.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist Ihre Sicht – meine ist es nicht.

Ich habe in dieser Runde keine weiteren Fragen an Sie.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Petrikovics! Ich muss ein bisschen zusammenfassen, denn die Zufälle, die sich bei dieser ganzen Sache häufen, sind eigentlich immens. Da ist die Wahrscheinlichkeit, einen Lottotreffer zu machen, größer als jene der Zufälle, die da passiert sind.

Herr Kollege Pilz hat gemeint, woher die Quellen seien und man verlasse sich blind darauf, um zu zahlen – das muss ich schon relevieren: Mit Hohegger war ja **Erfolg** vereinbart. Das heißt, es wäre überhaupt nichts geflossen, wenn diese 960 Millionen von ihm nicht gestimmt hätten.

Dr. Karl Petrikovics: Darf ich korrigieren? – Es wäre nichts geflossen, wenn das Konsortium beziehungsweise wir nicht **erfolgreich** gewesen wären.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Den Zuschlag bekommen hätten. Aber wenn die 960 Millionen € nicht gestimmt hätten und Sie die 961 Millionen eingetippt hätten und es 962 Millionen bei einem anderen Bieter gewesen wären, hätte Herr Hohegger genau null gehabt. (*Dr. Petrikovics: Ja!*) Gut.

Es gibt dann diese Vereinbarung, die aus Geheimhaltungsgründen beim Notar hinterlegt wird, zwischen der Immofinanz Immobilien Anlagen AG und Dr. Hohegger.

Hat die Immofinanz Immobilien Anlagen AG die Rechnungen für Herrn Hohegger bezahlt?

Dr. Karl Petrikovics: **An** Herrn Hohegger bezahlt. (*Abg. Dr. Rosenkranz: An Hohegger, ja!*) – Beahlt hat die CPB Corporate Finance.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Warum, wenn an sich der Vertragspartner die Immofinanz Immobilien Anlagen AG ist?

Dr. Karl Petrikovics: Um es an die Immofinanz weiterzuverrechnen. Die CPB Corporate Finance Consulting, wie der Name schon sagt, war der Corporate-Finance-Bereich der Constantia Privatbank, und die Dame, die die Transaktion operativ abgewickelt hat, Frau Dr. Hochecker (*phonetisch!*), war bei der CPB Corporate Finance angestellt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War es nicht Absicht, auch von Ihnen – weil es in mehreren Aussagen ja auch so vorkommt –, dass man unter der Überschrift „BUWOG-Verkauf“, „Bundeswohnungen-Verkauf“ – also das Stichwort ist immer **BUWOG**, es handelt sich ja immer um Anteile an mehreren Genossenschaften – den Namen Hochegger nicht in den Rechnungen haben wollte?

Dr. Karl Petrikovics: Das war der Wunsch von Herrn Dr. Hochegger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und dem ist man nachgekommen? (*Dr. Petrikovics: Ja!*) – Diese Vereinbarung sollte überhaupt nicht publik werden, sie sollte daher auch nirgendwo herumliegen, wo ein Fotokopierer in der Nähe steht, um am übernächsten Tag in einem Journal zu stehen.

Die Vereinbarung, die offensichtlich zweifach zwischen der Immofinanz AG und Dr. Hochegger errichtet wurde, wurde beim Notar hinterlegt. – Wurden beide Ausfertigungen hinterlegt?

Dr. Karl Petrikovics: Meiner Erinnerung nach hat es nur eine Ausfertigung gegeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es hat nur **eine** Ausfertigung gegeben, was auch logisch ist.

Was war vereinbart, wann diese eine Ausfertigung herausgegeben wird? Was war die Abrede mit dem Notar?

Dr. Karl Petrikovics: Wenn es irgendwelche Streitigkeiten geben sollte, hätten beide Vertragspartner die Herausgabe verlangen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben es so geschildert, dass in weiterer Folge für Hochegger dieses Honorar von 9,9 Millionen € der Anteil der Immofinanz war, plus das, was die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich hätte bezahlen sollen, aber man hat gesagt, aufgrund einer zwischenzeitigen Wertsteigerung übernimmt man im Rahmen des Verkaufs an die ESG diesen Teil für die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich mit.

Dr. Karl Petrikovics: Nein, das habe ich so **nicht** gesagt. Ich habe gesagt, das war ein **Teil** der Kaufpreisvereinbarung mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): **Wirtschaftlich** ist es so gewesen, wie ich es geschildert habe. (*Dr. Petrikovics: Wirtschaftlich ist es so!*) – Woher Herr Hochegger diese Zahl 960 gehabt hat, hat Sie an sich nicht interessiert. Sie haben gesagt, Sie haben ihn deswegen genommen, um ihn einerseits nicht als Gegner zu haben, wenn er anderswo lobbyiert – verständlich –, auf der anderen Seite im Sinne von erfolgsorientiert, da kann ja nichts passieren, denn es gibt alles oder nichts. – Das verstehe ich alles.

Ihnen war an sich egal, woher diese Informationen kommen, Hauptsache sie kommen, und führen zum Erfolg?

Dr. Karl Petrikovics: Ich hätte mir nie die Frage gestellt – egal ... – Wir haben da einen sehr professionellen Berater gehabt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie sagen, Herr Hochegger hat sich am gesellschaftlichen Parkett bewegt, er ist bei diversen Anlässen dabei, bei Feiern. Dort sind Anwälte, Wirtschaftsprüfer, Beraterfirmen, Consulter, da kann man sozusagen die Ohren herumhängen lassen, was man da so zwischendurch hört.

Es gibt natürlich auch die Möglichkeiten, dass man bei einer Bieterfirma, bei einer anderen Konkurrenzfirma jemanden hat, dem man vielleicht sogar etwas bezahlt. Das ist ja möglich (*Dr. Petrikovics: Theoretisch wäre es möglich!*), theoretisch möglich, das

hat Sie nur nicht gekümmert. – Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus. Sie haben die richtige Zahl bekommen.

Es gibt aber rund um diesen Verkauf noch einen Zufall, nämlich die Frage des Vorkaufsrechtes für das Land Kärnten, gerade auch für die Gesellschaft, an der Sie zu einem gewissen Prozentsatz Interesse hatten.

Dr. Karl Petrikovics: Ich darf Sie korrigieren: **Interesse** hatten wir an der ESG damals – Sie sprechen von 2004 – noch nicht!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wann ist denn dieses Interesse gekommen?

Dr. Karl Petrikovics: Die ESG hat sich in diesem Verkaufsprozess wahrscheinlich am schlechtesten präsentiert. Nachdem die Anteile übernommen wurden, nämlich rund 55 Prozent von uns, 45 Prozent von der RLB Oberösterreich, haben wir viel mehr Einblick in die Gesellschaft gehabt, als wir ursprünglich in dem Due-Diligence-Prozess gehabt haben. Sie hat sich dann im Nachhinein beträchtlich besser präsentiert, als sie ursprünglich erschienen ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sehen Sie, das ist schon wieder spannend! Denn gerade in der letzten Bieterunde, in der alle aufgefordert wurden, auch die einzelnen Gesellschaften zu bewerten – das sagt auch Frau Postl –, wurde auf einmal gerade die ESG im Vergleich zu den anderen Gesellschaften überproportional **hoch** bewertet.

Die anderen Gesellschaften – um auf diese 961,3 zu kommen – sind aliquot erhöht worden, und bei dieser – wo Sie erst im Nachhinein draufgekommen sind, dass sie besser ist – hat man schon im Vorhinein einen deutlich – **überproportional**, sagt Frau Postl – höheren Betrag eingesetzt gehabt. Letztlich war das der Grund dafür, dass dann dieser Bietersturz gekommen ist, weil das Land Kärnten das Vorkaufsrecht nicht ausgeübt hat.

Das ist schon die zweite große Merkwürdigkeit. Mir kommt es so vor, als ob mit diesem Vorkaufsrecht und der Möglichkeit, dort einen hohen Preis einzusetzen, damit dieses Vorkaufsrecht **nicht** angewendet wird, sogar noch ein Rettungsfallschirm eingebaut worden wäre. Das ist eine Merkwürdigkeit.

Zwei Tage vor dem Zuschlag gibt es bereits den Auftrag an den Rechtsanwalt Ihres Konsortiums, einen Vorvertrag über Wohnungen in Kärnten mit dem Land Kärnten abzuschließen. Landeshauptmann Haider sagt sogar in der Regierungssitzung, er kennt den **wahrscheinlichen** Bestbieter und hat mit ihm auch schon darüber gesprochen, ein Vorkaufsrecht über die Kärntner Wohnungen zu bekommen.

Dann kommt die Aussage aus einem Protokoll von Frau Postl, in ihrer vierten Zeugenvernehmung, auf die Frage:

Warum wurde durch Rechtsanwalt Dr. Mittendorfer am 13.6.2004 –
also zwei Tage vor dem Zuschlag –

bereits ein Vertrag über ein Vorkaufsrecht des Landes Kärnten an der ESG errichtet?
Wer hat Rechtsanwalt Dr. Mittendorfer mit der Errichtung dieses Vertrages beauftragt?
Laut K.Pe –

das ist in den Protokollen immer Karl Petrikovics –

müsste sie Details haben. – So viel zu dieser Frage an Frau Postl.

In Ihrer zweiten Zeugenvernehmung haben Sie auf Seite 6 ausgesagt, dass Sie das **nicht** wissen.

Sie sagen, Frau Postl weiß es – Frau Postl sagt aber, sie weiß es nicht.

Was passiert da? Warum gibt es bereits ein Vorkaufsrecht, bevor der Zuschlag erteilt wurde? Warum gibt es diese überdurchschnittliche Erhöhung des Wertes der ESG, obwohl damals diese Due-Diligence-Prüfung sehr zulasten der ESG, die erst im Nachhinein besser dagestanden ist, ausgefallen ist? Warum ist das passiert?

Dr. Karl Petrikovics: Ich glaube, Sie haben einen sehr wichtigen Satz gesagt, nämlich: der Anwalt des Konsortiums. – Das war und ist der Anwalt der RLB Oberösterreich. Deshalb würde ich Sie bitten, Herrn Dr. Starzer diesbezüglich zu befragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Damit wir uns richtig verstehen: Sie haben einmal gesagt: Fragen Sie Frau Postl! – Frau Postl sagt, sie weiß es nicht. Jetzt sagen Sie mir: Fragen Sie Herrn Dr. Starzer! – Der wird uns sagen, er weiß es auch nicht.

Bewegen wir uns dann im Kreis, bis wir alle durchhaben, bis wir im Jahr 2022 endlich alle befragt haben?

Dr. Karl Petrikovics: Wann soll ich gesagt haben: Fragen Sie Frau Postl!?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich halte Ihnen aus dem Protokoll vor. Die Polizei beziehungsweise das BMI hat Sie einvernommen, und laut Ihrer Aussage müsste sie – also Frau Postl – Details haben.

In Ihrer zweiten Zeugenvernehmung haben Sie das nicht gemeint. (*Dr. Petrikovics: Darf ich das sehen? Das würde ich gerne sehen!*) – Gerne, selbstverständlich.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Ganz unten, der letzte Absatz.

Dr. Karl Petrikovics: Mein Wissensstand wäre gewesen, dass Frau Postl darüber informiert sein müsste, weil Frau Postl bei all diesen Konsortialsitzungen teilgenommen hat. Wenn sie es nicht weiß ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur eine abschließende Feststellung: Das ist deswegen interessant, weil an sich – aufgrund unseres derzeitigen Wissens – das Land Kärnten, vertreten durch Landesregierungsmitglieder, mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich direkt verhandelt hat.

Mir ist es jetzt nur darum gegangen, dass Sie einmal auf Frau Postl hinweisen. Frau Postl sagt, sie hat nie verhandelt. Sie ist dabei gesessen, hat die Zahlen gehört und hat gesagt, wenn man auf einmal von 960 um 1 Million erhöht, dann muss man das vom Gegner wissen; das war auf jeden Fall auffällig für sie.

Auch bei dieser übermäßigen Qualifizierung und Bewertung der ESG in Kärnten ist ihr aufgefallen, dass da auf einmal so ein Sprung drin war.

Im Nachhinein – meine Interpretation –: Der Preis war bekannt – Sie haben es ja selbst gesagt, von Hochegger zu Ihnen und zum Konsortialführer –, und das Vorkaufsrecht wurde dazu benutzt, um mit einem möglichst hohen Betrag eine Notbremse für Ihr Konsortium einzubauen.

Das ist mein Schluss aus dieser ganzen Vorgangsweise aus der Betrachtung von jetzt.

Dr. Karl Petrikovics: Da gebe ich Ihnen recht, dass das *Ihr* Schluss ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Damit bin ich mit meiner Befragung für diese Runde am Ende.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Petrikovics! Anschließend an Kollegen Pilz auch hier die klassische Frage: Was war die Leistung – im konkreten Fall – des Herrn Hohegger?

Wir haben diese Summe von 9,9 Millionen € und diesen Tipp, mehr zu bieten als 960 Millionen €.

Noch einmal die Frage: Sie haben Hohegger nie gefragt, woher er diese Zahl hat? Sie haben auch nicht hinterfragt, warum er das so genau wusste? Hat Ihnen Herr Hohegger zum Beispiel gesagt: Ich weiß das von Meischberger!?

Dr. Karl Petrikovics: Dr. Hohegger hat es mir nicht gesagt, und ich bin davon ausgegangen, dass er eben genau aufgrund ... – Sein Beruf ist Kommunikation – gewesen zumindest.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie noch einmal: Wann hat das stattgefunden?

Ich führe dazu aus, dass aus den Akten hervorgeht, dass Herr Hohegger in seiner Beschuldigten-Vernehmung sagt, er habe ein streng vertrauliches Vier-Augen-Treffen mit Ihnen ausgemacht, habe Ihnen die Zahl **960 Millionen** genannt, und Sie hätten in der Folge sofort in seiner Gegenwart die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich angerufen und dem Konsortialpartner kommuniziert, dass man **höher** bieten muss als 960.

Ich kann mir nicht erklären, dass man sich angesichts des größten Immobiliendeals dieses Landes, angesichts dieser entscheidenden Information und dieses Vier-Augen-Gesprächs nicht erinnern kann, an welchem Tag das stattgefunden hat. – Bleiben Sie dabei? (*Dr. Petrikovics: Darf ich eine Gegenfrage stellen? Ich glaube nicht, dass ich das Recht habe, aber ...!*)

Bleiben Sie dabei, dass Sie es nicht wissen? (*Dr. Petrikovics: Was haben Sie am – zum Beispiel – 12. September 2004 mit wem wo besprochen? – Das werden Sie auch nicht wissen, nehme ich an!*) – Irgendetwas mit Herrn Dr. Haider sicher, aber da ist es auch nie um Summen in der Höhe von 960 Millionen € gegangen.

Aber zu einem anderen entscheidenden Punkt kommen wir jetzt – und jetzt wird es interessant! Sie sagen, dieser Tipp war das eine, das war aber nicht die **einzigste** Leistung des Herrn Hohegger.

Eine zweite entscheidende Leistung war – und dazu zitiere ich aus den Akten, Sie haben angegeben –:

Hohegger gibt in seinen Beschuldigten-Vernehmungen an, dass **Sie** bei ihm nachgefragt hätten – Zitat –,

ob es möglich sei, eine weitere Biiterrunde zu initiieren.

Hohegger sagt das auch in einem „NEWS“-Interview. Er sagt – Zitat –:

Ich habe bewirkt, dass es eine zweite Biiterrunde gibt. – Zitatende.

Ist es korrekt, dass Sie mit diesem Anliegen an Herrn Hohegger herangetreten sind, wie das Hohegger gegenüber den Medien und auch in seinen Beschuldigten-Vernehmungen angibt?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe ihm diese Frage sicher nie gestellt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal: Sind Sie an Herrn Hohegger herangetreten – ja oder nein –, dafür zu sorgen, dass es eine weitere Biiterrunde gibt? Hohegger sagt das mehrfach. (*Dr. Petrikovics: Nein!*) – Gut, wir werden das Herrn

Hochegger fragen, denn das ist schon entscheidend. Damit haben wir die direkte Verbindung zu Karl-Heinz Grasser.

Hochegger sagt in der Öffentlichkeit und mehrfach in seinen Beschuldigten-Vernehmungen, Sie hätten ihn gebeten, er solle dafür sorgen, eine zweite Bierrunde zu initiieren. – Ganz logisch, weil eine zweite Bierrunde für die Immofinanz nötig war, weil ja vorher die CA Immo besser gelegen ist.

Zeitlich parallel passiert dann Folgendes – und Hochegger sagt das ja auch –: Er hat es geschafft, die zweite Bierrunde zu initiieren, nämlich über Grasser, der – und das haben wir herausgearbeitet bei der Zeugenvernehmung Mantler – eine Sitzung der Vergabekommission am 8. Juni 2004 abgesagt und damit direkt ins Verfahren und in die Kommissionsarbeit eingegriffen und persönlich dafür gesorgt hat, dass eine weitere Bierrunde stattfindet.

Hochegger sagt, das war seine Leistung für die 9,6 Millionen €, die Sie ihm bezahlt haben.

Das hat so stattgefunden: Grasser hat direkt in das Verfahren eingegriffen, auf die Intervention Hocheggers wurde diese zweite Bierrunde initiiert, Sie haben Herrn Hochegger bezahlt. Das hat alles so stattgefunden.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Bleiben Sie dabei, dass Sie mit Hochegger nie darüber gesprochen haben, eine zweite Bierrunde zu initiieren?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe Herrn Hochegger sicher nie gesagt, eine zweite Bierrunde zu initiieren. Wie wäre ich überhaupt auf die Idee gekommen? (*Abg. Petzner:* Aber es hat eine zweite Bierrunde stattgefunden oder nicht?) – Eine zweite Bierrunde hat stattgefunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, sie hat stattgefunden, und Hochegger sagt, das war seine Leistung. – Aber gut, wir werden das Herrn Hochegger und Herrn Grasser noch einmal fragen.

Aber damit hätten wir auch den direkten Konnex. Hochegger sagt: Ich werde eine zweite Bierrunde initiieren! Grasser macht: Er sagt eine Kommissions-Sitzung ab, und die zweite Bierrunde findet statt.

Wir legen Ihnen jetzt insgesamt fünf Rechnungen vor, die über die „Astropolis“ vom wunderschönen Zypern aus – was kann das arme Land dafür? – an die CPB in Wien gestellt wurden.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Nikosia 12. August 2005, 26. Jänner 2006, 17. August 2006, 1. Dezember 2006, 23. Oktober 2007.

Kennen Sie diese Rechnungen alle?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe diese Rechnungen das erste Mal – wann war das? – irgendwann im Herbst 2009 oder 2010 gesehen. Ich bin mir nicht sicher, aber doch irgendwann im Rahmen der Untersuchungen der Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie die Zahlung dieser Rechnungen beauftragt, konkret an Herrn Thornton?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe Herrn Thornton beauftragt, er soll mit Dr. Hochegger die Zahlungen abwickeln. (*Abg. Petzner:* Welchen konkreten Auftrag haben Sie ihm da erteilt?)

Um ganz genau zu sein: Ich habe zu ihm gesagt (*Abg. Petzner: Dass man das über Zypern macht!*) – nein –, ich habe zu Mag. Thornton gesagt, er soll mit Dr. Hochegger Kontakt aufnehmen über die Bezahlung dieser Rechnungen, über die Bezahlung des Honorars. Das war der genaue Auftrag.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diesen schriftlichen Vertrag hat die Immofinanz direkt mit der **Valora** geschlossen. – Warum wurde dann die Verrechnung über irgendeine Briefkastenfirma namens „**Astropolis**“ in Zypern seitens des Herrn Hochegger gemacht? Wer hat das initiiert?

Dr. Karl Petrikovics: Den Rechnungsempfänger hat Herr Dr. Hochegger genannt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf den Rechnungen stehen Leistungen

für die Vermittlung der Anteile an ...,

für die Vermittlung der Anteile an ...

Es ist eine ganze Liste irgendwelcher Anteilsvermittlungen. **BUWOG** scheint nie auf.

Ich frage Sie konkret zu diesen Leistungen, die hier als Rechnungsgrund angegeben wurden:

Wurden diese Leistungen jemals erbracht oder handelt es sich um Scheinleistungen?

Dr. Karl Petrikovics: Es handelt sich um Scheinleistungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es handelt sich um Scheinleistungen – und damit handelt es sich auch um **Scheinrechnungen**. Das sind Scheinrechnungen, Scheinrechnungen über eine zypriotische Briefkastenfirma unter Angabe einer Leistung, die **nicht** stattgefunden hat. – Mich erinnert das sehr an die Telekom.

Noch einmal: Wer hatte die Idee, diese Scheinrechnungen so zu machen? Was war Ihre Rolle in diesem Zusammenhang?

Man muss schon sagen, dass Herr Thornton immer sagt, dass das alles von Ihnen beauftragt wurde und dass er sich ungerecht behandelt fühlt von Ihnen und Sie alles auf „kleine Mitarbeiter“ abschieben. Sie hätten das genauso angewiesen, das über Zypern zu machen, genau so die Verrechnung festzulegen.

Dr. Karl Petrikovics: Ich darf mich wiederholen: Die Anweisung an Herrn Mag. Thornton war, die Zahlungsabwicklung und die Abwicklung der Honorarverrechnung mit Herrn Dr. Hochegger durchzuführen. Das war exakt die Anweisung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sagen in Ihrer Beschuldigten-Vernehmung vom 9. November 2009 – ich zitiere –:

Ich kann nur sagen, dass ich diese Rechnungen des Hochegger nicht direkt im Rechenwerk der Immofinanz aufscheinen haben wollte. – Zitatende.

Sie sagen in allen Beschuldigten-Vernehmungen, aus Diskretionsgründen wollten Sie nicht, dass diese BUWOG-Provision direkt in Ihrer Buchhaltung aufscheint, und so argumentieren Sie auch, dass das via Scheinrechnungen über Zypern gemacht wurde. (*Dr. Petrikovics: Das ist nicht ganz richtig!*)

Aber es ist korrekt, dass Sie das nicht in Ihrer Buchhaltung aufscheinen haben wollten? Ist das korrekt? (*Dr. Petrikovics: Dann würde ich Sie bitten, den Geschäftsbericht, glaube ich, zum 30.4. ...!*)

Ich zitiere die Beschuldigten-Vernehmung vom 9. November 2009 (*Dr. Petrikovics: Ja, ja!*), bei der Sie sagen, Sie wollten Rechnungen von Hochegger mit dem Titel BUWOG-Provision nicht direkt in Ihrer Buchhaltung haben.

Bleiben Sie bei diesen Angaben oder nicht?

Dr. Karl Petrikovics: Ich sage Ihnen dazu, im Geschäftsbericht vom 30. April 2006, im publizierten Geschäftsbericht der Immofinanz betreffend die Vermittlungsleistungen für BUWOG im Vorjahr, steht:

Die Vermittlungsleistungen des Vorjahres betrafen die Anteile an der BUWOG Bauen und Wohnen Gesellschaft mbH.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Moser, ganz kurz, damit wir das abschließen können, eine Zusatzfrage noch. (*Obfrau Dr. Moser: Ja, bitte!*) Bitte, das dann in der zweiten Runde abziehen.

Dann mache ich einen zweiten Vorhalt. Sie sagen in einer Beschuldigtenvernehmung vom 9.11.2009 – Zitat –:

Es war Wunsch von Hohegger, dass es geheim bleibt und daher auch bei uns die BUWOG nicht angeführt wird. –

Das sagen Sie selber: „nicht angeführt wird“! –

Ich hatte nichts dagegen. – Zitatende.

Diese Aussage widerspricht dem, was Sie mir da vorgetragen haben.

Dr. Karl Petrikovics: Wenn Sie sich im Internet den Geschäftsbericht der Immofinanz herunterladen, werden Sie genau das finden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal die Frage: Bleiben Sie bei diesen Angaben, dass Sie mit Hohegger ausgemacht haben, dass man das Ganze geheim hält und daher das über Zypern mit Scheinrechnungen macht?

Dr. Karl Petrikovics: Das ist nicht korrekt! Ich bleibe dabei, dass Hohegger das über Zypern abgerechnet haben wollte. Zypern war seine Idee. Die Immofinanz berichtet davon sogar im Geschäftsbericht zum 30.4.2006.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke, das war die erste Runde. 5 Minuten in der zweiten Runde, inklusive Abzüge.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, im Geschäftsbericht steht das natürlich mit einem kleinen Sidestep drinnen. Es kann aber, glaube ich, niemand wirklich daraus einen Zusammenhang erkennen; insofern ist der Hinweis der Transparenz eher sehr eingeschränkt.

Wie sind denn diese Leistungen eigentlich buchhalterisch erfasst worden? Als was wurden die ausgewiesen? In welcher Gesellschaft? Und ich nehme an, das ist als Ausgangsposition, als Aufwand verbucht.

Dr. Karl Petrikovics: Gerichtet ist die Rechnung an die CPB Corporate Finance Consulting GmbH; das sehe ich hier. Ich nehme es auch an, so wie Sie sagen, dass es als Aufwand verbucht wurde, aber die letztlich detaillierte Verbuchung kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber es ist jedenfalls dann in Ihre Gesellschaft, in die Muttergesellschaft überrechnet worden?

Dr. Karl Petrikovics: Meiner Einschätzung nach muss das in die Immofinanz überrechnet worden sein.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Dr. Petrikovics, wir haben vorher über diesen Geschäftsbesorgungsvertrag gesprochen, den Sie mit dem Herrn Hohegger abgeschlossen haben. Da gibt es in den Unterlagen einen Entwurf, und dann gibt es die endgültige Vereinbarung, von der Sie sagen, dass sie mehr oder

weniger Bezug nimmt – das heißt, das steht auch drinnen – auf eine mündliche Vereinbarung, die schon davor getroffen worden ist.

Das Erstaunliche ist nur: Es ist ja erst einmal die mündliche Vereinbarung getroffen worden, dann gibt es einen Draught, und dann gibt es eine endgültige Vereinbarung, wobei die endgültige Vereinbarung sich vom Draught allerdings doch erheblich differenziert.

Und zwar: Als Vertragsgegenstand weisen Sie aus, dass eine „Bietergemeinschaft“ gefunden wurde, „Beteiligungen an insgesamt fünf Wohn- und Siedlungsgemeinschaften“ sollen erworben werden, und die Leistung des Hohegger ist die, Tätigkeiten zu setzen, damit erwähnter „Bietergemeinschaft oder auch nur einem Mitglied davon“ –

das steht in beiden Verträgen gleich –

„der Zuschlag (...) erteilt wird“.

Das heißt, jedwede Zuschlagserteilung, an wen auch immer aus dem Konsortium, führt dazu, dass ausschließlich Sie, die Immofinanz, hier in die Zahlung eintreten.

Dann haben wir die Bemessungsgrundlage – das ist das, was ich Sie vorhin auch gefragt habe. Da haben wir beim Honorar im ersten Entwurf das 1 Prozent drinnen, und da schreiben Sie dann im endgültigen Text hinein: der von ihnen zu bezahlenden anteilmäßigen Kaufpreishöhe. – Das ist die zweite Änderung.

Die dritte Änderung ist dann bei der Bemessungsgrundlage. Da schreiben Sie in den Draught hinein:

„Bemessungsgrundlage für den vorgenannten Hundertsatz ist das gesamte Bruttoentgelt, das das Bieterkonsortium (...) für den Beteiligungserwerb zu entrichten hat.“

Also da steht drinnen, mehr oder weniger, die Immofinanz verpflichtet sich, erstens einmal, für den Erwerb des von wem auch immer durchzuführenden Anteils eine Zahlung zu bekommen, und die Bemessungsgrundlage ist jedenfalls auch das gesamte Bruttoentgelt, das zu diesem Zeitpunkt zu entrichten ist.

Im endgültigen Vertrag steht dann nur mehr: „Bemessungsgrundlage für den vorgenannten Hundertsatz ist ein angenommener Kaufpreis von 700 Mio“.

Ergänzend steht noch drinnen: „Rechnungsadressat ist“ –

das steht in beiden Verträgen –, egal

„welchem Mitglied“ der Bietergemeinschaft „auch immer der Zuschlag erteilt wird – ausschließlich die Auftraggeberin.“

Das heißt, erstens: Sie haben gesagt, Sie haben einen mündlichen Vertrag abgeschlossen. Zweitens wurde dieser mündliche Vertrag durch einen schriftlichen Vertrag de facto konkretisiert. Der schriftliche Vertrag, der erste Entwurf, sagt allerdings etwas anderes aus als der endgültige Entwurf.

Das heißt, dass es, erstens einmal, sehr unwahrscheinlich ist, dass Sie einen mündlichen Vertrag tatsächlich dokumentieren wollten, wenn der erste schriftliche Entwurf zum endgültigen schon unterschiedlich ist, und ich gehe davon aus, dass die mündliche Vereinbarung natürlich voran abgefasst worden ist.

Zweitens: Sie haben uns vorhin erzählt, dass Sie eine anteilmäßige Vereinbarung getroffen haben und Herrn Hohegger erzählt haben, er soll sich hinsichtlich des Rests an die Raiffeisenlandesbank wenden. In beiden Verträgen steht allerdings drinnen, für

den Fall, dass welcher Erfolg auch immer erzielt wird – jedenfalls irgendein Zuschlag –, zahlen Sie erstens einmal den gesamten Betrag, und zweitens schränken Sie diesen Betrag dann noch auf einen Fixbetrag von 700 Millionen Bemessungsgrundlage mit 1 Prozent ein.

Das ist alles andere als eine stringente Vereinbarung. Das ist gewissermaßen ein **Chaos**, das nicht ganz erkennen lässt, dass das, was Sie vorhin gesagt haben, auch nur ansatzweise tatsächlich so ist.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Jetzt darf ich Sie ersuchen: Erklären Sie mir diese absoluten Widersprüchlichkeiten!

Dr. Karl Petrikovics: Ich kenne **nur** den unterschriebenen Vertrag; diesen Entwurf kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Fangen wir vielleicht damit an, dass Sie gesagt haben, es gab eine mündliche Vereinbarung, und diese mündliche Vereinbarung wurde dann verschriftlicht.

Es gibt aber zwei Varianten der Verschriftlichung. Das heißt, dass an die mündliche Vereinbarung offensichtlich nicht hinlänglich präzise eine Erinnerung bestand. Die wird offensichtlich zweimal unterschiedlich interpretiert.

Was bedeutet das? Jetzt einmal zum Grundsätzlichen.

Dr. Karl Petrikovics: Da oben auf dem Entwurf, den Sie mir gegeben haben, steht drauf: „übergeben v. Hr. Meischberger am 25.9.2009“. – Von wem immer das jetzt stammt. *(Obfrau Dr. Moser: Die 5 Minuten sind vorüber! – Abg. Dr. Jarolim: Das gibt's ja nicht! – Obfrau Dr. Moser: Letzte Frage, bitte!)*

Aber sozusagen diesen Entwurf, den kenne ich nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dann erklären Sie mir, wenn Sie den Entwurf schon nicht kennen, was ja mehr als merkwürdig ist: Wie kommt es dazu, dass Sie im endgültigen verschriftlichten Dokument übernehmen, egal, was auch immer passiert, jedweder Zuschlag: Kostenadresse sind Sie? – Wie gibt es das?

Dr. Karl Petrikovics: Wo steht das?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das steht, wenn Sie auf die Seite 2 blättern: Bemessungsgrundlage. *(Dr. Petrikovics: Ja!)* Da steht einmal: „Bemessungsgrundlage für den vorgenannten Hundertsatz ist ein angenommener Gesamtkaufpreis von 700 Mio.“

Und dann weiter drunter steht: „Fälligkeit“. Zweiter Absatz: „Rechnungsadressat ist – welchem Mitglied des Bieterkonsortiums auch immer der Zuschlag erteilt wird – ausschließlich die Auftraggeberin.“

Und das lesen Sie im Zusammenhang mit Punkt I auf der ersten Seite, zweiter Absatz: „(...) damit der erwähnten Bietergemeinschaft oder auch nur einem Mitglied davon der Zuschlag (...) erteilt wird.“

Damit ist das Ganze, was Sie uns vorher geschildert haben, relativiert, und ich möchte jetzt nur wissen: Was hat da wirklich stattgefunden? Was war Ihre Verpflichtung und wem gegenüber?

Dr. Karl Petrikovics: Aber ich glaube, jetzt müssen wir dann auch noch dazusagen, dass es den Punkt IV gibt: „Das Honorar beträgt“ 1 Prozent „(in Worten: ein Prozent) des von Ihnen entrichteten anteiligen Kaufpreises zuzüglich darauf“ allenfalls „entfallender Umsatzsteuer in jeweils gesetzlicher Höhe.“

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und unten steht, dass jedenfalls die Rechnung gesamt an Sie zu stellen ist. (*Obfrau Dr. Moser: Gut, danke schön. – Abgeordneter Pilz!*) – Ich meine, er kann ja eine Antwort geben.

Fällt Ihnen sonst noch irgendetwas dazu ein, Herr Dr. Petrikovics?

Dr. Karl Petrikovics: In meinen Augen ist das beantwortet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber unbefriedigend. Geklärt hat sich das jedenfalls nicht. (*Obfrau Dr. Moser: So, die Fragezeit ist schon längst zu Ende!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben die Vorgeschichte besprochen. Vor dem 4.6.2004 wird Herr Hohegger geschickt, kommt, bietet seine Leistungen an, Sie bezahlen ihn dafür, Hohegger schildert – nur zur Ergänzung – in seiner dritten Beschuldigtenvernehmung vom 7.10.2009 – ich zitiere –:

„Befragt welche Leistungen ich an IF bzw KPE“ –

also Karl Petrikovics –

„erbracht habe: ich habe grundsätzlich nur Informationen, die ich von MEISCHBERGER bekommen habe, weitergeleitet. Ich habe in Abstimmung mit MEISCHBERGER Vorschläge erarbeitet, aber keine zB Marktbeobachtung gemacht.“

Das heißt, wir haben es ohnedies ziemlich klar, und das deckt sich auch mit den wenigen, aber wichtigen Leistungen, die Sie beschrieben haben: Hoheggers Aufgabe war, Meischberger-Informationen Ihnen zu übermitteln, und Sie haben sie dann auch verwertet – das Erste haben wir besprochen –, um in einem absolut vertraulichen Bieterprozess – und wir haben dazu die Unterlagen von Lehman Brothers –, wo es Vertraulichkeitserklärungen gibt, die alle verpflichten, in einem absolut vertraulichen Bieterprozess herauszubekommen: wer sind die Konkurrenten?, eine Information, die Ihnen als Konkurrent und Mitbieter nicht zugestanden hat.

Jetzt kommen wir zum zweiten Punkt: Was passiert rund um den 4.? – Es werden die Angebote geöffnet. Dann stellt Ihre Gruppe fest: Um Gottes willen, wir sind 80 Millionen hinten!

Hat es da ein Treffen mit Herrn Dr. Hohegger gegeben?

Dr. Karl Petrikovics: Es kann ja nur dieses Treffen oder Telefonat sein – aber ich nehme einmal an, es wird schon ein Treffen gewesen sein –, wo er diese 960 genannt hat, die zu zahlen sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nein, es hat ein zweites Treffen vorher gegeben, wo er eine Summe von **930** Millionen genannt hat. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Dr. Karl Petrikovics: Wann hätte das sein sollen? – Denn laut meinem Kalender ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es kann ja auch ein Telefonat gewesen sein.

Dr. Karl Petrikovics: Das könnte theoretisch gewesen sein, ja. – Nach meinem Kalender ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, ich sage Ihnen, worum es geht: Sie haben von Meischberger zwei Informationen, zwei Zahlen bekommen. Die erste war nicht 960, sondern 930 Millionen. Am 4. sind die Angebote geöffnet worden. (*Verfahrensanwalt Dr. Hofmann: Nicht von Meischberger, sondern von ...!*) – Entschuldigung! Danke für die Korrektur. Ja, natürlich von Hohegger. „Meischberger“ heißt im Fall Petrikovics immer „Hohegger“.

922,7 hat CA Immo geboten. Sie, Ihre Gruppe hat 837,3 geboten, das heißt, 85 Millionen drunter – chancenlos.

Daraufhin sagt Hohegger:

Karl Petrikovics „bezeichnet das Gebot der CA Immo iH von € 930 Mio“ –

also diese 922 offensichtlich –

„als Wahnsinn, worauf er sich mit seinen Konsorten absprach. Einmal hat“ Karl Petrikovics „in meiner Anwesenheit Dr. STARZER angerufen um ihm mitzuteilen, dass eine neue interne Bewertung erforderlich sei, weil ein anderer Bieter mehr bot.

Nach meiner Wahrnehmung war kurzzeitig nicht klar, ob es eine weitere Gebotsrunde geben sollte.“

Das war ein ganz entscheidender Punkt. Da waren die 960 noch nicht bekannt. Die sind der nächste Punkt.

Wann hat Sie Hohegger darüber informiert, was Ihr Konkurrent geboten hat?

Dr. Karl Petrikovics: Nach meiner Liste hatte ich ein Gespräch mit Dr. Hohegger am 2.6. um 9.30 Uhr, laut meinem Kalender.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn er das am 2.6. schon gewusst hat, dann haben da ein paar Herrschaften ein noch wesentlich größeres Problem. Ich bleibe bei der milderen Variante und sage:

Am 4.6. passiert Folgendes: Der Finanzminister schickt nicht den zuständigen Beamten, sondern den Dr. Traumüller zur Anbotseröffnung. Der stellt fest: Jessas na, das ist ja völlig danebengegangen, 85 Millionen hinten!, und diese Information wird weitergegeben, offensichtlich über Dr. Hohegger. Sie erfahren das, informieren den Herrn Dr. Starzer, und es ist klar: Wenn wir jetzt nichts tun ... – Und zu dem Zeitpunkt, sagt Dr. Hohegger, war Ihnen klar, dass noch nicht einmal eine zweite Gebotsrunde sicher ist. Es war zu diesem Zeitpunkt möglich, dass Sie alles verloren haben.

Sind Sie telefonisch über diese 922, also ungefähr 930 Millionen der CA Immo von Dr. Hohegger informiert worden?

Dr. Karl Petrikovics: Erinnern kann ich mich da nicht, aber ich kann es nicht ausschließen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir müssen davon ausgehen, weil es völlig eindeutig ist, dass das passiert ist.

Dann geht es weiter, und dann gibt es plötzlich diese Idee einer zweiten Bierrunde. – Was hat Ihnen Dr. Hohegger darüber gesagt?

Dr. Karl Petrikovics: Also nach meiner Erinnerung kam irgendwann die Information, dass es eine zweite Bierrunde gibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen, was dann passiert ist: In einer Panikreaktion wird Dr. Wieltch, der Vorsitzende der Kommission, angewiesen – bereits am 4.6., am Tag der Anbotseröffnung –: Kommissionssitzung am 8.6. absagen! – Denn es war klar, da wäre möglicherweise etwas passiert.

Dann ist etwas Zweites passiert. Am 4.6. war offensichtlich noch nicht ganz klar, was sich im CA-Immo-Anbot findet. Das hat 137 Seiten, und das haben die Herrschaften dann genau studiert und finden auf Seite 130 den **Letter of Comfort**, wo drinnen steht, dass die Bank Austria nur bis genau 960,65 Millionen finanziert.

Sie kennen sich ja aus in Banken: Wenn man das wusste und innerhalb einer Woche entschieden hat über eine zweite Angebotsrunde, hätte in dieser Woche die CA Immo

überhaupt noch die Chance gehabt, bei dem Ihnen bekannten Procédere – Bank-Austria-Vorstand muss befasst werden in dieser Höhe, Bank-Austria-Aufsichtsrat muss befasst werden –, noch ein höheres Gebot abzugeben? Hätten die überhaupt noch eine Chance gehabt?

Dr. Karl Petrikovics: Wie rasch die Abläufe in der Bank Austria damals gewesen wären, kann ich Ihnen leider nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es Ihnen, das war ganz klar: Sie hätten überhaupt keine Chance gehabt, und Sie haben auch keine gehabt.

Deswegen war es ganz entscheidend, dass diese Information nach dem 4.6., wahrscheinlich am 5. oder 6.6., wahrscheinlich von Dr. Traumüller hier gefunden worden ist, der Finanzminister informiert worden ist, geschwind die Sitzung am 7. einberufen worden ist, wo zumindest ein ganz kleiner Kreis über das geredet hat: Ab 960 haben die anderen, da hat CA Immo keine Chance mehr. – Und Sie haben nachweislich auch diese Information von Dr. Hochegger erhalten.

Können Sie sagen, in welcher Art und Weise Sie Dr. Hochegger da informiert hat?

Dr. Karl Petrikovics: Ich kann es Ihnen heute nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat er Sie darüber informiert, dass es da ein Limit von 960 Millionen gibt?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe in Erinnerung, dass die Information die Empfehlung war, **über** 960 zu bieten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 5 Minuten sind vorüber!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) *(zur Geschäftsbehandlung)*: Ich sage nur gleich – bitte das als Geschäftsordnungsmeldung zu bewerten –: Das ist ein ganz entscheidender Punkt, da möchte ich dann in einer nächsten Runde weiter fragen. Wenn es notwendig ist, müssen wir halt eine kurze Fraktionsführerbesprechung machen, um die Befragungszeit zu verlängern. Es ist ganz wichtig, diesen Punkt noch genau herauszuarbeiten. Und zu den Scheinrechnungen – da gibt es nämlich noch wesentlich mehr – möchte ich auch gerne noch ein paar sehr konkrete Fragen stellen.

Deswegen: Ich werde dann noch Zusatzfragen stellen und werde wahrscheinlich mit der Zeit nicht auskommen. Ich bitte, dann eine Fraktionsführerrunde einzuberufen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke schön. Darüber wird dann die Runde entscheiden. – Die Befragung setzt nun Herr Abgeordneter Hornek fort.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Petrikovics, welche der folgenden Personen kennen Sie: Kennen Sie Herrn **Karl Plech**?

Dr. Karl Petrikovics: Er war später dann Aufsichtsrat in der Gesellschaft BUWOG.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wie hat sich Ihr Verhältnis zu Herrn Plech dargestellt? Hatten Sie auch andere Geschäftsbeziehungen mit Herrn Plech?

Dr. Karl Petrikovics: Herr Plech ist Makler. Meiner Erinnerung nach habe ich ihn vor dem Zeitpunkt, wo er dann Aufsichtsrat in der BUWOG geworden ist, vielleicht ein- oder zweimal in meinem Leben beruflich gesehen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber keine weiteren, anderen Kontakte? Spezielle Geschäftskontakte? (*Dr. Petrikovics: Nein!*) – Und Ihr Verhältnis zu Herrn **Traumüller**: Ab wann haben Sie ihn gekannt? Wie hatten Sie Kontakt?

Dr. Karl Petrikovics: Herrn Traumüller kenne ich aus dem Fernsehen; den habe ich überhaupt noch nie gesehen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben ihn noch nie gesehen? (*Dr. Petrikovics: Noch nie!*) – Eine angeblich weitere wichtige Persönlichkeit, der Herr **Ramprecht**. Was sagt Ihnen dieser Name? Wie haben Sie mit ihm Kontakt gehabt? Hatten Sie mit ihm Kontakt, oder gab es überhaupt gar keinen Kontakt?

Dr. Karl Petrikovics: Den Namen Ramprecht kenne ich aus den Zeitungen; ich habe ihn nie vorher gesehen. (*Abg. Hornek: Sie kennen ihn nicht?*) Ich kenne ihn nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich zitiere aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 9.11.2009:

Es war glasklar, dass, wenn der Zuschlag erfolgt, die Provision –

Sie wissen, was ich meine –

im Verhältnis der Konsortialanteile aufgeteilt würde. – Zitatende.

Haben Sie diese konsortial aufgeteilt, prozentuell?

Dr. Karl Petrikovics: Wie ich schon ausgeführt habe: Im Rahmen der Einigung über die ESG wurde zugesagt von der RLB Oberösterreich als Teil dieser Kaufpreisvereinbarung die Zahlung der Hohegger-Provision vereinbart. Vorher ist nichts aufgeteilt worden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber es gibt keine Transaktionen, keine Geldflüsse von den Konsortialpartnern in ihrem prozentuellen Anteil an der Provision?

Dr. Karl Petrikovics: Nein. Das war Teil dieser ESG-Kaufpreisvereinbarung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und warum haben Sie das nicht entsprechend weiterverrechnet?

Dr. Karl Petrikovics: Weil ich bis zu dieser Einigung über den ESG-Kauf und diese Vereinbarung ausschließlich unseren, also sprich den Immofinanz-Teil bezahlt hätte. Ich hätte mich in keinsten Weise verpflichtet gefühlt, irgendeinen Teil für die RLB Oberösterreich zu entrichten.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber dann widersprechen Sie ja mit Ihrer Antwort Ihrer Aussage in der Beschuldigtenvernehmung: Es war glasklar, dass, wenn der Zuschlag erfolgt – und der ist erfolgt –, die Provision – und ich zitiere Sie wörtlich – „im Verhältnis der Konsortialanteile aufgeteilt würde“.

Haben wir oder haben wir nicht?

Dr. Karl Petrikovics: Ja, dass die RLB Oberösterreich ihren Teil entrichtet und dass die Immofinanz ihren Teil entrichtet.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber das sind ja nicht die Konsortialpartner. Da hat es ja auch die Wiener Städtische gegeben und so weiter.

Dr. Karl Petrikovics: Wie die Vereinbarung innerhalb des Subkonsortiums der RLB Oberösterreich ist, weiß ich nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Also Ihre Definition lautet: Da hat es uns gegeben, da hat es die RLB Oberösterreich gegeben in einer Treuhänderschaft für alle anderen. – Verstehe ich Sie so richtig?

Dr. Karl Petrikovics: Wie immer die Vereinbarung intern gewesen ist. Die kenne ich nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie kennen diese Vereinbarung nicht? (*Dr. Petrikovics: Nein!*) – Sie haben in Dimensionen von mehreren hundert Millionen Euro Konsortialpartner und kennen nicht die interne Aufteilung und Verteilung im Konsortium?

Dr. Karl Petrikovics: Sie sprechen jetzt von der prozentuellen Aufteilung. Wie Sie sich diese ...

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Dr. Petrikovics, die prozentuelle Aufteilung ist ja bekannt, wer welchen Anteil hatte. Aber es kommt mir schon sehr seltsam vor: Sie sprechen nur mit **einem** Konsortialpartner, und mit allen anderen, die rechtlich gleichwertig sind, gar nicht? Warum nicht?

Dr. Karl Petrikovics: Weil Herr Dr. Starzer als Funktionär der RLB Oberösterreich **Leiter** des Konsortiums war, **Konsortialführer** gewesen ist und sozusagen die gesamte Kommunikation im Konsortium Aufgabe des **Konsortialführers** ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und Sie hatten zu den anderen gar keinen Kontakt und haben mit ihnen nie gesprochen, obwohl es sich um diese gewaltigen Dimensionen gehandelt hat?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Im Tagesgeschäft einer operativen Durchführung war das bei uns Frau Postl, die die Gespräche geführt hat und bei den Sitzungen dabei war. Ab und zu hat es Kontakt in Wirklichkeit auch nur mit Herrn Dr. Simhandl von der Wiener Städtischen gegeben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber erklären Sie mir bitte etwas detaillierter das, was Sie jetzt begonnen haben: Wie hat die Kommunikation im Konsortium stattgefunden? Es hat Besprechungen gegeben. Ich nehme an, ein derartiges Geschäft in einer so gewaltigen Dimension wird ja hochprofessionell vorbereitet. Wie hat die Kommunikation im Konsortium und mit Ihnen in Bezug auf verschiedene Aufgabenstellungen und Themenbereiche stattgefunden? Ich nehme an, es hat da Treffen gegeben. Wen haben Sie delegiert? Es erscheint mir nur seltsam, dass Sie nicht persönlich dabei sind. Ich kann mir vorstellen, dass Sie nicht immer dabei sind, aber doch bei den wichtigen Entscheidungen. Wie ist die Kommunikation intern erfolgt? Das ist ja nicht ganz schlüssig, dass Sie sagen: Ich habe nur mit einem geredet, und der Rest war mir ziemlich gleichgültig. Das ist ja unlogisch.

Dr. Karl Petrikovics: Das würde ich sogar sehr **logisch** sehen, weil sich eine Gruppe immer über einen Führer, in diesem Fall Konsortialführer, organisieren muss. Ich habe mir das in meinen Kalendern angeschaut: Ich war jeweils dabei bei Konsortialsitzungen am 28.04., am 4.5., am 28.5.2004.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wären Sie so nett und würden mir näher erklären, was bei diesen drei Treffen stattgefunden hat? Was war das Thema? Bei 960 Millionen € hat man doch, so nehme ich an, Erinnerungen. – Also ich würde mich da genau erinnern.

Dr. Karl Petrikovics: Da bewundere ich Sie allerdings, wenn Sie das können.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Bei diesen Dimensionen schon!

Dr. Karl Petrikovics: Da hätten Sie wirklich meine volle Bewunderung, wenn Sie das heute noch wüssten!

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Bei diesen Dimensionen, bei allem Respekt Ihrer Person gegenüber, habe ich Erinnerungen. Denn bei so wichtigen Entscheidungen –

und Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass das für Ihre Firmengruppe eines der wichtigsten Geschäfte überhaupt war – nehme ich doch an, dass man sich beim wichtigsten Geschäft an drei Termine, wo Sie dabei waren, erinnern können wird und was da passiert ist.

Dr. Karl Petrikovics: Das Endergebnis war das wichtigste Geschäft. Wir sprechen hier von einem Konsortium. Und ich glaube, wir sollten einmal rekapitulieren: Was ist ein Konsortium? Das muss sich in sich abstimmen. Uns hat immer nur die Gesellschaft **BUWOG** interessiert – jetzt nicht mischend Bundeswohnungen mit BUWOG –, und unsere Interessen im Konsortium hat Frau Dr. Postl vertreten.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber Sie haben mir ja doch, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gerade mitgeteilt, es hat drei wichtige Treffen gegeben. Die haben Sie sogar datiert festgehalten. Und ich habe Sie gefragt: Was hat denn bei diesen Veranstaltungen, die so wichtig waren, stattgefunden? Was ist dort passiert?

Dr. Karl Petrikovics: Und ich habe Ihnen gerade gesagt, in meinem Kalender konnte ich feststellen, dass ich drei Konsortialsitzungen eingetragen habe. Die erste davon war am 28.4.2004; das ist fast auf den Tag genau vor **acht Jahren**. Was wir dort im Detail an Themen besprochen haben, kann ich Ihnen heute nicht mehr wiedergeben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Im Grundsätzlichen? Wenn Sie es nicht im Detail wiedergeben können, im Grundsätzlichen? Worum ist es dabei gegangen?

Dr. Karl Petrikovics: Nicht einmal im Grundsätzlichen. Ich weiß es nicht mehr. Und wenn es darüber Aufzeichnungen gibt, dann sind diese Aufzeichnungen bei der Immofinanz. Dazu habe ich keinen Zugang.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie gehen davon aus, dass es von diesen Terminen detaillierte Aufzeichnungen bei der Immofinanz gibt?

Dr. Karl Petrikovics: Weiß ich nicht genau.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber wie war das im Normalfall in Ihrem Unternehmen üblich: Wenn es derartige Besprechungen gab, gab es, nehme ich an, damit man sich nach einigen Jahren noch erinnern kann, oder manchmal auch nach einigen Wochen im Detail, entsprechende Protokolle. Wie wurde das veraktet, protokolliert? Wenn Sie sich nicht mehr erinnern können, muss es doch entsprechende schriftliche Unterlagen, so nehme ich doch an, davon geben. Wie funktioniert das Procedere bei derartigen Besprechungen? Oder: Wie erfolgte das Procedere korrekterweise bei derartigen Besprechungen in Ihrem Unternehmen?

Dr. Karl Petrikovics: Wir sprechen nicht von **meinem** Unternehmen, wir sprechen vom **Konsortium**. Und meiner Erinnerung nach hat es nach den Konsortialsitzungen Protokolle gegeben, die vom **Konsortialführer** angefertigt wurden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie haben überhaupt keine Protokolle angefertigt, sondern die wurden nur vom Konsortialführer angefertigt. – Ist das so richtig?

Dr. Karl Petrikovics: Und dann kontrolliert, ob es das wiedergibt, was damals besprochen wurde.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Petrikovics, mir drängt sich irgendwie auf Grund der Abläufe – Absage von Konsortialsitzungen, Hinweise und Ähnliches – der Verdacht auf, dass es nicht darum gegangen ist, der Immofinanz oder dem Konsortium, dem Sie angehörten, diesen Zuschlag zu erteilen, sondern der Firma – egal, welcher –, die Peter Hochegger im Boot hatte. Ich sehe Ihr Verhalten,

Hochegger **nicht** als Gegner zu haben, und wenn Hochegger zuerst bei wem anderen angeklopft hätte – oder vielleicht hat er das auch und hat dort eine Abfuhr erhalten, was auch immer –, ich kann nicht nachweisen oder im Zweifel sagen, dass Sie mit irgendetwas unmittelbar zu tun gehabt haben.

Sie haben Hochegger engagiert, haben mit ihm diese Provisionsvereinbarung getroffen auf Erfolgsbasis, und danach hat alles so funktioniert seitens Grasser oder seines Umfeldes ... – Ich kann es auch nicht mit Sicherheit sagen, ich kann auch noch keinen Geldfluss feststellen, dass das den Herrn Grasser in irgendeiner Form direkt betroffen hätte – Geldflüsse gibt es zu Hochegger und Meischberger derzeit, die auf dem Tisch liegen –, sondern ich glaube vielmehr, dass Sie über Hochegger alle Informationen bekommen haben, um erfolgreich aus dem herauszukommen, aber nicht, weil Sie ihm so sympathisch sind oder die Immofinanz oder Raiffeisenbank, sondern das hätte ganz wer anderer sein können. Hauptsache, die Provision fließt. Das ist mein Eindruck dazu.

Und dazu wurde seitens dieses Umfeldes um Grasser, mit Meischberger, mit Plech, mit Hochegger einerseits offensichtlich ... – Die Frage der 960 Millionen € und Ihres Gebotes, 961 Millionen €, hat schon etwas, nämlich dieses Konkrete. Wenn Hochegger zu Ihnen sagt: 960 Millionen €, es muss mehr sein!, dann kann „mehr“ als 960 Millionen € auch 960 Millionen € und ein Cent sein, es können eine Milliarde sein, es können zwei Milliarden sein, das ist alles höher.

Und dann fällt eine Entscheidung, dass man genau **eine Million** mehr bietet, also ein verhältnismäßig geringer Betrag.

Wie fix war für Sie die Information, oder in welchem Kontext wurde das genannt, dass die 960 Millionen € das Gebot sind, das der Konkurrent tatsächlich hatte, dass da wirklich keine Luft mehr war, dass da kein Spielraum mehr war? War das für Sie klar? Weil sonst, würde ich sagen, sind 961,3 Millionen eine durchaus mutige Entscheidung. Noch schneidiger wäre es gewesen, 960 Millionen **und einen Cent** zu bieten. Das wäre noch schneidiger gewesen. Aber war für Sie so klar, 960 Millionen ist der Betrag, wo der Gegenseite die Luft ausgeht oder dem zweiten Bieter oder was auch immer? Wie sind diese 960 Millionen kommuniziert worden, dass Sie so sicher sein konnten, mit einem relativ geringen Aufschlag?

Hätten Sie noch eine Sicherheitsvariante gemacht: Naja, legen wir noch einmal 20 Millionen drauf!, wäre es wahrscheinlich dem Herrn Hochegger lieber gewesen, weil 1 Prozent von 1 Milliarde ist ja auch mehr als von den 960 Millionen, egal, wer es dann im Konsortium zahlt und wie später und über Zypern oder wurscht, aber die Bemessungsgrundlage wäre interessant gewesen.

Für mich ist so entscheidend dabei, mit welcher **Gewissheit** man wusste, 960 ist wirklich die Grenze, wo der Gegenseite die Luft ausgeht. Und das konnte noch nicht aus dem Bieterverfahren kommen, weil dieses Angebot war ja objektiv noch nicht einmal in der Notariatskanzlei beim Öffnen, sondern das kann eigentlich nur aus dem Bereich des Konkurrenzunternehmens kommen – über die finanzierende Bank, über die Beraterfirmen, die dort waren, was auch immer.

Daher meine wirklich abschließende Frage: 960 Millionen € – was war da, abgesehen davon, dass es die Leistung war vom Herrn Hochegger, diese Sicherheit, diese Gewissheit?

Dr. Karl Petrikovics: Sie haben eines vielleicht vergessen zu sagen. Die Information von Dr. Hochegger war, **mehr als 960** zu bieten. Diese Information wurde weitergegeben an den Konsortialführer. Für mich und für die Immofinanz war diese, wie ich schon eingangs gesagt habe, Information „960“ eigentlich per se von fast untergeordneter Bedeutung, weil für uns war ausschließlich interessant: Wie hoch ist

der Betrag, der im Rahmen des Gesamtangebotes für die BUWOG zu bieten ist? Und bei der Konsortialsitzung, wo diese 961 Komma irgendwas festgesetzt wurden, muss man sich auf diese Zahl geeinigt haben. Ich war bei dieser Konsortialsitzung nicht dabei; ich war damals in Prag.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und dann ist diese entscheidende Konsortialsitzung, wo man sich auf die 961 Millionen hin trimmt und – ich habe es schon vorher erwähnt – wo man sagt, man erhöht aliquot alle Genossenschaften, alle Wohnbaugesellschaften, für jeden Konsortialpartner – nur ausgerechnet dort, wo das Vorkaufsrecht des Landes Kärnten drinnen ist, wo es schon vorher die entsprechenden Gespräche gegeben hat mit dem möglichen Bieter, dort schlägt man in der Differenz um über 20 Millionen vom zweiten Bieter drüber, also unverhältnismäßig hoch, sagt Frau Postl.

Dr. Karl Petrikovics: Ja, aber mein Wissenstand war und ist jetzt immer noch, dass – und das hat mir Dr. Starzer gesagt, dass die RLB Oberösterreich mit Kärnten – da wurde nicht definiert, mit wem geredet wurde – gesprochen wurde im Vorfeld.

Was da an konkreten Überlegungen dahintergestanden ist, würde ich Sie bitten, Herrn Dr. Starzer zu fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Machen wir gerne. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich weise einmal auf die Wahrheitspflicht hin und frage Sie noch einmal. – Wir werden auch Herrn Hochegger vorladen, und ich weiß schon heute, was Herr Hochegger hier sagen wird, oder wovon ich ausgehe, was Herr Hochegger sagen wird unter Wahrheitspflicht: Bei seinen Angaben in der Beschuldigtenvernehmung sagt er, dass er in **Ihrem Auftrag** dafür gesorgt hat, dass eine zweite Bierrunde stattfindet.

Daher frage ich Sie noch einmal – unter Verweis auf die Wahrheitspflicht –: Haben Sie diesbezüglich mit Hochegger gesprochen, dass er dafür sorgen soll oder sich einsetzen soll, dass eine zweite Bierrunde initiiert wird, oder nicht?

Ich werde Herrn Hochegger das Gleiche dann unter Wahrheitspflicht fragen, ich sage es Ihnen gleich. Und wenn Sie jetzt bei Ihren Angaben ... – dann wissen Sie, was das heißen kann.

Dr. Karl Petrikovics: Meine einzige Erinnerung, ist, dass Dr. Hochegger gefragt hat, ob das Konsortium bereit wäre, zu erhöhen, und dass diese 960 Millionen gefallen sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie genau hat Herr Hochegger gefragt, ob das Konsortium bereit wäre? Können Sie das näher schildern?

Dr. Karl Petrikovics: Ob man imstande und bereit ist, das Erstangebot zu erhöhen. Aber jetzt im Detail – was er mich im Wortlaut vor acht Jahren vielleicht gefragt hat, kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann frage ich nach Ihrer Facheinschätzung. Warum ist Ihrer Meinung nach eine zweite Bierrunde initiiert worden?

Dr. Karl Petrikovics: Wenn man sich die ausländischen Verfahren angeschaut hat, die auch von Investmentbanken betreut wurden, sieht man – das kommt ab und an oder gar nicht so selten vor –, dass die Letztanbieter dann noch einmal zu einer weiteren Runde gebeten werden, um eben zu versuchen, den Preis noch einmal zu erhöhen. Und wenn man sich das Endergebnis anschaut: Da hat der Bund ja offensichtlich zwischen erster und zweiter Runde eine relativ dramatische

Preiserhöhung durchsetzen können. Also der Vorteil für den Bund war in dem Fall ja wirklich sehr substantiell.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Rechnungshof sieht die Preislage anders; das wissen Sie auch. Aber gut.

Dr. Karl Petrikovics: Gut, das ist vielleicht ein anderes Thema, aber wenn man jetzt nur von erster und zweiter Bierrunde spricht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine weitere Leistung des Herrn Hohegger war laut Ihren Aussagen, dass er einen – Zitat – „kommunalpolitischen Querschlag aus Kärnten“ abgewehrt hat.

Was war denn das genau? Was war das für ein „kommunalpolitischer Querschlag aus Kärnten“?

Dr. Karl Petrikovics: Ich kann mich jetzt auch nicht mehr genau erinnern, aber mir ist noch in Erinnerung, dass Herr Manzenreiter, Bürgermeister von Villach, relativ aktiv in den Medien geworben hat, um meiner Einschätzung nach aus Wien diese ganze Privatisierung zu stoppen, zu behindern, zu verzögern, was immer seine Intention gewesen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Herr Manzenreiter hat interveniert – oder wie?

Dr. Karl Petrikovics: Nein, nicht interveniert, aber offensichtlich hat es ja – das wissen Sie sicher besser als ich – in den Kärntner Zeitungen da relativ viel Wirbel gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe damals auch gesagt, dass Herr Manzenreiter „Teil der roten Mietenmafia“ ist, und habe das nach jahrelangem Rechtsstreit rechtskräftig gewonnen, dass ich ihn so bezeichnen darf. – Aber das ist ein anderes Thema.

Ich komme noch einmal zu den Scheinrechnungen zurück und frage Sie noch einmal ganz konkret. Der Vertrag wurde geschlossen zwischen der Valora, also Hohegger, und der Immofinanz. Warum hat man dann die Verrechnung nicht auch so gemacht, über Immofinanz und Valora, sondern warum hat man seitens der Immofinanz das dann über die Tochter **CPB-CF** und seitens Hoheggers über diese „**Astropolis**“ in Zypern gemacht? Warum hat man das nicht direkt abgewickelt?

Dr. Karl Petrikovics: „Astropolis“ war Wunsch von Dr. Hohegger. Die CPB-Corporate Finance war die Gesellschaft, wo Frau Postl beschäftigt war und die die Corporate-Finance-Aktivitäten der Constantia Privatbank im Rahmen des Managementvertrags für die Immofinanz abgewickelt hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 30.09.2010 sagen Sie etwas ganz anderes. Da sagen Sie – ich zitiere –:

Warum der Umweg über die CPB CFC gewählt wurde, kann ich nur mit Diskretionsgründen begründen.

Dr. Karl Petrikovics: Das eine schließt das andere ja nicht aus, oder?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann frage ich anders. War es Ihnen auch wichtig, dass da Diskretion gewahrt wird, wie Sie das immer in den Beschuldigtenvernehmungen angegeben haben, dass also Diskretion gewahrt wird, und das Hohegger-Engagement für Sie **nicht** in der Immofinanz-Buchhaltung aufscheint.

Verweisen Sie nicht wieder auf den 2006er-Bericht! Sie wissen genau, dass die Immofinanz auch andere Berater in Sachen BUWOG –Rechtsberatung, was auch immer – engagiert hat. Das sind diese Summen, die offiziell aufscheinen.

Dr. Karl Petrikovics: Nein, nein, nein!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das sagen Sie ja selber.

Dr. Karl Petrikovics: Ich glaube, wir sollten bei den Tatsachen bleiben. Wenn Sie in den Geschäftsbericht hineinschauen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das geht aus den Akten hervor! Haben Sie auch andere Beratungen im Zuge des BUWOG-Bewerbungsverfahrens in Anspruch genommen – gar nicht Lobbying-Bereich –, irgendwelche Rechtsberatungen, was auch immer?

Dr. Karl Petrikovics: Sicher wird es andere ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, Sie haben es gemacht, und das ist ja auch völlig okay. Und das sind diese Summen, die im offiziellen Geschäftsbericht aufscheinen.

Dr. Karl Petrikovics: Da muss ich Sie leider korrigieren. Wenn Sie in den Geschäftsbericht hineinschauen: Dort steht unter dem Kapitel CPB Corporate Finance Consulting GmbH, Punkt 8.4.4, genau das, was ich vorhin zitiert habe.

Das hat mit sonstigen Beratern, Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und so weiter, die sicherlich auch involviert waren, auch für die Bewertung der Gesellschaften, überhaupt nichts zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal: Wenn das ohnehin alles offiziell aufscheint und ohnehin alles kein Problem ist, dann verstehe ich nicht, warum man das dann so kompliziert gemacht hat, warum Sie selber in allen Beschuldigtenvernehmungen sagen, aus **Diskretionsgründen** haben Sie das gemacht; Sie wollten nicht, dass das offiziell aufscheint. Und warum sagt dann Ihr Mitarbeiter Thornton folgende Dinge in seinen Beschuldigtenvernehmungen – ich zitiere –:

Ich habe ausschließlich auf Anweisung von Petrikovics gehandelt und keine gemeinsamen oder eigenmächtigen Handlungen gesetzt und wurde als Werkzeug missbraucht. Ich habe auf Weisung von Petrikovics die Honorare so verrechnet. Diesbezüglich wurde ich von Petrikovics getäuscht, belogen und in die Irre geführt. – Zitatende.

Das sind ja sehr, sehr schwere Vorwürfe Ihres Mitarbeiters.

Was sagen Sie denn dazu?

Dr. Karl Petrikovics: Die wird man vielleicht noch diskutieren müssen, oder?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, diskutieren wir es jetzt. Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen?

Dr. Karl Petrikovics: Das wird man mit dem **Herrn Thornton** diskutieren müssen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der kommt vielleicht auch noch her, aber jetzt frage ich Sie, was **Sie** zu diesen Angaben sagen. Thornton fühlt sich getäuscht, von Ihnen belogen, Sie hätten das alles **per Weisung** so angeordnet. Das heißt, Ihnen hätte man sich nicht zu widersprechen getraut.

Aus einem „profil“-Artikel geht hervor – ich zitiere –: „Petrikovics wird von ehemaligen Mitarbeitern als Diktator, als Alleinherrscher beschrieben. Er verlangte unbedingten Gehorsam, größtmöglichen Einsatz, wobei er als Maßstab sich selbst heranzog.“

Dr. Karl Petrikovics: Wenn das jetzt eine Frage gewesen ist, dann kann ich Ihnen darauf antworten ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, meine Frage ist: Haben Sie Weisung erteilt, so wie das Ihr Mitarbeiter sagt, dass genau das via Scheinrechnungen zu machen ist, mit der Argumentation, Sie wollen das aus Diskretionsgründen so haben?

Dr. Karl Petrikovics: Wie ich Ihnen schon gesagt habe: Die Weisung an den Herrn Thornton war, die Honorarverrechnung mit dem Herrn Hohegger durchzuführen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie ihm auch die Weisung erteilt, wie er das machen soll?

Dr. Karl Petrikovics: Herr Thornton ist ein hochqualifizierter Mann; der braucht keine detaillierten Anweisungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Woher wusste dann Herr Thornton, dass es diese „Astropolis“ gibt und dass er das über diese Gesellschaft machen soll?

Dr. Karl Petrikovics: Das haben Sie gerade selbst vorhin gesagt: durch den Kontakt mit Herrn Hohegger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann lege ich Ihnen dazu ein Mail vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mail von Herrn Hohegger an Sie – nicht an den Thornton, an **Sie** –, und zwar vom 9. September 2007:

Sehr geehrter Herr Dr. Petrikovics! Wir haben im Jahr 2004 eine Abschichtung bis zum Jahr 2007 vereinbart –

Hohegger mit Ihnen –.

Ende 2006 haben wir den Wunsch an Mag. Thornton herangetragen, den noch offenen Betrag bis Mitte 2007 zu begleichen. – Zitatende.

Da gab es dann irgendwelche Schwierigkeiten, und daher wendet sich Hohegger an Sie, weil sich Thornton nicht mehr gemeldet hat, wendet sich Hohegger also an Sie, per E-Mail, und sagt: Ich habe mit Ihnen ausgemacht, wir machen das über Zypern, wir machen das in mehreren Tranchen, wir machen das via Scheinrechnungen! Und jetzt beschwert sich Hohegger, dass nichts passiert – ich zitiere weiter –:

Thornton hat mir damals, ich nehme an, in Rücksprache mit Ihnen – schreibt Hohegger noch –, Zustimmung signalisiert. Ich habe im Juni und Juli diesbezüglich mehrmals versucht, mit ihm –

also Thornton –

telefonisch Kontakt aufzunehmen. Da er sich bei mir mehrmals, wie vereinbart, nicht gemeldet hat, habe ich ihm am 12. Juni folgendes Mail geschickt ...

Dann führt Hohegger das Mail an und schließt dann:

Sehr geehrter Herr Dr. Petrikovics! Meine Geschäftspartner sind enttäuscht und verunsichert über die plötzliche Funkstille. Ich ersuche Sie daher, dass entweder Sie oder Herr Mag. Thornton mit mir Kontakt aufnehmen, um das Timing für die Abschichtung des noch offenen Betrages zu konkretisieren. Vielen Dank für Ihre Bemühungen. – Zitatende.

Das heißt, Sie haben direkt mit Dr. Hochegger – das schreibt er selber in einem E-Mail, das dem Ausschuss vorliegt – diese Konstruktion vereinbart, und Hochegger beschwert sich dann bei Ihnen, dass nichts weitergeht und dass die Abmachung, dass bis Mitte 2007 das Ganze erledigt ist, nicht funktioniert.

Und das ist nicht das einzige E-Mail, da gibt es viele E-Mails.

Frage. Was haben Sie mit dem Herrn Hochegger da genau ausgemacht? Haben Sie gewusst, dass Sie damit auch – weitere Frage – Hochegger helfen, ein steuerrechtliches Vergehen zu begehen? Herr Hochegger hat auf Basis dieser Rechnungen dann Selbstanzeige erstattet.

War Ihnen das bewusst, dass Sie durch diese Scheinrechnungen auch dem Herrn Hochegger helfen, Steuern zu hinterziehen?; nennen wir es beim Namen.

Dr. Karl Petrikovics: Erstens möchte ich auf § 13 der Verfahrensordnung verweisen, dass das unterstellende Aussagen sind, die Sie treffen!

Herr Petzner, ich würde Sie bitten, wenn Sie zitieren, dann auch richtig zu zitieren. Hier steht:

Wir haben im Jahr 2004 eine Abschichtung bis zum Jahr 2007 vereinbart. – Zitatende.

Das heißt übersetzt, eine Bezahlung bis zum Jahr 2007. Mehr heißt das nicht. Genau das schreibt Herr Hochegger hier. Und was Sie dazu interpretieren, ist eine reine Interpretation.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf nur sagen: Erstens, das E-Mail geht weiter.

Zweitens, noch einmal zur Steuerfrage: War Ihnen das bewusst, dass das auch steuerrechtlich ein Problem ist und Hochegger damit auch Steuern an der österreichischen Finanz vorbeischleust – oder war Ihnen das nicht bewusst?

Dr. Karl Petrikovics: Wenn ich mit einem oder wahrscheinlich dem renommiertesten Kommunikationsberater Österreichs ein Geschäft mache, dann gehe ich davon aus, dass der seine Steuerdinge steuerlich korrekt auch abwickelt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat er aber nicht, wie wir jetzt wissen.

Dr. Karl Petrikovics: Okay. Das weiß ich heute aus den Zeitungen, und das wird schon stimmen, was in den Zeitungen steht, in dem Fall.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wir brauchen noch eine längere Fragerunde, denn ich bin noch lange nicht fertig.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das ist ja schon angeregt worden. Bevor ich dann die Sitzung kurz unterbreche, um fraktionell das Zeitmanagement zu besprechen, darf ich ergänzend zu den Ausführungen der Abgeordneten Rosenkranz und Petzner, was die Zusatzrunde betrifft, Last and Final-Offer, den Herrn Dr. Petrikovics fragen:

Also vorausgesetzt wird, dass Sie nicht wussten, dass es eine Last and Final Offer-Runde noch gibt. Wie erklären Sie sich, dass das Anbot des Konsortiums vonseiten des verantwortlichen Beamten, Dr. Mantler, uns gegenüber bezeichnet wurde als Anbot nicht quantifizierbar, nicht vergleichbar, aufgrund dessen, dass Sie

Zinsabschläge auch als Anbotsvariante präzisierten? Wie können Sie das erklären? War es nicht ein Trick, sozusagen ein unqualifizierbares, nicht quantifizierbares Anbot zu legen und dadurch noch eine zusätzliche Runde herbeizuführen?

Dr. Karl Petrikovics: Nachdem die Endformulierung des Anbots vom Konsortialführer erfolgt ist, muss ich Sie bitten, Herrn Dr. Starzer zu fragen, was da die Überlegung gewesen ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **unterbreche** kurz die Sitzung, um die Frage der zeitlichen Regelung zu besprechen.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.27 Uhr **unterbrochen** und um 11.29 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Es wurde vereinbart, dass noch Zusatzfragen gestellt werden können. Die Gesamtdauer wird ungefähr 20 Minuten betragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe nur ganz kurz noch Fragen, da das meiste doch schon herausgearbeitet werden konnte, und zwar zu Herrn Plech. Herr Hochegger sagt uns in seiner Einnahme, er sei davon ausgegangen, dass der Plech sein Geschäftspartner war in dem Sinn, dass er einen Anteil an der Provision erhielt. Er habe sich immer sehr interessiert gezeigt und sich insbesondere – das führt er dann später aus – auch immer erkundigt, ob die Provision jetzt bereits bezahlt wurde, was in irgendeiner Weise nicht ganz alltäglich sein könnte.

Sie sind schon gefragt worden, Sie sagen, Sie haben keine Wahrnehmung gemacht. Auch im Lichte dieses Vorhaltes, der ist da Ihnen nie irgendwie erschienen? *(Die Auskunftsperson verneint dies.)*

Es gibt eine zweite Person, die eigentlich insbesondere von Herrn Traumüller in seinen schriftlichen Unterlagen in der heißen Zeit um die Vergabe immer wieder genannt wird, und zwar ist das Herr Neudeck, wobei es in seinen schriftlichen Bemerkungen sogar einen Vermerk gibt, und zwar genau an dem Tag, wo die Angebotseröffnung stattgefunden hat:

Neudeck, finale Klarstellung goldwert.

Ist Herr Neudeck in irgendeiner Weise aus Ihrer Sicht irgendwo aufgetreten – und wenn ja, als was? Haben Sie Herrn Neudeck irgendwie wahrgenommen und zuordnen können, wenn Sie ihn wahrgenommen haben?

Dr. Karl Petrikovics: Sie sprechen von irgendwelchen Sitzungen im Finanzministerium, oder wo immer die waren?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na ja, Neudeck kommt in einer derartigen Häufigkeit vor, dass ich mich frage, ob er nicht auch Externen, die also nicht im Ministerium waren, sondern die auswärts waren, also auch auf der Gegenseite, auf der Bieterseite, allenfalls auch aufgefallen sein könnte. Das würde mir zumindest naheliegend erscheinen.

Dr. Karl Petrikovics: Ich kenne den Herrn Neudeck vom Sehen. Ich glaube nicht, dass ich jemals mit ihm direkt zu tun hatte. Herr Neudeck war Partner eines Wiener Developers. Das sind vier Partner dort; er war einer davon. Wenn wir mit denen zu tun hatten, und ich glaube, dass wir einmal mit denen ein Geschäft gemacht haben, dann habe ich mit zwei anderen zu tun gehabt. Sonst würde ich den Herrn Neudeck nicht kennen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): In Ihrer Transaktion ist der Herr Neudeck nicht in irgendeiner Weise aufgetreten?

Dr. Karl Petrikovics: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben ja in der letzten Runde mit diesen beiden Zahlen 930 Millionen, 960 Millionen, begonnen. Ich möchte das mit Ihnen jetzt etwas genauer durchgehen. Ganz offensichtlich ist Ihr Konsortium bis zum 7. Juni 2004 davon ausgegangen, dass die CA Immo – das ist verraten worden offensichtlich über Meischberger, Hohegger – 922 Millionen geboten hat.

Die ganze Zeit – und das halte ich Ihnen vor –, gibt es einen Mailverkehr zwischen Herrn Mag. Schillinger von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und Frau Dr. Postl.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Vielleicht können Sie sagen, wer Frau Dr. Postl ist?

Dr. Karl Petrikovics: Frau Dr. Postl war die Dame, die uns operativ im Konsortium vertreten hat und den Auftrag hatte, im Rahmen des Bieterverfahrens für die BUWOG mitzubieten. Frau Dr. Postl wurde von mir im Jahr 2004 extra geholt für diese Transaktion, da sie von ihrem beruflichen Background her ideal dafür geeignet war. Sie hat Jahre hindurch in der RZB im Kreditbereich gearbeitet, war dann in einer Private Equity-Gesellschaft und hat sich dann wirklich vom ganzen beruflichen Hintergrund her angeboten für die Funktion. Frau Dr. Postl war Geschäftsführerin der CPB Corporate Finance.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl hat auch diese ganzen Berechnungen angestellt. Und da haben Sie jetzt vorliegen: Herr Mag. Schillinger von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich schickt Frau Dr. Postl einmal eine Kalkulation, die hingeht auf 930,1 Millionen €, und Frau Dr. Postl korrigiert das, schreibt die Tabelle ein bisschen um, und dann kommt zurück:

Tabelle mit Korrekturen Dr. Postl, genau 930 Millionen.

Das stammt vom 7. Juni 2004. Das heißt an dem Tag, wo Mag. Grasser bereits mit seinen Leuten im Finanzministerium sitzt und sagt, wie machen wir das weiter, glaubt Ihr Konsortium immer noch, mit 930 schlagen wir die CA Immo, und es wird ein Angebot dazu konstruiert, genau mit dem Zielwert 930 Millionen.

Ist das richtig? Ihnen liegen ja jetzt die Unterlagen vor.

Dr. Karl Petrikovics: Diese Unterlagen sehe ich jetzt das erste Mal.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das glaube ich schon, denn die Arbeit hat ja Frau Dr. Postl gemacht. Sie haben ja nur die Informationen von Meischberger, Hohegger bekommen und in diesen Prozess einfließen lassen.

Haben Sie Frau Dr. Postl gesagt, dass CA Immo mit dem Anbot bei etwa 922 Millionen € liegt? Sie haben ja die Information von Hohegger bekommen. Haben Sie ihr das gesagt, wo CA Immo liegt?

Dr. Karl Petrikovics: Mir sagen momentan die 922 gar nichts, die Sie mir sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Ihnen die 930 etwas?

Dr. Karl Petrikovics: Die sagen mir momentan auch nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja, es sind die Unterlagen Ihrer eigenen Firma und die Grundlagen des Anbots. Aber wir fragen ohnehin Frau Dr. Postl dazu. Die wird uns ja wohl bestätigen, dass Sie von Ihnen genau diese heiklen und vertraulichen Informationen bekommen hat.

Jetzt passiert etwas Spannendes, und da gibt es dann die nächsten Mails vom 8. Juni 2004, wieder Johann Schillinger an Frau Dr. Postl, da sind sie plötzlich draufgekommen: Bumsti! Am 7. ist dieses Limit von der CA Immo gefunden worden, die können nicht über 960, und plötzlich wird im Mailverkehr zwischen Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und Ihrer Firma, also zwischen Herrn Schillinger und Frau Postl, eine **neue Kalkulation** erstellt, und zwar – das werden wir mit Frau Dr. Postl durchgehen – eine codierte, wo mit einem Code verschlüsselt worden ist, was da wirklich geboten werden soll.

Ich gehe den Code nicht mit Ihnen durch, das gehe ich dann mit Frau Dr. Postl durch. Es findet sich aber eine decodierte Seite. Das ist die Seite, die mit Filzstift groß als „4“ markiert ist, und da haben wir mit einem Codewert von 45 – das interessiert uns jetzt nicht, das gehen wir dann mit Frau Dr. Postl durch, warum das so codiert und verschlüsselt worden ist –, da finden sich plötzlich zum ersten Mal **961,57 Millionen**.

Jetzt haben wir den genauen Lauf: Am 4. kommen Finanzminister und Traumüller drauf, 922 muss überboten werden, wir brauchen eine neue Runde. Sofort wird die Kommissionssitzung abgesagt und die Sitzung im Finanzministerium gemacht. Dort, während Sie noch glauben, 930 reicht und bereits das Anbot über 930 vorbereiten, wissen der Finanzminister und Dr. Traumüller aufgrund der Aufzeichnung von Dr. Traumüller am 7., nämlich am Montag während dieser Sitzung: Um Gottes Willen, das reicht nicht, aber über 960 ist die CA Immo erledigt, gewinnen wir auf jeden Fall!

Am 8. verfügen Sie bereits über diese Information. Das 930 Millionen Angebot wird gar nicht finalisiert, sondern sofort ein 961,57 Millionen Angebot geschrieben.

Wann haben Sie Frau Dr. Postl informiert, dass 960 Millionen überboten werden müssen?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe Frau Dr. Postl nicht informiert. Ich habe den Herrn Dr. Starzer informiert mit dieser Information: mehr als 960, und offensichtlich hat ja die RLB Oberösterreich dann auch so gerechnet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Petrikovics, das ist genau der Punkt. Ich bin davon ausgegangen, dass Sie das sagen, und ich glaube auch, dass es so stimmt. Ich glaube eben, dass es genauso war. Sie haben eben nicht Frau Dr. Postl informiert, sondern Sie haben Herrn Dr. Starzer informiert in Linz, der hat den Herrn Schillinger in seinem eigenen Unternehmen gebrieft, der Herr Schillinger hat das geschrieben, über 961,57, schickt das der Frau Dr. Postl, und zwar codiert, zuerst mit einem Codewert 1 und dann mit einem Codewert 45 – diese Details lassen wir jetzt –, und dann wird genau dieses Angebot erstellt.

Das heißt, die Informationskette geht: Finanzministerium, entweder Grasser oder Traumüller, an Meischberger, an Hohegger, an Petrikovics, an Starzer, an Schillinger, an Frau Dr. Postl, – und plötzlich haben wir das passende Angebot: am 8. Juni 2004. Jetzt ist zum ersten Mal die Kette geschlossen mit diesen Angeboten. Jetzt ist zum ersten Mal auch klar, warum wir dringend die zuständigen Herrschaften der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich brauchen, und zwar nicht nur den Herrn Dr. Starzer, sondern ich gehe davon aus, auch den Herrn Schillinger, der genau diese

zurechtgestutzten und maßgeschneiderten Angebote verfasst hat. Das heißt, die RLB Oberösterreich spielt eine Schlüsselrolle. **Sie** haben die Informationen beschafft und weitergeleitet. In Oberösterreich hat der Konsortialführer mit den Grasser-Traumüller-Informationen diese Angebote gelegt, und so ist der Konkurrent ausgeschaltet worden mit einem Informationsvorsprung, den Sie sich über Hohegger – ist gleich Meischberger ist gleich Finanzministerium – beschafft haben. (*Obfrau Dr. Moser: Frage!*)

Wissen Sie noch **genau**, wann Sie Dr. Starzer informiert haben?

Dr. Karl Petrikovics: Genau weiß ich es nicht. Aber wenn, dann habe ich ihn sofort angerufen, entweder noch im Beisein von Dr. Hohegger, wenn er persönlich bei mir war, oder nachdem er mir das telefonisch gesagt hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das muss entweder am 7. Juni 2004 oder am Morgen des 8. Juni 2004 gewesen sein, denn dieses nächste Angebot – da gibt es bereits den Schriftverkehr, also dieses Mail von Johann Schillinger – der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich geht um 12.10 Uhr an Ihre Frau Dr. Postl. Und ab diesem Zeitpunkt existiert bereits dieses Angebot, das in der Lage ist, die CA Immo auszuschalten. – So, das haben wir jetzt.

Dann kommen wir noch zu den Scheinrechnungen. Darf ich Ihnen diese Rechnungen der „Astropolis“ an die CPB, also an die Constantia Privatbank, vorlegen? – Ich möchte Sie einfach nur ersuchen, da Sie ja mit diesen Rechnungen zu tun haben und sicherlich nicht die Absicht hatten, Scheinrechnungen zu legen, uns diese Rechnungen, den Rechnungsinhalt vorzulesen und uns dann immer wieder zu erklären, um welche Leistung es sich handelt. Ich möchte es wirklich detailliert durchgehen.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

12. August 2005, „Rechnung 120805“: Wenn Sie bitte den Rechnungsinhalt vorlesen und uns dann sagen, was der Rechnungsinhalt war, welche Leistung hier erbracht worden ist.

Dr. Karl Petrikovics: „Für die Vermittlung der Anteile an

- ABLO Property s.r.o. in Zusammenhang mit den Projekten Westpoint Distribution
- Atom Centrum“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Atomzentrum?

Dr. Karl Petrikovics: Ja, was auch immer das ist.

„- Center Invest kft in Zusammenhang mit dem Projekt Stop Shop

- Airport Property Development a.s. in Zusammenhang mit dem Airport Business Center

Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 1.016.250.--“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also 1 016 250 €.

Dr. Karl Petrikovics: „Wir bitten sie diese Summe auf folgendes Konto zu überweisen:“, und dann irgendeine Kontonummer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist okay. Ist das überwiesen worden? (*Dr. Petrikovics: Nehme ich an!*) – Und ist genau diese Leistung erbracht worden?

Dr. Karl Petrikovics: Das waren Immobilienprojekte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. – Ist diese Leistung erbracht worden?

Dr. Karl Petrikovics: Von Dr. Hohegger ist diese Subvermittlung nicht erbracht worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nicht erbracht worden? (*Dr. Petrikovics: Nein!*) – Na, welche Leistung ist dann für dieses Geld erbracht worden?

Dr. Karl Petrikovics: Das war eben die erste Teilzahlung für den Teil, der für die Immofinanz an Herrn Dr. Hohegger zu bezahlen gewesen wäre.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber warum haben Sie das nicht hineingeschrieben?

Dr. Karl Petrikovics: Es war der Wunsch, dass wir einen anderen Rechnungszweck verwenden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat diesen völlig falschen Rechnungszweck erfunden: Sie oder Dr. Hohegger?

Dr. Karl Petrikovics: Die konkreten Projekte stammen sicher von der Immofinanz. (*Abg. Dr. Pilz: Von der Immofinanz?*) – Um genau zu sein: von der Corporate Finance in Wirklichkeit natürlich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass die Immofinanz, also Ihr Unternehmen, da **falsche**, irreführende Rechnungsinhalte **erfunden** hat?

Dr. Karl Petrikovics: Um genau zu sein, hat die Corporate Finance oder die Constantia Privatbank diese Rechnungsinhalte „erfunden“, wie Sie es nennen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, nehmen wir die nächste Rechnung, schauen wir, wie es da aussieht:

Rechnung Nr. 260106, „Nicosia, 26.1.2006“, wieder von „Astropolis“ an Constantia Privatbank.

Wenn Sie, bitte, die Leistung und die Summe vorlesen.

Dr. Karl Petrikovics: „Für die Vermittlung der Anteile an

- Stop Shop Phase II
- IO-1 Office Building
- Silesia City Center

Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 1.365.562.--“, nehme ich an, heißt das.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, 1 365 562 €.

Was war der wahre Rechnungsinhalt?

Dr. Karl Petrikovics: Zweite Teilzahlung für das Honorar von Dr. Hohegger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie **gewusst**, dass hier ein falscher Rechnungsinhalt drinsteht?

Dr. Karl Petrikovics: Das wusste ich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Ihnen das gesagt?

Dr. Karl Petrikovics: Herr Thornton hat das mit mir besprochen. (*Abg. Dr. Pilz: Wer?*) – Herr **Thornton** hat das ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie genau sagen, wer Herr Thornton ist?

Dr. Karl Petrikovics: Herr Thornton war der Leiter des Rechnungswesens des ganzen Konzerns, des Rechnungswesens der Constantia Privatbank. Und die CPB Corporate Finance ist ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, nächste Rechnung: „Nicosia, 17.8.2006“, „Rechnung 170806“. – Bitte.

Dr. Karl Petrikovics: „Für die Vermittlung der Anteile an der

- TriGranit Holding“ –

was immer das dahinter heißt –,

„Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 1.560.000.--“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nächste: 1. 12. 2006, „Rechnung 11206“.

Dr. Karl Petrikovics: „Für die Vermittlung des Erwerbes der Anteile an der

- TriGranit Holding Limited

Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 2.460.000.--“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da haben Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, einen *neuen Rechnungsinhalt* hineinzuschreiben! Da haben Sie für denselben Rechnungsinhalt einmal 1,56 Millionen € und einmal 2,46 Millionen € verrechnet.

Waren auch das Scheinrechnungen?

Dr. Karl Petrikovics: Auch das war wieder eine Teilzahlung, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die letzte Rechnung: Das dürfte nur ein Entwurf sein, denn da steht „Draught“ drauf.

Können Sie diese Rechnung auch noch vortragen?

Dr. Karl Petrikovics: „Für die Vermittlung des Erwerbes der Anteile an der

- Adama Holding Public Ltd

Stellen wir das vereinbarte Honorar in Rechnung:

€ 3.510.000.--“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, jetzt haben wir das alles.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Bitte vorsichtshalber, auf die Zeit zu achten!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da gibt es ohnehin nichts Wesentliches mehr zu fragen. Wir haben hier ein System von Scheinrechnungen, von falschen Rechnungsinhalten. Und Sie waren darüber informiert.

Frage: Haben Sie gewusst, warum hier Scheinrechnungen gelegt werden sollen?

Dr. Karl Petrikovics: Weil Dr. Hoegger den Hinweis auf BUWOG/Bundeswohnungen vermieden haben wollte und weil es aus seiner Sicht über diese Gesellschaft – Astropolis Investments Consulting Limited – abgerechnet werden sollte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt gehen wir ganz an den Anfang der Geschichte zurück. Dr. Hochegger meldet sich bei Ihnen und sagt, er würde Sie gerne beraten. Dann schließen Sie mit ihm einen Vertrag. Dann beschafft er Insider-Informationen, die absolut vertraulich sind und die zur Manipulation der gesamten BUWOG-Vergabe zugunsten eines Bieters geführt haben, der offensichtlich die Gunst des Finanzministeriums und wahrscheinlich des Finanzministers genossen hat. Und zum Schluss sagt Hochegger: Rechnen Sie mir bitte die Provisionen über Scheinrechnungen ab!

Sagen Sie, war das für Sie selbstverständlich, dass Sie **Scheinrechnungen** legen? Und mussten Sie dadurch nicht den Eindruck haben, dass es sich um ein, sagen wir einmal, illegales oder zumindest anstößiges oder unübliches Geschäft handelte?

Dr. Karl Petrikovics: Das hätte ich **nicht** so gesehen. Aber dass Hochegger besondere Diskretion wollte, das habe ich schon gesehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ein Allerletztes dazu, da diese Provisionen ja nicht nur im Namen und auf Konto Ihrer Firma bezahlt wurden, sondern die Provisionen des gesamten Konsortiums waren: Wer von Ihren Konsortialpartnern war über diese Scheinrechnungen informiert?

Dr. Karl Petrikovics: Nach der Einigung, dass wir den Anteil der RLB Oberösterreich übernehmen, war dort über die Detailabwicklung, nehme ich an, niemand informiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, die RLB Oberösterreich haben Sie **nicht** informiert, dass da Scheinrechnungen und verdeckte Zahlungen über Zypern vorgenommen werden?

Dr. Karl Petrikovics: Das nehme ich nicht an. (*Abg. Dr. Pilz: Okay, danke!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal zu diesen Scheinrechnungen, die ich ohnehin schon beleuchtet habe. Kollege Pilz hat jetzt weitergefragt; ich möchte da auch noch einmal weiterfragen.

Warum hat man das über mehrere Jahre gemacht, konkret von August 2005 – erste Scheinrechnung – bis zur letzten Scheinrechnung im Oktober 2007, also zwei Jahre lang? Warum hat man das nicht **in einem** abgewickelt?

Dr. Karl Petrikovics: Na ja, je später man eine Rechnung zahlt, desto mehr Zinsen erspart man sich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das habe ich akustisch nicht verstanden.

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe gesagt: Je später man eine Rechnung zahlt, desto mehr Zinsen erspart man sich als der Zahlende.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eigenartiger Grund. – Wir legen Ihnen ein Mail vor.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Da schreibt Ihr Mitarbeiter Thornton an Herrn Hochegger, gesendet am 17. August 2006. – Ja, das ist wieder das Telekom-Schema! –

Also die Immofinanz beziehungsweise Constantia Privatbank schreibt:

Sehr geehrter Herr Dr. Hochegger! Anbei nochmals der Textentwurf für die Honorarnote.

Und dann kommt's:

Für die Vermittlung der Anteile an der TriGranit Holding Limited stellen wir Ihnen das vereinbarte Honorar in Höhe von 1 560 000 € in Rechnung.

Ich hoffe, dass Sie dieses Mail erhalten. Mit freundlichen Grüßen, Christian Thornton.

Das heißt, **Sie** haben dem Herrn Hohegger sogar noch die Textentwürfe geschickt – und dazu gibt es viele E-Mails –, **welche Scheinleistungen** er in den Rechnungen angeben soll. Was der Herr Hohegger dann brav gemacht hat!

Wer hat denn dem Herrn Thornton den Auftrag gegeben, diese Scheinleistungen so zu formulieren und das so abzuwickeln?

Dr. Karl Petrikovics: Die Formulierung stammt sicher von Herrn Thornton!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und wer hat ihm den Auftrag gegeben, das so zu machen: mit diesem Inhalt und mit diesen Scheinleistungen?

Dr. Karl Petrikovics: Das war die Vereinbarung mit Herrn Dr. Hohegger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Sie getroffen haben? Also **Sie** haben ihn beauftragt?

Dr. Karl Petrikovics: Ich habe ihm die Information weitergegeben, ja. (*Abg. Petzner: Welche Information?*) – Es mit dem Dr. Hohegger über Immobilienprojekte abzuwickeln.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage noch einmal: Warum haben Sie das über **Scheinleistungen** abgewickelt?

Dr. Karl Petrikovics: Weil der Wunsch von Dr. Hohegger war ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und warum haben Sie da mitgemacht?! – Ich frage so: Warum haben Sie da mitgemacht und nicht gesagt: Bist du wahnsinnig, ich stelle ja keine Scheinrechnungen! Warum haben Sie das nicht gemacht?

Dr. Karl Petrikovics: Wenn Sie mich heute fragen, gebe ich Ihnen recht mit dieser Frage! Ja, es war ein Fehler!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es öfter vorgekommen, dass Sie irgendwelche Scheinrechnungen beauftragt haben? Oder nur bei Herrn Hohegger? Oder passiert das ständig bei Ihnen?

Dr. Karl Petrikovics: Das ist jetzt nicht Gegenstand.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie grundsätzlich: Gab es nur bei Herrn Hohegger solche Scheinrechnungen, oder gab es so etwas öfter? (*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Kein konkreter Vorhalt zu diesem Gegenstand!*)

Dr. Karl Petrikovics: Kein konkreter Vorhalt zu diesem Gegenstand. (*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Das gehört nicht zum Gegenstand!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Ich zitiere noch Herrn Thornton vom 12. 3. 2009, um das abzurunden:

Der konkrete Auftrag von Petrikovics an mich war, entsprechende Honorarnoten analog zu den Vorjahren in der erforderlichen Höhe zu erstellen, obwohl keine Leistungen erbracht wurden.

Und so geht das reihenweise dahin.

Herr Thornton, Ihr Mitarbeiter, sagt auch in einer Beschuldigtenvernehmung aus, dass er eben auf Ihre Weisung hin gehandelt hat und dass Sie ihm ganz genau gesagt haben – Zitat –:

für welche Projekte welche Beträge zu verrechnen sind.

Das sagt Herr Thornton: Sie hätten ihm genau vorgegeben, für welche Projekte welche Beträge zu verrechnen sind. Und dann sind diese Mails entstanden. Dann dürfen Sie ...

Dr. Karl Petrikovics: Um das auf Plausibilität hin ein bisschen zu hinterfragen: Die Immofinanz hatte 1 800 Immobilien! Wenn ich also auswendig gewusst hätte, welche Projekte – dann wäre ich wahrscheinlich wirklich zu bewundern. Das ist also **nicht** plausibel.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gibt auch andere große Unternehmen, die ebenfalls viele Projekte haben. Und die stellen keine Scheinrechnungen!

Dr. Karl Petrikovics: Das ist aber jetzt etwas anderes als das vorher Gesagte!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja, ich weiß, das ist immer etwas anderes!

Andere Frage noch, das würde ich gerne wissen: Es wurde als Provision 1 Prozent der Kaufsumme ausgemacht, das wären dann 9,61 Millionen € gewesen. Gezahlt wurden aber 9,9 Millionen, also 300 000 € zu viel.

Warum ist das passiert?

Dr. Karl Petrikovics: Weil offensichtlich Herr Thornton zwei Fehler gemacht hat. Das konnten wir inzwischen nachvollziehen. Die eine Rechnung über 2,46 Millionen oder so irgendetwas hätte in Wirklichkeit auf 2,4 Millionen lauten müssen. Und für die letzte Rechnung hat Hohegger ihm einen bereits entrichteten Betrag genannt, der von Dr. Hohegger falsch addiert worden war, und Herr Thornton hat es nicht nachgeprüft. Daher kommen diese 300 000.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau. Herr Hohegger sagt, es war ein Versehen: Er hat 300 000 € zu viel kassiert. – Haben Sie das jemals zurückgefordert?

Dr. Karl Petrikovics: Das kam erst heraus, als ich schon lange nicht mehr bei der Constantia gewesen war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hohegger sagt etwas anderes. Er sagt, das sei relativ schnell klar gewesen. Aber er weiß auch nicht, es sei nie zurückgefordert worden, und daher hat er es auch nicht zurückgezahlt.

Dr. Karl Petrikovics: Dass da von unserem Rechnungswesen ein Fehler passiert ist, steht außer Zweifel.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke schön. – Danke auch Ihnen, Herr Dr. Petrikovics, für die sehr umfangreiche Auskunft. (*Abg. Petzner: Nein, ich will schon die gleiche Zeit haben!*) – Möchten Sie noch weiterfragen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ich darf nur noch eine kurze Frage stellen, auch zu Herrn Starzer, weil auch Kollege Pilz den Herrn schon zitiert hat. Herr Starzer sagt in einer Beschuldigtenvernehmung vom 1. Februar 2012, top-aktuell, auf den Vorhalt hin, dass Sie ihn darüber informiert hätten, dass es da diesen Vertrag zwischen Immofinanz und Valora gibt – Zitat –:

Petrikovics hat mich weder von dem Vertrag zwischen Immofinanz und Valora informiert, noch hat mir Petrikovics gesagt, dass er einen solchen Vertrag unterschreiben wird. Ich wurde erst nach Zuschlagserteilung von einem solchen Vertrag informiert. – Zitatende.

Was sagen Sie zu dieser Aussage des Herrn Starzer?

Dr. Karl Petrikovics: Dass sich Herr Dr. Starzer vielleicht noch einmal erinnern sollte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der **Auskunftsperson Dr. Petrikovics**, verabschiedet diese und erklärt die Sitzung für **unterbrochen**.
11.56

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.57 Uhr **unterbrochen** und um 11.59 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 11.59 Uhr bis 12 Uhr **nichtöffentlich**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 12 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

12.00

Auskunftsperson Dr. Martina Postl

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Frau **Dr. Martina Postl** als Auskunftsperson.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Dr. Postl, ich danke für Ihr Erscheinen und möchte mich für Ihre Wartezeit entschuldigen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Martina Postl**. Ihre Personaldaten liegen sowohl dem Parlament als auch mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Nun zur **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Georg Prantl**. Ihre Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage deshalb die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Prantl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Dann setze ich fort mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson**. Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson, Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Freiheitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, und dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Nun, Frau Dr. Postl, können wir mit Ihrer Befragung beginnen.

Wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnminütigen Erzählung darzulegen? *(Die Auskunftsperson verzichtet. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl, es geht um die Tage zwischen 4. Juni 2004 und 11. Juni 2004, also die ganze Geschichte mit dem „Last and Final Offer“.

Können Sie aus Ihrer Erinnerung schildern, was damals passiert ist und was Ihre Rolle in diesen Tagen war?

Auskunftsperson Dr. Martina Postl: Wenn ich mich recht erinnere, sprechen wir beim 4. Juni 2004 von einem Freitag. *(Abg. Dr. Pilz: Ja!)* – Das ist der Freitag, an dem wir unser erstes Angebot abgegeben haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo es geöffnet worden ist.

Dr. Martina Postl: Wir haben es auch abgegeben, das weiß ich. Wir hatten es bis 15 Uhr abzugeben, und wir haben es mit unserem Anwalt irgendwann zu Mittag abgegeben. Das war der 4. Juni, der Freitag.

Und dann am Montag, das ist der 7. Juni, komme ich ins Büro, und ich weiß nicht wann, aber irgendwann habe ich von unserem Konsortialführer erfahren, dass es eine zweite Runde gibt. Das habe ich am Montag, am Vormittag, erfahren.

Unser Konsortialführer ist ja die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich gewesen, für uns alle, denn wir waren ja fünf Konsortialpartner. Das habe ich dann irgendwie erfahren, und ich war wirklich **überrascht**, dass es da eine zweite Runde gibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum waren Sie überrascht?

Dr. Martina Postl: Weil es geheißen hat, wir geben ein Angebot ab – und das ist es. Wir haben alle nicht erwartet oder ich nicht – ich nicht – dass es da eine ... – Es hat geheißen, wir sollen das abgeben und dann gewinnt der Höchstbieter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist deswegen ein wichtiger Punkt, weil in der 5. Sitzung der Auswahlkommission – das können Sie nicht wissen, aber da gibt es das Protokoll – festgehalten worden ist, eine zweite Runde wird es nur geben, wenn die beiden Angebote ganz knapp zusammenliegen.

Dr. Martina Postl: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Ihrer Erinnerung nach diese beiden Angebote vom 4.6. ganz knapp zusammengelegt?

Dr. Martina Postl: Das weiß ich nicht, denn ich weiß nicht, was unsere Mitbewerber geboten haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die haben 922,7 Millionen € geboten, und Sie haben um etwa 85 Millionen € weniger geboten. Also die sind **nicht** knapp zusammengelegen, die waren ganz weit auseinander.

Nach den Grundsätzen, die sich die Vergabekommission selbst gegeben hat, war damit eine Entscheidung in der Vergabekommission zu treffen, der Bestbieter festzustellen. Das ist ganz offensichtlich nicht erfolgt. Und wie Sie jetzt geschildert haben, waren auch Sie davon durchaus überrascht.

Wer hat Sie informiert, dass es eine zweite Runde gibt?

Dr. Martina Postl: Ich glaube, der Konsortialführer der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und mein Gesprächspartner; meine Gesprächsebene war immer Mag. Schillinger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie ist es dann weitergegangen?

Dr. Martina Postl: Dann habe ich wahrscheinlich Petrikovics informiert – ich weiß es nicht –, und dann hat es irgendwie geheißt: Wir machen mit, wir geben ein zweites Anbot ab!

Am Mittwoch haben wir wieder eine Konsortialsitzung – so haben wir das genannt – in Linz gehabt, bei der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, und ich bin in der Früh mit Vollmacht zur Raiffeisenlandesbank Oberösterreich gefahren, zum Konsortialführer ... (**Abg. Dr. Pilz:** Am Mittwoch?) – Am Mittwoch in der Früh, ja, am 7., denn Donnerstag war Feiertag. (**Abg. Dr. Pilz:** Mittwoch war der 9.) – Ach so, Blödsinn, am Mittwoch, den 9., denn Donnerstag war Feiertag, das weiß ich noch. Und ich weiß auch noch, wir mussten das zweite Anbot wieder bis Freitag 15 Uhr abgeben. (**Abg. Dr. Pilz:** Genau!) – Was wir getan haben. Aber Donnerstag war eben ein Feiertag, und dann ist schnell eine Konsortialsitzung einberufen worden in Linz, wo wir dann das zweite Angebot ausgefertigt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welcher Höhe war dann das zweite Angebot?

Dr. Martina Postl: Das zweite Angebot war dann in Summe 961,3 oder so für alles, für alle vier Gesellschaften und für die Bundesdarlehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das war 961,28 Millionen € laut Ihren eigenen Unterlagen, das passt schon.

Haben Sie gemeinsam mit dem Herrn Mag. Schillinger von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich vorher, das heißt in diesen Tagen, ein anderes Angebot ausgearbeitet?

Dr. Martina Postl: Ich habe mich um diese operativen Dinge gekümmert. Ich habe in den Tagen geschaut, dass ich wieder eine Vollmacht bekomme; ich muss ja nach Linz fahren und mit Vollmacht unterschreiben. Es war kompliziert, mit notarieller Beglaubigung und so weiter. Ich bin einfach nach Linz gefahren, und wir haben dort die Beträge eingesetzt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es am 7.6.2004, das heißt am Montag, eine Berechnung gegeben für ein Angebot auf eine andere Summe als 961 Millionen €?

Dr. Martina Postl: Das weiß ich nicht oder nicht mehr. Als ich bei der Kriminalpolizei einvernommen worden bin, ist mir ein Fax vorgelegt worden – Sie haben ja meine Einvernehmungsprotokolle –, das mir einmal Mag. Schillinger geschickt hat. Vielleicht meinen Sie das, aber ich kann mich an das alles jetzt nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das möchte ich Ihnen auch vorlegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist das Fax vom 7. Juni 2004, das Ihnen Mag. Schillinger um 12.45 Uhr übermittelt hat.

Dr. Martina Postl: Ja, ich weiß schon. Das ist das Fax, das mir auch die Kriminalpolizei vorgelegt hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie dieses Fax dann weitergeleitet?

Dr. Martina Postl: Es steht ohnehin da. Ich kann nur sagen, was hier oben steht. Es ist jedenfalls an Mag. Schillinger, Dr. Simhandl retour von M. Postl. Es ist jedenfalls meine Handschrift. Das bin ich, ja.

Ich habe auch bei der Kriminalpolizei schon ausgesagt, dass oben, der erste Teil, auch meine Handschrift ist; der untere Teil nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur, wenn ich mir dieses Anbot anschau, das ist nicht über 960 Millionen €, da steht eine ganz andere Zahl. Können Sie diese Zahl vorlesen und dann auch erklären?

Dr. Martina Postl: Vorlesen kann ich es. Ist es jetzt – das kann ich jetzt schwer lesen – 900 was?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): 930 Millionen €. – Ist das rechts davon Ihre Handschrift mit „930“?

Dr. Martina Postl: Nein, das ist nicht meine. Oder? – Die darunter, die ist meine. Wenn Sie sich anschauen, das darunter ist jedenfalls meine, die eins, zwei, drei vier Spalten. Ob die „930“ meine ist, das ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da ist ein Anbot über 930 Millionen € und nicht über 961 Millionen €. Und das Fax, da machen Sie handschriftliche Korrekturen, dann kommt genau 930 Millionen € raus, am 7. April 2004, und dann schicken Sie das weiter, wieder an den Herrn Schillinger und an den Herrn Simhandl von der Wiener Städtischen. – Warum?

Dr. Martina Postl: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum? Das ist ja das Grundgerüst eines Anbots. Ist das richtig, ist das das Grundgerüst eines Anbots?

Dr. Martina Postl: Das weiß ich nicht. Ich weiß ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das werden wir ganz leicht feststellen, weil sich das hinten nämlich wiederfindet, aber bereits codiert. Zu dem kommen wir dann später.

Das ist das Grundgerüst eines Anbots.

Warum schicken Sie ein Anbot? Sie bekommen von Herrn Schillinger aus Linz am 7., am Montag, ein Anbot, einen Entwurf über 930 Millionen €, führen ein paar Korrekturen durch und schicken das **retour** an Schillinger, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und Simhandl, Wiener Städtische. – Warum? Warum hat es am Montag einen Entwurf um 930 Millionen € gegeben? (*Dr. Postl: Das weiß ich nicht!*) – Ich sage Ihnen warum, was ich zumindest vermute:

Weil der Herr Meischberger im Finanzministerium herausgefunden hat, dass 922,7 Millionen von der CA Immo zu überbieten sind, weil er das dem Herrn Hohegger gesagt hat, weil das der Herr Hohegger dem Herrn Petrikovics gesagt hat, weil es der Herr Petrikovics dem Starzer gesagt hat, weil es der Starzer dem Schillinger gesagt hat, und weil der Schillinger darauf Ihnen das schickt. Sie machen ein paar Korrekturen und schicken das korrigiert wieder an Schillinger und Simhandl zurück.

Ist es dann zu diesem Anbot gekommen? (**Dr. Postl: Nein!**) – Wissen Sie, warum es dann zu einem ganz anderen Anbot gekommen ist?

Dr. Martina Postl: Nein. Zudem möchte ich jetzt noch etwas sagen, das ich auch bei der Kriminalpolizei schon gesagt habe. Ich weiß nicht, wieso mir Mag. Schillinger das geschickt hat, ich weiß nicht, wieso er mich gebeten hat, das zu retournieren. Materiell habe ich ausgebessert – Sie sehen das – nur im Kommabereich. Ich weiß auch nicht, wieso ich da nur im Kommabereich etwas ausgebessert habe. Was ich ihm zurückgeschickt habe, ist um 100 000 € in Summe weniger als das, was er mir geschickt hat. Ich weiß nicht, was ich da ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl, damit Sie mich nicht falsch verstehen, ich werfe Ihnen ja gar nicht vor, dass Sie jetzt direkt und mit vollem Wissen an dieser Manipulation beteiligt waren. Sondern das läuft – ich habe Ihnen das geschildert –: Petrikovics, Starzer, Schillinger, und dann kommt es zu Ihnen. Wichtig ist für mich, mit Ihnen gemeinsam etwas herauszuarbeiten.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Am 7.4., als zwar Grasser und Traumüller schon gewusst haben: Uh, da gibt es einen Letter of Comfort von CA Immo, die gehen bis 960, aber können nicht drüber, weil sie keine Finanzierungsgarantie drüber haben!, haben Sie das zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch nicht gewusst und sind deswegen von der Information vom 4. ausgegangen, nämlich: 922 Millionen von CA Immo müssen überboten werden. Diese Information haben ja nicht Sie erhalten. Sie haben aus Linz eine dementsprechende Unterlage, einen Entwurf bekommen.

Plötzlich gilt das alles nicht mehr, und der Herr Schillinger schickt Ihnen am 8., also am Tag darauf, am Dienstag, um 12.10 Uhr wieder ein Fax. Das liegt Ihnen auch vor, wir müssen nur gemeinsam weiterblättern. (**Dr. Postl: Ja!**) – Da steht – ich zitiere –:

Sehr geehrte Frau Dr. Postl! Sehr geehrte Herren! In der Beilage übermittle ich Ihnen eine Tabelle, die aus Vertraulichkeitsgründen mit einem Codewert versehen ist, den ich gesondert bekanntgebe. Ich ersuche zur Abstimmung um Ihren Rückruf. – Zitatende.

Können Sie sagen, was Ihnen der Herr Schillinger am 8. übermittelt hat? Was ist der Inhalt dieser Tabellen und dieses Angebotsentwurfs?

Da haben wir einmal eine erste Seite, wo oben steht „Codewert 1“, und dann haben wir eine zweite Seite, wo draufsteht „Codewert 45“.

Können Sie sagen, was der Unterschied zwischen den beiden Codewerten ist, denn Sie haben anhand dieser Codewerte dann gerechnet?

Das war eine verschlüsselte Tabelle, weil man da offensichtlich etwas geheim halten wollte. Was, auf das kommen wir später zurück.

Was bedeutet der Codewert?

Dr. Martina Postl: Der Codewert, das kann ich sagen. Man weiß ja nicht, wer das Fax liest, den Preis macht der Eigentümer immer ganz zum Schluss, und wenn da Faxe hin- und hergehen, ist es einfach Standard, dass man das verschlüsselt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Den Standard hat es aber interessanterweise bei dem Fax vorher nicht gegeben. (**Dr. Postl: Das stimmt!**) – Plötzlich gibt es den, und wie funktioniert diese Verschlüsselung?

Dr. Martina Postl: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es wird überall **45** dazugerechnet. Sie brauchen nur die einzelnen Positionen durchzugehen. Der Verschlüsselungsfaktor 45,

der „Codewert“ heißt – wir haben es nachgerechnet –, zu den einzelnen Positionen ist 45 zu addieren, dann kommen Sie auf die echten Summen.

Dr. Martina Postl: Beim Codewert 1, wird da 1 addiert oder was?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist das, was zuerst übermittelt wird, und getrennt wird Ihnen der Codewert übermittelt, und Sie brauchen nur überall die 45 dazuzuzählen, dann haben Sie die wirklichen Werte.

Sie bekommen an und für sich eine Tabelle mit Codewert 1 und getrennt den Codewert 45 übermittelt. Das liest man normalerweise in den ganz geheimnisvollen Spionage-Romanen, dass das immer getrennt übermittelt wird. Das eine und der Schlüssel, der Codewert ist der Schlüssel.

Da werden Ihnen **drei Anbote** übermittelt, codiert. Das eine Angebot, da steht „T 3.1“ über 929 Millionen, ein zweites über 940, und ein drittes über 961. – Können Sie uns diese drei Anbote erklären?

Dr. Martina Postl: Nein. Ich kann mich wirklich ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl, das erste war das alte Anbot, das bereits über den Haufen geschmissen war. Das zweite war eine Zwischenrechnung, die für nichts gut war. (*Dr. Postl: Das Alte von wo? Wie? 929?*) – Das war das Alte mit den 930 Millionen €. Das zweite war eine Zwischenrechnung, die man eigentlich nicht gebraucht hat. Wir haben uns das genau angeschaut. Entscheidend ist das dritte: Da liegt plötzlich ein Anbot über 961,57 Millionen € vor.

Können Sie erklären, warum innerhalb eines Tages ein Sprung von 930 auf 961 Millionen € erfolgt ist? (*Dr. Postl: Nein!*) – Da muss doch irgendetwas passiert sein. Die BUWOG hat sich an dem Tag nicht geändert. Die BUWOG-Preise sind nicht explodiert. Es sind keine Wohnungen dazu gekommen. Mieter haben nicht scharenweise die BUWOG-Wohnungen verlassen und gesagt: Wir pfeifen auf Einweisungsrechte.

Die BUWOG des 7. Juni war die BUWOG des 8. Juni. Geändert hat sich nur etwas im Konsortium. Was hat sich geändert, das 30 Millionen € wert war? Es hat sich ja etwas geändert! Sie hatten ein fertiges Anbot über 930 Millionen €.

Dr. Martina Postl: Ich kenne das, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum ist das auf 961 Millionen € erhöht worden?

Dr. Martina Postl: Was ich weiß, ist, dass uns, als es die Möglichkeit zu einem zweiten Anbot gegeben hat, klar war, dass wir, wenn wir mitmachen, etwas Höheres bieten müssen. Das war klar. (*Abg. Dr. Pilz: Das waren die 930!*)

Wir haben gehört – was ich mich erinnern kann –, dass man quasi mit den Preisen nicht zufrieden ist. Deswegen gibt es eine zweite Runde. Uns war klar, wenn wir mitmachen, dann muss man etwas Höheres bieten. Und so war das dann auch. Von der betriebswirtschaftlichen Seite her kann ich nur sagen, dass bei uns auch noch etwas drinnen war bei der BUWOG und bei all den Gesellschaften.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber Sie haben ohnehin einen großen Sprung gemacht. Sie sind von 837 Millionen € auf 930 Millionen € hochgegangen. Das waren ja fast 100 Millionen €; genau 93 Millionen €. Aber das hat offensichtlich nicht genügt. Am 7. hat man noch geglaubt, das genügt, am 8. plötzlich nicht mehr.

Warum ist man von 930 Millionen € auf 961 Millionen € gegangen?

Dr. Martina Postl: Schauen Sie: Ich weiß das nicht, ich habe auch den Preis nicht gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es Ihnen aufgefallen, dass plötzlich verlangt worden ist, wieder ein neues Anbot über überraschenderweise 961 Millionen € zu schreiben? Ist Ihnen das aufgefallen?

Dr. Martina Postl: Ich kann Ihnen sagen, dass wir das am Montag erfahren haben. Es ist dann die Entscheidung gefallen, dass wir mitmachen, dass wir ein zweites höheres Anbot legen. Ich habe mich um diese ganzen Vollmachten und das gekümmert. Da war nur mehr der Dienstag, und am Mittwoch in der Früh bin ich nach Linz gefahren. Ich habe die Vollmacht ja von Petrikovics bekommen. Ich habe allein für die Gesellschaften unterschrieben – Petrikovics und Gertner, oder Petrikovics und ich, denn ich habe ja auch mir die Vollmacht geben können.

Ich kann Ihnen sagen, wie es dort in der Konsortialsitzung war. Wir haben diese Konsortialsitzung gehabt, und der Konsortialführer hat gesagt: Wir erhöhen die drei Gesellschaften – das waren die BUWOG, die WAG und die EBS – aliquot, also in einem bestimmten Prozentsatz, und wir erhöhen die ESG überproportional. (*Abg. Dr. Pilz: Das ist eine eigene Geschichte, das ist jetzt die Kärnten-Geschichte!*)

Dort haben wir dann die Preise eingesetzt. Es hat ja zwei Subkonsortien gegeben, eines Immofinanz. Und wir haben uns entschieden gehabt, die BUWOG zu nehmen. Das andere Konsortium war Raiffeisenlandesbank Oberösterreich mit der Wiener Städtischen, Hypo und Oberösterreichische Versicherung. Die haben die anderen zwei Gesellschaften genommen, die Linzer Gesellschaften WAG und EBS. Die ESG wollten wir alle nicht, die haben wir dann anteilig genommen.

Meine Aufgabe war – das möchte ich jetzt noch sagen –, dass ich schaue, dass ja die BUWOG nicht in einem anderen Ausmaß erhöht wird als die WAG und die EBS. Das Konsortium wollte immer, dass wir für die BUWOG viel zahlen, damit ein höherer Gesamtkaufpreis herauskommt. Wir wollten natürlich immer, und deswegen habe ich das ja auch früher mitgerechnet, diese WAG und EBS.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte Sie da nicht viel länger behelligen, aber schauen wir uns das alles durch: Der erste Erhöhungsvorschlag war über 1,55 Prozent, der zweite Erhöhungsvorschlag am Siebenten war über 15 Prozent, und der dritte und entscheidende am Achten war über ziemlich genau 20 Prozent. Wovon wir ausgehen müssen, ist, dass da keine wirtschaftlichen Überlegungen und Bewertungen eine Rolle gespielt haben, denn in den Unterlagen findet sich nichts davon, sondern dass immer von einem Preis ausgegangen und dann rückgerechnet worden ist, und man geschaut hat, was erhöht man wie. Das ist gar nicht ungeschickt gemacht worden, denn das ist zum Teil gar nicht proportional gemacht worden.

Die ESG-Geschichte ist eine Sondergeschichte; auf die kommen wir später zurück.

Der entscheidende Punkt ist, dass der Finanzminister und Dr. Traumüller am 7., das heißt am Montag, erfahren haben, dass es im CA Immo-Angebot auf Seite 130 eine Finanzierungsgarantie der Bank Austria über exakt maximal 960,65 Millionen € gibt. Diese vertrauliche Information ist weitergegangen an Meischberger, an Hohegger, weiter an Petrikovics, Starzer, Schillinger. Dann ist das als Rechenmodell und nicht als vertrauliche Information, sondern als Entwurf bei Ihnen gelandet. (*Obfrau Dr. Moser: Die Frage bitte, denn die Zeit ist aus!*)

Da sind wir an dem entscheidenden Punkt: Hat Ihnen gegenüber der Vertreter der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich irgendeine Erklärung abgegeben, warum es über Nacht vom 7. auf den 8. zu dieser Erhöhung von über 30 Millionen € gekommen ist?

(Dr. **Postl**: Nein!) – Haben Sie nachgefragt? (Dr. **Postl**: Nein!) – Hatten Sie von Petrikovics das Pouvoir, in unbeschränkter Höhe mitzugehen?

Dr. Martina Postl: Ich konnte davon ausgehen, dass Petrikovics mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich abgestimmt ist, sonst wäre ich nicht gefahren. Sonst hätte er mich nicht fahren lassen. Meine Aufgabe war dort, den Vertrag zu unterschreiben und auf die BUWOG zu schauen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zur ESG kommen wir dann in einer späteren Runde. Das wäre es jetzt einmal. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Frau Dr. Postl! Wer war bei dieser Konsortialsitzung am 9. Juni, von der Sie gesprochen haben, anwesend? Können Sie die Personen noch nennen, die dort anwesend waren?

Dr. Martina Postl: Soweit ich mich erinnern kann – ich kann auch jemanden vergessen –, waren es, glaube ich: Simhandl von der Wiener Städtischen, von der Immofinanz war es ich, von der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Schillinger, wahrscheinlich auch Dr. Starzer – ja, Starzer. Dann sicher noch jemand oder zwei von der Raiffeisenlandesbank von der Finanzierungsseite, vielleicht Eckmair oder Stellnberger; das weiß ich nicht. Von der Hypo wird es wahrscheinlich Kumpfmüller gewesen sein. Wer von der Oberösterreichischen Versicherung dabei war, weiß ich nicht mehr. Unser Anwalt Mittendorfer, und dann kam der Notar schon dazu, weil es ja ein Angebot auf Notariatsbasis war.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Wenn Sie gerade auf die Frage des Kollegen Pilz ausgesagt haben, dass der Preis oder das Angebot, das zu legen war, zwischen Herrn Petrikovics und der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich schon fixiert war, dann sind Sie sozusagen schon mit dem Wissen dort hingefahren, welcher Betrag es am Ende sein wird?

Dr. Martina Postl: Nein. Ich bin hingefahren – sonst wäre ich nicht gefahren, sonst hätte mir Petrikovics nicht die Vollmacht und den Auftrag gegeben, für die Immofinanz dort zu unterschreiben –, um auf die BUWOG zu schauen. Ich bin hingefahren, und der Preis ist dort in der Konsortialsitzung eingesetzt worden.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Haben Sie, bevor Sie unterschrieben haben, noch einmal Rücksprache gehalten? (Dr. **Postl**: Nein!) Oder sind Sie davon ausgegangen, dass das so passt?

Dr. Martina Postl: Wir waren ein Gesamtkonsortium. Nein.

Abgeordneter Werner Amon MBA (ÖVP): Ist es richtig – Sie haben das, glaube ich, auch ausgesagt –, dass Herr Petrikovics Sie für den Erwerb der WBG eigens angeheuert hat? (Dr. **Postl**: Ja!) – Darf ich fragen, woher Sie Herrn Petrikovics kannten?

Dr. Martina Postl: Ich war lange Zeit in der Raiffeisenzentralbank – ich bin eine gelernte Bankerin – unter anderem für Immobilienfinanzierungen zuständig, Projektfinanzierungen. Von der Zeit kennen wir uns, also eine Kundenbeziehung. Ich kann darüber auch reden, ohne das Bankgeheimnis zu verletzen, weil wir da sozusagen auch Transaktionen publiziert haben. Die Raiffeisenzentralbank hat gemeinsam mit der Kreditanstalt den Business Park Vienna finanziert, den die Immofinanz dazumal um 3 Milliarden Schilling gekauft hat. Von dieser Zeit kennen wir uns. Das ist eine öffentliche Information, und wir haben darüber einen Tombstone geschaltet; deswegen darf ich das auch sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Würden Sie die Zusammenarbeit, die es da gegeben hat, als friktionsfrei bezeichnen? (*Dr. Postl: Dann in der ...?*) – Während Sie quasi für dieses spezielle Geschäft tätig geworden sind.

Dr. Martina Postl: Jetzt für die Immofinanz? (*Abg. Amon: Ja!*) – Sie war nicht friktionsfrei.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich frage das nicht zufällig, sondern weil Sie in Ihrer Einvernahme bei der Staatsanwaltschaft am 15. Oktober 2009 von einem Telefonat am 14. Juni berichten, also unmittelbar nach diesen Vorfällen, das Sie als **unangenehm** bezeichnen. (*Dr. Postl: Ja!*)

Sie schildern im Zuge der Befragung zum Themenbereich Informationen über die 960 Millionen €-Grenze, dass Sie den Herrn Petrikovics so etwas nicht fragen könnten. (*Dr. Postl: Über welche Grenze?*) – Über diese 960 Millionen-Grenze.

Können Sie uns von diesem Gespräch berichten? Warum war es unangenehm? Warum konnten Sie Petrikovics über diesen Betrag nicht befragen?

Dr. Martina Postl: Man hat ihn überhaupt zu nichts befragen können. Er gibt einfach keine Antwort; das geht einfach nicht. Ich weiß ja auch nicht, mit wem er spricht. Ich habe keine Information über seinen Terminkalender. Er berichtet mir nicht, dass er mit irgendjemandem gesprochen hat. Das weiß ich nicht. Was er einem sagt, das sagt er einem, das ist einfach eine ... – Aber gewisse Fragen stellt man nicht.

An das Telefonat kann ich mich sehr gut erinnern. Das war ein Montag, ich hatte da einen Urlaubstag und war im Waldviertel. Daran kann ich mich sehr gut erinnern; ich bin dazu auch von der Kriminalpolizei befragt worden. Ich habe da auch Mails ins Büro bekommen, aber ich hatte dazumal noch keinen Blackberry. Dann ruft mich Petrikovics eben am Nachmittag an und will irgendetwas wissen. Das war ziemlich unangenehm; ja, ich kann mich erinnern.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Bei uns war er nämlich relativ auskunftsfreudig heute. (*Dr. Postl: Sehr gut!*)

Ich stelle mir das jetzt nur im praktischen Ablauf relativ schwer vor: Sie bekommen einen Auftrag, nach Linz zu fahren und dort in Vertretung eines Konsortialpartners zu unterschreiben, ein Angebot mitzutragen gleichsam, ohne aber mit Ihrem unmittelbaren Vorgesetzten eine Absprache treffen zu können, ob der Preis, den man einsetzt, in Ordnung geht. Ist das nicht eine relativ schwierige Situation? Oder stelle ich mir das einfach falsch vor.

Dr. Martina Postl: Ich konnte davon ausgehen, dass Petrikovics mit dem Konsortialführer gesprochen hat, denn sonst hätte er mich nicht fahren lassen. Sonst hätte er mir nicht die Vollmacht gegeben, und sonst wäre ich nicht um 7.30 Uhr im Auto gesessen. Sonst hätten mich dort die anderen Konsortialpartner auch nicht unterschreiben lassen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie sah in dem ganzen Prozess Ihre Reporting-Struktur aus? An wen haben Sie berichtet?

Dr. Martina Postl: Nur an Petrikovics. Ich habe ihm erzählt, was ich ihm berichten musste, wie es sich eben gehört.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie ein Team an der Seite, oder haben Sie da völlig alleine agiert?

Dr. Martina Postl: Nein, völlig alleine.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte Sie auch nicht allzu lange hier in Anspruch nehmen, weil Sie bis jetzt als Zeugin einvernommen worden sind. Ich möchte betonen, dass in keinsten Weise irgendein Verdacht auf Ihnen liegt, dass Sie mit irgendeiner Malversation in diesem Zusammenhang etwas zu tun haben, sondern Sie sind dabei lediglich ein ausführendes Organ gewesen und haben offensichtlich Ihrem Auftrag entsprochen, das Beste für das Unternehmen umzusetzen und durchzuführen.

Die Chronologie, so wie sie Kollege Pilz mit Ihnen durchgearbeitet hat, ist an sich auch eine nachvollziehbare. Die Verdachtsmomente, die aufgrund von bestimmten Ereignissen, die sich ohne Ihr Wissen zugetragen haben, dahinter liegen, lassen sich ja so auch klar darlegen.

Jetzt einmal zur Codierung: Dient diese Codierung, die gewählt wurde, um Summen nicht im Fax-Wege oder sonst wie zu zeigen, dazu, um Geheimhaltung zu wahren?

Dr. Martina Postl: Ja. Wie gesagt, es ist bei solchen Transaktionen, wenn Beträge schriftlich hin und her gehen, üblich, dass es eine Codierung gibt. Das ist üblich, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Was kann nämlich passieren? Was wäre die Konsequenz, wenn das nicht codiert wäre? Wo ist das Risiko?

Dr. Martina Postl: Dass irgendjemand verrät, was wir bieten möchten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist das Interessante, denn genau dasselbe dürfte nämlich bei der CA Immo passiert sein mit den 960 Millionen, dass das der Bereich der Finanzierung ist aufgrund von Bankgarantien, Bankzusagen oder Ähnlichem. Irgendetwas dürfte da nicht entsprechend codiert gewesen sein, oder jemand, der den Code hatte, dürfte das vermutlich dem Herrn Hohegger direkt, oder auch über einen Mittelsmann, gesagt haben, oder warum das eben in diese Richtung gelangt ist.

Ich möchte Sie eher mit Aussagen konfrontieren, die Sie schon getätigt haben, und zwar in Ihrer Zeugenvernehmung. Es handelt sich da um Ihre zweite Zeugenvernehmung. Drei Passagen – ich suche sie heraus – kommen mir besonders bemerkenswert vor, weil Sie da in relativ großer Offenheit manches bekanntgeben.

In der ersten Passage werden Sie hier so zitiert:

Jemand, an den ich mich nicht erinnern kann, hat für den Konsortialführer bei dieser Sitzung gesagt, dass wir das Angebot betreffend die drei Gesellschaften aliquot erhöhen und dass wir die ESG überdurchschnittlich erhöhen. Es wurde nicht besprochen, warum die ESG überdurchschnittlich erhöht werden sollte. – Zitatende.

In einem nächsten Satz sagen Sie dann, und das ist der zweite Vorhalt – Zitat –:

Wenn mir die Passage Behandlung des Verkaufsrechts für die EBS im 13. Prozessbrief besprochen wird, so gebe ich an, dass ich mich daran erinnern kann ... (**Dr. Postl:** Das Vorkaufsrecht für die ESG meinen Sie? ESG, oder?) – Ja.

Der letzte Satz ist:

Es ist aber richtig, dass damit eine Steuerungsmöglichkeit für den Verkäufer entstanden ist. – Zitatende.

Diese beiden Passagen zusammen ergeben, dass die ESG überdurchschnittlich hoch wird und eine Steuerungsmöglichkeit für den Verkäufer entstanden ist. Können Sie schildern, worin diese Steuerungsmöglichkeit bestanden hat?

Dr. Martina Postl: Lesen Sie mir noch einmal vor, was ich da gesagt habe?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie sagen, es wurde der Wert für die ...*(Dr. Postl: Die Frage vielleicht und was ich da gesagt habe!)* – Es ist gar keine Frage dabei, sondern das geht hier in einem durch.

Sie sagen, dass der Wert für die ESG überdurchschnittlich hoch angesetzt wurde, während er für alle anderen, auch für die BUWOG, was Ihr Interesse war, aliquot erhöht wurde. Dann sagen Sie, was dieses Vorkaufsrecht insgesamt für eine Rolle hatte – Zitat –:

Es ist richtig, dass damit –

also mit dem Vorkaufsrecht –

eine Steuerungsmöglichkeit für den **Verkäufer** entstanden ist – Zitatende.

Also für die Republik Österreich. Mein Eindruck ist, dass aufgrund der Tatsache, dass dieses Vorkaufsrecht da war, ein möglichst hohes Gebot für die ESG unter Umständen den Vorkaufsberechtigten, nämlich das Land Kärnten oder in weiterer Folge auch die Stadtgemeinde Villach, die ein Interesse gehabt hätte, daran hindern könnten, das Vorkaufsrecht wahrzunehmen. Es ist tatsächlich so entstanden, aufgrund der Differenz von rund 20 Millionen, dass aufgrund der **Nicht**-Ausübung des Vorkaufsrechtes durch das Land Kärnten der Bietersturz ganz konkret in Ihrem Fall zu Ihren Gunsten entsprechend ausgeübt wurde. *(Dr. Postl: Das habe ich gehört, ja!)*

Ist diese Darstellung so richtig?

Dr. Martina Postl: Also ich weiß nicht, was ich da gemeint habe, mit dem Steuerungsrecht für den Verkäufer. *(Abg. Dr. Rosenkranz: Sie haben es so gesagt!)*

Der Verkäufer kann quasi darüber entscheiden – ich habe das wahrscheinlich so gemeint, ich weiß es nicht –, dass er drei Gesellschaften verkaufen kann oder vier. Es war ja auch, soweit ich mich erinnern kann, in den Prozessbriefen und so weiter so, dass sich die Republik Österreich immer vorbehalten hat, überhaupt Gesellschaften rauszunehmen. Wir hatten es ja ursprünglich mit fünf Gesellschaften zu tun, und die Republik hat eine Gesellschaft aus dem Prozess rausgenommen. Es war auch unklar, ob sie vielleicht auch die ESG herausnehmen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber was war dann der Zweck? Es wurde nicht darüber gesprochen. Vorher hat Petrikovics gesagt, dass diese ESG eigentlich die unattraktivste war von den Gesellschaften – schlecht geführt und so weiter. *(Dr. Postl: Ja!)* Es hat sich erst später, nach dem ganzen Abschluss, herausgestellt, dass man aus dem etwas machen konnte.

Wo war aus Ihrer Sicht damals, in dieser Besprechung, der wirtschaftliche Sinn, dass man diese ESG, die mit dem Vorkaufsrecht belastet war, derart hoch bewertet – nämlich **überdurchschnittlich**, wie Sie selbst sagen?

Dr. Martina Postl: Wir wollten ja die anderen drei Gesellschaften und die ESG nicht. Also das stimmt, dass wir alle die ESG nicht wollten. Und wenn jetzt das Land Kärnten das Vorkaufsrecht ausübt, und der Preis ist dort höher, dann sind wir die ESG los und zahlen für die drei Gesellschaften, die uns interessieren, weniger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das wäre doch für Sie interessant gewesen! *(Dr. Postl: Ja, eh!)* – Die ESG wollen Sie gar nicht.

Dr. Martina Postl: Es wäre für uns interessant gewesen, wenn das Land Kärnten das Vorkaufsrecht ausgeübt hätte. Das wäre uns recht gewesen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber für die Republik Österreich und für die, die dann unter Umständen aus dem Gesamtpreis, aus dem Gesamterlös, eine Provision haben, wäre die Ausübung des Vorkaufsrechtes nicht interessant gewesen.

Dr. Martina Postl: Sagen Sie das noch einmal!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist so: Es gibt eine Vereinbarung hinsichtlich der Provision. Wenn um 961 Millionen € verkauft wird, dann bekommt der Lobbyist, der dahinter steht, mittels eines Vertrages, den Sie nicht kennen müssen, 1 Prozent dieser Summe. Wenn diese Summe des Verkaufes für Ihr Konsortium geringer gewesen wäre, hätte er natürlich eine geringere Bemessungsbasis gehabt.

Dr. Martina Postl: Also wenn das Land Kärnten das Vorkaufsrecht ausgeübt hätte und die Gesellschaft weg gewesen wäre – okay, ja. Aber uns wäre es recht gewesen, wenn das Land Kärnten das Vorkaufsrecht ausüben würde; denn wir haben dort eine schlechte ... – Auch die Geschäftsführung war dort schwierig und ist umbesetzt worden, es war nur ein Interimsgeschäftsführer; und eben bei unserer Due Diligence und bei den Prüfungen war eben die ESG die schlechteste Gesellschaft.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Für die Republik Österreich wäre es aber egal gewesen, denn die hätte nur den Kaufpreis der drei Gesellschaften plus Vorkaufsrecht zusammenzählen müssen (*Dr. Postl: Ja!*) und es wären 961,3 Millionen € herausgekommen.

Der Einzige, der davon profitiert, wenn es im Gesamten verkauft wird, in dieser Konstellation, ist der, der eine Provisionsvereinbarung hinsichtlich der Höhe hat. Das gesamte Interesse fokussiert sich eigentlich nicht mehr jetzt auf die Republik Österreich, ob Vorkaufsrecht, ja oder nein, sondern auf die Höhe der Provision.

Eine dritte Passage, die ich Ihnen hier präsentieren möchte. Da handelt es sich ebenfalls um diese Konsortialsitzung, wo Sie sagen:

Weil wir bei Euro 961,3 Millionen mit unserem Anbot gelandet sind, war für mich so offensichtlich, dass das Anbotslimit des Mitanbieters bekannt gewesen sein muss. – Zitatende.

Was können Sie dazu noch sagen?

Dr. Martina Postl: Das war mein Gefühl, als ich von der Sitzung hinausgegangen bin.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie es Kollege Pilz gesagt hat: Nachdem 922 Millionen € von der CA Immo vorgelegen sind, heißt es: Machen wir es mit 930 Millionen €; rechnen wir das einmal durch!

Kurz darauf, offensichtlich nachdem Herr Hochegger über Petrikovics, Starzer, Schillinger und so weiter in dieser Runde das Angebot, die Maximalsumme genannt hat, ist dann das Nächste genannt worden, nämlich 960 Millionen €.

An Sie ist herangekommen: Jetzt rechnen wir es mit den 960 Millionen € oder 961,3 Millionen € noch einmal durch! Dieser geringe Aufschlag war für Sie ein Indiz: Da muss man wissen, wo dem Gegner die Luft ausgeht?

Dr. Martina Postl: Da beschreibe ich anscheinend ein Gefühl nach der Sitzung; ich weiß es aber nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben auch nicht rückgefragt – das wissen wir –, was an dieser Zahl 961,3 Millionen € oder so etwas dran war. Aber Sie hatten dieses Gefühl, dass es für Sie offensichtlich war, da muss man mehr wissen, um auf so eine Summe zu kommen?

Dr. Martina Postl: Wir haben dann die drei Gesellschaften aliquot erhöht, mit einem bestimmten Prozentsatz; und der Konsortialführer hat gesagt, die ESG erhöhen wir überproportional. Dann haben wir in der Sitzung geschaut, was da herauskommt, und der Konsortialführer hat gesagt: Das passt jetzt.

Der Konsortialführer hat gesagt: Das passt jetzt! Dann haben wir unterschrieben. Dr. Mittendorfer hat die Beträge dann in die Dokumentation eingesetzt und dann ist schon der Notar gekommen. Ich habe unterschrieben und bin wieder gefahren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn aber diese ESG so uninteressant war – und Sie haben sich diese ja letztlich aufteilen müssen –: Haben Sie da dem Konsortium nicht gesagt: Warum tun wir uns für die ESG überhaupt so „hineinschmeißen“, dass wir so ein überhöhtes Angebot machen? Das soll sich ruhig wer anderer, das Land Kärnten nehmen, oder das Vorkaufsrecht ausüben, uns geht es eigentlich eh nur um die drei!

Oder war das für Sie so klar: Das dürfte mit Petrikovics abgeklärt worden sein, diese 961,3 Millionen €; da fährt jetzt die Eisenbahn drüber, und Sie führen das jetzt entsprechend aus und achten nur darauf, dass das hinsichtlich der BUWOG angemessen durchgeht?

Dr. Martina Postl: Als ich da hinaufgefahren bin, war für mich klar, dass es zwischen der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich und Herrn Petrikovics eine Abstimmung gegeben hat. Sonst wäre ich, wie gesagt, nicht gefahren und hätte nicht den Auftrag gehabt, mit Vollmacht dort zu unterschreiben und auf die BUWOG zu schauen.

Und wie gesagt, der Konsortialführer hat gesagt: Die erhöhen wir jetzt – ich kann das nur noch wiederholen –, und die ESG überproportional!

Wir haben durchaus immer wieder besprochen, dass wir uns die ESG eben teilen müssen, und die haben wir uns dann eben aliquot geteilt, und das nach unseren Anteilen im Konsortium.

Die Immofinanz hatte einen Anteil von 57,3 Prozent oder 56,7, zirka 57 Prozent, im Gesamtkonsortium; und für uns war die ESG deswegen noch schwieriger, weil wir 57 Prozent von dem Kaufpreis quasi gestemmt haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War es bei dieser Sitzung ein Thema, dass es schon Tage vorher zwischen dem Konsortialführer und dem Land Kärnten Verhandlungen gegeben hat, dass ein Vorkaufsrecht für bestimmte Wohnungen in Kärnten eingeräumt war?

Dr. Martina Postl: Ich kann mich nicht erinnern, dass es Verhandlungen ein paar Tage vorher gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es hat schon vorher Verhandlungen gegeben, nämlich zwischen dem Land Kärnten und dem Konsortialführer, Raiffeisen Landesbank; wobei klar war, dass dann einige Kärntner Wohnungen direkt an das Land Kärnten verkauft werden, wenn sie hier den Zuschlag erhalten. War das irgendwann ein Thema?

Dr. Martina Postl: Nein, davon weiß ich nichts.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich hätte nur noch eine Zusatzfrage, von Ihrer Frage ausgehend.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Frau Dr. Postl, war Ihnen bekannt, dass der Konsortialpartner und -führer eigentlich vier Varianten austüftelte und dann die vierte gewählt wurde, weil sie einen sehr hohen Schätzwert für die ESG Villach beinhaltete? Wussten Sie von den vier Varianten?

Dr. Martina Postl: Ich glaube, ich habe die Frage nicht verstanden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Aktenmäßig sind vier Varianten bekannt. Schillinger hat vier ...

Dr. Martina Postl: Das, was jetzt vorlegt worden ist?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, Schillinger hat vier Varianten durchgerechnet und die vierte war dann mit 100 Millionen € oder über 100 Millionen € für die ESG. – Waren Ihnen alle vier Varianten bekannt?

Dr. Martina Postl: Die ESG war in allen vier Varianten gleich, oder was?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, die war bei der vierten am höchsten.

Dr. Martina Postl: Wenn ich mir das noch einmal anschauen kann.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich frage nur, ob es Ihnen bekannt war, ob Sie sich erinnern.

Dr. Martina Postl: Ach so, dann in der Variante vier, dass es da bei 120 liegt? (*Obfrau Dr. Moser: Genau!*) – Und was haben wir? Wir haben aber, glaube ich, 104, oder was haben die dann angeboten? Da ich mich daran nicht erinnern kann ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Können sich an das andere auch nicht erinnern!

Dr. Martina Postl: Das ist eine Zusammenstellung, die mir schon bei der Kriminalpolizei vorgelegt worden ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ist ja kein Problem. Es war nur eine Nachfrage, ob Ihnen alle vier bekannt waren. – Gut. Danke schön.

Einweisungsrechte waren Ihnen nicht bekannt? Oder die Formulierung über die Einweisungsrechte?

Dr. Martina Postl: Das ist mit dem Land Kärnten speziell ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, aber das ist ein anderes Kapitel; vielleicht kommen wir noch darauf.

Dr. Martina Postl: Einweisungsrechte waren mir sehr wohl bekannt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die waren Ihnen bekannt?

Dr. Martina Postl: Dass es Einweisungsrechte gibt für die Republik, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wie sollte damit verfahren werden?

Dr. Martina Postl: Wir waren da ganz entspannt, denn das war für uns gut. Wir haben damit überhaupt kein Problem gehabt. Wenn die Republik uns bonitätsstarke Beamte als Mieter bringt, wir keinen Makler brauchen und gar nichts, ist das gut für uns. Also wir haben kein Problem gehabt mit den Einweisungsrechten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Konkret weiter fragend zur ESG, vom dem ausgehend, was Herr Rosenkranz begonnen hat, machen wir es ganz konkret:

War Ihnen bekannt, dass Scharinger im Namen der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich Jörg Haider telefonisch eine Art Vorkaufsrecht zugesichert hat und zugestanden hat, dass man auf Kärnten und dessen Kaufinteresse Rücksicht nehmen wird? War Ihnen nicht bekannt?

Dr. Martina Postl: Was Scharinger mit Dr. Haider besprochen hat oder haben sollte ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Hintergrund ist relativ leicht erläutert. Das war wichtig für Haider, auch aus politischen Gründen. Da es Eisenbahnerwohnungen in Villach waren und er sich nicht vorwerfen lassen wollte, dass er Eisenbahnerwohnungen aus der Hand gibt, hat er sich dafür eingesetzt.

Das war dann auch insofern erfolgreich, als dann konkret die Stadt Villach, der Eisenbahner Helmut Manzenreiter, SPÖ, Stadt Villach, die Möglichkeit hatte, dieses Vorkaufsrecht zu nutzen. Er hat sich auch sehr bedankt dafür, dass Haider das erreicht hat.

Dann hat es mit dem Herrn Bürgermeister von Villach Gespräche darüber gegeben, bei denen Sie mit dabei waren.

Können Sie uns diese Gespräche schildern, mit dem Herrn Manzenreiter? Wie sind die abgelaufen? Was hat Herr Manzenreiter gesagt? Wie waren die Ergebnisse?

Dr. Martina Postl: Ich glaube, ich war einmal mit Schillinger gemeinsam in Kärnten. Beim Herrn Bürgermeister haben wir zu zweit einen Termin gehabt. Worum ist es da genau gegangen? Es war immer dieses Politikum mit diesen Eisenbahnerwohnungen, die zu 50 Prozent auf einem Baurechtsgrund sind, und hin und her.

Wir haben mit dem Konsortialpartner gesagt, irgendwer muss mit der ESG jetzt etwas machen. Denn wir hatten 56,7 Prozent, aber wir haben da quasi immer Einstimmigkeit gehabt. Wir haben die Mehrheit gehabt, aber mit unserem Konsortialpartner mussten wir das irgendwie gemeinsam lösen. Wir haben gesagt: Entweder nehmt ihr die ESG komplett, oder wir nehmen sie, und wir lassen sie dann von der BUWOG mitmanagen – weil wir auch dort keinen Geschäftsführer hatten.

Im Zuge dessen haben wir dann gesagt: Entweder ihr kauft uns den Anteil ab – oder wir kaufen euch den Anteil ab! Wir wollten dann auch noch den kleinen Gemeinden die Anteile abkaufen, denn es ist immer sinnvoll, 100 Prozent einer Gesellschaft zu besitzen. Das ist aber dann nicht gelungen.

Gelungen ist, dass die Immofinanz die anderen Konsortialpartner ausgekauft hat und ein paar kleine Gemeinden geblieben sind. Ich glaube, wir hatten dann 99,9 Prozent der Anteile an der ESG. – Irgendwie so haben wir mit Herrn Manzenreiter gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass die Stadt Villach dann am Ende des Tages auf das Vorkaufsrecht verzichtet oder dieses nicht genutzt hat?

Dr. Martina Postl: Ja, weil *wir* die gekauft haben, und zwar von Anteilen – Vorkaufsrecht an Anteilen, an Gesellschaftsanteilen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist schon klar.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Zwei Schreiben von Herrn Manzenreiter; eines davon ist vom 9. Juni 2005. Darin schreibt Manzenreiter, dass es der Stadt Villach leider nicht möglich ist, die ESG-Liegenschaften zu erwerben.

Noch einmal: 9. Juni 2005: leider nicht möglich. Und am 30. August 2005 schreibt Manzenreiter, dass die Stadt Villach nach wie vor großes Interesse hat, die ESG Villach zu erwerben.

Haben Sie irgendeine Erklärung für diesen Schwenk von Manzenreiter: einmal Ja, einmal Nein? Manzenreiter wendet sich in diesem Schreiben an Herrn Schillinger.

Dr. Martina Postl: Also das eine Schreiben ist vom 9. Mai, das zweite ist vom 30. August. Und wann waren wir bei Manzenreiter, Schillinger und ich?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das frage ich Sie, denn das geht aus dem Dokument nicht hervor. Das Komische ist eben, dass Manzenreiter im Juni erklärt, er will es nicht haben, und im August erklärt, er hat nach wie vor Interesse und will es doch haben. Ich will da nur klären, warum er so hin- und herschwenkt. Sie waren ja damals bei ihm und haben mit ihm gesprochen.

Dr. Martina Postl: Wir haben mit Manzenreiter sozusagen politisch gesprochen. Schillinger hat mich da mitgenommen, weil die Immofinanz den größten Anteil an der ESG hatte. Deswegen waren wir zu zweit dort.

Was ich verfolgt habe oder wahrnehmen kann, ist, dass ständig in den Kärntner Zeitungen – das ist uns immer geschickt worden – Meldungen waren, Manzenreiter rettet die ESG, rettet die Wohnungen, hin und her und umgekehrt, und Dr. Jörg Haider. Da waren sozusagen ständig Themen in den Kärntner Zeitungen. Das weiß ich noch. Für mich waren das politische Themen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir bei diesem Themenkomplex weiter. Ich mache Ihnen einen Vorhalt aus Ihrer zweiten Zeugenvernehmung, vom 15. Oktober 2009, wo Sie sagen – ich zitiere –:

Ich habe den Medien entnommen, dass Petrikovics behauptet haben soll, dass ein zu niedriger Kaufpreis gewählt worden sei und ich gebe dazu an: Ich kann nicht ausschließen, dass im Kaufpreis Gegenrechnungen stattgefunden haben. – Zitatende.

Wie sind Sie darauf gekommen? Welchen Verdacht haben Sie da gehabt? Welche konkreten Gegenrechnungen sollen das gewesen sein?

Dr. Martina Postl: Ich wurde gefragt, ob es Gegenrechnungen gegeben haben könnte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie Hinweise darauf, dass es Gegenrechnungen gegeben hat – und wenn ja: welche?

Dr. Martina Postl: Ich habe keine, nein. Es war auch nicht mehr in meinen Händen.

Noch einmal: Die Endpreis-Themen habe nicht ich gemacht, und den Kaufpreis für die ESG, wie wir unsere Konsortialpartner herauskaufen, habe nicht ich gemacht. Das hat Petrikovics gemacht, mit der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich. Da hat es Sitzungen gegeben, in die ich nicht mehr eingebunden war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen da fünf Rechnungen vor, Scheinrechnungen wie sich mittlerweile herausgestellt hat. Schauen Sie sich die einmal in Ruhe an. Kennen Sie diese Rechnungen und können Sie dazu Angaben machen?

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Dr. Martina Postl: Kenne ich alle nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren aber auch Geschäftsführerin der Unternehmen, an die diese Rechnungen gestellt wurden.

Dr. Martina Postl: Ja. Ich war eine von drei oder vier GeschäftsführerInnen. Als ich Geschäftsführerin geworden bin, waren es Petrikovics, Thornton und ich. Dann ist noch Herr Mag. Wohlfahrt dazugekommen oder vielleicht noch jemand.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist also alles nicht über Sie gelaufen?

Dr. Martina Postl: Nein. Ich habe auch nie von der CPB Corporate Finance eine Bilanz unterschrieben oder sonst etwas. Ich habe auch nie eine Bilanz gesehen als Geschäftsführerin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich gehe weiter in Ihrer Vernehmung. Da geht es dann – und jetzt wird es interessant – um diese Provisionsverrechnungen, um den Herrn Thornton, um den Herrn Hohegger. Dann sagen Sie – ich zitiere –:

Allerdings kann sich jeder normale Mensch vorstellen, dass sich Hohegger dieses Geld mit anderen teilen musste. Ich bin davon ausgegangen, dass er mit unter anderem jemandem aus dem Bundesministerium für Finanzen teilen musste. – Zitatende.

Warum sind Sie davon ausgegangen, dass Hohegger seine Provision von 9,61 Millionen € mit irgendwem aus dem Finanzministerium teilen muss? Es muss ja irgendwelche Hintergründe haben, dass Sie auf diese Feststellung kommen – in Ihrer Zeugenvernehmung, wohlgemerkt.

Dr. Martina Postl: Ich habe mit Hohegger nie etwas zu tun gehabt und er hat auch keine Rolle bei der Transaktion gespielt. Er hat uns auch nicht beraten oder irgendetwas, ich habe ihn nie gesehen. Das heißt, ich weiß nicht, was seine Rolle war. Wenn er dann Provisionen bekommt, bin ich eben davon ausgegangen, dass er das teilen musste.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben gesagt, Sie sind davon ausgegangen, dass er unter anderem mit jemanden aus dem Finanzministerium teilen musste. Warum gerade das Finanzministerium? Warum nicht der Herr Maier, der Herr Huber, die Frau irgendwer? Warum gerade Leute aus dem Finanzministerium? Für diese Aussage müssen Sie doch irgendwelche Wahrnehmungen im Zuge Ihrer Tätigkeit gehabt haben, sonst kommen Sie nicht ausgerechnet auf das Finanzministerium.

Worauf gründet also diese Aussage, dass Hohegger gerade mit jemanden aus dem BMF teilen muss?

Dr. Martina Postl: Das passt wahrscheinlich damit zusammen ... Wenn ich ausgesagt habe ... Was zuvor war ...

Mir ist auch die Frage nach den 960 Millionen € gestellt worden, und ob wir eine Finanzierungszusage abgegeben haben oder nicht und in welcher Form, auch das bin ich ja detailliert gefragt worden, und ob ich weiß, dass die CA eben 960 ... – Darauf sage ich, ich weiß es nicht. Ich weiß das jetzt aus den Medien, seit September 2009.

Wir sind ja auch nach unserer Finanzierungsstruktur gefragt worden und danach, wie wir uns finanzieren; und ich habe nur eine Struktur angegeben: So viel Eigenkapital, so viel Fremdkapital und eine Finanzierungszusage ohne Betrag von der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich. Und da bin ich eben gefragt worden, wieso wir nicht so einen Betrag hineingeschrieben haben, wieso ich das kryptisch ausgedrückt habe. Da sage ich, na das macht man nicht in einer Transaktion, dass man das bekannt gibt. Also ich hätte das nie bekannt gegeben, und es hat ja auch genügt, dass wir geschrieben haben, so und so viel Eigenkapital, so und so viel Fremdkapital; und das Fremdkapital, da gibt es eine Finanzierungszusage der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich – aber nur vom Prozentsatz her.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal zurück zur Frage; bei der müssen wir bitte bleibe.! Wir wissen ja, Hohegger hat über Meischberger den entscheidenden Tipp gegeben und die Zahl 960 Millionen Herrn Petrikovics genannt. Das hat

Petrikovics auch bestätigt. Dafür sind 9,6 Millionen € unter anderem geflossen, und Sie sagen – noch einmal –:

Ich bin davon ausgegangen, dass der Hohegger diese 9,6 Millionen mit jemandem aus dem BMF teilen musste. – Zitatende.

Noch einmal: Warum sind Sie da gerade auf das **BMF** gekommen? Das muss ja irgendwelche Hintergründe haben. Haben Sie da konkrete Personen im Kopf gehabt (**Dr. Postl: Nein!**), als Sie diese Aussage getätigt haben?

Dr. Martina Postl: Da schließt sich jetzt der Kreis sozusagen; ich habe das jetzt wahrscheinlich zu lange ausgeführt. Die Vertragsdokumentation, das war ja alles vertraulich. Das ist ja unterschrieben worden mit Notariatsakt, ist dann gleich von unserem Anwalt geliefert worden zum Verkäufer. Wer hat denn das sonst wissen können? Wer kann wissen, dass die CA eine Quasi-Finanzierungszusage hat über 960 Millionen €? Und das steht im Kaufanbot drinnen. Wer kann das wissen? – Kann nur jemand vom Finanzministerium wissen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na ja, das haben wir schon geklärt: Da hat es im Juni im Finanzministerium eine Besprechung gegeben, da waren zehn bis zwölf Leute dabei, da ist dieses Papier ausgeteilt worden, dass die CA Immo ein Finanzierungsvolumen von 960 Millionen € hat, und genau dann ist diese Info an den Meischberger weitergegangen, und am Ende ist das bei Ihnen gelandet.

Also es waren zehn bis zwölf Personen im Finanzministerium, die schon vor dem Tage, vorher, in den ersten Junitagen des entscheidenden Jahres die Info hatten: Die haben eine Grenze von 960 Millionen – logisch, da muss man darüber hinausgehen.

Das war die Grundlage, und jetzt frage ich Sie noch einmal: Warum sind Sie davon ausgegangen, dass der Hohegger mit jemandem aus dem **Finanzministerium** teilen musste? Bitte, diese Frage konkret zu beantworten: Warum gerade Finanzministerium?

Dr. Martina Postl: Weil meiner Einschätzung nach sozusagen die 960 Millionen € nur jemand vom Finanzministerium wissen konnte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie? Noch einmal: Weil Sie davon ausgegangen sind, dass die ...

Dr. Martina Postl: Meiner Wahrnehmung nach oder Empfindung nach; weil: Die 960 sind ja im Kaufvertrag gestanden, oder? Ich weiß ja das nicht, was drinnen gestanden ist. Ich weiß, was in **unserem** gestanden ist.

Die 960 Millionen der CA, die Finanzierungszusage, ist im Kaufvertrag gestanden. Und wer hat den Kaufvertrag gelesen? – Jemand vom Finanzministerium – und nicht der Herr Müller.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zusammenfassend gesagt: Für Sie war logisch, die Information kann nur aus dem Finanzministerium selbst kommen (**Dr. Postl: Ja!**), wer soll das sonst wissen, und daher muss Hohegger das auch von irgendwem aus dem BMF erfahren haben.

Dr. Martina Postl: Ja, weil das ja alles geheim war und ganz ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihr Gefühl täuscht Sie nicht, es war auch so. Daher ist auch Ihre Schlussfolgerung logisch gewesen; Hohegger wusste es über Meischberger aus dem Ministerium – und dass der Hohegger dann auch wahrscheinlich mit jemandem teilen musste aus dem Ministerium. Dazu kommen wir dann später noch. Da gibt es ja dann drei Konten mit wunderschönen Namen, von

denen eines unter anderem – zumindest besteht der Verdacht seitens der Behörden – dem Herrn Grasser selbst zuzurechnen ist.

Die letzte Frage besteht aus zwei Teilen; erster Teil: Von wem haben Sie konkret erfahren, dass man über 960 Millionen bieten muss – ich glaube, das war Mag. Schillinger, wenn das richtig ist –, und haben Sie dazu weitere Wahrnehmungen, wie diese Information an die Immofinanz gelangt ist? Haben Sie da irgendwelche Gespräche mitgehört, haben Sie da weitere Wahrnehmungen in diese Richtung? Zweiter Teil der Frage: Eine weitere Leistung des Herrn Hohegger war unter anderem – zumindest sagt das der Hohegger in zahlreichen Beschuldigtenvernehmungen und auch in einem „NEWS“-Interview so –, dass er auf Ersuchen von Petrikovics im Finanzministerium dafür gesorgt habe, dass überhaupt eine zweite Bierrunde stattfindet. Und es gibt parallel Ereignisse im Finanzministerium, dass das dann tatsächlich auch völlig überraschend passiert ist. Da ist eine eigene Kommissionssitzung abgesagt worden, Grasser hat sich persönlich in das Verfahren eingeschaltet als Finanzminister.

Können Sie das bestätigen, dass die Immofinanz mit diesem Ersuchen an den Herrn Hohegger herangetreten ist? Haben Sie davon jemals irgendetwas gehört – oder haben Sie dazu keine Wahrnehmungen?

Also bitte diese zwei Fragenkomplexe: einerseits zweite Bierrunde, andererseits der Tipp mit **über 960**.

Dr. Martina Postl: Zur zweiten Frage: Ich habe da überhaupt keine Wahrnehmung, weil ich ja mit Hohegger nie etwas zu tun hatte; und ich weiß nicht, was der mit wem besprochen hat und was der im Finanzministerium besprochen hat. Ich habe mit ihm nie etwas zu tun gehabt, und Petrikovics hat mich ja nicht informiert, hat mich ja nicht eingebunden. Ich habe keine Ahnung, also keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zweite Bierrunde, da haben Sie auch keine Wahrnehmung (**Dr. Postl:** Nein!), dass Petrikovics Hohegger gesagt hat, bitte ...

Dr. Martina Postl: Nein, überhaupt nicht, weil ich ja gar nicht weiß, was Petrikovics mit Hohegger besprochen hat und mit wem, oder mit dem Starzer oder mit dem Konsortialpartner – weiß ich nicht. Und wie gesagt: Es war auch nicht die Möglichkeit, das zu fragen. Ich hätte keine Antwort bekommen. Im Gegenteil.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Herrn Petrikovics kann ich mir sehr gut vorstellen, ja.

Dr. Martina Postl: Ich hätte keine Antwort bekommen, und ich meine, so gut konnte ich ihn einschätzen; ich habe ja eng mit ihm zusammengearbeitet.

Zum ersten Teil der Frage, noch einmal: Ich bin zur Konsortialsitzung gefahren, mit meiner Vollmacht, um 7.30 Uhr in der Früh – das habe ich in meinem Kalender jetzt nachgeschaut –, und dort haben wir sozusagen die drei Gesellschaften anteilig im gleichen Ausmaß erhöht und die ESG überproportional. Der Konsortialführer hat gesagt, die ESG erhöhen wir überproportional. Wie wir dann bei 961,3 Millionen waren, hat irgendwer gesagt: Es passt! Ich habe unterschrieben und bin wieder gefahren. Und ich habe dann interpretiert, dass ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, und es hat auch genau gepasst, das wissen wir ja mittlerweile. – Okay, danke.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur weil es mich privat interessiert: Wie lange sind Sie nach der Transaktion dann noch bei Herrn Petrikovics im Konzern beschäftigt gewesen?

Dr. Martina Postl: Ich war bis Ende März 2007, habe aber im September 2006 gekündigt, hatte dann ein halbes Jahr Kündigungsfrist und bin dann noch dort gewesen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben gerade gesagt, es ist dann in der Gruppe besprochen worden: Jetzt haben wir es, die Höhe, und ...

Dr. Martina Postl: Also ich weiß nicht, ob gesagt worden ist: Es passt!, aber jemand hat gesagt: ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was war denn das für eine Diskussion davor, die da stattgefunden hat? (*Dr. Postl: Gar keine!*) War das irgendwie so, dass man nachgedacht hat, das irgendwie geäußert hat? War für Sie so die Zielgröße klar, dass die jetzt vorhanden ist und man die hochrechnet? Was war das für eine Stimmung? Was war das erklärte Ziel?

Dr. Martina Postl: Wir haben nicht viel besprochen, wir haben gleich die Beträge eingesetzt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie eingesetzt, oder haben Sie noch evaluiert? Haben Sie noch weitergerechnet?

Dr. Martina Postl: Sie meinen, eine Unternehmensbewertung gemacht oder so etwas?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, denn wenn sie sagen, jetzt passt es, dann heißt das ja, dass es davor irgendetwas gegeben haben muss, damit das endlich passt, wo man etwas getan hat. Das war ja dann das Ergebnis.

Dr. Martina Postl: Ja, so interpretiere ich das eben, aber wir haben ... Wie gesagt: Ich bin da hingekommen, und wir haben dann die Beträge – also wir haben die drei Gesellschaften – ...

Die Vertragsdokumentation ist ja festgestanden. Wir haben ja sozusagen auf Basis des gleichen Vertrages angeboten, soweit ich mich erinnern kann. Das war ja der gleiche Vertrag, den wir ausgehandelt hatten mit der Republik Österreich, mit den Besserungsvereinbarungen und mit allem Möglichen, und in der zweiten Bierrunde haben wir nicht jetzt Vertragsbestandteile irgendwie uns angeschaut (*Abg. Dr. Jarolim: Na, nur die Höhen!*), wir haben sozusagen die Kaufpreise erhöht, bei allen Gesellschaften.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber wie Sie hingefahren sind, war da die Kaufpreishöhe – die neue Anbotshöhe – schon fixiert, oder haben Sie das dort noch verhandelt?

Dr. Martina Postl: Ich habe keine Kaufpreise verhandelt. Ich konnte davon ausgehen, dass Petrikovics mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich abgestimmt ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie sind nur zum Unterschreiben aufgefahen ...

Dr. Martina Postl: Ich bin nur zum Unterschreiben hinaufgefahen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dann gab es aber dort auch nichts mehr, wo man sagt, das passt, sondern dieses „passt“ hat sich darauf bezogen, dass es vorher schon geklärt worden ist, bevor es überhaupt ...

Dr. Martina Postl: Nein, Sie müssen sich das so vorstellen: Es ist um die Aufteilung gegangen, denn wir haben ja eine andere Bewertung gehabt für die BUWOG als für die WAG und für die EBS und für die ESG.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, der Gesamtanbotsbetrag war fixiert, und Sie haben jetzt aber noch die ...

Dr. Martina Postl: Wir wissen ja, was wir angeboten haben in der Vertragsdokumentation (*Abg. Dr. Jarolim: Genau!*), und wir haben uns entschlossen, dass wir ein zweites Anbot abgeben. Und es war klar, dass wir höhere Kaufpreise brauchen (*Abg. Dr. Jarolim: Natürlich!*), weil es geheißen hat, der Verkäufer möchte höhere Kaufpreise sehen. (*Abg. Dr. Jarolim: Genau!*) Ich bin am Mittwoch hinaufgefahren, am 9. Juni 2004, und in der Sitzung hat dann der Konsortialführer gesagt, wir erhöhen die drei Gesellschaften, die uns interessieren, eben aliquot im gleichen Ausmaß und die ESG eben überproportional. Und dann haben wir sozusagen gesagt – was ist das jetzt; ich weiß den Prozentsatz nicht mehr –: 10 Prozent rauf – wie viel ergibt das dann bei der BUWOG, wie viel ergibt das bei der WAG, wie viel bei der EBS? Und bei der ESG, das hat der Konsortialführer gesagt, um wie viel wir da erhöhen.

Ich habe halt aufgepasst, wie ein Haftelmacher (*Abg. Dr. Jarolim: Ob das passt!*), dass die BUWOG – nehmen wir an, es waren 10 Prozent; ich weiß es jetzt nicht – genauso mit 10 Prozent erhöht wird, wie die WAG und EBS und nicht die BUWOG mit 12 Prozent erhöht wird.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also man hat das auf den Betrag hinaufgerechnet?

Dr. Martina Postl: Ja, und dann waren wir eben in Summe mit dem Bundesdarlehen und mit allem bei 961,3 und dann ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sagen Sie, kann das mit der ESG damit zusammenhängen, dass man dort natürlich im Fall, dass irgendjemand dieses Vorkaufsrecht ziehen sollte, das ja noch einmal in diesem Bieterverfahren gesondert angeboten worden ist, einen entsprechend höheren Erlös erwirkt? Kann das der Grund gewesen sein?

Dr. Martina Postl: Ich verstehe die Frage nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die ESG wurde ja unverhältnismäßig hoch angesetzt, sagen Sie. (*Dr. Postl: Ja!*) – Jetzt fragen wir uns, was der Hintergrund ist. Einer der Hintergründe könnte sein: Es gab ja auf die ESG dieses Vorkaufsrecht. Wenn das Vorkaufsrecht gezogen wird, dann ist es zu dem Betrag zu ziehen, der vereinbart ist. (*Dr. Postl: Ja!*)

Das heißt, wenn Sie das besonders hoch vereinbaren, und es will jemand das Vorkaufsrecht ziehen, dann nimmt er auf alle Fälle ja einen schönen Teil vom Kaufpreis (*Dr. Postl: Genau!*) und einen höheren, als eigentlich wertmäßig angemessen. (*Dr. Postl: Genau!*) – War das die Überlegung?

Dr. Martina Postl: Ja, das wäre uns sehr recht gewesen. Also wir haben auch wirklich gesagt, wenn das Vorkaufsrecht ausgeübt wird, dann ist die ESG weg und wir haben quasi bei den anderen drei Gesellschaften weniger aufbessern müssen.

Das wäre uns recht gewesen; wir hätten uns gefreut.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, und das war ja wahrscheinlich auch der Grund.

Sie haben über eine Fee mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich in Höhe von 400 000 € verhandelt (*Dr. Postl: Ja!*), wobei Sie eine Fee von 50 000 € bis 100 000 € als angemessen erachtet haben.

Können Sie uns kurz erklären, was das für eine Verhandlung war? Die ist ja dann so ausgegangen, dass Petrikovics Sie mehr oder weniger overruled und gesagt hat, wir zahlen die 400. (*Dr. Postl: Ja!*) Können Sie – nur stichwortartig – sagen, was das war? Was war das für eine Verhandlung, und was hat da stattgefunden?

Dr. Martina Postl: Also da ist es um die Konsortialführer-Fee gegangen, weil der Konsortialführer Raiffeisenlandesbank Oberösterreich mit dem Bankapparat et cetera ja da für uns wirklich Konsortialleistungen erbracht hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, das waren eigentlich diejenigen, die da operativ quasi ...

Dr. Martina Postl: Ja, die sind sozusagen im Driver Seat gesessen, also operativ und technisch – mit allem. Das haben ja sozusagen Petrikovics und ich alleine gemacht, wir haben ja nicht diesen Apparat. Da gebührt ihnen eine Konsortialführer-Fee, das ist klar. Die haben auch teilweise viele Leute daran sitzen gehabt und so weiter.

Normalerweise ist Konsortialführer der, der den meisten Anteil im Konsortium hat. Das waren wir. Aber dadurch, dass die Immofinanz sozusagen keine Bank ist, hat es Sinn gemacht, dass das Oberösterreich macht, und da gebührt ihnen eine Konsortialführer-Fee.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber wie ergibt sich die riesige Differenz zwischen 100 000 € und 400 000 €?

Dr. Martina Postl: Das weiß ich eben nicht. Also ich war bei vielen Dingen – ich war auch bei Meetings in Oberösterreich dann – nach dem Zuschlag im Juni und so weiter – nicht mehr dabei. Es ist auch Petrikovics alleine nach Oberösterreich gefahren. Ich habe natürlich nicht gefragt, was er dort bespricht.

Ich habe dann mit Petrikovics vorbesprochen, dass wir halt weniger zahlen, denn so viel ist aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt. (*Abg. Dr. Jarolim: Das ist rund ein Viertel von dem, was ...!*) – Ja. Dann hat er mich einmal sozusagen mit dem Schillinger verhandeln lassen, und dann hat er entschieden, dass wir doch die 400 zahlen. Ich bin mir halt dann ein bisschen blöd vorgekommen, aber ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Begründung gab es dem Betriebsklima entsprechend keine. (*Dr. Postl: Nein, keine!*) – Wer hat denn die Finanzierung für den Ankauf dann eigentlich durchgeführt? Welche Bank hat die Finanzierung zur Verfügung gestellt?

Dr. Martina Postl: Die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Auch Ihren Anteil?

Dr. Martina Postl: Ja, und das habe ich auch verhandelt. Ich bin ja sozusagen eine Bankerin, das war auch eine meiner Aufgaben. Die haben die Ankaufsfinanzierung gemacht, und dann später, die kurzfristige, da haben wir es dann umgestellt und so weiter.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Damit kommen wir zur zweiten Runde. – Bitte, Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte Sie kurz zu den Einweisungsrechten befragen. Da gibt es ja diese berühmte Beilage 14.1.2, in der dieser entscheidende Satz steht:

„Für den Fall der Veräußerung einzelner Wohnungseigentumsobjekte verzichtet die Republik Österreich auf das ihr jeweils zustehende Einweisungsrecht.“

Ich habe den Herrn Mantler dazu befragt. Er hat mir bestätigt, es handle sich um einen Generalverzicht, der unter bestimmten Voraussetzungen zustande gekommen sei.

Wissen Sie, wer diese Beilage entworfen hat?

Dr. Martina Postl: Das ist eine Beilage zum Kaufvertrag? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Also die ganze Dokumentation und das Vertragswerk kommt vom Anwalt der Republik Österreich, von Freshfields; dazumals Köck und Ofenheimer. Sie haben sozusagen die Vertragsdokumentation gemacht, und wir haben mit unserem Anwalt da hineingehandelt und -verhandelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber wer hat den Entwurf zu dieser Beilage verfasst?

Dr. Martina Postl: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Schuster von der BUWOG sagt, das haben Mag. Puhr von der BUWOG und Sie gemeinsam gemacht. (*Dr. Postl: Aha!*) – Stammt die von Ihnen oder nicht?

Dr. Martina Postl: Aber das kann ja nicht sein, das ist ja die Beilage zum Kaufvertrag vom ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich will nur wissen, ob Sie den Entwurf gemacht haben.

Dr. Martina Postl: Weiß ich nicht. Das kann auch gar nicht sein, weil wir die Gesellschaft noch gar nicht gekauft gehabt haben. Wie hätte ich da schon mit dem Puhr zu tun haben sollen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wir haben es dauernd mit solchen Umständen zu tun, die nicht sein können. Das ist ja das Problem, das bei BUWOG immer das passiert, was nicht sein kann.

Also haben Sie dazu den Entwurf gemacht oder nicht?

Dr. Martina Postl: Ich habe da keine Wahrnehmung. Ich habe mit ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie es ausschließen?

Dr. Martina Postl: Das ist eine Beilage zum Kaufvertrag vom Juni ...?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist die berühmteste Beilage aller BUWOG-Beilagen. Das ist **die** Beilage mit dem **Generalverzicht** Einweisungsrechte. Das müssen Sie doch kennen. Sie haben in Mails – ich wollte uns das ersparen – darauf auch Bezug genommen. Die ist Ihnen alles andere als fremd.

Dr. Martina Postl: Ja, aber das war nach dem Kauf, oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ja der wichtige Punkt.

Dr. Martina Postl: Ich habe mit Einweisungsrechten schon etwas zu tun gehabt und auch mit Mantler gesprochen und mit Puhr und alles Mögliche.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl, der entscheidende Punkt ist: Wir haben Grund zur Annahme, dass diese Beilage erst im **Nachhinein** erstellt worden ist. – Ist das richtig?

Dr. Martina Postl: Das weiß ich nicht, aber ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl, ich gehe davon aus, dass Sie das sehr genau wissen! Denn das ist keine Kleinigkeit, wenn so eine Beilage im Nachhinein erstellt worden ist.

Können Sie sich daran erinnern, dass diese Beilage im Nachhinein erstellt worden ist?

Dr. Martina Postl: Und dann dem Kaufvertrag angeschlossen wurde? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Nachdem ich im Juni unterschrieben hatte? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Tut mir Leid.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie keine Wahrnehmung, keine Erinnerung?

Dr. Martina Postl: Also ich habe lange nach dem Kauf – oder ich weiß nicht: nach dem Kauf – betreffend Einweisungsrechte mit Mantler, mit Puhr zu tun gehabt. Das stimmt schon, ja, aber ob dieses Dokument da entstanden ist oder nicht? Ich weiß nicht, wer das unterschrieben hat. Ist da meine Paraphe drauf?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Halten Sie es für möglich, dass dieses Dokument in Gesprächen mit Herrn Dr. Mantler im Nachhinein entstanden ist, eigentlich ein späteres Verhandlungsergebnis mit Dr. Mantler ist?

Dr. Martina Postl: Zum Punkt Einweisungsrechte der Republik Österreich ...? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Ich kann dazu wirklich nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ja die ganze Zeit mit Dr. Mantler Kontakt gehabt. Ich sage Ihnen nur ein Beispiel; da geht es um den Dr. Mantler.

Dr. Martina Postl: Ich habe mit dem Mantler zu tun gehabt: danach.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, da geht es um den Dr. Mantler. Ich lege Ihnen etwas anderes vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Am Mittwoch, dem 10. November 2004, schreibt Daniel Riedl an Sie ein Mail, Betreff Einweisungsrechte:

„Zur Info“ –

also er informiert Sie –:

„Plech hat sich bei einem Telefonat ausdrücklich angeboten, bei Problemen mit den Einweisungsrechten im BMF einzuwirken – falls es zu wenig Flexibilität bei Dr. Mantler gibt. Liebe Grüße, Daniel Riedl.“

Was heißt denn das? Wie konnte der Immobilienmakler Plech beim zuständigen Ministerialbeamten Mantler eine Erhöhung der Flexibilität bewirken? Was ist das?

Dr. Martina Postl: Wie gesagt, die Einweisungsrechte waren für uns gut.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na das kann ich unterschreiben.

Dr. Martina Postl: Ja, ich habe nie was gegen Einweisungsrechte gehabt, ganz im Gegenteil.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jedes Geschenk ist gut, ja.

Dr. Martina Postl: Dr. Plech, er hat ja auch öfters mit mir gesprochen und mir gesagt – das habe ich auch schon einmal ausgesagt, das können Sie nachlesen –, dass er eben gute Kontakte zum Finanzministerium hatte. Und wenn wir irgendwas brauchen, hilft er uns. Und ich habe das einfach nicht einmal zur Kenntnis genommen oder negiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und hat Ihnen Herr Plech geholfen? (*Dr. Postl: Nein!*) – Nicht?

Dr. Martina Postl: Plech hat mich angesprochen, wenn wir irgendetwas brauchen vom Finanzministerium, dann hilft er uns. Und ich habe einfach so getan, wie wenn ich es nicht hören würde, ja. Ich habe nichts gebraucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Montag, 8. November 2004, von Martina Postl an Riedl Daniel

„Betreff: AW: Gesellschaftsvertrag Buwog und RR KR“ – Rückruf, Kommerzialrat – „Plech bitte

Hallo Herr Riedl,

KR Plech bittet um Ihren dringenden Rückruf, er hat es vorige Woche 5x bei Ihnen versucht und um RR gebeten. Es geht um Kallinger (beim Notartermin ist angeblich niemand von BUWOG erschienen) und um Stubenberg, Fischl, usw. Habe KR Plech am Freitag am Abend bei einer Einladung getroffen und er hat mich darauf angesprochen und gebeten, bei Ihnen nachzufragen.

Wg. Gesellschaftsvertrag:

Können wir gerne in Ruhe einmal besprechen. ‚Bundesbeamte und die anderen Dinge‘ haben KPE“ –

also Petrikovics –

„ und ich absichtlich gelassen, aus div. Gründen. Kann ich ihnen gerne einmal erläutern, bei guter Gelegenheit.“

Was ist die Geschichte mit dem Gesellschaftsvertrag BUWOG? Worum geht es da? Wer ist Fischl in diesem Zusammenhang? Wer ist Fischl?

Dr. Martina Postl: Weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kennen Sie einen Harald Fischl?

Dr. Martina Postl: Da sagt mir der Name etwas. Harald Fischl sagt mir etwas.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Könnte das ein gewisser Harald Fischl sein?

Dr. Martina Postl: Ich schaue in meinen Adressen nach, ob ich mit dem zu tun hatte. Harald Fischl sagt mir etwas, aber ... Und Plech hat mich ständig angesprochen auf irgendwas, weil ich bin ja mit ihm im Aufsichtsrat der BUWOG gesessen, und ständig auch Dinge, die sozusagen nicht die BUWOG betreffen, und eben Kallinger, Brotfabrik et cetera, und das soll ich dem Riedl sagen, und er erreicht den Riedl nicht. An das kann ich mich gut erinnern. Also an den ersten Absatz kann ich mich gut erinnern. Er hat mich quasi als Botin verwendet, benützt. Und da ist es darum gegangen, Plech hatte da mit verschiedensten Projekten zu tun im 10. Bezirk, Brotfabrik, was weiß ich was, Stubenberg.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das hat aber nichts mit BUWOG zu tun.

Dr. Martina Postl (nach Durchsicht ihres Telefonregisters): Nein, habe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Das Letzte, was ich Sie fragen möchte, ist – noch einmal nur kurz fortsetzend zu dem, was der Kollege Petzner gefragt hat – dieses doch spannende Zitat:

Allerdings kann sich jeder normale Mensch vorstellen, dass sich Hohegger dieses Geld, also 9,9 Millionen €, mit anderen teilen musste. Ich bin davon ausgegangen, dass er unter anderem mit jemandem aus dem BMF teilen musste. – Zitatende.

Da Herr Hohegger ja keine Dienstverhältnisse im Finanzministerium begründet und auch nicht Beamte finanziert, denn das macht die Republik Österreich selbst, da braucht sie nicht den Herrn Hohegger, ist Ihnen klar, dass Sie damit den Vorwurf, Herr Hohegger habe möglicherweise Schmiergelder an Beamte des Finanzministeriums verteilt, erheben?

Dr. Martina Postl: Also mir ist es nicht so klar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was sonst? Wozu soll der Herr Hohegger sonst Geld Beamten des Finanzministeriums geben? Wozu?

Dr. Martina Postl: Schauen Sie, ich bin bei der Zeugeneinvernahme dazumal ... – Die Fragen haben Sie ja nicht alle dabei. Ich bin schon so gefragt worden, ob ich mir das vorstellen kann oder ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie sagen „ich“. Sie haben ja das alles unterschrieben, das ist Ihnen ja nicht untergejubelt worden, das haben Sie persönlich unterschrieben.

Dr. Martina Postl: Aber die Fragen, die mir gestellt worden sind, sind die Fragen auch dabei, damit so eine Antwort kommt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann es Ihnen gerne vorlegen, ist ja kein Problem:

Ich bin davon ausgegangen, dass er unter anderem „mit jemandem aus dem Finanzministerium (BMF) teilen musste.“

Das ist der Vorwurf von Schmiergeldzahlungen durch Hohegger an Beamte der Republik Österreich. Warum haben Sie bei einer Vernehmung unter Zeugenpflicht die Anschuldigung erhoben, dass Sie davon **ausgehen** – nicht sich vorstellen können, sondern davon **ausgehen**, es also als erwiesen betrachten, als sicher betrachten –, dass in diesem Zusammenhang Beamte des Finanzministeriums geschmiert worden seien? Warum? Sie müssen ja einen Grund für diese Annahme haben, die Sie dann noch unterschreiben. Aus welchem Grund?

Dr. Martina Postl: Das, was wir vorher besprochen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber der Grund ist mir noch immer nicht klar. Das ist eine dermaßen schwere Beschuldigung gegenüber Beamten der Republik Österreich, dass es eine Begründung dafür geben muss. Sie müssen ja irgendwelche Erfahrungen gemacht haben, die Ihnen Grund geben zu dieser Annahme. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht, davon ausgehen zu müssen, dass die Hohegger Gelder zum Teil Schmiergelder für Beamte des Finanzministeriums sind. Warum?

Dr. Martina Postl: Die Erfahrungen, die ich gemacht habe, sind die, dass ich im September 2009 aus der Zeitung erfahren habe, dass es eine Selbstanzeige gibt, Hohegger/Meischberger, dass die 9,6 Millionen € bekommen haben. Und ich habe so geschaut. Und dann ist in den Zeitungen gestanden, dass eben die CA Immo da eine Finanzierungszusage hatte von 960, et cetera, et cetera.

Meine Einvernahme war, nachdem es bereits in den Medien war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Dr. Postl, ich möchte Sie ja nur richtig verstehen. Das heißt, Sie haben keine tatsächliche Wahrnehmung über irgendwelche Schmiergelder, sondern aufgrund der viel späteren Zeitungslektüre ist bei Ihnen der Eindruck entstanden, dass es sich hier um Schmiergelder handeln muss oder könnte. Dann haben wir das korrekt, weil wir haben ja nichts davon, wenn wir von einer Einvernahme ausgehen, die möglicherweise von völlig anderen Voraussetzungen ausgeht.

Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass das kein Beweis oder auch kein konkreter Hinweis aus Ihrer eigenen Wahrnehmung auf Schmiergeldzahlungen ist. Das wollte ich nur ganz klar haben. Okay, danke.

Dr. Martina Postl: Ja, stimmt. Ja, ich danke Ihnen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Dr. Postl, ich habe nur eine relativ kurze Frage noch an Sie, und zwar, ich möchte Ihnen ein Dokument vorlegen, das sozusagen eine Darstellung der Bieter zum Inhalt hat und wo man beim Bieter 2 – ich habe es Ihnen grün eingekreist – einen Hinweis sieht auf die Finanzierungsbestätigung für den Kaufpreis von „€ 960 Mio.“. Es ist dies ein Dokument einer Präsentation von Lehman Brothers.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Das Finanzministerium übermittelt in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft jene Präsentation von Lehman Brothers oder ein umfassenderes Dokument und schreibt, dass das als Vorbereitungsunterlage für die 7. Sitzung der Auswahlkommission am 13. Juni gedacht wäre. Interessanterweise findet sich aber auch in einer Präsentation von Lehman Brothers für das Finanzministerium genau dasselbe Chart bereits am 7. Juni in den Unterlagen. Das heißt, am 7. Juni präsentiert Lehman Brothers im Finanzministerium ein Dokument, wo Lehman Brothers von sich aus sagt, dass sie bereit sind, 960 Millionen € zu bezahlen, und das gleichsam ihre Finanzierungsobergrenze ist.

Sie sind eine Fachfrau auf diesem Gebiet, weil ich nehme an, Sie sind der „Bieter 1“ in dieser Dokumentation, ich kann das jetzt auf die Schnelle nicht beurteilen, aber ich gehe doch davon aus. Jedenfalls hat kein anderer Bieter irgendeine konkrete Zahl in seiner Dokumentation genannt, was mir bei einer Wettbewerbssituation als logisch erscheint, dass man so etwas natürlich nicht bekannt gibt.

Haben Sie irgendeine Erklärung dafür, warum Lehman Brothers schon am 7. Juni mehr oder weniger in einer öffentlichen, öffentlich vielleicht nicht, aber in einer großen Runde diesen Betrag bekannt gibt, noch bevor die an sich verschlossenen Kuverts, die dann bei einem Notar liegen, bekannt werden? Können Sie sich das irgendwie erklären?

Dr. Martina Postl: Wenn das am 7. Juni auch schon so war, 7. Juni.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, das ist ein Dokument, das am 7. Juni, ich kann es Ihnen hier zeigen, ...

Dr. Martina Postl: Also wenn das am 7. Juni schon so war, das ist ja der Montag gewesen, am 4. wurde ja abgegeben, wenn der Bieter 2 die CA, also die CA Immo ist, dann muss sozusagen die CA Immo das im ersten Angebot schon genannt haben, eben diese Finanzierungszusage der ... (**Abg. Amon:** Ja!) Ja, und wieso es Lehman Brothers so zusammenfasst und so hineinschreibt aus einer vertraulichen Vertragsdokumentation heraus, das weiß ich nicht. Das hat ja Lehman Brothers als Berater der Republik Österreich für den Auftraggeber, die Republik Österreich gemacht. **Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Aber würden Sie nicht meinen, dass das eigentlich eine unglaubliche Vorgangsweise ist (**Dr. Postl:** Ja, also ...), dass hier der Betrag eines Bieters in einer Präsentation bekannt wird.

Dr. Martina Postl: Ja, freilich, ja. Freilich, und ich weiß nicht, von wo Lehman Brothers das überhaupt gewusst hat, weil ich weiß nicht, ob die im Sinne der Berater der Republik Österreich, ob die die kompletten Angebote gelesen haben, wo sie gesehen haben, dass da 960 drinnen steht bei der CA. Also kann ich mir auch nicht vorstellen, dass die die komplette Vertragsdokumentation gelesen haben von allen drei Angeboten; weil in unserer ist das nicht drinnen gestanden. Da habe ich mich eben gewehrt, dass bei uns etwas drinnen steht. (**Abg. Amon:** Danke!)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine kurze Frage. Da geht es noch einmal um diese Gegenverrechnung, diese 9,6 Millionen, die es hätten sein sollen. In Wahrheit waren es ja 9,9, also 300 000 € zu viel. Aber das haben wir ja schon geklärt, wie das zustande gekommen ist. Und da war eigentlich immer ausgemacht, dass die Hälfte die

Immofinanz übernimmt und die andere Hälfte der Provision beim ESG-Kauf verrechnet wird. Zum Beispiel sagt der Mitarbeiter von Herrn Petrikovics, der Herr Thornton, in seiner 11. Beschuldigtenvernehmung ...

Dr. Martina Postl: Thornton sagt das? Oder ein Mitarbeiter von Thornton?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, er selbst! – Thornton sagt, dass das in diese Richtung gelaufen ist, dass die Hälfte der Provision, die ja die Raiffeisen, also die andere Raiffeisengruppe hätte tragen sollen, über den ESG-Kauf hätte verrechnet werden sollen – haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen, über diese Gegenverrechnung? – und dass auch deswegen, da geht es dann konkret um rund 4, 5 Millionen, diese Wertsteigerung bei der ESG stattgefunden hat um diese 4 Millionen, weil diese 4 Millionen eigentlich der Provisionsanteil der Raiffeisengruppe waren. So war das ausgemacht, sagen Beschuldigte oder Zeugen in ihren Vernehmungen.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Dr. Martina Postl: Ich war da nicht dabei oder ausgeschlossen eigentlich. Ich habe auf der operativen Ebene mit Schillinger, wie gesagt, ich war da bei Manzenreiter und so weiter, und er hat immer wieder Faxe geschickt, aber ich war bei Meetings dann nicht mehr dabei, es war viel Thornton dabei, Petrikovics. Und ich habe das eh auch schon ausgesagt, ich kann mich eben an eine Sitzung erinnern bei uns im Haus in der Bankgasse, wo ich mich eben sehr gewundert habe, dass ich da nicht dabei bin. Da waren irrsinnig viele Leute da, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, einige, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche? Haben Sie da konkrete Namen?

Dr. Martina Postl: Ja, das bin ich schon so oft gefragt worden. Also Schillinger auf jeden Fall, ich glaube, auch Starzer und noch jemand von der Raiffeisenlandesbank, wahrscheinlich Simhandl, Petrikovics auf jeden Fall, Thornton, also eine große Runde.

Das war bei uns im Haus, im Keller oder in den Besprechungszimmern. Also wir haben Besprechungszimmer im Erdgeschoß und im Keller. Ich weiß nicht, war es im Keller oder im Erdgeschoß. Und ich habe vorher immer auf der Ebene mit dem Schillinger da hin- und hergefaxt, und dann ruft mich Petrikovics an und wollte, dass ich ihm eine Information betreffend ESG bringe. Und ich sause hinunter und ich wusste gar nicht, dass er das Meeting hat, und schaue mir an, wer da aller sitzt, und ich nicht dabei. Und dann bin ich wieder gegangen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und die haben extra von Ihnen Informationen, eben zu ESG ...

Dr. Martina Postl: Irgendeine Sache hat Petrikovics nicht bei der Hand gehabt, und die habe ich ihm nachgebracht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na, jetzt wissen Sie, worum es wahrscheinlich gegangen ist bei dieser Besprechung im Keller – im Besprechungsraum –, nämlich wie verrechnet man die Provision über die ESG.

Dr. Martina Postl: Ich habe mitgekriegt, dass ich irgendetwas nicht mitkriegen soll. Das habe ich eh auch schon ausgesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, Sie sollten offensichtlich nichts mitkriegen.

Dr. Martina Postl: Sonst wäre ich ja bei der Sitzung dabei gewesen oder beim Meeting. Ich meine, es war ja noch mein laufendes Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben eh völlig richtig die Namen genannt, die tauchen ja dann alle auf: Herr Starzer, Herr Schillinger und so weiter.

Dr. Martina Postl: Eine große Runde war es.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber genau diese Personen haben auch verhandelt, wie kann man beim ESG-Kauf den Provisionsanteil der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich so einfädeln, dass der Hohegger seine Kohle kriegt und keiner draufkommt, dass die Raiffeisen auch hier die Hälfte bezahlt hat.

Da gibt es noch einen zweiten Bereich, ja. Da hat es dann massive Schwierigkeiten gegeben, am Ende des Tages hat das ja dann doch alles die Immofinanz getragen. Da gab es zum Beispiel – jetzt wird es ganz interessant –, da ist dann Raiffeisen hergegangen und hat zum Beispiel der Herr Starzer für Raiffeisen dem Herrn Hohegger den Vorschlag gemacht, dass er eine Liegenschaft erwirbt, nämlich das Schloss Leopoldstein, und dass man ihm das unterpreisig anbietet.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen? Also Schloss Leopoldstein ist im Bundesland Steiermark – für die, die geographisch nicht so bewandert sind. Irgendwelche Wahrnehmungen?

Dr. Martina Postl: Ich kenne das aus den Zeitungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hohegger wollte das Schloss eh nicht haben, das ihm Raiffeisen unterpreisig angeboten hat; also auch kein Schlossfan offensichtlich.

Zitat Hohegger:

Ein Vorschlag von Starzer war, ein Schloss in der Steiermark zu erwerben. Das habe ich aber abgelehnt, da ich kein Schloss brauchen konnte. – Zitatende.

Das ist auch irgendwie verständlich. Ein Schloss ist immer schwierig, es kostet auch der Erhalt viel.

Und dann sagt Hohegger weiter: Bei diesen Gesprächen war Herr Mag. Petrikovics jedenfalls einige Male dabei. Petrikovics hat mir schlussendlich gesagt, dass er mit den Oberösterreichern ausgemacht hätte, dass jetzt **nur** über die Immofinanz abgerechnet wird. Konkret wurde dann Malta als Abwicklungsort vorgeschlagen. – Zitatende.

Und es hat am Ende des Tages dann auch die Immofinanz das Ganze getragen. Aber daher wird es eben auch wichtig sein, da die verantwortlichen Raiffeisenleute zu befragen.

Eine kurze Schlussfrage noch. Herrn Hohegger sind Sie nie persönlich begegnet; das haben Sie schon gesagt.

Ist Ihnen irgendwo Meischberger einmal über den Weg gelaufen, auch irgendwo in den Büros oder irgendwo?

Dr. Martina Postl: Nein, das wäre mir aufgefallen, weil ich diese Personen natürlich aus den Medien kenne.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Herr Grasser: War er jemals bei Ihnen direkt vor Ort?

Dr. Martina Postl: Nein, also ich habe Grasser nur zwei Mal gesehen: beim Signing und dann beim Closing.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie, Grasser haben Sie beim Signing gesehen?

Dr. Martina Postl: Ja, bei der Vertragsunterzeichnung (*Abg. Petzner: Ja, klar!*) mit der Republik Österreich; das war Anfang Juli.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat er sich gefreut?

Dr. Martina Postl: Also ich habe ihn zwei Mal nur gesehen und dann beim Closing wieder.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat er sich gefreut bei der Vertragsunterzeichnung? – Schon, oder? Na gut. Ich gehe davon aus, dass er sich gefreut hat.

Haben Sie jemals im Zuge dieser ESG-Geschichte auch mit Karl Pfeifenberger zu tun gehabt, Finanzreferent und Landeshauptmann-Stellvertreter von Kärnten? (***Dr. Postl: Nein!***) – Nie zu tun gehabt? (***Dr. Postl: Nein!***) – Das war es eigentlich schon. Danke.

(***Obfrau-Stellvertreter Petzner übernimmt den Vorsitz.***)

Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Nur rein aus Interesse: Frau Dr. Postl, hatten Sie Kontakt zu einem gewissen Herrn Neudeck? (***Dr. Postl: Glaube ich nicht!***) – Danke.

Obfrau-Stellvertreter Stefan Petzner dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der ***Auskunftsperson Dr. Postl*** und verabschiedet diese.

13.40

Obfrau-Stellvertreter Stefan Petzner ersucht nun darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

13.41

Auskunftsperson Mag. Jürgen Krieger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur **Anhörung** von Herrn **Mag. Jürgen Krieger** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Krieger, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht zur Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihre vollständiger Name lautet: Mag. Jürgen Krieger. – Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie sind kein öffentlicher Bediensteter gewesen. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie wurden auch von Ihrer Verschwiegenheitspflicht durch das Bundesministerium für Finanzen enthoben, weil Sie einmal Mitglied einer Kommission waren, in der Vertraulichkeit herrscht. Ich lese das nochmals vor:

„Unter Bezugnahme auf die Veräußerung der Bundeswohnbaugesellschaften (...) werden Sie als seinerzeit in beratender Funktion tätiges Mitglied der diesbezüglichen Auswahlkommission zwecks Ablegung einer Aussage, unter anderem vorgesehen für 25. April 2012, in der diesbezüglichen Angelegenheit von der am 2. bzw. am 9. Februar 2004 mitgeteilten Pflicht zur Vertraulichkeit bis zu einem Widerruf entbunden. Gleiches gilt für die entsprechende Geheimhaltungsverpflichtung aus dem Beauftragungsvertrag zwischen der Republik Österreich (...) und der Lehman Brothers Bankhaus Aktiengesellschaft.“

Sie haben auch eine **Vertrauensperson** beigezogen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Norbert Wess**. – Die Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Norbert Wess als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei

der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist **nicht** der Fall.

Nun darf ich auch Sie weiter belehren und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage erinnern. Den Inhalt der Belehrung und die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Krieger, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in die Befragung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnmütigen Erzählung darzulegen? (*Die Auskunftsperson **verzichtet**. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Schmuckenschlager das Wort.*)

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Herr Mag. Krieger, es geht um die Vergabe an Lehman Brothers.

Wann haben Sie eigentlich davon erfahren, dass sich Lehman Brothers für die Beratung des Verkaufsprozesses rund um diese BUWOG bewerben will?

Mag. Jürgen Krieger: Wann sich Lehman bewerben will, kann ich Ihnen nur ungefähr sagen. Es gab ja einen Vergabeprozess, der wurde, glaube ich, europaweit ausgeschrieben, das muss im Jänner 2002 gewesen sein. Und da gab es, glaube ich, eine Bekanntmachung auch in der „Wiener Zeitung“. Von der haben wir natürlich Kenntnis erlangt, da gab es interne Diskussionen, und dann wurde beschlossen, dass wir an diesem Auswahlprozess teilnehmen. Es muss im Jänner 2002 gewesen sein.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Waren Sie bei der Erstellung der Angebote, also Hauptangebot und Alternativangebot eins und zwei dabei?

Mag. Jürgen Krieger: Ich war daran beteiligt, ja.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Was war hierbei Ihre Aufgabe?

Mag. Jürgen Krieger: Es war ein Team von verschiedenen Lehman Brothers-Mitarbeitern, die daran gearbeitet haben, und ich war ein Mitglied dieses Teams.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Welche Subunternehmer waren für Lehman tätig?

Mag. Jürgen Krieger: Sie meinen zur Zeit der Angebotserstellung oder dann im Rahmen des Prozesses?

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Zur Zeit der Angebotserstellung und dann natürlich im Rahmen des Prozesses.

Mag. Jürgen Krieger: Tätig war im Rahmen der Angebotserstellung, oder wir haben zumindest zusammengearbeitet damals mit „**Healey & Baker**“ – das war ein Immobilienexperte – und mit „**Freshfields Bruckhaus Deringer**“. Wir haben allerdings dann, nachdem Lehman Brothers den Zuschlag bekommen hat, noch einmal einen Auswahlprozess gemacht für andere Subunternehmer und haben uns dann auch für andere Subunternehmer entschieden.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Welche Aufgaben haben diese Subunternehmer?

Mag. Jürgen Krieger: Freshfields war **die** Anwaltskanzlei, eine der großen internationalen Anwaltskanzleien, die für die rechtliche Begleitung des Projektes zuständig waren.

KPMG hat uns im Wesentlichen bei der finanziellen Modellierung unterstützt. Sie müssen sich vorstellen, das waren 62 000 Wohnungen, die mussten alle einmal in eine Datenbank aufgenommen werden, Mieterlöse mussten berechnet werden. Wir haben ein Projektionsmodell über 80 Jahre zusammen mit KPMG entwickelt; das wurde sehr stark von KPMG gemacht.

Und dann gab es noch die CA Investmentbank. Die hat uns auch beim Verkaufsprozess unterstützt, bei der Erstellung des Informationsmemorandums, bei der Zusammenstellung der Datenräume und so weiter.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wie würden Sie die Zusammenarbeit gerade mit der CA Investmentbank darstellen?

Mag. Jürgen Krieger: Das war eine sehr positive und gute Zusammenarbeit.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wer waren beim Bundesministerium für Finanzen Ihre Ansprechpartner?

Mag. Jürgen Krieger: Es gab ein Projektteam, das wurde geführt von Herrn Dr. Traumüller als verantwortlichem Projektleiter. Zusätzlich haben dem Team Herr Dr. Mantler und Herr Mag. Oberleitner angehört. Und mit diesen Herren hatten wir auch wöchentliche Jours fixes, wo wir sie über den Fortschritt des Projektes informiert und Themen diskutiert haben, wo teilweise auch Entscheidungen gefällt wurden.

Bei besonderen Anlässen wurden entweder andere Mitarbeiter des Finanzministeriums je nach Bedarf hinzugezogen. Und wenn, sage ich einmal, größere Entscheidungen angestellt wurden beziehungsweise wenn irgendeine Prozessphase abgeschlossen wurde, wie zum Beispiel die Vorbereitungsphase, dann gab es eben auch einen Besprechung mit dem Bundesminister.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Schon auch Kontakt mit Vertretern des Ministerbüros, also nicht nur auf Beamtenebene, sondern mit dem Ministerbüro auch?

Mag. Jürgen Krieger: Ja, auch. – Herr Mag. Oberleitner war im Kabinett des Bundesministers. Ich habe einmal den Herrn Hofer kennengelernt, der, glaube ich, auch dort war. Aber wie gesagt, regelmäßigen Kontakt mit den drei Herren im Wesentlichen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Bei diesen Jours fixes, die Sie bereits angesprochen haben, die da immer freitags stattgefunden haben, was wurde da bei diesen Meetings besprochen?

Mag. Jürgen Krieger: Unterschiedliche Dinge. Prozessfortschritt, sage ich einmal. Wir haben einen Update gegeben, wo wir im Prozess stehen, woran wir im Moment arbeiten. Wenn sich irgendwelche Probleme oder Fragestellungen aufgetan haben, haben wir die im Rahmen dieses Jour fixe diskutiert. Und ab und zu sind auch Entscheidungen getroffen worden. Wenn es wesentliche Entscheidungen waren, dann sind sie teilweise vertagt worden auf den sogenannten Lenkungsausschuss, wo eben auch der Minister dann dabei war, oder sind eben in diesem Rahmen besprochen worden.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Sind Ihnen Namen von Personen einfallen, die bei diesen Meetings dabei waren?

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, im Moment nicht wirklich. Ich glaube, dass einmal irgendjemand von der Steuerabteilung des Ministeriums dabei war, weil irgendwelche steuerlichen Fragen zu klären waren. Ansonsten kann ich mich im Moment an keinen Namen erinnern.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Waren vielleicht auch Personen anwesend, die *nicht* mit dem Ministerium zu tun haben? – Ich nenne einmal Namen wie Neudeck, Meischberger, Hochegger, die wir immer wieder in diesem Prozess hören?

Mag. Jürgen Krieger: Meischberger und Hochegger kann ich ausschließen.

Es gab mit dem Herrn Neudeck einmal Gespräche, aber die waren nicht im Rahmen dieser Jours fixes, sondern wir sind vom Finanzministerium gebeten worden, ein Briefing-Papier für die Abgeordneten vorzubereiten und dann auch vorzustellen, wo wir ihnen einfach erzählen sollen, was wir machen, wie der Transaktionsprozess aussieht. Aber das war ein Informationspapier.

Bei inhaltlichen Sitzungen kann ich ausschließen, dass die Herren dabei waren.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Auch der Minister war, wenn es besonders wichtig, bei diesem Jour fixe?

Mag. Jürgen Krieger: Beim Jour fixe war er, glaube ich, nie dabei. Es gab dann, wie gesagt, auch neben dem normalen Projektmanagement einen Lenkungsausschuss, und da war er ab und zu eingeladen.

Aber ich würde einmal schätzen: Das Projekt hat 20 Monate gedauert, und ich kann mir vorstellen, dass wir den Minister vielleicht zwischen fünf und zehn Mal innerhalb von 20 Monaten getroffen haben.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Jetzt sage ich einmal: Für die Darstellung hat man den Minister nur genommen, wenn es wirklich wichtig war.

Was waren da die Informationen, die man ihm mitgeteilt hat?

Mag. Jürgen Krieger: Es kommt darauf an. – Wir haben ihm sicherlich nach der Vorbereitungsphase einen Update gegeben, wo wir stehen, was die nächsten Prozessschritte sind. Es gab sicherlich auch eine Diskussion, wo wir darüber gesprochen haben, welche alternativen Verwertungskonzepte und -varianten es gibt. Da würde ich einmal davon ausgehen, dass der Minister anwesend war. Aber in das Tagesgeschäft war er mit Sicherheit nicht involviert.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): War der Minister in operative Entscheidungen eingebunden?

Mag. Jürgen Krieger: Für mich nicht sichtbar. Ob die anderen Mitarbeiter des Finanzministeriums dann mit dem Minister in der Zwischenzeit gesprochen haben und ihm berichtet haben, kann ich nicht beurteilen. Ich würde es aber eher annehmen, ja.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Den Akten zufolge wurden ja die Angebote nach der Eröffnung an Lehman übergeben. Sie haben dann die Auswertung gemacht.

Wer alles hatte da Zugang zu dieser Auswertung?

Mag. Jürgen Krieger: Ich nehme an, Sie sprechen von den finalen bindenden Angeboten, die in einem versiegelten Kuvert abgegeben worden sind und dann vom Notar geöffnet wurden.

Sicherlich hatte Lehman dazu Zugang. Sicherlich hatten ein oder zwei Anwälte von Freshfields dazu Zugang. Wir mussten ja diese Angebote sowohl in wirtschaftlicher als auch in rechtlicher Sicht prüfen. Auf Basis dessen haben wir dann eine Präsentation erstellt, die dann mit dem Finanzministerium auch diskutiert worden ist.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Also man hat diese Informationen dann schon auch dem Ministerium zugänglich gemacht.

Sie sprachen gerade auch die Präsentation von Lehman an. In den Akten ist es die Präsentation vom 7.6. im Ministerium, wo Sie dann Details der verbindlichen Angebote preisgeben.

Mag. Jürgen Krieger: Auch bei der Öffnung der Angebote waren Mitarbeiter des Ministeriums anwesend. Ich bin mir nicht sicher, ob das einmal Herr Dr. Mantler und einmal Herr Dr. Taumüller war oder beide. Aber es war auf jeden Fall immer bei der Angebotsöffnung durch den Notar, und ich glaube, da ist es auch wichtig, zu verstehen, dass das unmittelbar nach Einlangen auch geöffnet wurde.

Auf Ihre Frage zurückkommend: Ja, das ist die Präsentation vom 7. Juni, wo wir die verbindlichen Angebote analysiert haben.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Es gibt auch ein Protokoll, wo Sie sagen, die Angebote der Bieter wurden niemals veröffentlicht. – Ist das richtig?

Mag. Jürgen Krieger: Ja, das ist richtig. Wir haben dem Finanzministerium auch mitgeteilt, dass wir die Information für so vertraulich erachten, dass wir sie am liebsten einem sehr kleinen Kreis von Mitarbeitern zur Verfügung stellen wollen. Die Sitzung, in der das dann besprochen wurde, war dann doch eher eine etwas größere Sitzung.

Was wir natürlich gemacht haben im Rahmen dieses Prozesses, ist, dass wir auf diese Präsentationsunterlagen normalerweise immer die Namen draufgeschrieben haben, und dann, wenn es sich um besonders sensitive Informationen gehandelt hat, haben wir die Präsentationsunterlage nach der Besprechung wieder eingesammelt und vernichtet.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Uns liegt eine Darstellung der drei Bieter dar. Bei Bieter 2, nehme ich an, handelt es sich um die CA Immo, und da sind bereits die 960 Millionen als Zahl, als Summe erwähnt. – Halten Sie das für „nicht veröffentlichen“? Denn bei den anderen Bietern steht das nicht dabei. Also insofern ist es doch vielleicht nicht ganz das Beste für diesen Bieter 2, wenn man ihn gleich mit der Summe da darstellt.

Oder haben Sie das in anderen Prozessen auch so gestaltet?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, das ist ganz normal. Wir müssen unserem Auftraggeber, der am Ende des Tages über den Prozess entscheidet, die

Informationen auf den Tisch legen. Und wir haben nichts anderes als deskriptiv zusammengefasst, was in diesen Angeboten drinnengestanden ist.

Beim Bieter 2, wie Sie richtig sagen, bei der **CA Immo**, ist es halt so gewesen, dass die eine Finanzierungsbestätigung beigelegt haben, wo drinnen gestanden ist, dass sie bis zu einem Kaufpreis von 960 Millionen gehen können.

Jetzt können Sie natürlich fragen, ob das besonders gescheit von dem Bieter ist, so etwas in eine Finanzierungsbestätigung hineinschreiben zu lassen. – Aus meiner Sicht ist es nicht der Fall! Aber wir als Berater des Finanzministeriums mussten ihn von den Fakten informieren, ja.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): So wie sich das darstellt, dürfte das ja wirklich nicht allzu schlau sein. – Die anderen Bieter haben das nicht hineingeschrieben?

Mag. Jürgen Krieger: Soweit ich mich erinnere, nicht. Und wenn das drinnen gestanden wäre, dann hätte das, bin ich der Überzeugung, auch in unseren Dokumenten Eingang gefunden.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Dann hätte das auch einen Niederschlag finden müssen!

Sie sind da sehr erfahren in dieser Sache, daher: Können Sie vielleicht sagen, was die Bieter von CA Immo in dem Sinn da bewogen hat, das hineinzuschreiben? Ich meine, das wird ja nicht so oft stattfinden.

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, das kann ich nicht nachvollziehen. Aber die Zahl ist, wie gesagt, in der Finanzierungsbestätigung drinnengestanden, hat uns auch etwas überrascht, muss ich gestehen. Aber da müssen Sie wirklich die CA Immo fragen.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Hat die CA Immo immer nur diese eine Zahl gehabt, oder war eine zweite Zahl auch einmal kolportiert in einer Zusage?

Mag. Jürgen Krieger: Es gab ja dann, wie Sie wissen, eine weitere Biiterrunde, dieses „Last and Final Offer“, und da gab es eine Finanzierungsbestätigung, glaube ich, die gesagt hat, dass sie bis zu einem Kaufpreis von 1 Milliarde gehen können, inklusive Transaktionskosten.

Ich kann nicht sagen, wie hoch die Transaktionskosten sind, aber möglicherweise wäre da noch ein Spielraum nach oben gewesen. Aber da müssen Sie die CA Immo fragen, warum sie das Angebot abgegeben haben, so wie sie es abgegeben haben.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Aber Sie wissen doch, dass das einzige entscheidende Merkmal für diese Transaktion der beste oder höchste Preis gewesen sein sollte!

Mag. Jürgen Krieger: Wenn ich vielleicht kurz ausholen darf: Der gesamte Prozess war so angelegt, dass es ein offener und transparenter Prozess ist und eine Gleichbehandlung aller Bieter gewährleistet ist. Vor diesem Hintergrund haben wir gemeinsame Kaufverträge mit den Bietern verhandelt, mit jedem einzeln, und hatten ein Angebot, das dann auf Basis eines gleichen Kaufvertrages abzugeben war, was bedeutet, dass am Ende des Tages – da haben Sie recht – das Zuschlagskriterium wirklich nur der Preis war.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Aber 1 Milliarde ist der höchste Preis von allen, die geboten wurden. Und vor allem: Auch der Zuschlag war **unter** 1 Milliarde. – Können Sie das erklären?

Mag. Jürgen Krieger: Das war **kein** Angebot! Das Angebot waren diese 960 Millionen.

Also, wie gesagt, da ist eine Finanzierungsbestätigung gewesen, und die hat gesagt, sie hätten gehen können, aber das heißt ja nicht, dass sie das ausnützen müssen.

Vielleicht noch einmal zum Hintergrund: Die wesentlichen Informationen, glaube ich, im Rahmen dieser Präsentation, die wir erstellt haben, waren zwei: Erstens hat der Bieter 2 gesagt, er bringt 60 Millionen in Abzug für das Zinsänderungsrisiko. Hintergrund dieser Tatsache war, dass sich das Finanzministerium vier Wochen ausbedungen hat, um, sage ich einmal, dem finalen Bieter den Zuschlag zu erteilen. Und da hat der Bieter 2, CA Immo, gesagt, das kostet 60 Millionen. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ist, dass der andere Bieter, das Konsortium um die Immofinanz und Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, einige Zusatzleistungen angeboten hat, die für uns einfach nicht quantifizierbar waren. Da ist sozusagen ein gewisser Wert da, der bleibt auf dem Tisch liegen, wir können aber nicht sagen, wie viel Wert da noch vorhanden ist, sage ich einmal.

Und das waren dann auch die Gründe, warum die Entscheidung gefällt wurde, noch eine Runde zu machen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Jetzt haben Sie gesagt, es gab sozusagen, ich darf es salopp sagen, zwei Bankgarantien, einmal mit 960 Millionen und einmal mit 1 Milliarde. Wir sehen aber von Ihnen eine Präsentation, wo sich die 960 Millionen finden. Gab es auch eine Lehman-Präsentation, wo sich die Milliarde fand?

Mag. Jürgen Krieger: Die Milliarde ist erst in der nächsten Runde gekommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, das ist korrekt.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Mir geht es ohnehin um etwas anderes. Also das gab es.

Mag. Jürgen Krieger: Das gab es, und das ist in der Präsentation vom 13. Juni, und da steht drinnen: Gesamtinvestitionsvolumen eine Milliarde inklusive Transaktionskosten, beim Bieter 2.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Jetzt muss ich Sie etwas fragen – Sie sind ja erfahren in solchen Dingen, für den Laien wirkt es aber doch ein wenig eigenartig. Sie haben das selbst vorhin gerade ausgesagt, dass Sie davon ausgegangen sind, dass das nur eine sehr kleine vertraute Runde ist, denn klarerweise ist, wenn Sie in einem geheimen Bieterverfahren Obergrenzen bekannt geben, die Gefahr, dass ein solcher Betrag auch den Weg nach außen findet, umso größer, je größer die Runde ist.

Sie haben auch gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, deshalb haben Sie die Präsentation mit Namen gekennzeichnet. Haben Sie das gemacht?

Mag. Jürgen Krieger: Bei den wesentlichen Präsentationen haben wir das gemacht. Und ich kann Ihnen sagen, bei dieser einen Präsentation, wo wir eben diese 960 Millionen drinnen hatten, haben wir die Präsentationen auch von den meisten Mitgliedern wieder eingesammelt. Ich glaube, dass wir nur zwei oder drei Präsentationen bei den wesentlichen, sage ich einmal, Projektverantwortlichen des Finanzministeriums belassen haben. Aber am Ende des Tages ist das natürlich in der Runde diskutiert worden. Also ich weiß nicht – das hat jeder gehört.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie viele Personen waren da am 7.6. Ihrer Einschätzung nach dabei?

Mag. Jürgen Krieger: Ich gehe davon aus, dass wir wahrscheinlich zwei oder drei Lehman-Mitarbeiter waren, ein oder zwei Anwälte von unserer Seite, und dann würde ich noch einmal schätzen, ich meine, ich bin mir ziemlich sicher, dass der Herr Minister und der Herr Staatssekretär anwesend waren. Ich gehe davon aus, dass Herr Traumüller und Herr Mantler auch anwesend waren. Ich glaube, auch Herr Michaelis und Herr Wieltsch, bin mir aber nicht ganz sicher. Ob es noch weitere Personen gegeben hat, kann ich Ihnen nicht 100-prozentig sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also Größenordnung zehn Personen.

Mag. Jürgen Krieger: Vermutlich eine gute Schätzung, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist Ihnen das eigentlich schon einmal passiert in Ihrer Karriere, dass solche Präsentationen bei Bieterverfahren den Weg nach außen finden?

Mag. Jürgen Krieger: Zum damaligen Zeitpunkt nein. Und ich glaube, auch bis jetzt nicht wirklich.

Schauen Sie, wir können prozessual nur sicherstellen, dass Vertraulichkeit, so gut es geht, gewährleistet ist. Das war einerseits dadurch, dass wir gesagt haben, wir schlagen vor, versiegelte Kuvert-Runden zu machen, die vom Notar geöffnet werden, dass wir versuchen, den Kreis der Informierten so klein wie möglich zu halten. Ausschließen kann man einen Vertraulichkeitsbruch, glaube ich, nie. Ich glaube, man kann immer nur prozessual so viel als möglich dafür tun, dass die Wahrscheinlichkeit relativ gering gehalten wird.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sind Sie sicher, dass die CA Immo gewusst hat, dass diese Beträge in dieser Runde präsentiert werden?

Mag. Jürgen Krieger: Ich verstehe die Frage nicht ganz. Ich meine, dass die CA Immo davon ausgehen musste, dass das Angebot, das sie abgegeben haben, auch mit dem Auftraggeber, dem Finanzministerium, besprochen wird, ich glaube, davon hätten die ausgehen müssen, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber hätten sie auch davon ausgehen müssen, dass das in einer Runde, an der etwa zehn Personen teilnehmen, diskutiert wird, was ihr möglichstes Höchstgebot ist?

Mag. Jürgen Krieger: Das kann ich schlecht beurteilen. Ich kann meinem Auftraggeber nicht sagen, wie viele Leute bei einer Besprechung anwesend sein sollen und wie viele anwesend sein müssen. Unsere Empfehlung war es, den Kreis klein zu halten, aber offensichtlich gab es den Wunsch des Finanzministeriums, diese Gruppe etwas größer zu halten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben am Beginn angedeutet, dass es Ihnen eher unüblich erschienen ist, dass jemand de facto einen konkreten Betrag nennt in der Bankgarantie oder in der Struktur, wie er sich die Finanzierung vorstellt. Ist das eher unüblich?

Mag. Jürgen Krieger: Normalerweise, würde ich sagen, steht in einer Finanzierungsbestätigung drinnen, dass genau bis zu diesem Angebotspreis, der auch wirklich geboten wird, die Finanzierung gewährleistet ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber auch mehr möglich ist, heißt das?

Mag. Jürgen Krieger: Würde ich, ehrlich gesagt, wenn ich den Käufer berate, nie hineinschreiben, denn dann indiziere ich zum Verkäufer, dass da noch mehr Potenzial nach oben ist, und das will ich, ehrlich gesagt, nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber umgekehrt besteht ja die Gefahr, wenn ich eine Betragsobergrenze nenne, dass ich relativ leicht zu überbieten bin, etwa mit einer Million in diesem Fall.

Mag. Jürgen Krieger: Aber genau aus dem Grund haben wir ja gesagt, wir wollen versiegelte Umschläge. Und nur, weil in der ersten Runde eine Finanzierungsbestätigung für 960 Millionen drinnen war, heißt das ja nicht, dass nicht in der nächsten Runde eine andere Finanzierungsbestätigung drinnen sein kann, war es de facto auch, und das heißt ja nicht, dass in der nächsten Runde der Bieter genau dasselbe bieten kann. Ich glaube, was die CA Immo bieten wollte und konnte, wusste nur sie selbst.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber bemerkenswert ist dann trotzdem, warum das Siegerkonsortium nicht eine Milliarde und eine Million geboten hat, sondern 961 Millionen, oder?

Mag. Jürgen Krieger: Es ist ein sehr knapper Abstand, da gebe ich Ihnen recht, aber ob das Zufall war oder nicht, kann ich, ehrlich gesagt, nicht beurteilen. Wir konnten nur genauso mit dem Notar zusammen die Angebote öffnen, und das ist das, was wir gesehen haben. Ob es Informationen gegeben hat oder nicht, das kann ich wirklich nicht beurteilen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf ergänzend fragen: Sie sprachen von sogenannten **Zusatzleistungen** des Bieters 1, die nicht genau quantifiziert werden konnten. Welche waren denn das? Und wieso wurden sie nicht quantifiziert? – Das war ja der Ausgangspunkt dafür, dass es überhaupt ein „Last and Final Offer“ gegeben hat.

Mag. Jürgen Krieger: Also ich glaube, der Ausgangspunkt waren zwei Dinge: Zum einen hat die CA Immo gesagt, sie haben 60 Millionen für Zinsänderung quasi vom Kaufpreis abgezogen, weil die Zuschlagsfrist damals mit vier Wochen angesetzt war. Also das war einer der Gründe, wo man gesagt hat, da bleibt offensichtlich Geld auf dem Tisch liegen.

Das Zweite ist: Es gab einige Zusatzleistungen, die der Bieter 1 oder das Konsortium der Immofinanz und Raiffeisenlandesbank abgegeben hat. Ich kann Ihnen das gerne vorlesen, das ist eine Latte von sechs oder sieben verschiedenen Punkten, wobei es immer an irgendwelche Eventualitäten geknüpft war, wo auch nicht sicher war, ob die eintreten oder nicht. Also das wirklich zu quantifizieren und zu sagen, was das am Ende des Tages wirklich wert ist, war für uns eigentlich unmöglich. Und deswegen haben wir dann im nächsten Prozessbrief auch gesagt, als wir zum „Last and Final Offer“ eingeladen haben, all die Zusatzleistungen, die gemacht worden sind, sind vom Bieter in den Kaufpreis hineinzurechnen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dann ergibt sich aber noch der wirklich eigenartige Widerspruch, wenn der Bieter 2 noch diese 60 Millionen als Zinsabschlag praktisch im Talon hat, wird das nicht zu den 922 Millionen, die er geboten hat, dazugerechnet? Da wären wir ja, wie der Rechnungshof auch feststellt, bei 982 Millionen €, und wir haben ein Endangebot von 960 Millionen von Bieter 2. Also er ist ja dann äußerst ungeschickt vorgegangen, für eine laienhafte Beurteilung.

Mag. Jürgen Krieger: Also ich muss gestehen, wenn er das vorher hineinschreibt und wenn man das Zinsänderungsrisiko dann verkürzt, liegt es immer noch beim Bieter, ob er sagt, wie viel er von den 60 Millionen wirklich im Rahmen des Angebotes bieten will. Das ist natürlich seine Entscheidung.

Man muss natürlich fairerweise auch sagen, wir haben das Zinsänderungsrisiko natürlich nicht auf null begrenzt, sondern wir haben gesagt, wir versuchen, innerhalb von wenigen Tagen zuzuschlagen. Also Angebotsabgabe war am Freitag, und wir

haben versucht, entweder am kommenden Dienstag oder eine Woche darauf zuzuschlagen. Also wir haben das Zinsänderungsrisiko nicht auf null begrenzt, muss man dazusagen. Aber wie viel er von dem gesamten Zinsänderungsrisiko, das er ursprünglich angesprochen hat, dann wirklich auch in das Angebot hineinrechnet, obliegt natürlich dem Bieter.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Krieger, eine Frage zur Vergabephase 1 im Jahr 2002.

Waren Sie in dieser Zeit in die Angebotsphase beziehungsweise in die Schlussverhandlungen eingebunden?

Mag. Mag. Jürgen Krieger: Entschuldigung, Sie meinen, als Lehman Brothers als Berater ausgewählt wurde? (*Abg. Ing. Deimek: Den Auftrag erhalten hat!*) – Ich muss gestehen, ich war ziemlich von Anfang an, also vom Jänner 2002 an in die Erstellung der Dokumente eingebunden. Ich war damals auch der Ansprechpartner, wenn es Rückfragen vom Finanzministerium gab beziehungsweise von dem Anwalt, der das Finanzministerium im Rahmen dieses Vergabeprozesses beraten hat, Dr. Schramm.

Also ich war sicherlich einbezogen, muss Ihnen aber auch sagen, zu diesem Zeitpunkt hatte ich gerade einmal, glaube ich, dreieinhalb Jahre Berufserfahrung und war Associate, was das zweitniedrigste Level im Rahmen der Hierarchie einer Investmentbank ist. Also mitgearbeitet daran habe ich mit Sicherheit, Entscheidungen habe ich sicherlich keine getroffen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Was war für Sie in Ihrer damaligen Position ausschlaggebend oder das Besondere, warum sich Lehman um diesen Auftrag bewirbt?

Mag. Jürgen Krieger: Sie meinen, warum die Entscheidung gefallen ist, dass ich ...

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Dass man überhaupt das Angebot legt und dass man sich um den Auftrag bewirbt und nicht einfach bei der Ausschreibung sagt: Nein, danke für die Ausschreibung, wir bewerben uns nicht um den Auftrag!

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, was genau der Beweggrund war, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das in eine Zeit gefallen ist, in der gerade die Internetblase, glaube ich, geplatzt ist, was eine wirtschaftlich schwierige Situation für Investmentbanken war. Und da hat man, glaube ich, versucht, so viele Mandate wie möglich zu kreieren und sich bei so vielen Opportunitäten wie möglich zu bewerben.

Ich glaube, ich habe irgendwann einmal die Zahl 19 gehört, dass sich 19 Investmentbanken für dieses Mandat beworben haben.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass Sie nicht der Bestbieter waren?

Mag. Jürgen Krieger: Nein, das war mir nicht bewusst.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Kannte irgendjemand zu dieser Zeit im Lehman-Team das Vorkaufsrecht der Kärntner?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, dass es damals im Rahmen der Ausschreibungsunterlagen, die wir bekommen haben, bekannt war. Ich kann jetzt versuchen, da nachzuschauen, ob das in unserem Angebot drinnen steht. Ich kann es Ihnen nicht mit Sicherheit sagen, ob das zu dem Zeitpunkt schon bekannt war.

(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)

Was ich Ihnen mit Sicherheit sagen kann, ist, dass, als wir als Berater engagiert wurden, das Vorkaufsrecht schon bestanden hat. Ob es uns damals kommuniziert wurde, kann ich Ihnen jetzt, muss ich gestehen, nicht schnell beantworten.

Wir haben natürlich im Prozess, wie Sie wahrscheinlich wissen, auch darauf hingewiesen, dass rechtlich das Vorkaufsrecht ja nicht besteht, weil es notariell nicht beglaubigt war. Vom Finanzministerium wurde uns aber mitgeteilt, dass es da eine eindeutige politische Willensbildung gibt, dieses Vorkaufsrecht auch zu honorieren.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wie haben Sie dann, wenn Sie das gewusst haben, in der darauffolgenden Phase das Ganze bewertet?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, da gibt es zwei Themen dazu. Zum Ersten ist generell ein Vorkaufsrecht nicht unbedingt werterhöhend, sondern wertmindernd. Das ist ein Fakt, denn wenn Sie einem Bieter sagen, du kannst dir jetzt diese Gesellschaft anschauen, du machst Due-Diligence, du investierst Zeit und Ressourcen in diese Gesellschaft, und dann kann jemand anderer kommen und zu demselben Preis die Gesellschaft statt dir erwerben, ist das nie etwas, was besonders motivierend auf einen Bieter wirkt.

Wir haben sicherlich erkannt, dass das Vorkaufsrecht da ein gewisser Problembereich war, und haben das Finanzministerium darauf hingewiesen.

Soweit ich mich entsinne, haben wir, glaube ich, noch in der Vorbereitungsphase auch das Gespräch mit dem Land Kärnten gesucht. Und dann hat es Diskussionen gegeben – ich glaube, mit Herrn Pfeifenberger – zu dem Thema, ob das Land Kärnten Interesse hätte, die Gesellschaft, die davon betroffen war, die ESG, eventuell vorab zu erwerben. Das hätte den Prozess für uns danach erleichtert.

Da war ich, glaube ich, mit Dr. Pfander, der der Projektleiter dieses Projekts für Lehman Brothers war, einmal in Kärnten, es kann sein, dass er noch ein zweites Mal in Kärnten war, und dann hat es Gespräche zu diesem Thema gegeben. Wir hatten allerdings den Eindruck, dass die Bereitschaft des Landes Kärnten, da einen wirklich vernünftigen Preis zu bezahlen, relativ gering war. Und deshalb ist dann die ESG ganz normal im Prozess geblieben, wie es dann auch stattgefunden hat.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ist konkret vonseiten des Landes Kärnten oder von Landesrat Pfeifenberger die Information gekommen: Wir können das so nicht nützen!?

Mag. Jürgen Krieger: Ich weiß nicht, wie konkret die Information war. Ich glaube, es sind irgendwelche Beträge im Raum gestanden. Ich erinnere mich an vielleicht 60 Millionen, 80 Millionen, wo uns induziert wurde, das wäre etwas, worüber das Land Kärnten nachdenken könnte. Das war jedenfalls um einiges unter unserem Bewertungsansatz für die ESG, und dann sind diese Gespräche auch nicht weitergeführt worden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Hat es zu dieser Zeit einen Anschein gehabt, dass mit einer zusätzlichen Finanzierung Kärnten sehr wohl dieses Vorkaufsrecht nutzen hätte können, beziehungsweise was war für diesen Fall vonseiten Risk-Management – oder wie immer man das bezeichnen soll – vorgesehen?

Mag. Jürgen Krieger: Sie meinen, ob das Land Kärnten eine zusätzliche Finanzierung bekommen hätte?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Und dann den Anspruch auf genau dieses Recht – auch wenn Sie damals bewertet haben, ist nicht gültig – gestellt hätte?

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, das kann ich Ihnen nicht beantworten, ob das Land Diskussionen bezüglich Finanzierung geführt hat und mit wem die über Finanzierung gesprochen haben. Die Aussagen, die wir bekommen haben, waren ungefähr, was man sich, glaube ich, als Kaufpreis-Bandbreite vorstellen könnte. Und das war eigentlich um einiges unter dem, was wir uns oder was sich das Finanzministerium erwartet hätte. Aber wie die finanzieren wollten und welche Diskussionen da auf deren Seite geführt worden sind, kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Haben Sie einen konkreten Vorhabensplan gehabt, wenn das Land das Geld gehabt hätte? Einen Plan B, wie immer Sie das nennen.

Mag. Jürgen Krieger: Der Plan B war, die ESG ganz normal im Bieterprozess zu belassen und zu schauen, was der wirkliche Marktpreis der ESG ist.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, das Vorkaufsrecht ignorieren?

Mag. Jürgen Krieger: Nein, das Vorkaufsrecht wurde nicht ignoriert, das Vorkaufsrecht wurde selbstverständlich **allen** Bietern mitgeteilt, nämlich dass es ein Vorkaufsrecht gibt, und damit musste man leben. Das waren einfach Rahmenbedingungen, die vom Finanzministerium vorgegeben wurden, und wir haben jedem Bieter gesagt: Da ist das Risiko, dass in Abhängigkeit von dem Preis, der geboten wird, das Land Kärnten am Ende des Tages sagt, es nützt sein Vorkaufsrecht aus oder nicht. Das wusste jeder Bieter, und damit als Rahmenbedingung musste man einfach auch umgehen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur ergänzend: Haben Sie eine Wahrnehmung vonseiten Lehman Brothers, ob die beiden Angebote Bieter 1 und Bieter 2 vom 13. dem Land Kärnten mitgeteilt wurden für die Entscheidung, ob das Vorkaufsrecht wahrgenommen wird oder nicht?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann Ihnen nicht sagen, was von diesen Angeboten – ich hoffe, **nichts** – dem Land Kärnten mitgeteilt wurde. Ich weiß aber, dass es ein Gespräch gab, ich glaube, zwischen dem Bundesminister und Herrn Haider, um Herrn Haider dazu zu bewegen, sage ich einmal, sich relativ schnell zu entscheiden und zu sagen, ob er das Vorkaufsrecht ausüben will oder nicht, weil das natürlich eine Auswirkung auf den Zeitrahmen hatte und man dann am nächsten Dienstag zuschlagen konnte und nicht erst eine Woche später und dadurch die zusätzlichen 3 Prozent, die in unserem „Last and Final Offer“ definiert waren, zusätzlich lukrieren konnte. Aber was da kommuniziert wurde, kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Krieger, wir kommen zurück zu diesen entscheidenden Juni-Tagen des Jahres 2004. Da hat es diese informelle Besprechung gegeben am 7. Juni, nachdem am 4. Juni 2004 die Anbotsöffnung stattgefunden hat.

Von wem ist jetzt – noch einmal – die Initiative ausgegangen? Wer hat eingeladen zu dieser informellen Besprechung im Finanzministerium, im Gelben Salon, glaube ich, war das, am 7. Juni 2004?

Von wem ist die Initiative ausgegangen, diese Besprechung abzuhalten?

Mag. Jürgen Krieger: Zum Ersten möchte ich einmal richtigstellen: Ich glaube nicht, dass das eine informelle Besprechung war, sondern das war eine ganz normale angesetzte Besprechung, dass wir unseren Auftraggeber nach der Öffnung der Angebote über den Inhalt der Angebote informieren. Das war der ganz normale logische Schritt. Einladungen zu Besprechungen wurden immer vom

Finanzministerium ausgesandt. Das Finanzministerium hat auch entschieden, wer an welchen Besprechungen teilnimmt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer hat konkret aus dem Finanzministerium zu dieser Sitzung am 7. Juni eingeladen? Wer war eingeladen?

Mag. Jürgen Krieger: Ich habe Ihnen vorhin schon die Namen, an die ich mich erinnern konnte, an die ich glaube, mich erinnern zu können ... *(Abg. Petzner: Ja, das weiß ich, aber ich frage Sie trotzdem noch einmal! Vielleicht ist Ihnen in der Zwischenzeit der eine oder andere Name noch eingefallen!)*

Mir ist kein weiterer Name eingefallen, falls es noch welche gegeben hat. Aber ich kann Ihnen die Namen gerne noch einmal sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Traumüller sagt, das waren zehn bis zwölf Personen.

Mag. Jürgen Krieger: Ja, und auf diese Anzahl sind wir, glaube ich, auch ungefähr gekommen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nicht ganz. – Wer hat seitens des Finanzministeriums konkret eingeladen?

Mag. Jürgen Krieger: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. *(Abg. Petzner: Warum nicht?)* – Weil ich nicht weiß, wer die Einladungen ausgesprochen hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber sie sind aus dem Finanzministerium gekommen? *(Mag. Krieger: Ja!)* – Warum war es Ihnen so wichtig, warum wurde der Teilnehmerkreis bewusst klein gehalten, warum hat man Wert darauf gelegt, dass er klein gehalten wird?

Mag. Jürgen Krieger: Wenn es sich um höchstvertrauliche Unterlagen handelte, war es immer unsere Empfehlung an das Finanzministerium, den Teilnehmerkreis so klein wie möglich zu halten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber offensichtlich nicht vertraulich genug, denn es ist dann die Info doch an Leute gegangen, die das nicht wissen sollten.

Sie sagen, das war keine informelle Besprechung – und regen sich auf, dass ich das „informelle Besprechung“ nenne –, sondern das war eine Sitzung, dann frage ich Sie: Wenn es eine offizielle Sitzung war, warum gibt es zu dieser Sitzung kein Protokoll? Sie haben alles protokolliert, nur diese eine entscheidende Sitzung nicht. Da sind wir bisher nur angewiesen auf irgendwelche handschriftlichen Notizen des Herrn Traumüller. Mit der Lupe versuchen wir, dessen wunderschöne Handschrift – Gott sei Dank wunderschöne Handschrift – wie die Hieroglyphen zu entziffern.

Warum gibt es kein offizielles Sitzungsprotokoll, wenn Sie doch sagen, das war eine offizielle Sitzung und keine informelle Besprechung? Warum hat da niemand ein Protokoll angefertigt?

Mag. Jürgen Krieger: Also wenn Protokolle von Sitzungen angefertigt wurden, wurden sie vom Finanzministerium angefertigt, nicht von uns. Was wir zu diesen Sitzungen beigetragen haben, war eine Präsentationsunterlage, die dann auch besprochen wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das haben wir schon gehabt. Aber noch einmal: Warum gab es kein Protokoll zu dieser Sitzung?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, es gab bei den meisten Sitzungen, ehrlich gesagt, keine Protokolle. Wieso, müssen Sie das Finanzministerium fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann halte ich Ihnen vor, dass genau das der Rechnungshof kritisiert. Ich meine, Sie sind die begleitende Investmentbank gewesen. Das war das größte Immobilienverwertungsprojekt in der Geschichte der Zweiten Republik, damals in ganz Europa – und da werden von den entscheidenden Sitzungen keine Protokolle gemacht?!

Halten Sie das für sauber und korrekt, dass man keine Protokolle angefertigt hat?

Mag. Jürgen Krieger: Also ich muss Ihnen sagen, im internationalen Investmentbanking ist es durchaus gang und gäbe, dass man Präsentationen bespricht und diskutiert, aber nicht ständig Protokolle angefertigt werden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was sagen Sie konkret zur scharfen Kritik des Rechnungshofes, dass damit die Transparenz nicht hergestellt ist und auch die Prüfung erschwert wird, wenn es keine Protokolle gibt?

Mag. Jürgen Krieger: Es ist für mich ein bisschen schwierig, den Rechnungshof zu kommentieren, um ehrlich zu sein. Wie gesagt, es ist üblich, dass man Präsentationsunterlagen hat, und in unserer Präsentationsunterlage ist eigentlich auch alles Wesentliche aus unserer Sicht gestanden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu den Kommissions-Sitzungen selbst, von den Sitzungen der Kommissionsauswahl des Bestbieters gibt es immer Protokolle, die habe ich alle da. *(Mag. Krieger: Ich glaube, von den meisten ja, oder wahrscheinlich auch von allen!)* – Von allen. *(Mag. Krieger: Wahrscheinlich auch von allen, und die wurden auch, wie Sie richtig sagen, vom Finanzministerium angefertigt, ja!)*

Es gibt von allen Protokolle, ganz genau. Und das führt zum entscheidenden Punkt: Vom 7. Juni gibt es kein Protokoll, das hat man alles unter der Tüchent gemacht. Die Sitzung der Kommission vom 8. Juni, die schon angesetzt war, hat man dann plötzlich abgesagt als Ergebnis dieser – und ich bleibe dabei, dass es eine solche war – **informellen** Besprechung von irgendwelchen Insidern, die da ihre „G’schäftln“ gemacht haben.

Warum wurde auf Basis der informellen Besprechung am 7. Juni die offizielle, auch stets protokollierte Kommissions-Sitzung – der Kommission, die eigentlich zuständig war – abgesagt? Wer hat das in dieser Besprechung am 7. Juni angeregt? Wer hat das dort vorgeschlagen? Warum wurde das so gehandhabt?

Mag. Jürgen Krieger: Da müssen Sie den Vorsitzenden der Kommission fragen, das war Herr Dr. Wiettsch. Meiner Erinnerung nach waren er und das zweite wesentliche Mitglied der Kommission, Herr Michaelis, in dieser Sitzung am 7. Juni anwesend. Und da die Entscheidungen bereits am 7. getroffen worden sind, war es, glaube ich, nicht notwendig, am 8. eine weitere Sitzung abzuhalten. Die nächste Sitzung war dann eben, nachdem die Last and Final-Offers eingegangen sind. Dann wurde entschieden, ob zugeschlagen wird oder nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Waren am 7. Juni bei dieser Besprechung sämtliche, **alle** Mitglieder der eingesetzten Kommission anwesend oder nicht?

Mag. Jürgen Krieger: Das kann ich Ihnen nicht hundertprozentig sagen, aber ich würde eher annehmen, nein, weil dann die Anzahl der Mitglieder wahrscheinlich noch größer gewesen wäre.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben! Es war nicht die gesamte Kommission anwesend. Sie können nicht eine offizielle Kommissions-Sitzung damit begründen: Die haben wir nicht mehr gebraucht, weil wir eh am 7. die Entscheidungen getroffen haben. – Am 7. waren nicht alle Kommissionsmitglieder anwesend. Das ist der entscheidende Punkt.

Welche Entscheidungen sind denn dort ganz konkret getroffen worden? Zählen Sie die ganzen Entscheidungen, die dort gefallen sind, auf, weshalb man dann gesagt hat: Auf die Kommission, die wir da eingesetzt haben, pfeifen wir, wir brauchen keine Sitzung mehr am 8.!

Welche Entscheidungen sind am 7. in dieser informellen Besprechung – worüber es kein Protokoll gibt – gefallen? Wer hat welche Entscheidungen herbeigeführt?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, die eine wesentliche Entscheidung, die gefallen ist, war, dass man noch eine weitere Bierrunde, nämlich ein Last and Final-Offer durchführen wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem ist dieser Vorschlag gekommen? Wie ist das diskutiert worden, dass es eine weitere Bierrunde geben soll?

Mag. Jürgen Krieger: Also meine Erinnerung an diese Sitzung: Es hat eigentlich eine vollkommene Übereinstimmung gegeben. Wie gesagt, Lehman Brothers hat die Auswertung der Angebote präsentiert, wir haben klargemacht, dass es gewisse Dinge gibt, die wir nicht quantifizieren können, und dass ein Bieter einen noch höheren Kaufpreis in Aussicht gestellt hat. Soweit ich mich erinnere, gab es dann eigentlich einen großflächigen Konsens, noch eine weitere Runde zu machen, die ja auch ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es muss einer als Erster in den Raum geworfen haben: Machen wir eine zweite Bierrunde! – Wer war diese Person?

Die werden nicht alle gleichzeitig geredet haben. Einer muss gesagt haben: Machen wir eine zweite Bierrunde! – Wer war diese Person?

Mag. Jürgen Krieger: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, das wissen Sie jetzt nicht. Sie können sich nicht erinnern – aber Protokoll braucht man ja keines! Das ist genau das Problem, das wir haben. Das ist genau das Problem. Diese Sitzung war entscheidend für die ganze Geschichte, und dann sagen Sie, Protokoll hat es nie eines gegeben, und dann, erinnern können Sie sich auch nicht.

Zurück: Wer hat konkret – die Frage haben Sie mir nicht beantwortet –, wer hat dort gesagt und entschieden: Wir sagen die offizielle Kommissions-Sitzung – worüber es ein Protokoll geben würde, hätte sie stattgefunden – einen Tag später ab!? Wer hat das dort entschieden?

Mag. Jürgen Krieger: Das weiß ich nicht, das müssen Sie den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Wiettsch, fragen, der, wie ich glaube, dann auch das E-Mail rausgeschickt hat, dass sie abgesagt wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wurde am 7. entschieden, dass die Sitzung am 8. nicht stattfindet? Ist das dort besprochen worden? Vorhin haben Sie gesagt, das war dort Thema, man hat am 8. keine mehr gebraucht, weil man ja am 7. alles entschieden hat.

Mag. Jürgen Krieger: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wissen Sie auch nicht mehr. Es wäre doch gescheit gewesen, ein Protokoll zu machen, oder? Vielleicht denken Sie sich das jetzt zumindest.

Das heißt aber, Herr Grasser war am 7. auch dabei, oder?

Mag. Jürgen Krieger: Der war dabei, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Wahrnehmungen haben Sie denn über die Aussagen und über die Rolle, die Herr Traumüller in dieser Sitzung am 7. Juni gespielt hat? Wie hat er sich dort verhalten? Ist von ihm vielleicht die Initiative ausgegangen?

Ich frage das auch deshalb, weil wir in den Befragungen schon festgestellt haben, dass Herr Traumüller eine Schlüsselrolle spielt. Daher muss Herr Traumüller heute auch noch einmal kommen, nach Ihnen übrigens.

Mag. Jürgen Krieger: Herr Traumüller war ja auch der Projektleiter vonseiten des Finanzministeriums.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja, daher frage ich Sie. Was hat er am 7. Juni alles gesagt, getan, gemacht? Zählen Sie einfach auf!

Mag. Jürgen Krieger: Seien Sie mir nicht böse, aber an die Details, wer was gesagt hat, kann ich mich wirklich nicht mehr erinnern! Das ist zehn oder neun Jahre her!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Deshalb wäre es g'scheit, ein Protokoll zu machen.

Letzte Frage. – Sie sagen, zu diesem Gesamtinvestitionsvolumen 960 Millionen € ist eine schriftliche Unterlage in der Besprechung am 7. Juni ausgeteilt worden, wenn ich das richtig zusammenfasse, die dann aber wieder eingesammelt worden ist. Es ist auch mündlich über diese Zahl diskutiert worden. Das heißt, sämtliche Teilnehmer der Sitzung vom 7. Juni 2004 haben diese Zahl gekannt.

Mag. Jürgen Krieger: Es ist korrekt, dass die Zahl diskutiert wurde, und ich würde auch davon ausgehen, dass alle, die da zugehört haben, die Zahl gekannt haben, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Krieger, ich möchte noch einmal zurückkommen auf das Jahr 2002. Die Vergabekommission im BMF hat sich für Lehman Brothers entschieden. Sie haben Fragen dazu teilweise bereits beantwortet.

Konkrete Frage: Wer war der Hauptverhandler bei diesen Verfahren vonseiten Lehman & Brothers?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, dass es nicht wirklich „Verhandlungen“ in dem Sinne gegeben hat, wie Sie das ansprechen, sondern es gab immer wieder Korrespondenz mit dem Ministerium beziehungsweise auch mit dem Anwalt, Herrn Dr. Schramm.

Verantwortlich auf Seiten von Lehman Brothers war der Projektleiter dieses Projektes, das war Herr Dr. Pfander, und der Vorgesetzte von uns beiden, also von Dr. Pfander und von mir, Herr Dr. Pignatti, der zu diesem Zeitpunkt das europäische M & A-Geschäft von Lehman Brothers geleitet hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Welche Rolle spielte eigentlich Herr **Muhr** bei Lehman Brothers zu diesem Zeitpunkt?

Mag. Jürgen Krieger: Herr Muhr war meines Wissens Senior Advisor, also Berater von Lehman Brothers. Welche konkrete Rolle er gespielt hat oder welche Aufgaben er wahrgenommen hat, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich gehe davon aus, dass er meine Vorgesetzten beraten hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Waren Ihnen zu diesem Zeitpunkt beziehungsweise den Personen von Lehman & Brothers, die in diesen Prozess eingebunden waren, Herr Hochegger und Herr Meischberger bereits bekannt?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann nicht für die anderen Personen sprechen, aber mir waren beide Herren nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wann haben Sie Herrn Traumüller kennengelernt?

Mag. Jürgen Krieger: Ich denke, dass Herr Traumüller, soweit ich mich erinnere, auch in der Auswahlkommission war, die Lehman Brothers dann eben als Berater ausgewählt hat. Es gab dann, glaube ich, ein oder zwei Hearings, in denen wir Fragen beantworten mussten. Ich nehme einmal an, dass er bei dieser Sitzung dabei war, kann mich aber nicht hundertprozentig erinnern. Wirklich kennengelernt habe ich ihn, als wir mandatiert worden sind und als er der Projektleiter war, mit dem wir zusammengearbeitet haben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich komme nochmals auf Herrn Muhr zurück. Herr Muhr war, wie Sie ausgeführt haben, als Berater für Lehman Brothers tätig.

Was war konkret die Aufgabe von Herrn Muhr? Gab es eine schriftliche Vereinbarung zwischen Lehman Brothers und Muhr? Wie war dieses Rechtsverhältnis?

Mag. Jürgen Krieger: Von Herrn Muhr habe ich aus dieser Zeit, ehrlich gesagt, gar keine Wahrnehmungen. Ich würde einmal mutmaßen, dass es eine Vereinbarung gegeben hat, aber die habe ich nicht gekannt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Traumüller war natürlich in der Vergabekommission Mitglied, und Herr Traumüller war im BMF in weiterer Folge dann hauptverantwortlich für dieses Projekt. Da gab es immer Jours-fixes-Sitzungen. – Waren Sie bei diesen Jours-fixes-Sitzungen regelmäßig dabei?

Mag. Jürgen Krieger: Ich würde sagen, ja. Es gab sicherlich immer einmal Verhinderungen, aber es ist darauf geachtet worden, dass entweder Herr Dr. Pfander, der, wie gesagt, der Projektleiter war, oder ich anwesend bin und teilweise auch andere Mitarbeiter von Lehman Brothers.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wir haben von Herrn Traumüller erfahren, dass es eine „große“ und eine „kleine“ Runde gegeben hat. – Können Sie uns den Unterschied erklären? Wer war bei der „großen“ Runde und wer bei der „kleinen“ Runde dabei?

Mag. Jürgen Krieger: Ich weiß nicht, wie er „große“ und „kleine“ Runde definiert? Wie gesagt, ich glaube, konzeptionell kann man unterscheiden zwischen dem Projektmanagement – das waren im Wesentlichen die drei Personen vom Finanzministerium, Traumüller, Oberleitner und Mantler, und eben zwei oder drei Vertreter von Lehman Brothers –, und dann gab es auch noch das, was wir eigentlich als „Lenkungsausschuss“ bezeichnet haben, und das waren dann tatsächlich größere Runden, in die dann teilweise auch der Minister eingebunden war. Aber diese Lenkungsausschuss-Sitzungen sind nur einberufen worden, wenn es wichtige Entscheidungen zu treffen gab oder wenn es wichtige Updates vom Prozess gegeben hat. Diese waren nicht regelmäßig, sondern sind eben nach Bedarf dann aufgesetzt worden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das führt gleich zur nächsten Frage. Sie haben jetzt dargelegt, dass bei einer Lenkungsausschuss-Sitzung mitunter auch der Finanzminister dabei war.

Jetzt einmal die Frage konkret: Wer war aus dem Kabinett des damaligen Finanzministers Karl-Heinz Grasser bei diesen Jours-fixes-Sitzungen dabei? Gab es eine regelmäßige Teilnahme oder nicht?

Mag. Jürgen Krieger: Also bei den Jours-fixes-Sitzungen war Herr Mag. Oberleitner, der zu dem Zeitpunkt im Kabinett des Ministers war, dabei. Ansonsten kann ich mich

an keine regelmäßigen Mitglieder des Kabinetts erinnern. Ab und zu, glaube ich, war einmal Herr Winkler anwesend, aber eher bei den größeren Sitzungen würde ich sagen, bei denen auch der Minister anwesend war.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben die Mitarbeiter aus dem Ministerbüro Weisungen erteilt an die Teilnehmer dieser Jours fixes oder irgendwelche besonderen Anregungen geäußert?

Mag. Jürgen Krieger: Das kann ich nicht beurteilen. Wenn irgendwelche Weisungen oder Entscheidungen getroffen worden sind, dann sind die im Rahmen der Jours fixes getroffen worden. Ob es da Rücksprache mit jemandem hat oder Input von jemandem anderen gegeben hat, kann ich nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie wurden diese Entscheidungen bei diesen Jours fixes gefällt? Hat diese Entscheidungen Herr Traumüller, da sie in seinem Büro stattgefunden haben, mehr oder weniger allein gefällt oder gab es eine Abstimmung oder kam man zu einem Konsens?

Mag. Jürgen Krieger: Also ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwann einmal einen Dissens gegeben hat. Aber Sie müssen sich das so vorstellen: Wir sind der Berater, sozusagen der Erfüllungsgehilfe, wir haben die Fakten auf den Tisch gelegt, wir haben Erklärungen abgegeben, und dann hat es eine Diskussion gegeben. Ob dann Herr Traumüller gleich entschieden hat oder ob dann, sage ich einmal, beim nächsten Jour fixe entschieden wurde, kann ich nicht sagen. Aber von der Hierarchie her war Herr Dr. Traumüller der Projektleiter vonseiten des Finanzministeriums, also für uns als Wahrnehmung, glaube ich, der oberste Beamte oder das oberste Mitglied vonseiten des Finanzministeriums.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Jetzt bin ich wieder bei der Protokollfrage. Gab es bei diesen Jours-fixes-Sitzungen ein Protokoll, aus dem nachvollziehbar wäre, welche Entscheidungen getroffen wurden?

Mag. Jürgen Krieger: Nein. Sie müssen sich das eher als eine Arbeitssitzung vorstellen, wenn verschiedene Leute, die an demselben Projekt arbeiten, zusammenkommen und sich austauschen. Also wesentliche „Entscheidungen“ waren vielleicht, wann wir mit der Due Diligence beginnen. Wir haben teilweise sehr viel informiert. Ich glaube, Sie bewerten das Wort „Entscheidungen“, die in diesem Rahmen getroffen worden sind, einfach über.

Eine wesentliche Entscheidung im Rahmen dieses Prozesses war, wie zum Beispiel schon gesagt, dass noch eine weitere Biiterrunde stattfindet, aber die ist in einem anderen Gremium getroffen worden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Aber diese Entscheidungen, wenn welche getroffen wurden, wurden von Herrn Traumüller veranlasst?

Mag. Jürgen Krieger: Ich würde sagen ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich komme nun zu einem Kapitel, das ebenfalls bereits kurz angesprochen wurde, nämlich zum Vorkaufsrecht bei der ESG. Wir hatten gestern das Vergnügen, den ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger zu erleben.

Eine Frage von mir: Wie haben Sie den ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger bei Verhandlungen erlebt?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube nicht, dass es irgendwelche Verhandlungen gegeben hat. Es hat, glaube ich, ein oder maximal zwei Sondierungsgespräche gegeben, in denen wir versucht haben, herauszufinden, ob es auf der Seite des

Landes Kärnten die Bereitschaft gibt, dieses Vorkaufsrecht vorab auszuüben. Ich glaube, das Wort „Verhandlung“ ist vollkommen falsch in diesem Zusammenhang. Es war, glaube ich, ein Austausch der Positionen, und ich weiß gar nicht, ob das eine halbe Stunde oder eine Stunde gedauert hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gibt ein Protokoll oder einen Aktenvermerk vom 11. Juli 2003, aus dem Büro des Herrn Landesfinanzreferenten. (Abg. **Petzner:** G'scheit, dass es ein Protokoll gibt!) Thema: ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach, Vorkaufsrecht. Bei diesem Gespräch nahmen neben dem ersten Landeshauptmann-Stellvertreter als zuständigem Politiker der Herr Mag. Thaler vom Land Kärnten teil, dann der Herr Mag. Oberleitner für das BMF, der Direktor Winkler für die „Neue Heimat“ und auch der Dipl.-Ing. Kreutzer. Als Vertreter Lehman Brothers sind angeführt der Projektleiter Dr. Jan-Philipp Pfander. Dann findet sich Ihr Name Mag. Jürgen Krieger und Rechtsanwalt Dr. Alric Ofenheimer.

Meine Frage: Haben Sie dieses Gespräch gesucht oder sind Sie vom damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger eingeladen worden?

Mag. Jürgen Krieger: Also ich glaube, es ist das Gespräch, das ich angeführt habe. Mir war nicht erinnerlich, dass bei diesem Gespräch auch Vertreter des Finanzministeriums anwesend waren.

Ich glaube, dass die Initiative damals vom Finanzministerium ausgegangen ist, um zu sagen: Wir wollen sehen, ob das Land Kärnten vorab bereit ist, dieses Vorkaufsrecht auszuüben und die Gesellschaft zu erwerben, weil es den Prozess für uns erleichtert hätte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und Ihnen ist eine weitere Sitzung nicht mehr erinnerlich?

Mag. Jürgen Krieger: Ich bin mir nicht sicher, ob es eine weitere Sitzung gegeben hat. Es ist durchaus möglich, dass vielleicht dann der Herr Pfander separat noch einmal ein Gespräch gehabt hat. Ich muss gestehen, ich kann mich an keine weitere erinnern.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und dieses Gespräch hat Herr Dr. Pfander mit dem ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger gehabt?

Mag. Jürgen Krieger: Kann ich nicht beurteilen, da müssten Sie den Herrn Dr. Pfander fragen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es wurde bei diesem Gespräch vereinbart, dass eine Vertraulichkeitsvereinbarung zu unterfertigen ist, eine Vertraulichkeitsvereinbarung Lehman Brothers.

Meine Frage: Ist das bei derartigen Geschäften üblich, dass so eine Vereinbarung unterschrieben wird?

Mag. Jürgen Krieger: Ja, das ist durchaus üblich.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und diese Vereinbarung hat Pfeifenberger unterschrieben. Warum hat Pfeifenberger unterschrieben und nicht ...? Er hat ja uns gegenüber argumentiert, dass für diesen Gesamtprozess der damalige Landeshauptmann Jörg Haider verantwortlich wäre. – Haben Sie jemals mit Jörg Haider verhandelt?

Mag. Jürgen Krieger: Nein. Warum der Herr Pfeifenberger das unterschrieben hat, weiß ich nicht. Ich nehme einmal an, dass er von der Seite Kärntens einfach der Zuständige dafür war, aber die Frage kann ich Ihnen eigentlich nicht beantworten.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich halte nur fest – das ist auch wichtig für das Protokoll – zur Argumentation vom ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger aus Kärnten, der immer argumentiert hat und gesagt hat, die ganzen Verhandlungen wären von Jörg Haider geführt worden und er wäre in keiner Weise eingebunden gewesen: Das stimmt zumindest nach dieser Aktenlage nicht.

Ich komme zu einem dritten Punkt, den ich noch ansprechen möchte, und den der Kollege Petzner angesprochen hat: Herr Krieger, das betrifft das fehlende Protokoll vom 7. Juni. Der Kollege Petzner hat bereits die für mich auch entscheidenden Fragen gestellt, die Sie leider nicht beantworten konnten. Auch mir oder uns fehlt hier ein Protokoll, eine Darstellung, welche Entscheidungen getroffen wurden.

Jetzt frage ich Sie konkret: Welche Empfehlung haben Sie, da Sie bei dieser Sitzung dabei waren, beziehungsweise der Herr Pfander, gegenüber dem BMF abgegeben?

Mag. Jürgen Krieger: Also ich ad personam habe keine Empfehlung abgegeben, wenn dann hat sie der Herr Dr. Pfander für Lehman Brothers abgegeben. Aber wie bereits ausgeführt: Wir haben festgestellt, dass es da ein zusätzliches Erlöspotenzial für die Republik gibt und haben deshalb auch angeregt, dass es sinnvoll wäre, noch eine weitere Bierrunde durchzuführen. Und meiner Erinnerung nach haben sich dem auch alle Beteiligten in dieser Sitzung angeschlossen, und am Ende des Tages hat es ja auch zu einem Mehrerlös von 38 Millionen für die Republik geführt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Dann kam die letzte Sitzung am 13.6.2004. Die Problematik, dass Sie nicht beantworten können, wer die Sitzung am 8. Juni abgesagt hat, ja, die bleibt einfach offen.

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, die Sitzung wurde von dem Vorsitzenden der Kommission, vom Herrn Wieltch, abgesagt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Gut, dann kam die Sitzung am 13.6. und ich halte Ihnen aus dem Protokoll dieser Sitzung vor – ich zitiere –:

„(...) TOP 4: Bericht an den HBM“, den Herrn Bundesminister.

„Der Herr Bundesminister kommt zur Sitzung hinzu und wird vom Ergebnis der zweiten Bierrunde und von der oben dargestellten Empfehlung der Kommission in Kenntnis gesetzt.“

Ich gehe jetzt davon aus, dass das eine einstimmige Empfehlung an den Herrn Bundesminister war. – Wann ist denn der Herr Bundesminister Grasser gekommen? Ist er zum Schluss gekommen? Die Sitzung hat gedauert von 16 bis 18 Uhr.

Mag. Jürgen Krieger: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, zu welcher Zeit er gekommen ist. (*Obfrau Dr. Moser: Gut, die letzte Frage!*)

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich halte Ihnen aus dem Protokoll vor:

„Der Herr Bundesminister bespricht zugleich telefonisch die weitere Vorgangsweise mit LH Dr. Haider.“

Ich gehe einmal davon aus, dass der Landeshauptmann Dr. Jörg Haider bei der Sitzung **nicht** dabei war, sondern dass er telefonisch kontaktiert wurde.

Wurde Dr. Haider in Ihrem Beisein, also in der Runde, telefonisch kontaktiert oder hat sich Herr Bundesminister Grasser in seine Büroräumlichkeiten zurückgezogen?

Mag. Jürgen Krieger: Also ich glaube, dass erstens einmal die gesamte Besprechung in den Kanzleiräumen der Anwaltskanzlei Freshfields durchgeführt wurde, soweit ich mich erinnern kann. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Herr Minister mit dem Herrn

Haider im Beisein aller anderen telefoniert hätte. (*Obfrau Dr. Moser: Gut, danke! Es gibt eine zweite Runde!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich fühle mich noch immer in der ersten Runde, aber ... (*Obfrau Dr. Moser: Ja, ich habe zum Kollegen Maier gesagt, es gibt eine zweite Runde! Damit er nicht traurig ist, dass er nicht weiterfragt!*)

Ich lege Ihnen, Herr Krieger, ein Schreiben von Lehman Brothers an Schramm und Partner vor – wenn Sie sich das kurz anschauen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Das ist vom 4. September 2002.

Was wollten Sie da Herrn Rechtsanwalt Schramm mitteilen?

(*Die Auskunftsperson liest das ihr vorgelegte Schriftstück gemeinsam mit der Vertrauensperson.*)

Es geht nur um diese eine Seite. – Was wollten Sie da Herrn Rechtsanwalt Schramm mitteilen?

Mag. Jürgen Krieger: Also erstens einmal ist das zehn Jahre her, um ganz offen zu sein. Ich nehme einmal an, dass das in erster Linie vom Herrn Pfander unterschrieben wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und die Unterschrift rechts ist von wem?

Mag. Jürgen Krieger: Die ist von mir.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In zweiter Linie oder auch in erster Linie?

Mag. Jürgen Krieger: Das ist die Frage, wie Sie das sehen wollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich will gar nichts „sehen“, ich will nur Antworten.

Mag. Jürgen Krieger: Also es geht da offensichtlich um einen Subunternehmer im Bereich Corporate Finance, der in das Projekt eingebunden werden könnte, so wie ich das lese, aber ich habe keine Erinnerungen daran.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, die Kommission hat mit ihrer Vergabe am 5. begonnen und hat sie am 6. abgeschlossen. – Warum haben Sie bereits am 4. September dem Rechtsanwalt Schramm gesagt, da wollen wir eine andere Investmentbank einbinden? Warum?

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, an den genauen Zeitablauf erinnere ich mich nicht mehr. Jedenfalls war es so, dass wir eine Anfrage des Finanzministeriums bekommen haben, und wir sind kontaktiert worden ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von wem? Wissen Sie das noch?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, vom Herrn Mag. Oberleitner, um ehrlich zu sein. Also ich glaube, es gab dann ein Fax und/oder – vielleicht sogar beides – ein E-Mail, und wir wurden gefragt, ob wir bereit wären, auch eine österreichische Investmentbank als Subunternehmer aufzunehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber warum bereits einen Tag vor der Kommissionssitzung?

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, ich weiß nicht, wann die Kommissionssitzung genau stattgefunden hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Am 5. (*Mag. Krieger: Okay!*) und am 6.

Mag. Jürgen Krieger: Wie gesagt, über den Zeitablauf kann ich Ihnen das nicht genau sagen. Ich glaube, dass diese Anfrage jedenfalls relativ zeitnah war zu dem Zeitpunkt, wo auch das Mandat dann quasi an uns vergeben wurde. Ob das jetzt ein oder zwei oder drei Tage waren, kann ich Ihnen nicht genau sagen.

Aber es gab, wie gesagt, diese Anfrage vom Finanzministerium. Ich glaube, die ist wahrscheinlich sogar an mich gegangen, weil ich der Ansprechpartner für die Kommunikation war. Ich habe das dann mit meinen Vorgesetzten, Dr. Pignatti, Dr. Pfander und auch mit unserem Advisor, Thomas Marsoner, der in dem Projekt sehr stark involviert war, diskutiert und habe sie gefragt, wie wir dieses Ansinnen beantworten sollen. Und dann war die Entscheidung, dass wir sagen konnten: Ja, das können wir uns vorstellen.

Ich muss gestehen, ich glaube, es hat uns auch nicht besonders überrascht, dass diese Anfrage gekommen ist, weil wir in den Hearings, die es davor gegeben hat, in der Fragebeantwortung den Eindruck hatten, dass die Kommissionsmitglieder zwar verstanden haben, dass wir als internationale, globale Investmentbank international sehr gut aufgestellt sind, aber wir hatten ein wenig den Eindruck, dass uns ein bisschen die lokale Komponente abgesprochen wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja: Aus dem einfachen Grund, weil Sie sie auch nicht gehabt haben. Wie sich dann im Späteren herausgestellt hat: Sie hätten ohne die Krücke CA IB diesen ganzen Weg wahrscheinlich noch wesentlich schlechter bewältigt.

Nächste Frage: Herr Requat hat ausgesagt, dass Herr Muhr bereits vor der offiziellen Vergabe wusste, dass Sie den Auftrag kriegen. – Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Jürgen Krieger: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ergibt sich aus den Einvernahmen. Offensichtlich war das kein großes Geheimnis, dass die Entscheidung bereits vorher woanders gefallen ist. Und das Problem war weniger, dass sie im Sinne von Grassler, Oberleitner, Traumüller und so weiter fällt, sondern wie man damit umgeht, dass es zuerst eine andere Mehrheit in der Kommission, möglicherweise zur Überraschung des Ministers, gegeben hat.

Aber ich frage mich: Wie kommt es zu dem Weitblick von Lehman Brothers, bereits einen Tag vor Beginn der Sitzung dieser Kommission zu wissen, dass man erstens gewinnt und zweitens der CA Immo ein Angebot machen wird? Am 4.! – Das verstehe ich nicht.

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube nicht, dass wir davor gewusst haben, ob wir gewinnen oder nicht. Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann Ihnen nur, wie gesagt, sagen, dass dieses Ansinnen vom Finanzministerium an uns herangetragen wurde und wir das positiv beantwortet haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das stimmt schon, denn es gibt dazu auch ein Mail von Oberleitner an Schramm wegen Textentwurf Dr. Schramm, in dem genau dieser Text weitergeleitet wird. Die ursprüngliche Nachricht stammt aber von Thomas Marsoner. Können Sie uns sagen, wer Thomas Marsoner ist?

Mag. Jürgen Krieger: Thomas Marsoner war ein Senior Advisor von Lehman Brothers und war in dieses Projekt, sage ich einmal, auch federführend eingebunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, und das ist das, was ich nicht verstehe: Am 6. September um 9.03 Uhr, und zwar bevor die Vergabe entschieden ist – denn da hat sich die Kommission nach der Unterbrechung über Nacht gerade

wieder getroffen, die war gerade 3 Minuten lang wieder im Amt –, schreibt der Herr Marsoner genau diesen Text.

Es sollte jetzt – und es ist um die CA IB gegangen – eine andere Investmentbank eingebunden werden. Es steht zwar 6 zu 3 für die CA IB – da ist das noch nicht auf den Kopf gestellt worden –, aber der Herr Marsoner schreibt bereits dem Herrn Oberleitner im Kabinett: Wisst ihr was, die, die eigentlich vorne liegen, sollen von denen, die eigentlich hinten liegen, eingebunden werden und einen Subauftrag kriegen, und dafür haben wir namens Lehman Brothers einen Textvorschlag.

Dieser Textvorschlag wird von Oberleitner gleich, ohne irgendeine Korrektur, weitergeleitet. Und dann wird am selben Tag, um 14.58 Uhr, dieser Textvorschlag, jetzt mit Briefkopf Lehman Brothers, an den Rechtsanwalt Schramm geschickt – allerdings nicht datiert mit dem korrekten Datum, 6., sondern mit dem Datum 4.

Jetzt haben wir zwei terminmäßige Ungereimtheiten. Erstens den 4. und zweitens – und das frage ich Sie jetzt –: Wie konnten Sie am 6. um 9.03 Uhr in der Früh, 3 Minuten nach Beginn der Kommissionssitzung, wissen, dass Sie gewinnen, obwohl es zu diesem Zeitpunkt 6 zu 3 für CA Immo gestanden ist? – Woher haben Sie das gewusst?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann Ihnen das nicht beantworten. Sie haben gerade gesagt, dass das E-Mail von Herrn Dr. Marsoner gekommen ist. Da müssen Sie, glaube ich, den Herrn Dr. Marsoner dazu befragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, was da darunter steht, unter dem entscheidenden Text, den der Herr Marsoner weiterversendet? (*Mag. Krieger: Nein!*) – Jürgen A. Krieger. – Haben Sie eine Vorstellung, wer das ist?

Mag. Jürgen Krieger: Das ist mein Name.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Und das ist der Verfasser dieses Textes. Also erzählen Sie uns keine Geschichten! Diesen Text haben **Sie** verfasst, dem Herrn Marsoner gegeben, und in laufender Verhandlung ist das weitergemailt worden an das Kabinett, dann weiter, dann rückdatiert worden und an die Anwälte geschickt worden. – Warum?

Mag. Jürgen Krieger: Schauen Sie, wie ich Ihnen gesagt habe, es hat eine Anfrage vom Finanzministerium gegeben ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum sagen Sie, dass Sie das nicht kennen, obwohl Sie der Autor dieses Textes sind?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kenne den Text nicht – der liegt bei Ihnen. Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben eine Anfrage bekommen ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Blättern Sie einfach nach vorne, dann haben Sie das vor sich. Dann haben Sie Ihren eigenen Text vor sich. Der ist wortgleich mit dem rückdatierten Text, der an die Anwälte geht. – Das stimmt ja alles hinten und vorne nicht.

Mag. Jürgen Krieger: Schauen Sie, was ich Ihnen gesagt habe, ist, ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist dieser Text von Ihnen oder nicht?

Mag. Jürgen Krieger: Es schaut danach aus, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum haben Sie dann vorher gesagt, Sie kennen den Text nicht?

Mag. Jürgen Krieger: Weil das zehn Jahre her ist!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Das ist zumindest der Versuch einer Erklärung. – Jetzt sind wir einmal so weit: Der Text ist von Ihnen.

Warum schickt dann ein Anwalt, ein Senior Advisor das weiter an das Kabinett – warum? –, in laufender Verhandlung – warum? (*Mag. Krieger: Das weiß ich nicht!*) –, bevor eine Entscheidung gefallen ist?

Mag. Jürgen Krieger: Schauen Sie, ich kann mich an den genauen Zeitablauf nicht mehr erinnern. Was ich Ihnen gesagt habe, ist, dass die Anfrage vom Finanzministerium gekommen ist und dass wir die auch beantwortet haben. Und es kann durchaus sein, dass das E-Mail dann von mir gekommen ist. Aber was der Zeitraum oder der genaue Zeitpunkt dieses E-Mails war, kann ich Ihnen nicht ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Geschichte ist jetzt klar genug. Sie haben jetzt zugestanden: Erstens, der Text ist von Ihnen. Zweitens: Über den Senior Advisor geht es ins Kabinett. Drittens – danke für die wichtige Information –: Das Kabinett hat Sie zu dieser Handlung aufgefordert. – War das der Herr Oberleitner?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, dass es Herr Oberleitner war. Ich sage Ihnen, es war vom Finanzministerium. Ich kann es nicht hundertprozentig beschwören, ob das E-Mail von ihm gekommen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt in laufender Kommissionssitzung, wo überhaupt kein Ergebnis feststeht, das Kabinett des Finanzministers – und da spricht er im Namen des Ministers – im Namen des Ministers den Auftrag an Lehman Brothers, da einen Text für jemanden zu verfassen, der Subauftragnehmer werden soll, wenn man noch gar nicht weiß, dass man es gewonnen hat – obwohl Sie es natürlich sowieso schon gewusst haben, aber das ist ein anderes Kapitel, auf das kommen wir dann zurück. Und dann wird so getan, als wäre das ein Dokument vom 4.2., das wird rückdatiert, rückdatiert den Anwälten geschickt. Und dann wird nicht einmal die Entscheidung der Kommission abgewartet!

Warum haben Sie mit dieser offenkundigen Manipulation nicht einmal die Entscheidung der Kommission abgewartet? Hat Sie das Kabinett so gedrängt, oder wollten Sie selber besonders geschwind sein? Was war Ihr Motiv?

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, ich weiß nicht, wie ich Ihnen die Frage beantworten soll. Wie gesagt, wir haben auf eine Anfrage des Finanzministeriums geantwortet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum wollte das Finanzministerium, dass Sie da einen Subauftragnehmer vorbereiten, wo es noch nicht einmal eine Entscheidung gegeben hat? Das ist doch seltsam! Was wollte der Mag. Grasser da eigentlich von Ihnen?

Mag. Jürgen Krieger: Da müssen Sie das Finanzministerium fragen.

Obfrau Dr. Gabriele Moser: Die letzte Frage in der ersten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der entscheidende Punkt ist – ich formuliere es als Frage: Macht es irgendeinen Sinn, einen Subauftragnehmer einzubinden, wenn man noch gar nicht weiß, wer der Auftragnehmer ist?

Mag. Jürgen Krieger: Meine Erinnerung ist, dass wir vom Finanzministerium gefragt wurden, ob wir es uns vorstellen können, das zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie haben doch bereits den Text entwickelt und dem Rechtsanwalt geschickt. Sie haben bereits zu handeln begonnen. Sie haben bereits die Maßnahmen gesetzt. Sie haben bereits das Verfahren zur Einbindung eines Subauftragnehmers gestartet. – Da geht es nicht um Überlegung, da

ist die Aktion längst gestartet! Da wird alles vorbereitet. Warum – im laufenden Vergabeverfahren?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann Ihnen nur sagen, ich wusste nicht, wer das Mandat gewinnt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Krieger, das geht nur, und damit bin ich am Schluss dieser Runde, unter einer Voraussetzung: Wenn sowohl der Minister als auch Sie, Lehman Brothers, bereits gewusst haben, dass, obwohl noch überhaupt keine Abstimmung stattgefunden hatte in der Vergabekommission, Sie den Auftrag bekommen. Sonst ergibt das absolut keinen Sinn.

Deswegen ist es für mich ein Beweis, dass die Vergabe ein abgekartetes Spiel war, vom Ministerium, dem Ministerkabinett, dem Finanzminister und Lehman Brothers. Das ist für mich ein eindeutiger Beweis.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen in die zweite Runde, in die 5-Minuten-Runde. – Bitte, Herr Abgeordneter Schmuckenschlager.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Ich möchte noch einmal zu dem Vorkaufsrecht des Landes Kärnten kommen. Im Rechnungshofbericht wird ja sehr stark Kritik daran geübt, dass das Land Kärnten mit diesem Vorkaufsrecht natürlich auch die Bieterliste beeinflussen kann – und das ja auch gemacht hat. Was haben Sie dazu für Wahrnehmungen?

Mag. Jürgen Krieger: Sie meinen, weil die Entscheidung des Landes Kärnten Ausschlag gegeben hätte, welcher der zwei Bieter das Verfahren gewinnt. – Wie gesagt, das ist in dem Verfahren so gewesen. Ich glaube, daran konnte man nichts ändern. Als Berater mussten wir mit dem Umstand, dass dieses Vorkaufsrecht besteht, auch umgehen. Wir haben versucht, im Rahmen dieses zweiten Angebotes die Angebotsfrist zu verkürzen, und haben auch versucht, eine möglichst schnelle Entscheidung des Landes Kärnten zu bekommen, beziehungsweise der Minister hat da offensichtlich dann den Herrn Haider angerufen. Aber wir konnten nur mit den Rahmenbedingungen, die uns gegeben waren, arbeiten, und das war im konkreten Fall so, dass es am Land Kärnten gegangen hat, wer von den beiden Bietern der erfolgreiche Bieter sein wird.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Wann haben Sie Kenntnis erlangt von diesem Vorkaufsrecht des Landes Kärnten?

Mag. Jürgen Krieger: Ich bin mir nicht ganz sicher. Entweder schon im Rahmen unserer Angebotsbewerbung als Lehman Brothers oder ziemlich am Beginn des Prozesses, als wir die Unterlagen vom Finanzministerium bekommen haben. Aber wann es genau war, weiß ich nicht.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Haben Sie auch die Qualität dieses Vorkaufrechtes geprüft?

Mag. Jürgen Krieger: Wir hatten eine rechtliche Einschätzung von unserem Rechtsberater Freshfields, dass das Vorkaufsrecht nicht gültig ist, weil es nicht notariell beglaubigt ist. Das haben wir auch dem Finanzministerium mitgeteilt, aber da war die Entscheidung, dass das ein politischer Wille ist, dass das auch honoriert wird.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Und wenn Sie – ich bin da ein bisschen zu unbedarft – als Lehman Brothers, eine durchaus renommierte Firma, die mehrere solche Prozesse begleitet, in Erfahrung bringen, dass dieses Recht de facto nicht wirklich greifen kann: Haben Sie nicht irgendwo auch die Verpflichtung, den Bietern das mitzuteilen?

Wir wissen, das ist eine kaufentscheidende Sache gewesen, dieses Vorkaufsrecht. Das hat entschieden, welcher Bieter zum Zug kommt. Sie haben gewusst, dass es nicht rechtskräftig ist, und haben es trotzdem sozusagen nicht erwähnt oder nicht weitergeführt. (*Mag. Krieger: Moment!*) Das soll keine Schuldzuweisung sein, sondern ich will nur eben diese politische Verantwortung herausfinden, dass man dann sagt: Gut, das Ministerium macht so einen Druck, wir dürfen das nicht sagen, wir können es nicht sagen, wie auch immer. Und **wer** vor allem hat darauf bestanden?

Mag. Jürgen Krieger: Folgendes dazu: Wir haben den Bietern von Anfang an mitgeteilt, dass es ein Vorkaufsrecht gibt – das wusste jeder Bieter –, und wir wussten vom Finanzministerium, dass sie die Absicht haben, es auch zu honorieren. Also ich glaube, dass die Information an alle Bieter vollkommen transparent war. Und ob das jetzt rechtlich zwischen dem Finanzministerium und dem Land Kärnten zustande gekommen ist oder nicht: Solange das Finanzministerium der Meinung ist, dass es das honoriert, hat es für die Bieter ja keine Auswirkung. Die wurden immer, zu jedem Zeitpunkt, darüber informiert, dass es ein Vorkaufsrecht gibt.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Und auch die qualitative Bewertung von Fitch – glaube ich, haben Sie gesagt – haben Sie denen dann auch zukommen lassen, wenn Sie sagen, es gibt ein Vorkaufsrecht, und wir haben dazu diese Informationen?

Mag. Jürgen Krieger: Wir haben denen mitgeteilt, dass es ein Vorkaufsrecht gibt. Ich weiß nicht, ob wir ihnen gesagt haben, ob es rechtlich gültig oder nicht gültig ist, aber nachdem wir wussten, dass unser Auftraggeber es ohnehin akzeptiert und honoriert, war die Auswirkung für die Bieter ja eigentlich nicht gegeben, also so, als wenn es rechtlich gültig wäre. Ich sehe den Unterschied für die Bieter nicht, um ehrlich zu sein.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Naja, aber diese Akzeptanz, ob es für den Auftraggeber gültig ist oder nicht, hängt ja schon noch auf der Rechtsgültigkeit. Das ist zwar sehr schön, wenn die sagen: Gut, tun wir halt so, als ob es gilt, aber in Wahrheit gilt es eh nicht, wir akzeptieren es so. Also das, muss ich ganz ehrlich sagen, erscheint mir relativ kurios, dass man da so vorgeht.

Mag. Jürgen Krieger: Wir haben den Bietern gesagt, es gibt das Vorkaufsrecht, und für unseren Klienten war es auch existent. Somit, glaube ich, sind alle Bieter vollkommen korrekt informiert worden.

Abgeordneter Johannes Schmuckenschlager (ÖVP): Die haben das nie hinterfragt?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zurück noch einmal zum ESG-Vorkaufsrecht.

Sie waren die begleitende Investmentbank. Ich verstehe nicht, warum Sie nicht gewusst haben – ich zitiere dazu aus einem Dokument des Finanzministeriums selbst –:

Die Einräumung eines Vorkaufsrechtes bedarf wie der Abtretungsvertrag einer Notariatsaktform. Mangels Erfüllung dieser Voraussetzung ist das Vorkaufsrecht nicht gültig zugestanden worden. – Zitatende.

Haben Sie gewusst, dass das Land Kärnten in rechtlicher Hinsicht das Vorkaufsrecht gar nie besessen hat und warum, und falls nicht, hätten Sie das nicht wissen müssen als begleitende Investmentbank?

Mag. Jürgen Krieger: Wir haben es gewusst, und das haben wir auch gerade diskutiert. Wir haben es dem Finanzministerium ja gesagt, dass es rechtlich nicht gültig

ist, und im Finanzministerium ist die Entscheidung getroffen worden, dass es trotzdem honoriert wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen dazu ein Dokument vor und fragen Sie, ob Sie das kennen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist jener Notariatsakt der Kanzlei Schramm, der mehrfach abgeändert wurde und diskutiert wurde und den man hätte unterschreiben **müssen**, damit das Land Kärnten das Vorkaufsrecht auch rechtswirksam hat. Haben Sie dieses Dokument schon jemals gesehen?

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich das Dokument selber gesehen habe, aber, wie gesagt, von unserem Rechtsanwalt hatten wir die Auskunft, dass der Notariatsakt nicht unterfertigt war und das deshalb auch nicht gültig ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau! Das ist der entscheidende Punkt. Das Finanzministerium macht im Jahr 2002, der Grasser mit dem Haider, ein Vorkaufsrecht aus. Daraufhin beauftragt das Finanzministerium auf Kosten des Steuerzahlers, dass die Rechtsanwaltskanzlei den Notariatsakt dazu anfertigt. Das kostet ja auch etwas. Dann wird da ewig hin- und hergeschrieben, was alles geändert werden muss, und dann sagen Sie selber, es ist nie unterfertigt worden.

Können Sie sich erklären, warum man sich die ganze Arbeit antut, Steuergeld einsetzt, um einen Notariatsakt aufzusetzen, der notwendig ist, und dann wird es nie unterschrieben?

Mag. Jürgen Krieger: Da müssen Sie das Finanzministerium fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage ja Sie, ob Sie sich das erklären können. Wir fragen den Herrn Grasser dann schon, wenn er wieder kommt.

Mag. Jürgen Krieger: Ich habe keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen noch ein zweites Schriftstück vor. Schauen Sie sich das einmal an.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Mag. Jürgen Krieger: Vielleicht noch einen Zusatz: Das Dokument, das Sie mir vorhin vorgelegt haben, ist datiert mit dem 8.4.2002. Das war deutlich **bevor** Lehman Brothers überhaupt beauftragt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schon. Ich habe ja gesagt, 2002 wurde das Vorkaufsrecht zwischen Haider und Grasser – habe ich gesagt! – ausgemacht, und infolgedessen ist dieser Notariatsakt angefertigt worden, und der ist dann nie unterzeichnet worden. Das ist schon wichtig, weil dieser Fehler im Jahr 2002 dann auch Folgen gehabt hat für Ihre Tätigkeit als begleitende Investmentbank.

Kennen Sie das zweite Dokument, das wir Ihnen da jetzt vorgelegt haben?

Mag. Jürgen Krieger: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben vorher gesagt, Sie haben das Finanzministerium darauf aufmerksam gemacht, dass es Schwierigkeiten gibt bei der Rechtsgültigkeit des Vorkaufsrechtes. Das ist genau dieses Dokument, nämlich die Vereinbarung, die diese Schwierigkeiten ausgelöst hat. Das ist nämlich die Vereinbarung zwischen Grasser und Haider vom 17. Juni 2002, und diese Vereinbarung wurde zwar unterschrieben, im Gegensatz zum Notariatsakt, ist aber rechtsungültig, wo Sie selbst sagen, Sie haben das Finanzministerium darauf

aufmerksam gemacht. Wenn Sie diese Vereinbarung als auslösenden Moment nicht kennen: Auf welcher Basis sind Sie dann zur Feststellung gekommen in Richtung Finanzministerium, dass es beim ESG-Vorkaufsrecht Schwierigkeiten gibt?

Mag. Jürgen Krieger: Ich bin kein Rechtsanwalt. Die Analyse hat damals unsere Rechtsanwaltskanzlei Freshfields durchgeführt und darüber informiert. Aber auch dieses Dokument, wie Sie richtig sagen, wurde unterschrieben oder ist datiert, bevor Lehman Brothers beauftragt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung: Dieses Dokument, dieser Käsezettel, wie ich ihn nenne – nicht einmal eineinhalb Seiten! – soll das Vorkaufsrecht des Landes Kärnten rechtsgültig festmachen?! Ist Ihnen so etwas schon einmal untergekommen in Ihrer Laufbahn, dass das bei einer Summe von 120 Millionen € – so wurde der Wert festgestellt von Lehman Brothers – auf nicht einmal eineinhalb Seiten „Kaszettel“ aufgeschrieben wird?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, ich bin nicht kompetent, zu beurteilen, was zwischen dem Finanzministerium und dem Land Kärnten ausgemacht wurde.

(Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber ich frage Sie nach Ihrer Fachmeinung, ob Sie so etwas schon einmal erlebt haben, ob so etwas üblich ist oder ob das eher einmalig ist, dass man solche Käsezettel vorliegen hat.

Mag. Jürgen Krieger: Schwer für mich zu beurteilen. Ich bin kein Rechtsanwalt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Konkret noch einmal zum Datum, weil Sie immer sagen, da waren Sie nie dabei, 2002. Ab wann „fühlen“ Sie sich denn dabei, was die ESG-Wohnungsgesellschaft betrifft? Ab wann kann man festmachen, sagt der Herr Krieger: Ja, da habe ich auch dann Mitverantwortung!? Wann waren Sie denn zum ersten Mal konfrontiert mit diesem Thema?

Mag. Jürgen Krieger: Wie ich vorher gesagt habe, ich kann mich nicht genau daran erinnern, aber die Beauftragung von Lehman Brothers ist, glaube ich, im September 2002 – ich glaube, am 21. – erfolgt, und danach wird es dann eine Projektsitzung gegeben haben mit den Verantwortlichen des Finanzministeriums. Wann genau wir dann Informationen bekommen haben, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann verhandelt – der Kollege Maier das schon vorgehalten; es ist ganz wichtig, dass das auch im Protokoll steht – Herr Pfeifenberger, der ja nie etwas wissen will, genau mit Ihnen – als Teilnehmer, Vertreter von Lehman Brothers, scheinen auch Sie auf – am 11.7.2003. Da geht es um das ESG-Vorkaufsrecht und die Nutzung dieses Vorkaufsrechts. Und noch einmal: Basis dieser Besprechung war auch jene Vereinbarung, die ich Ihnen vorgehalten habe.

War diese Vereinbarung dort nie Thema? Ist die dort nie vorgelegen oder wie? Die hat ja das alles festgeschrieben, auch dass zum Beispiel das Vorkaufsrecht innerhalb einer Woche nach Verständigung durch das BMF auszuüben ist – oder auch nicht.

Mag. Jürgen Krieger: Wie gesagt, ich bin kein Rechtsanwalt. Ich kann das nicht wirklich beurteilen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Rechtsanwalt war gestern da, der Herr Ofenheimer, er wollte aber nichts sagen. Daher muss ich **Sie** fragen.

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann nur bei meiner Aussage bleiben. Ich bin kein Jurist und kann dazu nichts sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ist denn dort genau geredet worden, an diesem 11.7.2003? Der Haider war nicht dabei, mit Haider haben Sie auch nie geredet. Das ist auch sehr spannend. Pfeifenberger sagt, das war alles der Haider und er war nur der Geist im Hintergrund – oder das Schreckgespenst, wie auch immer man Herrn Pfeifenberger sehen will. Was ist denn da genau geredet worden, an diesem 11.7.2003? Schildern Sie uns den Gesprächsverlauf aus Ihrer Erinnerung heraus. – Wobei wir da den Vorteil haben, dass wir da ein Protokoll haben, im Unterschied zu anderen Sitzungen, füge ich auch hinzu.

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann mich an den Gesprächsverlauf wirklich nicht mehr erinnern. Das ist neun oder zehn Jahre her. Wie gesagt, der Hintergrund des Gesprächs war, herauszufinden, ob das Land Kärnten bereit ist, vorab die ESG zu erwerben oder nicht. Aber was genau besprochen wurde, daran kann ich mich beim besten Willen nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Frage noch.

Da gibt es von Lehman Brothers dieses Informationsmemorandum, wo da alles angeführt ist. Wollen Sie das sehen? Nein, das kennen Sie, glaube ich. – Sie haben es ohnehin da, sehe ich. In welchen Sprachen ist denn das verfasst worden?

Mag. Jürgen Krieger: Auf Deutsch und auf Englisch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also gibt es auch eine englische Version? (*Mag. Krieger: Ja!*) – Das wollte ich wissen, weil uns ist nämlich nur die deutsche vorgelegen. Das war mir wichtig, weil ja dem Herrn Traumüller immer die Internationalität so wichtig war. Also es ist auch auf Englisch vorgelegen.

Mag. Jürgen Krieger: Ja. Wir hatten eine große Anzahl von interessierten Bietern, die sich das am Anfang angeschaut haben; also die ganzen Informationsmemoranden und so weiter waren alle auf Englisch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber trotzdem sind am Schluss nur zwei Österreicher übergeblieben.

Zur Anbotsöffnung. – Sie waren ja bei dieser Anbotsöffnung am 4. Juni dabei? (*Mag. Krieger: Ja!*) – Können Sie uns das schildern: Wie ist das abgelaufen? Wer war da sonst noch dabei? Und wie war dann der Informationsfluss in weiterer Folge, nach Öffnung der Angebote an diesem 4. Juni?

Mag. Jürgen Krieger: Kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Mit Sicherheit war der Anwalt – sorry: der **Notar** – natürlich da. Ich glaube, da gibt es ohnehin auch ein Protokoll über diese Öffnung. Ich bin auch ziemlich sicher, dass ein Vertreter des Finanzministeriums anwesend war, Lehman Brothers und möglicherweise auch Freshfields, würde ich annehmen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War der Vertreter des Finanzministeriums der Herr Traumüller?

Mag. Jürgen Krieger: Ist mir nicht Erinnerung. Ich würde annehmen, dass es entweder Herr Dr. Traumüller oder Herr Dr. Mantler war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ich weiß, war es Traumüller. Das haben wir gestern schon geklärt. – War das überraschend, dass Traumüller dort ist oder nicht? Er war sonst, glaube ich, da nie dabei.

Mag. Jürgen Krieger: Es war für mich nicht überraschend, weil die zwei ja Mitglieder des Projektteams aufseiten des Finanzministeriums waren.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Herr Krieger, ich möchte noch einmal zu dem Themenkreis zurückkommen, den Herr Dr. Pilz schon angesprochen hat, und zwar ist mir die Rolle von Herrn Thomas Marsoner noch nicht ganz bewusst. Sie haben gesagt, er wäre Senior Advisor gewesen; vielleicht könnten Sie das noch ein bisschen näher darstellen?

Mag. Jürgen Krieger: Herr Dr. Marsoner war früher ein Investmentbanker bei Lehman Brothers, hat sich dann, sage ich einmal, in eine Art Frühpension zurückgezogen und war dann noch als Senior Advisor für unser Management tätig – im Wesentlichen für Herrn Dr. Pignatti und für Herrn Dr. Pfander, war aber in diesen Transaktionsprozess relativ stark involviert und ist uns, sage ich einmal, beratend zur Seite gestanden.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Jetzt verstehe ich das auch – ich komme wieder zu diesem E-Mail zurück –, weil Herr Thomas Marsoner schreibt, und zwar Herrn Oberleitner: Im Sinne unseres Gesprächs anbei ein Textentwurf, den ich durchsetzen konnte.

Also wird es ja da anscheinend auch Verhandlungen gegeben haben zwischen Thomas Marsoner, im Sinne von Senior Advisor bei Lehman Brothers, mit dem Finanzministerium.

Mag. Jürgen Krieger: Offensichtlich ja.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Es ist nämlich schon hochinteressant, dass Herr Thomas Marsoner im Sinne von Lehman Brothers an das Finanzministerium diesen Textentwurf weiterleitet, den ja Sie entworfen haben, weil wir uns ja in der Situation befinden, dass die Auswahlkommission noch gar nicht entschieden hatte, wer gewinnt. Und dass für uns Abgeordnete hier im Untersuchungsausschuss ein seltsamer Eindruck über diese Situation entsteht, ist, glaube ich, unweigerlich.

Mag. Jürgen Krieger: Ja, ich muss Ihnen gestehen, ich wusste nicht, wann welche Sitzung stattfindet. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir zu irgendeinem Zeitpunkt einfach darüber informiert wurden, dass das Mandat an Lehman Brothers geht. Wann das genau war und wie der Zeitablauf war, weiß ich nicht mehr. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Anfrage vom Finanzministerium, ob wir bereit wären, die CA IB als Subunternehmer anzustellen, da vorgekommen ist.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher: Wenn Sie jetzt sagen, dass die Anfrage vom Finanzministerium gekommen ist, wie muss ich mir das vorstellen? Wer war das?

Mag. Jürgen Krieger: Wie ich vorher gesagt habe, soweit ich mich erinnern kann, glaube ich, ist ein E-Mail und/oder Fax von Herrn Mag. Oberleitner gekommen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher: An Sie oder an den Herrn Marsoner? Ich meine, Sie werden ja miteinander gesprochen haben, denn sonst hätten Sie ja nicht diesen Textentwurf entworfen.

Mag. Jürgen Krieger: Ich weiß nicht, ob es direkt an mich gegangen ist. Ich würde einmal mutmaßen wahrscheinlich ja, weil ich derjenige war, der für die gesamte, sage ich einmal, Kommunikation, auch mit dem Herrn Dr. Schramm, zuständig ist, aber ob das direkt an mich gegangen ist oder ob das an den Herrn Dr. Marsoner gegangen ist und dann weitergeleitet wurde, kann ich nicht sagen. Ich habe davon auf jeden Fall dann Kenntnis gehabt.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher: Ich möchte nur noch einmal für das Protokoll festhalten, dass es schon sehr interessant ist, dass die Anfrage über diesen Textentwurf, die CA Immo als Subunternehmer einzubinden, vor der entscheidenden Sitzung der Auswahlkommission stattgefunden hat, und insbesondere ist es auch

interessant, dass der Thomas Marsoner sich anscheinend im Sinne des Finanzministeriums durchgesetzt hat und so Lehman Brothers die CA Immo als Subunternehmer dazu genommen hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich hätte noch eine Ergänzungsfrage: Es gibt ein E-Mail des Landes Kärnten von der Abteilung IV an den Herrn Direktor Josef Winkler, Direktor der „Neuen Heimat“, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft Kärnten GmbH. Ich zitiere aus diesem Schreiben:

Nachdem Herrn Mag. Jürgen Krieger, Lehman Brothers, nunmehr per Fax die Vertraulichkeitsvereinbarung übermittelt wurde, hat dieser ersucht, ihm auch für die weiteren Verhandlungen die Verhandlungspartner des Landes namentlich mit Adresse, E-Mail und Telefonnummer übermitteln zu wollen. Gleichzeitig wäre eine Kontaktperson des Verhandlungskomitees zu benennen. Es wird ersucht, die ... Vertreter wie erwünscht zu benennen beziehungsweise Daten bekanntzugeben, wobei vorgeschlagen wird, Sie, Herr Direktor Winkler, als Kontaktperson des Verhandlungskomitees gegenüber Herrn Mag. Jürgen Krieger bekanntgeben zu dürfen. – Zitatende.

Meine Frage: Wie oft haben Sie denn Herrn Direktor Winkler getroffen?

Mag. Jürgen Krieger: Ich muss gestehen, ich habe keine Erinnerung. Ich bin mir nicht sicher, ob ich ihn überhaupt getroffen habe. Ich glaube, ehrlich gesagt, soweit ich mich entsinne, hat es nicht wirkliche Verhandlungen dann gegeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ihnen ist nicht eine Kontaktaufnahme durch den Direktor Winkler erinnerlich?

Mag. Jürgen Krieger: Ist möglich, vielleicht hat es da Gespräche gegeben, ich kann mich aber nicht mehr daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme noch einmal zum 7. Juni. Sie sind ja dazu schon gefragt worden, ich möchte das nicht alles wiederholen. Diese Präsentation, die es dort gegeben hat, streng vertraulich, Projekt BWBG, vorläufige Übersicht über verbindliche Angebote, 7. Juni 2004. Ich nehme an, Sie kennen das, Sie haben es offensichtlich vor sich.

Kommen dort irgendwann, irgendwo in Ihrer Präsentation die 960 Millionen Finanzierungsgarantie, also Finanzierungsdecke für CA Immo vor?

Mag. Jürgen Krieger: Die zwei Bieter wurden anonymisiert, aber die Zahl kommt vor, ja. (*Abg. Dr. Pilz: Wo?*) Auf der Seite 5, in der Mitte, unterer Teil.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte das wirklich mit Ihnen ganz genau durchgehen. (*Abg. Dr. Pilz blättert in seinen Unterlagen.*) Genau: Bieter 2, Gesamtinvestitionsvolumen 960 Millionen inklusive Transaktionskosten, Finanzierungsbestätigung für Kaufpreis ist beigefügt – genau.

Jetzt wird das von Ihnen dort genauso vorgestellt. Ein entscheidender Punkt – das betrifft die beiden vorherigen Auskunftspersonen – ist, wann haben Grasser und Traumüller, mir geht es speziell um die beiden, aber nicht nur, erfahren: 960 Millionen. Ich habe nämlich ursprünglich geglaubt, bereits am 4. oder 5. Juni, und nachdem, was wir heute gehört haben, deutet alles darauf hin, dass sie das erst am 7. Juni erfahren haben, da nämlich ein ganz anderes Angebot noch am 7. Juni vom sogenannten Konsortium vorbereitet worden ist. Das nur zu Ihrer Hintergrundinformation, warum ich jetzt diese Fragen stelle.

Wie dürfen wir uns das vorstellen: War das ein Vortrag mit Projektion und so weiter? Wie haben Sie das vorgetragen?

Mag. Jürgen Krieger: Wir sind alle, ich glaube, das war diese Sitzung im Gelben Salon, an einem langen Tisch gesessen, Vertreter des Finanzministeriums und die Berater, und dann hatten wir diese Unterlage und haben diese Unterlage besprochen und das Finanzministerium durch diese Unterlage durchgeführt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die sind Sie Punkt für Punkt durchgegangen. Und jetzt haben wir da diese Finanzierungsbestätigung. Ist diese Finanzierungsbestätigung dort im Detail erläutert worden?

Mag. Jürgen Krieger: Ich gehe davon aus, dass wir das erwähnt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir geht es nicht um erwähnt, sondern es macht einen Unterschied, ob man über alles redet und das erwähnt, oder ob dieser Punkt auch besprochen worden ist.

Mag. Jürgen Krieger: Kann ich mich nicht hundertprozentig erinnern. Ich hätte es als einen wesentlichen Punkt angesehen, und deshalb gehe ich davon aus, dass wir es auch besprochen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber Sie haben nicht irgendetwas in Erinnerung, dass das völlig im Zentrum der Diskussion gestanden wäre, oder irgendetwas in der Art?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, im Zentrum der Diskussion sind zwei Dinge gestanden. Nummer eins, dass der eine Bieter gesagt hat, wenn es eine kürzere Zuschlagsfrist gibt, könnten wir bis zu 60 Millionen mehr zahlen, und dass der andere Bieter gesagt hat, da gibt es noch Zusatzleistungen, die wir anbieten und die nicht quantifizierbar waren für uns.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es hat ja irgendein Argument geben müssen, warum es gegen alle Beschlüsse der Auswahlkommission noch eine zweite Runde geben soll. Das stimmt schon alles. Mir geht es um das: Sie sind schon gefragt worden, ich möchte es trotzdem noch einmal detailliert mit Ihnen durchgehen. Sie haben gesagt alle, zirka zehn Personen. Gehen wir es einmal der Reihe nach durch.

Der Finanzminister war dabei, ist das richtig? (*Mag. Krieger: Ja!*)

Herr Dr. Traumüller war dabei? (*Mag. Krieger: Davon gehe ich aus, ja!*)

An wen können Sie sich noch erinnern, welche Personen? War der Herr Oberleitner dabei? (*Mag. Krieger: Kann ich Ihnen nicht hundertprozentig sagen!*)

War der Herr Dr. Mantler dabei? (*Mag. Krieger: Ich würde davon ausgehen, ja!*)

War der Staatssekretär Finz dabei? (*Mag. Krieger: An den kann ich mich erinnern, ja!*)

Dann haben wir eh schon relativ viele Leute.

Mag. Jürgen Krieger: Ich kann mich auch, soweit ich mich entsinnen kann, an Herrn Dr. Michaelis und ich glaube auch an Herrn Dipl.-Ing. Wieltsch erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welcher Funktion war Herr Michaelis dort?

Mag. Jürgen Krieger: Na ja, das waren zwei Mitglieder dieser Auswahlkommission, die offensichtlich vom Finanzministerium auch zu dieser Sitzung eingeladen worden sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Michaelis und wer noch? (*Mag. Krieger: Mag. Wieltsch!*) – Ach so, der Vorsitzende der Kommission. Und sonst war kein Mitglied der Kommission dort?

Mag. Jürgen Krieger: Kann ich mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ein weiterer Punkt, den wir uns noch nicht im Detail anschauen konnten, warum nämlich – das entspricht auch dem, was wir bis jetzt erfahren haben – gerade die beiden steuerbaren Mitglieder der Kommission dort eingeladen werden, und nicht-steuerbare Mitglieder, wie der Sektionschef Steger, **nicht** zu dieser Sitzung eingeladen werden. Das ist ein durchaus spannender Punkt, warum man die Kommissionssitzung am 8. absagt, die beiden durchaus gut steuerbaren – das haben wir bei der ÖIAG gesehen – Mitglieder einlädt in diese Sitzung, und den heiklen Mitgliedern, wie dem Dr. Steger, nicht einmal sagt, dass diese Sitzung stattfindet, und die müssen draußen bleiben.

Nennen wir das **Steuerungssitzung**, da dort ja die **steuerbaren** Leute teilgenommen haben. Bei dieser Steuerungssitzung haben wir jetzt eigentlich einen ziemlich kompletten Personenkreis. Wer war denn von Ihrer Seite dort, denn wir sind gleich bei zehn Personen?

Mag. Jürgen Krieger: Ich würde davon ausgehen, dass der Projektleiter, Herr Dr. Pfander, anwesend war, ich würde auch davon ausgehen, dass Herr Dr. Marsoner anwesend war, ich und vermutlich ein oder zwei Anwälte von Freshfields, Herr Dr. Köck und/oder Herr Dr. Ofenheimer, würde ich sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann haben wir eh schon mehr als zehn Personen, sagen wir einmal, jetzt sind wir komplett, jetzt haben wir die Runde, und jetzt wissen wir auch, was in dieser Runde passiert ist.

Das war einer der wenigen Punkte, die uns noch gefehlt haben. Wo hat der Mag. Grasser und wo hat der Dr. Traumüller erfahren: Bumsti!, da gibt es ja diese 960 Millionen-Grenze, diesen Plafond. Und jetzt sehen wir an dieser Präsentation und wissen wir auch durch Ihre Darstellung, das ist nicht nur dort bekannt gegeben worden, sondern das ist auch mit großer Wahrscheinlichkeit dort besprochen worden.

Zur Sicherheit frage ich Sie aber noch etwas anderes: Bei dieser Angebotseröffnung in der Notariatskanzlei am 4. Juni, wo Dr. Traumüller vom Minister hingeschickt worden ist anstelle von Dr. Mantler, das wissen wir auch inzwischen, sind da Kopien angefertigt worden von den Angeboten und verteilt worden?

Mag. Jürgen Krieger: Das weiß ich nicht genau, wenn, muss das vom Notar gemacht worden sein. Ich gehe davon aus, dass wir auf jeden Fall eine Kopie hatten oder beziehungsweise Freshfields, denn wir mussten ja das Angebot oder die Angebote auch analysieren. Ob dann noch weitere Kopien gemacht worden sind, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde dann anregen über die Ausschussvorsitzende, dass man einfach diese Erkundigung beim Notar einholt, da ich davon ausgehe, das ist an und für sich üblich, dass für die sonstigen beteiligten Personen keine Kopien ausgestellt werden, weil es ja auch darum geht, die Vertraulichkeit zu wahren und deswegen alles noch mehr darauf hindeutet, dass der Mag. Grasser und der Dr. Traumüller das wirklich erst am 7. 6. erfahren haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ganz kurz: Wann haben Sie konkret erfahren, dass ein Bieter 960 Millionen € im Talon hat, zum ersten Mal?

Mag. Jürgen Krieger: Dass ein Bieter 960 Millionen € geboten hat?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dass das das Maximale ist, was er zu bieten imstande ist.

Mag. Jürgen Krieger: Sie meinen auf Basis der ersten Angebotsrunde? Als wir die Angebote geöffnet und analysiert haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Welche Angebote und wann? Bei der ersten Angebotseröffnung kann es ja nicht gewesen sein, da stehen ja keine 960 drinnen, da sind ja von diesem Bieter 922 drinnen gestanden.

Mag. Jürgen Krieger: Geht es jetzt um die 960, die in der zweiten Runde angeboten worden sind, oder geht es um die 960 Millionen Finanzierungsbestätigung im ersten Angebot?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): 960 Finanzierungsbestätigung. (*Abg. Dr. Jarolim: Comfort Letter!*)

Mag. Jürgen Krieger: Das war in der ersten Runde, und das war ein, wie soll ich sagen, ein Comfort Letter, eine Finanzbestätigung, die dem Angebot beigelegt war. Also als die Angebote geöffnet worden sind und wir sie analysiert haben ist uns diese Zahl natürlich aufgefallen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war unmittelbar nach dem 4. Juni?

Mag. Jürgen Krieger: Ich glaube, der 4. Juni war ein Freitag, wahrscheinlich werden wir es am Freitag oder am Samstag gemacht haben, denn wir mussten ja die Präsentation vorbereiten, die dann am Montagvormittag stattgefunden hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, eine ganz kurze Zusatzfrage noch: Wir haben auch einen Prüfer des Rechnungshofes da gehabt, der massiv kritisiert hat, dass es für den Rechnungshof sehr, sehr schwierig war, weil entscheidende Unterlagen, die zur Prüfung notwendig gewesen wären, alle bei Lehman im Ausland sind, in London, und das Finanzministerium keine Unterlagen hat.

Das war das Erste, was er gesagt hat. Das Zweite, was er gesagt hat, war, man hätte Lehman gar nicht gebraucht, Zitat: „unzweckmäßig“. Das hätte das Finanzministerium selber viel besser gekonnt; und das Dritte war dann ein Detail, was die Auswahl der Lehman betrifft, aber das ist ein anderes Thema.

Warum sind denn alle entscheidenden Unterlagen in London? Wer hat denn das veranlasst, und warum liegen die nicht in dem Ministerium der Republik Österreich auf, wo sie hingehören, nämlich im Finanzministerium, sodass man bei Bedarf oder bei Prüfungen auch darauf zugreifen kann?

Mag. Jürgen Krieger: Also wir haben alle relevanten Unterlagen dem Finanzministerium selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Das Finanzministerium war unser Auftraggeber und hat alle Unterlagen von uns bekommen. Meines Wissens war es auch das Finanzministerium, das die Unterlagen dann an den Rechnungshof weitergeleitet hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist sehr spannend, denn der Herr Mantler hat immer zum Rechnungshof gesagt: Wir haben nichts, das ist alles bei Lehman in London. Also irgendwo ...

Mag. Jürgen Krieger: Da müssen Sie dann den Herrn Mantler fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, der war eh schon da. Vielleicht fragen wir ihn noch einmal. (*Abg. Dr. Jarolim: Der Herr Efler glaube ich war das, der das gesagt hat!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dr. Efler war der Prüfer, aber Efler hat auch Mantler zitiert, dass er mit Mantler gesprochen hat und Mantler gesagt hat, die Unterlagen sind alle in London.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Rolle von **Karlheinz Muhr**.

Karlheinz Muhr bekam 430 000 €. Wissen Sie eigentlich, für welche Leistung er diesen Betrag bekommen hat?

Mag. Jürgen Krieger: Nein, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich hatte keine wirkliche Interaktion mit dem Herrn Muhr und habe den persönlich, glaube ich, erst vor zwei oder drei Jahren kennengelernt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): War Herr Karlheinz Muhr mit Leuten aus dem Team von Lehman Brothers, mit dem Projektleiter ständig in Kontakt, oder mit anderen Personen?

Mag. Jürgen Krieger: Ob er ständig in Kontakt war weiß ich nicht. Ich würde einmal annehmen, dass er wahrscheinlich mit Herrn Dr. Marsoner und Herrn Dr. Pignatti in Kontakt und Verbindung gestanden ist. Aber ich kann das am Ende des Tages nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie können uns konkret nicht sagen, welche Leistungen Karlheinz Muhr für Lehmann Brothers tatsächlich erbracht hat. Gab es eine Erfolgsprovision, oder wie war das Vertragsverhältnis ausgestaltet?

Mag. Jürgen Krieger: Auch das kann ich nicht beurteilen, wie ich vorhin gesagt habe. Zur Zeit der Ausschreibung für dieses Projekt war ich seit 3,5 Jahren bei der Bank und relativ Junior. Also diese Themen sind sicherlich nicht mit mir diskutiert worden. Ich habe aber später dann gehört, dass sein Vertrag auf einer Erfolgsprovision aufgebaut ist. Aber was diesen Erfolg auslöst, kann ich nicht beurteilen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Vermutlich wird es der Zuschlag für Lehman Brothers gewesen sein.

Mag. Jürgen Krieger: Kann ich nur mutmaßen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): War Karlheinz Muhr später, im weiteren Vergabeprozess, in irgendeiner Form noch eingebunden?

Mag. Jürgen Krieger: „Vergabeprozess“, was meinen Sie damit: die Privatisierung selber? (*Abg. Mag. Maier: Ja!*) – Für mich nicht visibel.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim dankt – da keine weiteren Zusatzfragen vorliegen – der **Auskunftsperson Mag. Krieger**, verabschiedet diese und **unterbricht** die Sitzung bis zur Anhörung der nächsten Auskunftsperson.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 15.37 Uhr **unterbrochen** und um 15.42 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

15.42

Auskunftsperson Dr. Heinrich Traumüller

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf die unterbrochene Sitzung **wieder aufnehmen** und Herrn **Dr. Heinrich Traumüller** als **Auskunftsperson** willkommen heißen.

Ich mache wieder die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Traumüller, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Heinrich Traumüller. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Beratung in Kenntnis gesetzt. Die Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Das gilt auch für Ihre Funktion als Mitglied einer Auswahlkommission, wofür ebenfalls extra Vertraulichkeit ausgemacht worden war. Das ist vorgestern zur Verlesung gekommen, das gilt auch für heute.

Herr Dr. Traumüller! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um die Personaldaten ersuchen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Claudia Spiegl**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Frau Mag. Spiegl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie auf die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligte hinzuweisen. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Traumüller, möchten Sie heute noch einmal die Möglichkeit wahrnehmen, in einer 10-minütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge zu präsentieren?

Auskunftsperson Dr. Heinrich Traumüller: Nein, danke, Frau Abgeordnete. Ich möchte nur an dieser Stelle eine Bitte äußern. Ich weiß, dass ich das letzte Mal nicht alle Fragen erschöpfend beantworten konnte, weil eben ein anderer Zeuge verständlicherweise aus Zeitnot eingeschoben werden musste. Da stehen sicherlich noch die eine oder andere Frage im Raum, und ich bin ja, wie Sie sehen, sehr gerne und mit Freude bereit, Ihnen da weiterzuhelfen.

Meine Bitte an dieser Stelle wäre nur – mit Rücksicht auf das beiderseitige Zeitbudget, jenes des Ausschusses und auch meines –, dass Sie es mir ermöglichen – und das ist als Bitte aufzufassen –, in der Beantwortung der Fragen möglichst präzise voranzukommen, indem Sie wirklich ganz genau Zeit, Ort, Datum, Uhrzeit und dergleichen präzisieren. Ich ersuche wirklich – und das ist eine Bitte an den Ausschuss – um eine ganz präzise Fragestellung. – Vielen herzlichen Dank.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Rosenkranz das Wort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Traumüller, ganz so kann ich es nicht machen.

Ich möchte auch ein bisschen einleiten. Seit Ihrer letzten Einvernahme hier – das Protokoll von Ihrer Einvernahme liegt uns mittlerweile vor – haben wir auch andere Auskunftspersonen gehört.

Dr. Heinrich Traumüller: Mir liegt das Protokoll leider nicht!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich sage es Ihnen nur. Es wird vielleicht sogar schon im Internet drinstehen. Aber an sich ...

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe es **nicht** erhalten! Das ist mir wichtig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es mag Ihnen wichtig sein, das bleibt Ihnen unbenommen. – Unser Stenographischer Dienst ist da sehr emsig. Das bringt mich jetzt gerade noch auf eine Passage, in der Sie zum Kollegen Pilz gemeint haben:

Er soll jetzt aufpassen und mitschreiben. – Das macht bei uns Gott sei Dank der Stenographische Dienst ganz hervorragend, sodass wir das bereits vorliegen haben. Vielleicht ist es auch schon im Internet einsehbar.

Es geht darum: Wir haben – auch aufgrund der Auskunftspersonen, die wir gestern gehört haben – schon ein sehr rundes Bild bekommen, was die Veräußerung der BUWOG betrifft, sowohl was die Auswahl der Investmentbank als auch letztlich die Vergabe an das sogenannte Österreich-Konsortium betrifft. Es drängt sich da wirklich der ganz massive Verdacht auf, dass bei beiden Vergabeverfahren hinter den Kulissen so gedreht wurde, dass für einen Umkreis um den Minister – wenn schon nicht für den Minister selbst, so doch zumindest für einen Umkreis des Ministers – die **gewünschte Lösung** hervorgekommen ist.

Das sage ich deswegen, weil ich auch gleichzeitig sage: Ich möchte Ihnen jetzt nicht unterstellen, dass Sie das alles bis ins Detail gewusst haben. Sie waren nur Teil des Ganzen. Sie haben dazu Wahrnehmungen gemacht, und dazu möchte ich Sie befragen. Es geht da nämlich um etwas, was auch Sie selbst ausgesagt haben.

Sie haben auf eine Frage hin Folgendes gesagt. Sie erinnern sich vielleicht an das Stichwort Ländermatch-Stimmung, österreichischer Bieter betreffend die Investmentbank, Fußballvergleich und so weiter. Das ist jetzt Ihr Zitat:

„Ich darf als Zeugen dazu auch Herrn Dr. Requat, der vielleicht ohnehin geladen wird, in die ‚Arena‘ bitten, der persönlich vor den diversen Entscheidungen bei mir war und der sehr wohl sein Unternehmen präsentiert hat, mit dem ich sehr wohl geredet habe, der mir sehr wohl über die Situation seines Unternehmens – mehr will ich nicht sagen – Bericht erstattet hat.“

Sie sagen dann weiter auf der nächsten Seite:

„Ich darf wieder beim Fußball bleiben. Der österreichische Verein, der da gespielt hat, hat zur damaligen Zeit ein paar Dutzend Mitarbeiter gehabt. Ich weiß nicht mehr genau, welche Zahl mir Herr Dr. Requat genannt hat. Ich habe ihm sogar – ich sage es offen – die Frage gestellt ... (Abg. **Petzner**: 20 Mitarbeiter!) – 20, sagt Herr Abgeordneter Petzner. Ja, sehen Sie! Das war – und jetzt erlaube ich mir den Ausdruck, nein, den verkneife ich mir –, weil es eben eine reputierliche, eine wirklich hoch angesehene, eine seriöse, eine gut im Lokalmarkt verankerte, aber eben regionale Investmentbank war.“

Daraufhin ist man dann eben – mit Wettbewerbsnachteilen, Professoren, Dr. Schramm und so weiter – dazu gekommen, dass man gesagt hat: Wir müssen doch denjenigen nehmen, der uns da die Welttür ein bisschen aufstößt.

Mit dieser Aussage von Ihnen ist Dr. Requat gleich nach Ihnen in der „Arena“ konfrontiert worden, und er hat gesagt:

„Ich war damals einer der **Leiter** der **CA IB**, die zum damaligen Zeitpunkt sicherlich die führende Investmentbank Österreichs, sicherlich auch eine der führenden Investmentbanken Zentral- und Osteuropas war. Das Unternehmen hat damals so zirka 200, 250 Mitarbeiter beschäftigt und hat in insgesamt 14 Niederlassungen pro Jahr sicher nicht weniger als 2 bis 3 Milliarden € bewegt, eher mehr.“

Dr. Requat hat dann, zur Qualifikation seines Unternehmens befragt, auch gesagt, er hat mehrere Investmentbankpreise in Osteuropa und so weiter bekommen. Auf die Frage hin, dass er da so als Regionaler dargestellt wird, hat er gesagt:

„Das ist unglaublich! Das ist unglaublich, wirklich unglaublich! Ich setze mich doch nicht sechs Monate hin, verhandle Konsortialverträge mit drei, vier sehr, sehr großen und mir wichtigen Firmen, kämpfe das sechs Monate durch, vor dem Hintergrund einer für

mich familiär damals sehr schwierigen Zeit, weil meine Frau schwer krank war, gewinne das ganze Ding – und will es dann nicht haben?! Völlig undenkbar!“

Dr. Requat weiter:

„Ich darf verweisen, dass Richard Ellis“ – das war einer, den er hinzugezogen hatte.

„Noch einmal: Das Konsortium war ein internationales Konsortium, mit österreichischer Beteiligung. Die KPMG ist ja keine österreichische Firma.“

Das heißt, Dr. Requat bringt zum Ausdruck, dass er sehr wohl auch **internationale** Beteiligungen im Konsortium für seine Bewerbung hatte und dass er beim Preis eher aggressiv war.

Dann sagt er noch dazu, dass ihn, bereits bevor das Angebot tatsächlich abgesegnet wurde, Herr Karlheinz Muhr angerufen und schon zu ihm gesagt hat:

„dass wir ungeachtet unserer sehr guten Leistung den Auftrag nicht bekämen, sondern Lehman“.

Das sagt Muhr ihm bereits. Bevor Sie überhaupt in einer entscheidenden Sitzung waren, sagt das Karlheinz Muhr schon dem Dr. Requat!

Dr. Requat weiter: „Das habe ich – können Sie sich vorstellen – nicht als besonders gute Nachricht empfunden und habe gesagt: Fein, wenn das so ist, dann werden wir das vermutlich anfechten!“

Und so weiter. Dann bietet Lehman an, um eben Anfechtung und Ähnliches zu vermeiden: Kann man sich nicht darauf einigen,

„dass die CA IB diese Sache **gemeinsam** mit **Lehman**“

durchführt? – Und dann gibt es sogar noch kurz vor diesen entscheidenden Sitzungen am 5./6. September 2002 – bei der vorigen Auskunftsperson von Lehman ist das ohnehin auch durchgekauft worden – einen ganz seltsamen E-Mail-Wechsel, wo es mit den Daten nicht ganz funktionieren kann.

Was sagen Sie jetzt dazu? Halten Sie nach wie vor aufrecht, dass die CA IB kein **international** entsprechender, renommierter Bestbieter gewesen wäre?

Dr. Heinrich Traumüller: Selbstverständlich ist die CA IB, wie ich immer betont habe, ein sehr reputierliches, ein eben international nicht genug aufgestelltes, aber sehr reputables Unternehmen mit mehr als ausreichender regionaler Verankerung. Einen **Bestbieter** CA IB habe ich nie vernommen, schon gar nicht damals in dieser legendären Sitzung vom 5. 9.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, jetzt kommt es, Sie sagen, es ist gut aufgestellt. Ist in dieser Ländermatch-Stimmung – um bei diesem Vergleich zu bleiben – eigentlich nie der Gedanke gekommen, dass man sagt: Die sind eigentlich gut und könnten das unter Umständen auch machen, wir helfen ihnen, dass sie jetzt sogar eine zusätzliche Visitenkarte bekommen!?

Dr. Heinrich Traumüller: Absolut! Ich finde das eine geniale Idee, wenn ich es offen sagen darf, aus der Wahrnehmung, wie es die Investmentbanker eingeschätzt haben. Ja, das ist einfach in beiden Kombinationen auch diskutiert worden. Ich habe es gesagt: Das war das Ländermatch, ja, der eine mit dem anderen, der mit dem! Die Österreich-Fraktion: Ja, das Stimmungsbild hat sich für die CA IB erwärmt! Wir hätten aus den bekannten Gründen ...

Ich will mich nicht wiederholen! Im Grunde ist das alles schon in der vergangenen Sitzung gesagt worden, und Sie wissen, wie ich es meine.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann gibt es auch einige Passagen, in denen Sie das Verhältnis zu Karl-Heinz Grasser schildern. Grasser hat Sie eigentlich auch nach Ihrem Rückzug als Kabinettschef ja noch beigezogen. Er hat gesagt: Bitte, mach mit bei dieser gesamten Privatisierung!

Kollege Pilz hat sogar gefragt, denn das war ein Mysterium, als am 5. diese Sitzung unterbrochen wurde – Dipl.-Ing. Ramprecht, der gesagt hat, wir müssen jetzt noch den Minister informieren –, wer mit dem Minister gesprochen hat – Karl-Heinz Grasser hat in seiner ersten Einvernahme hier auch nicht sagen können, ob und mit wem er gesprochen hat, Sie haben dann auf die Frage von Kollegen Pilz gemeint, dass der Minister selbstverständlich von **ihnen** informiert wurde, was da tatsächlich passiert ist.

Dann schildern Sie weiter:

„... der Herr Bundesminister hat mich gebeten, zu ihm zu kommen. Da man ein höflicher Beamter ist und sich freut, wenn man zum Herrn Bundesminister gehen darf, bin ich dieser Einladung gerne nachgekommen. Der Herr Bundesminister hat mit mir ein Vier-Augen-Gespräch geführt, bei dem er mir geschildert hat, was im Prozess der Privatisierung“ wichtig sei.

„Er hat mir also die ganze Geschichte erzählt und mich zu meiner Freude, aber auch zu meinem noch heutigen Leid, gebeten, diesen Prozess als Beamter zu begleiten ... Da kann man nicht Nein sagen.“

Das ist verständlich. Und Grasser hat Ihnen zu den Zielen, die er da verfolgt, gesagt:

„Erstens, die vollständige Verwertung der Gesellschaften, zweitens, die Erzielung des höchstmöglichen Erlöses für die Republik Österreich, drittens, die Durchführung dieses Projektes in einem vernünftigen Zeitraum.“

Dann sagen Sie:

„Ich habe nie, in keiner Situation, andere Vorgaben, andere Wünsche, andere Begehrlichkeiten erlebt; das kann ich aus eigener Wahrnehmung ins **Reich der Phantasien** verweisen.“

Da muss ich Ihnen jetzt sagen, da haben Sie wirklich vom Minister oder von wem auch immer nur ein unzureichendes Bild davon bekommen, was sich tatsächlich hinter den Kulissen abgespielt hat. Das mache ich Ihnen jetzt nicht zum Vorwurf ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie sind bei der achten Minute; bitte zur Frage!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, Frau Vorsitzende.

Dr. Heinrich Traumüller: Darf ich eine Klarstellung anbringen, Frau Vorsitzende?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, wenn er die Frage gestellt hat, können Sie antworten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt noch das eine dazu: Wir haben gestern Herrn Dr. Mantler hier gehabt, und er hat gesagt – zum Beispiel nur ein Detail –:

Der Herr Minister hat entschieden, es gibt noch eine Verhandlungsrunde. Und die Kommission soll erst am 13. Juni zusammentreten, nicht am 8.

Waren Sie von dieser Entscheidung informiert und dabei eingebunden? Wie haben Sie diese Entscheidung des Ministers wahrgenommen?

Dr. Heinrich Traumüller: Danke, Herr Abgeordneter, für die Gelegenheit zur Klarstellung! – Tatsächlich ist in der letzten Sitzung herausgearbeitet worden, dass die Information des Herrn Bundesministers für Finanzen über das Stimmungsbild in der Kommission am 5. 9. durch mich erfolgt ist. Ich darf aber eines klarstellen, und ich

glaube, da war ich beim letzten Mal nicht ausreichend präzise in dem – Sie verzeihen – etwas übereilten Bemühen, Ihnen damals ein Gesamtbild des Geschehens zu vermitteln.

Sie müssen einen Aspekt, bitte, noch in Berücksichtigung ziehen, und der ist, glaube ich, nicht ganz unwesentlich. Ich habe, letztlich kann man sagen, als Leiter der Arbeitsgruppe BUWOG-Privatisierung und in meiner Funktion als Sprachrohr des Herrn Bundesministers eben selbstverständlich den Wunsch und auch die Pflicht gehabt, den Herrn Bundesminister **korrekt zu informieren**. Ich bin diesem Wunsch und dieser Pflicht **nicht** während laufender Sitzung nachgekommen, das wäre mir als Beamter der Republik Österreich wirklich nie und nimmer in den Sinn gekommen. Ich habe das in meiner mittlerweile 30-jährigen Karriere **nie** im Finanzministerium wahrgenommen, und mir ist so etwas – jedenfalls mir persönlich – auch nicht bekannt und unbegreiflich.

Meine Vorgehensweise war jene, die Sie angedeutet haben – das ist korrekt –: Ich habe mir einen Termin beim Herrn Bundesminister beschafft, das war aber in gehörigem **zeitlichen Abstand zur Sitzung**, entgegen vielen, jetzt auch medialen Darstellungen. Egal, ich sage klar, wie es war: Ich bin am relativ späten Abend zum Herrn Bundesminister gegangen, habe eben diesen Termin bekommen und habe in kurzer Form berichtet. – Danke.

Was die Frage des Herrn Kollegen Mantler betrifft: Ich war nicht dabei, ich habe leider nicht das Protokoll! Also bitte ich ein bisschen um Verständnis: Da sitzt jetzt eine Auskunftsperson vor Ihnen, die weder das Protokoll kennt, noch mit Dr. Mantler diesbezüglich **Rücksprache** halten konnte, weil ich selbst ja, wie Sie wissen, im Jahr 2004 sämtliche Unterlagen, die ich hatte, der Fachabteilung übergeben habe – durch mein Sekretariat –, und ich habe seither keine Unterlage.

Ich habe vorher mit Mantler nicht geredet. Ich konnte jetzt vor dieser Sitzung nicht Rücksprache halten, weil ich gerade in Vorbereitung auf ein wichtiges Weltbankprojekt in Peru bin und das in kürzester Zeit aufstellen muss. Ich konnte nicht rückfragen, weder Mantler noch sonst jemanden, also habe ich, ehrlich gesagt, **wenige** Details über das Geschehen in Erinnerung. Und das ist genau der Punkt, wo ich Sie bitte würde, mir ein bisschen zu helfen! Wenn Sie mir aus den Protokollen, die Ihnen vorliegen, etwas **präziser** eine Frage stellen könnten, dann tue ich mir etwas leichter, vielleicht auch mit der Erinnerung. Wenn Sie wissen wollen, wie konkret der Ablauf war, bin ich in der jetzigen Situation nicht ganz im Stande, das zu rekapitulieren, mit diesem gewaltigen zeitlichen Abstand und ohne eine Vorbereitungsunterlage.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mir geht es jetzt gar nicht darum, ob Sie Unterlagen haben oder sonst etwas. Ich kann es auch so sagen, da Sie das Protokoll nicht haben:

Herr Mantler hat gesagt, der Herr Minister hat entschieden, dass diese Sitzung der Vergabekommission am 8. Mai nicht stattfindet, sondern auf 13. Mai verlegt wird. Das sei eine Empfehlung der Kommission sogar gewesen und nicht eine einsame Entscheidung.

Welche Wahrnehmung haben Sie dazu? (Dr. **Traumüller**: Keine!) – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir werden kurz noch einmal auf diese Lehman-Vergabe eingehen und dann weitergehen zu jener entscheidenden Sitzung am 7. Juni 2004, wo Sie auch Kommissionsmitglied waren.

Kurz zur Lehman-Vergabe.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Konkret machen wir Ihnen einen Vorhalt und zitieren aus einem „profil“-Artikel:

„Zur Vorbereitung auf eine Ausschussbefragung im Parlament wandte sich der Kommissionsvorsitzende Trabold an Verfahrensanwalt Schramm. Dieser verweigerte allerdings die Herausgabe der Sitzungsprotokolle.“ – Zitatende.

Nämlich die Sitzungsprotokolle jener entscheidenden Sitzungen – 5. September, 6. September 2002, Vergabe Lehman Brothers beziehungsweise unterlegener Bieter CA IB.

Und dann argumentiert Schramm diese Weigerung, diese Sitzungsprotokolle Herrn Trabold für eine Ausschussbefragung hier im Parlament zur Verfügung zu stellen, damit – Zitat –:

„Ober sticht Unter. Ich kann nur eine Weisung von Traumüller bekommen haben.“ – Zitatende.

Dazu gibt es auch einen Aktenvermerk von einem Telefonat mit Oberleitner, der dann sagt – Oberleitner –, dass er diese Entscheidung nicht selber treffen kann, nämlich die Herausgabe der Protokolle, und dass er daher morgen in der Früh Bescheid geben wird.

Haben Sie da über Oberleitner beziehungsweise direkt an Schramm eine Weisung erteilt, dass die Protokolle an den kritischen Kommissionsvorsitzenden Trabold nicht herausgegeben werden dürfen oder nicht?

Falls ja, warum haben Sie diese Weisung erteilt? (*Dr. Traumüller: Keine Wahrnehmung!*) – Haben Sie eine Weisung erteilt? (*Dr. Traumüller: Keine Wahrnehmung!*) – Heißt das nein? (*Dr. Traumüller: Keine Wahr ... Als für mich ist das ...!*) – Wie kommt Schramm zur Feststellung: Ich kann nur eine Weisung von Traumüller bekommen haben.

Dr. Heinrich Traumüller: Da müssen Sie den Herrn – wie heißt er? – Dr. Schramm, glaube ich, steht da oben, fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie. Können Sie das mit einem Ja oder Nein beantworten? Haben Sie an Schramm eine Weisung erteilt, dass Herr Trabold diese entscheidenden Sitzungsprotokolle nicht bekommen darf?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann mich da wirklich nicht erinnern. Es ist ein bisschen viel verlangt nach ... Wie viele Jahre sind das jetzt? – 2003, jetzt schreiben wir 2012 – 9 Jahre.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Fragen wir anders: Können Sie es ausschließen, eine Weisung erteilt zu haben?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also können Sie es auch nicht ausschließen.

Kennen Sie Karlheinz Muhr? Den werden Sie kennen, oder?

Dr. Heinrich Traumüller: Nur aus den Medien. (*Abg. Petzner: Nicht persönlich?*) – Ich habe ihn sicher persönlich einmal am Gang gesehen und vielleicht einmal die Hand gegeben, aber es hat ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie in der Causa Muhr, der ja 433 000 € kassiert hat dafür, dass Lehman den Auftrag bekommen hat – haben Sie mit dem im Zusammenhang mit der Vergabe an Lehman Brothers irgendetwas zu tun gehabt? (*Dr. Traumüller: Niemals!*) – Hier irgendwelche Aktivitäten gesetzt in diesem

Zusammenhang? **Nie** Aktivitäten gesetzt? (**Dr. Traumüller: Niemals!**) – Gut, das ist sehr spannend, denn eine Aktivität ist zumindest dokumentiert.

Ich halte Ihnen vor ein Mail von Pfander von Lehman Brothers an Sie, Heinrich Traumüller, vom 23.7.2003, wo Pfander schreibt:

„Sehr geehrter Herr Dr. Traumüller, anbei finden Sie die modifizierte Aussage von Lehman Brothers zur Parlamentsanfrage mit Stand vom 23. Juli.“ – Zitatende.

Da dürfte die Frau Moser wieder irgendwas gemacht haben, dass man da nervös geworden ist im Finanzministerium und Lehman Brothers da irgendwie die Parlamentsanfrage beantwortet.

Und jetzt kommt's:

„Wir sind intern noch auf einen kleinen Lapsus aufmerksam geworden.“ – Zitatende.

Der **kleine Lapsus** wird dann wie folgt ausgeführt:

„Herr Muhr war als Gesellschafter an der Volaris beteiligt. Wir würden vorschlagen dies noch zusätzlich zu ändern.“ – Zitatende.

„Mit freundlichen Grüßen JPPfander.“ – Zitatende.

Dieser „kleine Lapsus“, wie das Lehman nennt, bedeutet, dass in Wahrheit über diese Volaris, wo Muhr Gesellschafter war, genau diese 433 000 € Geld geflossen sind, dafür, dass Lehman den Auftrag bekommen hat, an den Karlheinz Muhr als Freund vom Karl-Heinz Grassner. Wobei – ich verweise auf einen „FORMAT“-Bericht vom vorigen Freitag – der Richter feststellt, dass der Herr Muhr sogar Schwierigkeiten hat, da irgendwie seine Leistung bei der Volaris in diesem Zusammenhang nachzuweisen.

Was können Sie sagen zu diesem E-Mail? Warum hat Sie Lehman auf diesen kleinen Lapsus aufmerksam gemacht? Was ist dann in Folge geschehen im Finanzministerium? Und was hat man denn dann noch geändert im Zusammenhang mit dieser Parlamentsanfrage?

Dr. Heinrich Traumüller: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich bin wirklich ehrlich bemüht, aus der Erinnerung die Dinge zu rekonstruieren. Aber das ist im Einzelfall dann wirklich schwierig. Was ich hier dem Dokument entnehmen kann, das Sie mir vorgelegt haben, handelt es sich um die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage. Der Nationalrat hat in Ausübung seiner Rechte eine Anfrage offenbar an das BMF gestellt.

Dann gab es offenbar, weil ich unten den Herrn Mag. Wallner erwähnt finde, eine korrekte Befassung der Präsidialabteilung des BMF, die eben genau dafür geschaffen wurde, um derartige Anfragen parlamentarisch zu behandeln. Und da ist nichts anderes geschehen, so interpretiere ich jedenfalls dieses Mail, als dass der Mag. Wallner, auf den Bezug genommen wird, über mich geschickt wurde und offenbar ... – Wie heißt es unten sogar? – Krieger schreibt an Wallner.

Ich kann es jetzt im Einzelnen nicht interpretieren. Ich würde das einmal so einschätzen, versuchend eine Rekonstruktion, dass für die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des österreichischen Parlaments eine Information von Lehman Brothers benötigt wurde, die die von Ihnen geschilderte Causa betroffen hat. Dementsprechend ist, wie es international absolut üblich ist, an den zuständigen Fachbeamten des BMF, also in dem Fall an mich als den mit der Leitung der Arbeitsgruppe BUWOG befassten Beamten, die Information gerichtet worden.

Im Klartext: Lehman Brothers hat an den zuständigen Beamten, der die Arbeitsgruppe geleitet hat, die nötige Information geliefert, die wiederum die Präsidialabteilung des

Hauses benötigt hat, um eine parlamentarische Anfrage der Republik Österreich korrekt zu beantworten. Nichts anderes ist das. Das ist jetzt im verkürzten Sinn ein **Durchläufer**.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein. Der entscheidende Punkt ist, dass man auf Basis einer Parlamentsanfrage nervös geworden ist, weil man auf den „kleinen Lapsus“, wie die das nennen, draufgekommen ist, nämlich dass der Herr Muhr Gesellschafter bei der Volaris ist.

Seit wann ist Ihnen bekannt, konkret, dass der Herr Muhr 433 000 € kassiert hat über die Volaris von Lehman Brothers?

Dr. Heinrich Traumüller: Seit es das erste Mal in den österreichischen Medien aufgetaucht ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Damals im Juli 2003, wo Sie Lehman darauf aufmerksam macht, dass Muhr Gesellschafter bei der Volaris ist, da haben Sie das nicht hinterfragt, warum das als „kleiner Lapsus“ bezeichnet wird, warum das ein Problem sein soll?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal: Ich war nicht derjenige, der das inhaltlich bearbeiten musste. Ich war nur der ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber das Mail ist an Sie gegangen.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, ich habe ja gesagt, ein **Durchläufer**. Das heißt nicht, dass im BMF üblich ist, dass jener Beamte, der eben höchstrangig ist, das bearbeitet. Das wird von Referenten bearbeitet. Das ist ein Durchläufer, also von der höheren auf die niedrigere Instanz durchgereicht. Und genau so war das offensichtlich hier.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist Ihnen im Zuge des Vergabeverfahrens an die Investmentbank jemals Herr Muhr persönlich irgendwie untergekommen? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Haben Sie mit dem Kontakte gehabt? (*Dr. Traumüller: Nein, null Kontakt! Wie gesagt, ich weiß nicht einmal, ob ich ihm je die Hand gereicht habe.*)

Herr Requat hat hier unter Wahrheitspflicht bestätigt, dass Muhr ihn angerufen und gesagt hat – vor der Kommissionsentscheidung, ein bis zwei Tage –, dass es Lehman wird. Wie können Sie sich das erklären?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich muss mir nichts erklären, was andere Auskunftspersonen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der hat das unter Wahrheitspflicht gesagt. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Woher wusste Muhr zwei Tage vorher, dass die Kommission am 6.9. sagen wird, es wird Lehman? (*Dr. Traumüller: Keine Wahrnehmung!*) – Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass dann der Herr Requat gesagt hat: Ich fechte das Ganze an, das ist ein Wahnsinn., und daraufhin Muhr ihm angeboten hat: Machen wir einen Deal und ihr werdet Subauftragnehmer von Lehman.

Dr. Heinrich Traumüller: Keine Wahrnehmung. (*Abg. Petzner: Auch keine Wahrnehmung?*) – Absolut keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir gehen weiter zu einer anderen entscheidenden Sitzung, wo Sie auch wieder federführend tätig waren, nämlich zur Sitzung vom 7.6.2004. Sie waren ja auch Kommissionsmitglied dieser Kommission, die das Bieterverfahren begleitet hat. Da haben wir jetzt auch die Teilnehmer dieser Sitzung vom 7. Juni 2004 im gelben Salon des Finanzministeriums. Der Herr Krieger hat ausgesagt, dass das Finanzministerium zu dieser Sitzung, er nennt es Sitzung, ich

nenne es interne Besprechung – es war ein sehr kleiner Teilnehmerkreis, der Herr Pilz konnte auch die Teilnehmer ganz konkret festmachen, er wird Sie dazu dann sicher auch noch befragen –, eingeladen hat.

Ist das korrekt? Wer vom Finanzministerium hat denn da warum zu dieser ganz geheimen und im ganz kleinen Kreis stattfindenden Sitzung im Finanzministerium eingeladen?

Dr. Heinrich Traumüller: Noch einmal. Da handelt es sich um ein Geschehen mit achtjährigem Abstand, und ich vermag das aus heutiger Sicht wirklich nicht zu rekonstruieren. Das ist ein operativer Akt, den wahrscheinlich das Sekretariat ... – Aber ich soll ja nicht **Vermutungen** hier in den Raum stellen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diese Sitzung hat stattgefunden in der Kanzlei Freshfields, während die Kommissionssitzungen immer im BMF stattgefunden haben. Warum wechselt man da die Location, trifft sich in der Anwaltskanzlei am 7.6. in einer ganz kleinen Runde?

Dr. Heinrich Traumüller: Da darf ich Ihnen versichern, Herr Abgeordneter, dass das eine regelmäßig praktizierte Vorgangsweise war, die ich persönlich wahrgenommen habe. Ich habe mehrmals in meiner Funktion als mit der Privatisierung beauftragter Arbeitsgruppenleiter dort Nachschau gehalten und habe bei Lehman eben immer wieder festgestellt, wie der Prozess läuft, wie er dokumentiert wird, wie eben der Stand der Dinge ist und rechtliche Fragen entgegengenommen, die wiederum ich an die Finanzprokuratur und hin und her gespielt habe.

Im Klartext: Ich habe diese Rolle sehr operativ besetzt und einfach dort die Räume für meine Besprechungen – meine, Sie verzeihen, ich war der Arbeitsgruppenleiter – genutzt, und da wurden in verschiedenen Situationen selbstverständlich Treffen dort abgehalten. Das ist völlig normal, weil Sie auch wissen müssen, dass die Seilergasse sehr nahe zum Ministerium ist und das einfach dort war, wo die meisten Arbeitsunterlagen waren, wo man sich sinnvollerweise hat treffen können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist in dieser Sitzung am 7. Juni entschieden worden, in dieser Sitzung dieser kleinen Runde, ja, wo genau alle Leute dort waren, die im Verdacht stehen, da irgendetwas gedreht zu haben. Da sind nur die Entscheidungsträger versammelt, und die entscheiden dort am 7. 6., wo es kein Protokoll gibt zu dieser Sitzung, sondern nur Ihre handschriftlichen Aufzeichnungen: Wir machen am 8. keine Kommissionssitzung, brauchen wir ohnehin nicht.

Eine Person von Lehman, Herr Krieger, hat das so argumentiert, dass man dort dann gesagt hat: Die Entscheidungen sind gefallen, wir brauchen am 8. keine Kommissionssitzung mehr.

Auf meine Frage hin – Waren alle Kommissionsmitglieder anwesend am 7.6.? – hat er gesagt: Nein, aber entschieden worden ist trotzdem.

Jetzt frage ich Sie noch einmal, weil Sie da ja auch dabei waren: Wer hat entschieden? Wer hat dort warum entschieden, dass man am 8.6. die offizielle Sitzung der Kommission absagt, wo es ein offizielles Protokoll geben würde, hätte sie stattgefunden? Wer hat das warum entschieden? Und welche Entscheidungen sind da sonst noch getroffen worden am 7.6.2004 in dieser Sitzung?

Denn die ist auch deswegen entscheidend – Schlusspunkt –, weil Lehman-Vertreter Krieger hier ebenfalls bestätigt hat, dass dieses Dokument, wo drinsteht, die CA Immo kann nicht weiter, hat ein Gesamtinvestitionsvolumen von 960 Millionen €, dort an alle verteilt wurde. Alle haben es gelesen und es ist darüber diskutiert worden. Dann hat er es wieder eingesammelt.

Was ist passiert in dieser Sitzung am 7.6. zu diesen Themenbereichen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe da nahezu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben keine Wahrnehmung dazu, wer am 7.6. entschieden hat, dass am 8.6. die offizielle Kommissionssitzung jener Kommission, die das eigentlich hätte alles machen sollen, abgesagt wird? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Wissen Sie nicht? (*Dr. Traumüller: Weiß ich nicht!*) – Aber die Sitzung am 8. hat nicht stattgefunden, oder? (*Dr. Traumüller: Also bitte, Herr Abgeordneter, ...*) – Hat sie stattgefunden oder nicht? (*Dr. Traumüller: Ich weiß es nicht!*) – Nein, hat sie nicht. Also irgendwer muss es entschieden haben? Wissen Sie nicht? (*Dr. Traumüller: Keine Wahrnehmung!*) – Gut.

Können Sie sich daran erinnern, dass Lehman Brothers eine Unterlage an diesem 7.6.2004 ausgeteilt hat, wo diese Zahl „960 Millionen“ im Zusammenhang mit der CA Immo draufgestanden ist?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich glaube schon. Das hat es schon gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, und dann hat man dort drüber diskutiert. Was hat man denn da dann diskutiert?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann, wie gesagt, in dem langen zeitlichen Abstand nur berichten, wie das gelaufen ist. Es war eine ständig geübte Praxis in diesem Privatisierungsprozess, dass ausnahmslos die Experten diejenigen waren, die die Angebote im physischen Sinn entgegengenommen und ausgewertet haben. Dann haben die eben in solchen Sitzungen Bericht erstattet.

Das hat sich über alle fünf Runden hingezogen. Das war eben die **Routine**, wie sie international üblich ist. Was im Einzelnen dort besprochen wurde, ich glaube, Sie werden von mir nicht erwarten, dass ich jetzt ein Wortprotokoll gebe. Aber, wie gesagt, die korrekte Vorgangsweise war immer jene, dass entweder Mag. Krieger, der gerade hier war, oder Dr. Pfander oder sonstige Mitarbeiter von Lehman Brothers – eher selten, aber doch vereinzelt – eben als Experten berichtet haben und die Kommission einfach das entgegengenommen hat und dann der Rat dieser Experten eingeholt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage für die erste Runde, ganz kurz: Können Sie ausschließen – ich formuliere das bewusst so –, nachdem wir jetzt wissen, dass an diesem 7.6. dort genau diese Grenze bekannt war, dass eine der wenigen Personen, die an dieser informellen, nicht protokollierten, fast geheimen Sitzung am 7.6. teilgenommen haben, dass eine dieser Personen diese Information, diese Zahl an den Herrn Meischberger weitergegeben hat, der es wiederum an den Herrn Hochegger weitergegeben hat, der es wiederum an den Herrn Petrikovics weitergegeben hat, und damit war die Sache erledigt? Können Sie das ausschließen, dass einer dieser wenigen Teilnehmer geplaudert hat?

Dr. Heinrich Traumüller: Das kann ich persönlich nicht ausschließen. Ich darf hier ja nur aus meiner **eigenen Wahrnehmung** berichten. Ich habe dergleichen nie wahrgenommen und auch nichts, was dazu passen könnte.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Herr Dr. Traumüller! Es hat immer wieder Jours Fixes-Sitzungen gegeben mit Lehman Brothers und auch mit Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen des Finanzministeriums. Waren Sie an diesen Jours Fixes-Sitzungen Ihrer Erinnerung nach großteils anwesend? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Und auch der Herr Oberleitner?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, sicher öfters

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Mich interessiert nämlich auch die Aufgabenteilung beziehungsweise das Verhältnis zwischen Ihnen als Kabinettschef (*Dr. Traumüller: Ich war nicht Kabinettschef!*), als Beamter und dem Herrn Oberleitner.

Wie können Sie uns das schildern zu dieser Zeit?

Dr. Heinrich Traumüller: Zu dieser Zeit war Mag. Oberleitner im Kabinett, und ich war Beamter, stellvertretender Präsidialchef des BMF in der Funktion des zuständigen Arbeitsgruppenleiters.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich frage Sie deswegen, denn wir haben – wie Sie vorhin schon gehört haben – den Herrn Krieger als Auskunftsperson vor Ihnen hier gehabt, und der hat eben gemeint, im Jour Fixe war Oberleitner immer dabei, das haben Sie jetzt auch bestätigt, aber die Entscheidungen sind eigentlich immer von Traumüller gefallen, deswegen frage ich noch einmal nach.

Dr. Heinrich Traumüller: Welche Entscheidungen? Darf ich um eine Präzisierung der Frage ersuchen.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Ich denke mir, wenn man Jour Fixe-Besprechungen hat und Lehman Brothers ist als Berater tätig in diesem ganzen Prozess, dass man natürlich auch Entscheidungen im Laufe des Prozesses fällen muss, in welche Richtung man weiter vorgehen soll.

Dr. Heinrich Traumüller: Absolut ja. Da liegen Sie vollkommen richtig. Das war eine rein technische Prozedur, wo es im Prinzip darum gegangen ist, Busse für diverse Rundfahrten durch Österreich oder – was sage ich jetzt? – Datenräume für die Lagerung des Materials für die Due Diligence oder Kontaktpersonen in der Finanzprokuratur oder dergleichen mehr zu definieren. Mit einem Wort: Dort wurden technische Dinge abgehandelt, die für die Strukturierung des Prozesses notwendig waren. Es wurden nie inhaltliche Themen behandelt, also dort wurden technische Sachen entschieden.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Gehen wir noch einmal zurück zu diesen zwei entscheidenden Tagen, also ich meine den 5. und den 6. September. Sie haben das letzte Mal ja sehr schön geschildert, welche Emotionalität zwischen den beiden Sitzungen oder in den Sitzungen war. Sie haben, glaube ich mich zu erinnern, gesagt, dass Sie Herrn Minister Grasser davon informiert hätten, was bei dieser Sitzung geschieht. Liege ich da richtig?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist korrekt.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wann haben Sie das gemacht?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe schon vorhin kurz die Ehre gehabt, das aufzuklären. Ich habe das mit gehörigem zeitlichen Abstand zur Sitzung gemacht, und zwar im Laufe des späten Abends jenes Tages.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Also am 5.? (*Dr. Traumüller: Ja, am 5.!*) – Ich stelle mir das so vor: Man informiert sich immer gegenseitig, damit der Minister natürlich auch am Laufenden ist. Ich frage Sie das deswegen so provokant, damit wir das auch im Protokoll haben.

Hatte Finanzminister Grasser Ihrer Wahrnehmung nach einen Wunschkandidaten? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Uns ist heute aufgefallen beziehungsweise hat sich der Verdacht erhärtet, dass es in einem laufenden Bietverfahren Kontakt zu einem Bieter gegeben hat. Es gibt da besagtes E-Mail. Da sind jetzt nicht Sie direkt angesprochen, sondern mich interessiert eigentlich nur Ihre Wahrnehmung.

Herr Krieger hat vorher ausgesagt, dass es Kontakte mit Herrn Marsoner und mit Herrn Oberleitner gab. Das ist alles rund um den 5. und 6. September gewesen. Das Erstaunliche an dieser ganzen Geschichte ist eigentlich – ich erzähle Ihnen das jetzt nur –, dass Herr Krieger ein E-Mail an Herrn Marsoner geschickt hat mit dem Inhalt, dass es selbstverständlich ist, dass eine Neueinbindung eines Subunternehmens ins Angebot reinkommt – damit meine ich die Subunternehmerschaft der CA Immo bei Lehman Brothers. Herr Oberleitner leitet das sofort an Herrn Schramm weiter.

Heute haben wir Herrn Krieger befragt und waren irgendwie erstaunt. Die eine Sitzung beginnt am 5. September. Am 6. September noch vor Beginn der zweiten Sitzung macht Herr Krieger bereits einen Entwurf, dass die CA Immo als Subunternehmer tätig sein wird. Herr Krieger meinte, dass das auf Aufforderung beziehungsweise in Absprache mit dem Kabinett war.

Hatten Sie da eine Wahrnehmung? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Aber grundsätzlich waren Sie mit Herrn Oberleitner zu dieser Zeit in ständigem Kontakt? Das kann ich mir vorstellen, in einer monokratischen Struktur.

Dr. Heinrich Traumüller: Absolut, wir waren ständig sozusagen wie im Doppelpaarlauf unterwegs.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Das ist ja das Interessante. Das ist ein auffälliger Ablauf, möchte ich fast sagen, insbesondere auch deswegen, weil Lehman dieses Schreiben darüber, den Subunternehmer ins Angebot aufzunehmen, auf den 4. September gesetzt hat, also noch bevor die erste Sitzung überhaupt begonnen hat. Gefaxt wurde das Ganze dann am 6. September. Das sind so zeitliche Abläufe, wo man sich eben fragt, wie das sein kann.

Aber Sie hatten kein Wissen darüber, sagen Sie? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Dann darf ich Sie, nur weil es mich interessiert, noch fragen: Hat Herr Neudeck in irgendeiner Art und Weise in diesem gesamten Verfahren irgendwie eine Rolle gespielt?

Dr. Heinrich Traumüller: Herr Neudeck war der Wohnbausprecher der FPÖ, der hier im Nationalrat tätig war und, glaube ich, im Zuge diverser parlamentarischer Anfragen, die er gestellt hat ... – Ich kann es im Detail nicht sagen, aber was ich damit ausdrücken will, ist Folgendes: Herr Abgeordneter Neudeck, ein vom Nationalrat der Republik Österreich befugtes Organ, der offensichtlich einen Kommunikationsbedarf in das BMF hatte, wie alle anderen Abgeordneten auch ...

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Darf ich Ihnen nur zwei Teile Ihrer Mitschrift geben, damit Sie da mitschauen können. Ich weiß, Sie haben letztes Mal gesagt, das ist keine Lesestunde. (*Dr. Traumüller: Na, ich mache Ihnen zuliebe eine Ausnahme!*) – Mich würde es nur interessieren.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Auf Seite 28 steht unten, in der letzten Zeile – wenn ich das richtig entziffere –:

Neudeck: CA Immo wäre politisch vorteilhafter.

Dr. Heinrich Traumüller: Schauen Sie: Das ist eine Aussage eines Abgeordneten der Republik Österreich, der, wie gesagt, in seiner verfassungsmäßig legitimierten Funktion bestimmte Interessen zum Ausdruck bringt. Das ist Politik, das ist Selbstverständlichkeit, das ist einfach das Spiel der Kräfte, wie es der Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung Hans Kelsen wohl vor Augen hatte.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Wenn Sie jetzt noch das zweite Blatt in die Hand nehmen würden, das ist die Seite 42 Ihrer Mitschrift. Ich weiß nicht,

ob ich das richtig entziffert habe. Hier komme ich auch wieder zum untersten Teil des Blattes, wo auch Neudeck steht, und ich glaube, das heißt:

Finanzielle Klarstellung goldwert.

Würden Sie das bestätigen? (**Dr. Traumüller:** Ja!) – Können Sie sich erinnern, in welchem Zusammenhang „goldwert“ in diesen ganzen Verhandlungen eine Rolle gespielt hat? Das ist so eine Begrifflichkeit, die seltsam klingt.

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, ich habe da keine Erinnerungen mehr.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Sie haben für sich selbst Notizen gemacht, weil Sie gesagt haben, Sie wollen von dem ganzen Prozess eine Mitschrift haben. Sie haben immer HBM abgekürzt und, wenn Sie von Neudeck drei Zeilen hinauf schauen, steht da MR.

Können Sie sich noch erinnern, welche Abkürzung das sein könnte?

Dr. Heinrich Traumüller: Ramprecht, nehme ich mal an.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Michael Ramprecht?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich *nehme an*, ich vermute Michael Ramprecht.

Abgeordnete Mag. Sonja Steßl-Mühlbacher (SPÖ): Sie waren ja Kommissionsmitglied. Ich rede jetzt wieder von der Sitzung im September. Was war Ihnen persönlich in dieser Runde bei den Vergabekriterien wichtig? War es Ihnen wichtig, ob, wenn man sich jetzt zwei Bieter ansieht, in irgendeinem Anbot von den beiden eine gewisse Flexibilität herrscht?

Dr. Heinrich Traumüller: Wie gesagt, ich bin nicht der Fachmann gewesen, der das zu beurteilen hatte. Die Wahrnehmung, die ich aus der Präsentation der Professoren habe, war, dass es auf die Qualität des Angebotes ankommt. Die haben das sehr genau mit dem Matrixmuster dekliniert. Da gibt es eine Unzahl an definierten Kriterien, die eben sicherlich auch den Aspekt der Flexibilität beinhalten. Ich habe das noch sehr genau in meinem Kopf in Erinnerung und ich glaube mich tatsächlich zu erinnern, dass da der Punkt Flexibilität und Internationalität erwähnt wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben uns das letzte Mal ja schon sehr geholfen. Durch die ganzen Befragungen – Kollege Rosenkranz hat mich auf das gebracht – sind wir bis auf wenige Punkte, die wir uns noch ein bisschen genauer anschauen müssen, eigentlich in der Lage, die politische Verantwortung sowohl für Lehman als auch für die BUWOG-Vergabe zu klären. Das werden wir dann mit Mag. Grasser machen. Das ist eine meiner Meinung nach schon vollkommen eindeutige Angelegenheit.

Die einzige große Frage, die offen ist, ist, wer die Schmiergelder in der Höhe von 9,9 Millionen € über Zypern bekommen hat. Das ist eine Angelegenheit des Staatsanwaltes. Das werden wir nicht im Rahmen dieses Untersuchungsausschusses klären.

Ein paar Rest-Informationen brauche ich von Ihnen noch, nachdem Sie uns das letzte Mal schon in entscheidenden Punkten geholfen haben. Am 5. September 2002 – wir bleiben jetzt kurz bei der Lehman-Geschichte und kommen dann länger zur Geschichte im Juni 2004 – um 9.10 Uhr trifft sich die Kommission, um 13.05 Uhr wird sie vertagt. Was da geschehen ist, bin ich mit Ihnen gemeinsam durchgegangen. Einen Teil haben Sie selbst vorgelesen, bei einem Teil habe ich Lesehilfe gegeben.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt: Sie treffen sich mit dem Minister. Wir haben schon festgestellt, dass der Ausschuss nicht gesagt hat: Herr Dr. Traumüller, seien Sie so lieb

und rufen Sie den Minister an. Das war eine eigene Initiative, das ist von Ihnen ausgegangen. Wann haben Sie den Minister angerufen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe den Minister nicht angerufen, Herr Abgeordneter. Ich habe vorhin schon klargestellt, dass das der übliche Vorgang war, nämlich jener, dass ich zum Kabinett des Herrn Bundesminister Kontakt aufgenommen habe. Da saß im Vorzimmer Frau Jessenitschnig oder die Frau Scholz, das waren die Damen, die für die Terminkoordination zuständig waren. Sie haben es übernommen, einen Termin einzutakten. Das war an jenem Tag sehr schwer möglich, weil extreme Arbeitsbelastung des Herrn Bundesministers geherrscht hat.

Ich kann mich heute noch ganz genau erinnern, ich bin am Abend ziemlich lange in meinem Zimmer gesessen und war eigentlich mit meiner Arbeit schon fertig. Ich habe mich ein bisschen geärgert, weil ich eben noch dableiben musste. Ich sehe mich heute noch die Zeitung lesen, weil ich sonst keine weitere Arbeit vorgefunden habe an diesem Tag und immer noch gewartet habe. Es hat ziemlich lange gedauert, bis ich dann endlich den offiziellen Termin beim Herrn Bundesminister erhalten habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Um wie viel Uhr war der Termin dann?

Dr. Heinrich Traumüller: Also ich kann mich erinnern, dass es ziemlich spät am Abend war. Wenn Sie mich jetzt nach der Uhrzeit fragen, muss ich wirklich schmunzeln, denn das ist ein bisschen viel verlangt bei dem zeitlichen Abstand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber spät, das kann sein 21 Uhr, 22 Uhr.

Dr. Heinrich Traumüller: Das deckt sich in etwa. Ja, das könnte es gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie und andere Auskunftspersonen auch haben uns gesagt, dass sich der Minister in ein laufendes Vergabeverfahren, wenn alles völlig normal läuft, nicht einmischte. Was war so dringend, dass Sie so lang warten, Zeitung lesen? Was war so wichtig, dass Sie den Minister unbedingt an dem Abend informieren mussten?

Dr. Heinrich Traumüller: Da muss ich auch schmunzeln. Das war, wie gesagt, meine Funktion als Leiter der Arbeitsgruppe Privatisierung. Das war einfach selbstverständlich. Ich muss schmunzeln, denn das ist einfach das Selbstverständlichste der Welt. Was soll in einem Ministerium geschehen, wenn nicht, dass der Herr Bundesminister über die getroffenen Entscheidungen ... – Entschuldigung: Entscheidungen ist in dem Zusammenhang völlig unzutreffend. (*Abg. Dr. Pilz: Nein, nein, das ist schon richtig!*)

Jedenfalls, auf gut Deutsch: Der Minister muss doch bitte von den zuständigen Beamten informiert werden. Es wäre wohl das Letzte, wenn man ausgerechnet ihm, dem berufenen, verfassungsmäßigen Organ, die notwendige ... (*Abg. Dr. Pilz: Worüber?*) – Na über das, was eben tatsächlich am Ende war, wie das Stimmungsbild ausgeschaut hat. Das eben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ja gesagt, es ist nichts Besonderes geschehen, es wurde ein bisschen geschrien, aber sonst ist ja nichts Besonderes geschehen. Es ist eh alles in Richtung Lehman gegangen. Was war denn so Besonderes zu berichten? Sie haben vorher gesagt – ganz kurz, vielleicht war das ein Versprecher –, dass es ja selbstverständlich ist, den Minister über **Entscheidungen** zu informieren. Über welche Entscheidung am Fünften?

Dr. Heinrich Traumüller: Es gab keine Entscheidung, wohl eher, wenn man das Wort Entscheidung überhaupt in den Mund nehmen kann, gab es eine dahin gehend, dass das nicht zu Ende gebracht werden konnte. Es waren in der Kommission ja eine Vielzahl an Fragen offen, die Professoren waren unter sich uneinig, sie wussten nicht,

ob eine Verbriefungsvariante rechtlich durchführbar ist. Im Trio der Professorenschaft waren wiederum Meinungsverschiedenheiten sichtbar. Es hat also eine Vielzahl an Gründen dafür gegeben, warum das einfach an dem Tag nicht entschieden werden konnte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also Sie haben Mag. Grasser gesagt, was da eben geschehen ist und so weiter. *(Dr. Traumüller: Das Wort Entscheidung ...!)* Wie lange hat das Gespräch gedauert?

Dr. Heinrich Traumüller: Das Gespräch war kurz, das war ein Fünf-Minuten-Gespräch, weil der Minister an diesem Tag wirklich extremen, wie an allen Tagen sonst ... *(Abg. Dr. Pilz: Ja, okay!)* Jeder, der je im BMF gearbeitet hat, wird das bestätigen, er hat rund um die Uhr gearbeitet. *(Abg. Dr. Pilz: Ein Fünf-Minuten-Gespräch!)* Das war eine Frage zwischen Tür und Angel, ein Fünf-Minuten-Gespräch darüber, was in der Sitzung war. Unterbrochen haben wir ... *(Abg. Dr. Pilz: Ich habe schon verstanden!)* – Sie schlagen das jetzt so scharf in den Vordergrund, dass ich wirklich darauf antworten möchte. Der Minister hat eben aufgrund seiner Arbeitsbelastung keine Zeit gefunden. Das war an dem Tag nicht anders, als an jedem anderen auch, und ein Beamter muss warten, bis er einen Termin kriegt. Es gibt Tage und Wochen, wo man überhaupt keinen bekommt. Das war in der Situation absolut dasselbe. Ich war froh, dass ich überhaupt am Abend einen bekommen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Hat Ihnen der Minister zum Abschluss des Gespräches irgendetwas mitgeteilt?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja: Wann seid ihr endlich fertig? *(Abg. Dr. Pilz: Sonst nichts?)* – Sonst nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollte er wissen, wer den Zuschlag bekommt? *(Dr. Traumüller: Nein!)* – Das wollte er nicht wissen? *(Dr. Traumüller: Nein!)* – Es zieht sich auch durch, dass er sich für das nie interessiert hat.

Wie ist es am nächsten Tag weitergegangen? Haben Sie dann der Kommission gleich berichtet: Ich war beim Minister. *(Dr. Traumüller: Nein, natürlich nicht! Da muss ich schmunzeln!)* – Warum „natürlich nicht“? Ich weiß nicht, warum Sie immer schmunzeln müssen.

(Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Heinrich Traumüller: Entschuldigung, das haben Sie jetzt wirklich in scharfem Ton vorgetragen, aber ich muss eben innerlich schmunzeln. Was soll ich berichten? – Ich war beim Minister, ich habe gesagt: Wir sind nicht fertig, und morgen ... *(Abg. Dr. Pilz: Haben Sie die Kommission informiert, dass Sie beim Minister waren?)* – Ja, sicher habe ich das gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da kann sich aber niemand erinnern.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, dann haben sie offensichtlich Vergesslichkeitslücken, aber das kommt vor.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, da haben Sie vollkommen recht. – Um wie viel Uhr ist die Sitzung fortgesetzt worden?

Dr. Heinrich Traumüller: Bitte, ich habe kein photographisches Gedächtnis, und schon gar keinen eingebauten Zeitmesser.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Sitzung ist um 12 Uhr fortgesetzt worden.

Dr. Heinrich Traumüller: Aha, ich nehme an, Sie haben das den Unterlagen entnommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum hat das Kabinettsmitglied Oberleitner um 9.14 Uhr bereits den Rechtsanwalt Schramm informiert, dass der Gewinner dieses Verfahrens eine Investmentbank – und es hat sich offensichtlich um die CA Immo IB gehandelt – als Subauftragnehmer einbinden soll? Drei Stunden **vor** Fortsetzung der Sitzung! Warum?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe dazu keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist hinter Ihrem Rücken geschehen? Stellen Sie sich das einmal vor! Sie reden am Abend noch mit dem Minister. Sie sind das „Sprachrohr“ des Ministers, Sie sind der „Spatz“, der den Minister im Ausschuss vertritt. Der Haupt-„Spatz“ des Ministers macht sich am nächsten Tag auf den Weg in den Ausschuss, der geht um 12 Uhr los. Und was geschieht hinter dem „Spatzen“-Rücken? – Die Beteiligten Marsoner, Krieger und ein Kabinettsmitglied sagen: Wir wissen eh schon, wer gewinnt und setzen schon einen Vertrag für die Einbeziehung des Subauftragnehmers, und zwar des unterlegenen Bieters, auf!

Frage: Ist das wirklich vorstellbar, dass das hinter dem Rücken des Minister-Sprachrohrs geschieht?

Dr. Heinrich Traumüller: Da muss ich auch ein bisschen schmunzeln. Also am Ende des Tages war ich Beamter und habe sehr viel Arbeit gehabt. Dass es noch andere Personen in den Ministerien gibt, die ihnen zugewiesene Rollen wahrnehmen, ist, glaube ich, hinlänglich bekannt. Man soll in den Amtskalender schauen, da wird man von der Spitze weg – der Herr Bundesminister, der Herr Staatssekretär, die Kabinette, das Büro des Herrn Staatssekretärs, und dergleichen mehr – hunderte Leute finden, die verschiedene Funktionen wahrnehmen, politische, administrative. Das ist die in der Verfassung vorgesehene Realität. Was sonst soll dort geschehen, als dass diese Leute arbeiten und kommunizieren? Was sonst soll geschehen, als dass die miteinander reden?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Traumüller, wir sind jetzt bei keinem Staatsbürger-Test. *(Dr. Traumüller: Ich bin erstaunt über Ihre Frage, Herr Dr. Pilz!)* Wir brauchen jetzt die Funktionsprinzipien dieser Republik nicht durchzugehen. Es geht schlicht und einfach nur darum, dass Sie meine Fragen beantworten.

Wir haben folgende Situation: Das Sprachrohr des Ministers kommt gerade vom Minister und bereitet sich auf die Fortsetzung der Sitzung der Kommission um 12 Uhr vor. Ohne sein Wissen, hinter seinem Rücken, tritt in Vertretung des Ministers das Kabinettsmitglied Oberleitner auf und beginnt einen Mailverkehr, über den wir verfügen, aus dem hervorgeht, dass der Gewinner offensichtlich bereits feststeht und schon drauf und dran ist, mit Hilfe eines Kommissionsmitgliedes, nämlich des Rechtsanwaltes Schramm, der zumindest beratend in der Kommission tätig ist, den Unterlegenen als Subauftragnehmer einzubetten.

Ist es bei Vergabeverfahren, wo Sie das Sprachrohr des Ministers sind, üblich, dass der Unterlegene noch bevor man das Unternehmen kennt, das siegreich aus dem Verfahren hervorgeht, als Subauftragnehmer geworben wird? Ist das üblich? *(Dr. Traumüller: Nein!)* – Haben Sie irgendetwas davon erfahren? *(Dr. Traumüller: Nein!)* – Ich möchte nur draufkommen, ob das mit Ihrem Wissen geschehen ist, oder ob der Minister da einfach sein Sprachrohr losgeschickt hat in das Vergabeverfahren, so wie wir es kennen. Ich erspare mir diese Protokolle, die wir uns schon gemeinsam angeschaut haben, also ein Tag mit CA Immo und der nächste Tag ein ganz anderes Ergebnis. – Das ist die Sprachrohr-Sache.

Auf der anderen Seite steht das Kabinettsmitglied Oberleitner, der etwas ganz anderes macht und offensichtlich schon weiß, wer das Ganze gewinnt. – Aber okay, dazu

haben Sie keine persönlichen Wahrnehmungen. Haben Sie später erfahren, dass bereits feststeht, dass die geplant unterlegene CA Immo Subauftragnehmer des Gewinners, nämlich von Lehman, wird? (**Dr. Traumüller: Nein!**) – Überhaupt nicht?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, überhaupt nicht. Das habe ich ausschließlich entsprechenden Medienberichten entnommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Dann sind Sie da wirklich vom Kabinett und möglicherweise auch vom Minister getäuscht worden.

Am 2. Juni 2004 wird der Vertrag zwischen Petrikovics und Hohegger geschlossen, nämlich in der Causa BUWOG. – Wissen Sie etwas darüber? (**Dr. Traumüller: Nein!**)

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Herr Dr. Traumüller, damit wir wissen, wovon wir reden: Ich möchte zur Lehman-Vergabe zurückgehen.

Sie haben uns schon gesagt, dass Sie am 5. am Abend den Minister über die Geschehnisse während der Sitzung persönlich informiert haben. Die Sitzung war praktisch unterbrochen und am nächsten Tag hat sie, wie Kollege Pilz ausgeführt hat, um 12 Uhr begonnen. Was ist in dieser Zeit passiert? Da muss doch irgendwas passiert sein. Ist Ihnen da irgendwas erinnerlich?

Dr. Heinrich Traumüller: Also ich habe ja schon geschildert, was am 5. September am Abend um die von Herrn Dr. Pilz definierte Uhrzeit passiert ist: diese 5 Minuten-Kurzinformation an den Herrn Bundesminister, wie sie de facto geboten und einfach selbstverständlich war. Ich gehe davon aus, dass danach die Arbeit im Ministerium weitergegangen ist. Ich kann Ihnen dazu jetzt schildern, dass ich nachher nach Hause gegangen bin, und da endet dann meine Wahrnehmung naturgemäß.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Jetzt ist es so, dass Sie auch gesagt haben, dass die drei Professoren Bogner, Zechner und Kletecka Bedenken angemeldet haben und sich uneinig waren, für wen sie stimmen sollen, weil es juristische Probleme gab.

Dr. Heinrich Traumüller: Absolut. Da hat es eben die große Problematik gegeben, ob eine ganz wichtige Komponente des Alternativangebots 1 von Lehman Brothers, nämlich jene des kombinierten Share Deals und der CMBS-Transaktion, gleichzeitig durchgeführt werden könnten.

Das war eine große Frage im Raum. Insbesondere waren sich die Professoren uneinig, ob nicht aufgrund der Komplexität des österreichischen Grundbuchsrechts und der Vielzahl an einzelnen Wohnbauförderungsgesetzen innerhalb der einzelnen Bundesländer ..., also diese CMBS-Transaktionen ..., das hing meiner klaren Erinnerung nach davon ab, ob der erste Rang im Grundbuch durch eine Löschungserklärung freigemacht werden könnte. Ohne die hätte die CMBS-Transaktion nach Meinung eines Professors nämlich nicht funktioniert. Ein anderer hat dann im Laufe der Sitzung doch gemeint, das könnte doch funktionieren.

Ich bin an diesem Punkt sehr interessiert gewesen, weil mich dieses Thema einfach fasziniert hat und heute noch fasziniert. Der hat wirklich nachgedacht und ist erst am nächsten Tag draufgekommen, dass es letztlich doch möglich wäre. Daher war dann klar, welche Struktur gewonnen beziehungsweise korrekt gewonnen hat.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Diese Expertendiskussion von der Sie jetzt berichtet haben, die erfolgte am Montag?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann heute nicht mehr sagen, welcher Wochentag es war.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Hat es am zweiten Tag die Bedenken seitens der Professoren immer noch gegeben?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, das war eben dann klar. Dann haben sich die Professoren auf eine Linie geeinigt, und damit war aus ihrer Sicht absolut klar, welches Angebot das Bestbot war.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Und was war das beste Angebot der Experten aus Ihrer Sicht? Oder aus deren Sicht?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann nicht sagen, aus meiner Sicht, weil ich kein Experte war. Ich lege großen Wert auf die Feststellung, dass hochreputable Persönlichkeiten der Universität Wien, nämlich die genannten Professoren Bogner, Kletecka und Schramm ... – Entschuldigung: Dr. Schramm war Rechtsanwalt, der das Ganze nur koordiniert hat.

Also wie gesagt, die brillanten Professoren Kletecka – der ist mir in Erinnerung –, Bogner und Zechner – Zechner ist ein ganz großartiger Name, das ist einer der besten Finanzexperten der Republik Österreich –, sind Koryphäen auf ihrem Gebiet. Das sind international anerkannte und renommierte Personen, die wirklich topspitze sind, die wirklich Weltstandard darstellen.

Wenn die einmal untereinander nicht ganz leicht einig werden, dann ist das verständlich. Da gibt es Diskussionsprozesse, die länger dauern, und das war eben ein solcher Diskussionsprozess. Bis die sich gefunden hatten, hat es eben geraume Zeit gedauert. Das ist das Normalste der Welt. Wer je an einer Universität studiert hat und akademische Disputationen verfolgt hat, weiß dass das eben so läuft, und da waren sie eben mit ihrer akademischen Diskussion noch nicht ganz fertig. Das ist meine Wahrnehmung.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Also abschließend: Die Experten haben sich auf eine Regelung geeinigt?

Dr. Heinrich Traumüller: So ist es. Ich glaube, die waren darauf bedacht, im Interesse der Republik Österreich wirklich den Bestbieter herauszuschälen, entgegen allem, was da öffentlich immer wieder behauptet wurde, und offensichtlich haben diese drei Professoren sich dann gefunden. Offenbar haben diese drei Professoren – und das ist letztlich nachweisbar durch die Unterschriften auf den Bewertungsbögen – eine gemeinsame Linie eingenommen.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Was war diese gemeinsame Linie? Sagen Sie uns das bitte!

Dr. Heinrich Traumüller: Das war der Bestbieter.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Und der Bestbieter war wer?

Dr. Heinrich Traumüller: Lehman, mit dem Angebot A1. Ich habe das noch genau in Erinnerung.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Das heißt, für die drei Experten war Lehman der Bestbieter? (*Dr. Traumüller: Absolut!*) – Kann man sagen, dass diese drei Experten quasi eine Vorprüfungskommission dargestellt haben?

Dr. Heinrich Traumüller: So ist es. Das ist etwas, das in der medialen Wirklichkeit leider untergegangen ist, und darüber ärgere ich mich heute noch. Es ist unfassbar, dass das Wichtigste im Verfahren überhaupt nicht vorgekommen ist, und am Ende entlockt mir ... (*Heiterkeit des Redners.*) – Ich muss schon wieder schmunzeln, ich muss wirklich lachen, wenn Sie erlauben, das war einfach lustig.

Da stehen die drei renommiertesten Experten für Finanzen, Immobilien und Vergaberecht der Republik zusammen und einigen sich – in einem mühsamen und, wie man sieht, langwierigen Diskussionsprozess mit einer Unzahl an Bewertungsbögen, Diskussionen, Vorrunden und so weiter, und zwar in einer Weise, die wirklich Weltstandards entspricht, wo wir Österreicher uns nicht schämen müssen – auf ein Unternehmen, das eben vom Weltmarkt kommt und in einem fairen Wettbewerb mit dem österreichischen Bieter letztlich das Rennen gemacht hat. Das war nach meiner Wahrnehmung ausschließlich die exzellente Arbeit dieser drei Professoren.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Jetzt habe ich noch eine Frage zu den Kriterien. Sie haben letztes Mal über die Kriterien gesagt: 40 Prozent der Preis, 60 Prozent die Qualität. Sie haben auch vorhin schon gesagt, Qualität – zumindest habe ich das so verstanden – ist einerseits Flexibilität, andererseits Internationalisierung oder Internationalität.

Dr. Heinrich Traumüller: Internationalität. – Ich darf das näher erläutern, weil ich die entsprechenden Argumente der Professoren heute noch im Kopf habe.

Das war so eine brillante Diskussion auf allerhöchstem akademischen Niveau, sodass ich das wirklich im Detail in Erinnerung habe. Das hat sich fast fotografisch in mein Gedächtnis eingetragen. Die haben eben mehrfach darauf hingewiesen, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass ein Bewerber aus dem internationalen Umfeld kommt. Ja, das ist einfach selbstverständlich, dass ein großes Unternehmen, das von der Wall Street kommt ... Und da wäre es letztlich wurscht gewesen, ob das JPMorgan wird oder – da gibt es eine Unzahl an Unternehmen, die teilgenommen haben – ob es einer von denen wird, oder Lehman, wäre uns völlig wurscht gewesen.

Also nach der Wahrnehmung beziehungsweise nach der Darstellung der Kommission war es einfach selbstverständlich, dass dieses Unternehmen Vorteile hatte, und zwar aufgrund seiner Größenstruktur. Man muss sich das einfach so vorstellen, dass Lehman Brothers am Höhepunkt seiner Entwicklung im Jahr 2007, also vor dem Platzen der Finanzblase, 30 000 Mitarbeiter hatte.

Man muss sich das so vorstellen, dass die CA-IB zum damaligen Zeitpunkt eine sehr kleine, eine – noch einmal – hochreputable, angesehene österreichische Investmentbank war, aber eben eine, die nur im lokalen Markt verankert war, mit einem kleinen Schwerpunkt noch nach Zentral- und Osteuropa. Aber im Vergleich war es eben so, dass eine kleine österreichische Bank mit etwa 20 oder 30 Mitarbeitern in den Wettbewerb getreten ist mit einer der größten internationalen Investmentbanken.

Ich bin fassungslos, dass solche Diskussionen entstehen können und dass man sich nicht freut, dass dann eben in einem wirklich objektiven Verfahren fairerweise ein Riesenunternehmen geöffnet hat, das uns letztlich den Weltmarkt geöffnet hat. Denn nur über Lehman Brothers oder ein sonstiges Wall Street-Unternehmen ist es eben gelungen, internationale Bieter nach Österreich zu bringen.

Es wäre nie gelungen, eine **Terra** aus Holland, es wäre nie gelungen, **Nomura** mit Terra, es wäre nie gelungen, Blackstone oder sonstige internationale Anbieter in diesen Bieterprozess einzubinden. Das war eben die Türöffner-Funktion dieser Bank. Ich bin nachträglich als Beamter heilfroh.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Ich möchte jetzt einen Wechsel ins Jahr 2004 machen, zu den Angebotseröffnungen oder Öffnungen vor dem Notar. Bei welchen Öffnungen waren Sie dabei?

Dr. Heinrich Traumüller: Also ich kann mich ehrlich gesagt nur an **eine** Öffnung erinnern.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Und die war? (Dr. Traumüller: Die letzte!) – Die letzte?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich glaube, am 4. Juni. Kann das sein? Entschuldigen Sie, ich habe die Unterlagen nicht, Frau Abgeordnete, helfen Sie mir!

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Bei Ihrer Einvernahme haben Sie gesagt, der Notar habe die Angebote verlesen und seiner Sekretärin diktiert. Können Sie sich noch erinnern, was der Notar verlesen hat?

Dr. Heinrich Traumüller: Sprechen wir jetzt vom Last and Final-Offer?

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Nein, davor.

Dr. Heinrich Traumüller: Da kann ich mich nicht ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Sie sind gefragt worden, bei welcher Eröffnung Sie dabei waren!

Dr. Heinrich Traumüller: Also, bei der allerletzten.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Sie haben gesagt, bei der ersten.

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, bei der allerletzten! Ich bin missverstanden worden.

Es gab zwei Angebotseröffnungen, wenn ich das jetzt chronologisch richtig einordne. Jawohl, zwei. Insgesamt hat es fünf Bierrunden gegeben. Drei waren Non-Binding Bids und zwei waren Binding Bids, also bindende Angebote. Ich selbst war, wiederum ausschließlich in meiner Funktion als Beamter, offiziell dort, bei einer Kanzlei in Wien. Ich weiß nicht genau, wo das war, jedenfalls jenseits der Donau.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Haben Sie mit irgendjemandem dann über die Angebote gesprochen? (Dr. Traumüller: Nein!) – Die Höhe der Angebote wurde bekannt gegeben. Davon gehe ich aus.

Dr. Heinrich Traumüller: Entschuldigung, Frau Abgeordnete, wir müssen jetzt etwas klarstellen. Ich glaube, da liegt ein Missverständnis vor.

Ich kann nur Auskunft geben über das, was in der **aller-allerletzten** Runde passiert ist, eben beim Last and Final-Offer. Da war ich selbstverständlich als Beamter zugegen. Da waren an meiner Seite, glaube ich, auch Mag. Krieger oder sonstige Vertreter von Lehman Brothers.

Ich kann mich genau erinnern. Da saßen wir im Vorzimmer des Notars und haben gewartet, bis es die entsprechende Uhrzeit geschlagen hat und die Angebote bei der Tür hereingetragen wurden, an uns vorbei, natürlich. Das Ganze wurde dem Herrn Notar übergeben. Er hat das, glaube ich, geöffnet und ausgewertet. Bis wir dann hineingebeten wurden und er das entsprechende Protokoll erstellt hat, hat es wieder ein „Zeitl“ gedauert. So ungefähr war meine Erinnerung.

Am Ende war das dann eben tatsächlich der Bestbieter, denn der Bestbieter war jener, der den höchsten Preis geboten hat. Damit war das Verfahren gelaufen. Dann war sozusagen Freude da, das gebe ich an dieser Stelle zu. Das war wieder Emotion, denn da waren wir eben endlich sicher, wer in diesem Verfahren gewonnen hat, und dass es für die Republik Österreich einen wirklichen phantastischen Preis gegeben hat. Aus dieser Freude heraus habe ich gleich versucht, wieder einen Termin beim Herrn Bundesminister zu bekommen und ihn über dieses Ergebnis zu informieren.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass irgendjemandem irgendwelche Provisionszahlungen zugesagt wurden?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, um Gottes Willen!

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Es wäre ja wirklich schlimm, wenn so etwas wäre.

Hatten oder haben Sie im Nachhinein Kenntnis, ist Ihnen etwas aufgefallen, dass es vielleicht Absprachen gegeben hätte?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe dergleichen nicht wahrgenommen. Ich war korrekter Beamter. Ich schaue auf so etwas sehr, sehr genau, aber dergleichen ist mir nie untergekommen. Ich weise das wirklich mit Empörung zurück.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu dieser eingesetzten Kommission, bei der Sie Mitglied waren, die das Bieterverfahren begleitet hat. Es gibt die ganzen Protokolle zu diesen Kommissionssitzungen. In Summe waren es, glaube ich, zwölf; korrigieren Sie mich, wenn diese Zahl falsch ist.

Hat an diesen Kommissionssitzungen, die Grasser eingesetzt hat und die das hätten abwickeln sollen, Grasser selbst jemals teilgenommen?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist absurd! Selbstverständlich nie!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber jetzt kommt gleich der Punkt: Grasser hat selbstverständlich nie teilgenommen an den Kommissionssitzungen, aber er hat teilgenommen an der informellen Sitzung am 7. Juni 2004, oder? Das haben wir schon geklärt. Da hat er teilgenommen.

Dr. Heinrich Traumüller: 7. Juni 2004, war das jener berühmte Sonntag?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das war jenes Treffen, bei dem Lehman Brothers dieses Papier ausgeteilt hat und dort die Zahl 960 Millionen € aufgetaucht ist, nämlich als Gesamtinvestitionsvolumen seitens der CA Immo, im Gelben Salon des Finanzministeriums.

Dr. Heinrich Traumüller: Aha, jetzt sind wir dort. Ich bin praktisch mit Ihnen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, wir sind jetzt nicht bei der Lehman-Vergabe, sondern beim Bieterverfahren.

Dr. Heinrich Traumüller: Bitte um Entschuldigung, da ist etwas durcheinandergeraten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bieterverfahren, Anbotsöffnung 1 – dann gibt es am 7. Juni 2004 im Gelben Salon des Finanzministeriums ein Treffen. Dabei teilt Lehman eine Unterlage aus, wo diese Zahl aufscheint, und diese Zahl wird dort diskutiert. Bei diesem Thema sind wir jetzt.

Meine Frage war – noch einmal, das haben Sie ja schon vorher bestätigt, bei meiner ersten Befragung, ich frage es trotzdem noch einmal –: Hat Grasser an dieser Sitzung am 7. Juni 2004 teilgenommen? (*Dr. Traumüller: Sicherlich!*) – Das ist aber der Punkt. Bei sämtlichen zwölf Kommissionssitzungen sagen Sie: Nein, selbstverständlich war Grasser nicht dabei. Aber bei der Sitzung am 7. Juni 2004 war er „sicherlich“ dabei.

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Kann es sein, dass man diese Sitzung am 7. Juni 2004 deshalb abgehalten und dafür die Kommissionssitzung am 8. Juni 2004 deshalb abgesagt hat, damit eben auch Karl-Heinz Grasser dabei sein konnte? Weil er bei offiziellen Kommissionssitzungen, wo protokolliert wurde, wo es um die Zahl und um die Bekanntgabe geht, nicht dabei sein konnte, veranstaltete man einen Tag vorher eine informelle Sitzung ohne Protokoll, damit eben der Minister teilnehmen konnte – und der war auch dort.

Verstehen Sie, was ich meine?

Dr. Heinrich Traumüller: Diese Schauergeschichte kann ich nicht bestätigen. Ich habe dergleichen nie erlebt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie ausschließen, dass der Minister Grasser am 7. Juni 2004, als er bei der Sitzung dabei war, diese Zahl, 960 Millionen €, vernommen hat, und diese Information an Walter Meischberger weitergegeben hat? Können Sie das ausschließen?

Dr. Heinrich Traumüller: Wie soll ich das ausschließen? Ich kann, wie gesagt, als Auskunftsperson doch wohl nur über das berichten, was ich persönlich wahrgenommen habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Deswegen frage ich Sie ja: Können Sie es ausschließen? (*Dr. Traumüller: Nein, das ist ja ...!*) – Sie können es nicht ausschließen, Grasser hat dort diese Zahl erfahren.

Dr. Heinrich Traumüller: Entschuldigen Sie, das ist so zu verstehen, dass ich förmlich schlucke. Wie soll ich das beurteilen, wenn ich nicht dabei war? Ich habe keine ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Herr Kollege Petzner, die Frage mit dem Ausschluss im ersten Fall, nämlich beim Ausschluss der Anwesenheit, ob er das mitbekommen hat, das ist okay. Aber die Frage, ob er ausschließen kann, dass es weitererzählt worden ist, ist nicht okay. Dazu muss es nicht unbedingt eine Wahrnehmung geben; es sei denn, Sie fragen, ob dort etwas besprochen worden ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Fragen wir anders: Hat es Herr Grasser weitergegeben?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe dazu keine Wahrnehmung, die irgendetwas beitragen könnte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nächste Frage: Wenn diese informelle Sitzung am 7. Juni 2004 nicht stattgefunden hätte, wären Sie aus Ihrer Erfahrung davon ausgegangen, dass Grasser die Möglichkeit gehabt hätte, am 8. Juni 2004 an der offiziellen, protokollierten Kommissionssitzung teilzunehmen, oder nicht?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich verstehe den Hintergrund Ihrer Frage nicht ganz, Herr Abgeordneter. Da müssen Sie mir noch ein bisschen weiterhelfen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, lassen wir den Fragenkomplex, ich glaube, das ist ohnehin hinlänglich geklärt. Gehen wir zu etwas anderem.

Was ich wissen wollte, ist schon herausgearbeitet worden. Am 8. Juni 2004 wäre die offizielle Kommissionssitzung gewesen. Da hätte der Grasser nicht dabei sein können und damit auch nicht persönlich die Zahl erfahren. Daher macht man einen Tag vorher ein informelles Treffen, an dem der Minister dabei sein kann, und sagt die Sitzung vom 8. Juni 2004 einfach ab.

Frage: Waren am 7. Juni 2004 alle Kommissionsmitglieder der eingesetzten Kommission bei dieser Sitzung anwesend? Ich füge gleich hinzu: Der Vertreter von Lehman Brothers hat das verneint. Wie ist Ihre Wahrnehmung? Waren alle Kommissionsmitglieder bei diesem informellen Treffen am 7. Juni 2004 dabei, oder nicht?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann mich, ehrlich gesagt, nicht mehr daran erinnern. Das ist bei dem zeitlichen Abstand bisschen zu viel verlangt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir zu einem anderen Thema. **ESG.** Wir halte Ihnen eine Unterlage von der Kanzlei Schramm und Partner vor.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Kennen Sie das?

Dr. Heinrich Traumüller: Darf ich fragen, auf welche Seite Sie sich beziehen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das stammt vom 8. April 2002; Sie waren damals – wenn ich Ihre Vita richtig recherchiert habe – Kabinettschef des Finanzministers.

Dr. Heinrich Traumüller: Am 8. April 2002, da muss ich selbst nachdenken. Das ist möglich, ich bin ... – Nein, nein, nein, um Gottes willen! Ich bin doch im Juli – jetzt bin ich selber schon unsicher ... Februar 2000, Juli 2002 – ja, ja ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Im Juli 2002 sind Sie ausgeschieden, und das Dokument stammt vom April 2002, da waren Sie noch Kabinettschef, also frage ich Sie, ob Sie das kennen.

Ich sage Ihnen den Hintergrund. Wenn Sie hinten schauen: Das ist ein Notariatsakt über das von Grassner an Haider zugesagte Vorkaufsrecht im Jahr 2002. Diesen Notariatsakt hat das Finanzministerium bei Schramm und Partner angefordert, und die haben das dann im April an das Finanzministerium geschickt.

Jetzt frage ich Sie als Kabinettschef: Warum ist dieser Notariatsakt vom Finanzministerium angefordert, aber nie unterschrieben worden? Der ist nie unterschrieben worden.

Dr. Heinrich Traumüller: Also mit Verlaub, da bitte ich, Herrn Dr. Schramm zu befragen, der das sicher korrekt gehandhabt hat, nach meiner Wahrnehmung ein äußerst seriöser Rechtsanwalt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, wir helfen Ihnen ein bisschen, wir machen einen weiteren Vorhalt. Da scheinen Sie mit Unterschrift auf, das heißt, Sie haben dieses Dokument auch gelesen – gelesen Traumüller, am 4. Juli 2003 –, da ist Ihre Unterschrift drauf. Da gibt es eine Stellungnahme in Sachen Vorkaufsrecht für das Land Kärnten, wo es heißt:

Die Einräumung eines Vorkaufsrechtes – Punkt 2, wenn Sie umblättern – bedarf ebenso wie der Abtretungsvertrag einer Notariatsaktform. Mangels Erfüllung dieser Voraussetzung ist das Vorkaufsrecht nicht gültig zugestanden worden. – Zitatende.

(Die Auskunftsperson blättert die ihr vorgelegten Schriftstücke durch.)

Worauf ich hinaus will: Sie waren damals Kabinettschef. Dieser Notariatsakt hätte unterfertigt werden müssen, damit das Vorkaufsrecht rechtsgültig, rechtswirksam an das Land Kärnten übergeht. Dieser Notariatsakt wurde aber nie unterschrieben. Sie haben das seit 2003 gewusst, weil Sie dieses Dokument auch unterschrieben haben, dass das Finanzministerium selber – nämlich Mantler – darauf hinweist, dass die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, weil der entsprechende Notariatsakt fehlt.

Dr. Heinrich Traumüller: Also hier muss ein Irrtum vorliegen, Herr Abgeordneter. Ich sehe gerade unter der Geschäftszahl 17045/12-1703 das dieser Aktenlauf eben im Jahr 2003 stattgefunden hat, und wie ich schon sagen durfte, bin ich im Juli 2002 aus dem Kabinett des Herrn Bundesministers ausgeschieden. Also wie soll ich davon etwas wissen?

Ja, der Akt ist dann vor Hinterlegung irgendwann zu mir gekommen. Das sehe ich jetzt da unten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es ist auch zu Ihnen gekommen, oder? *(Dr. Traumüller: Es ist zu mir gekommen, ja ...!)* Sie haben auch unterschrieben. Auch

wenn Sie nicht mehr Kabinettschef waren, im Jahr 2002 ist unter Ihnen als Kabinettschef der Notariatsakt angefertigt worden. Dann haben Sie im Jahr 2003 – ich habe auch das Datum genannt, auch aus dem Ministerium – diesen Akt unterschrieben und damit gelesen – Dr. Traumüller, 4. Juli 2003, da ist der Stempel drauf und Ihre Unterschrift –, wo das Ministerium darauf hinweist, dass das Land Kärnten das Vorkaufsrecht gar nicht hat. Und da frage ich Sie – Sie waren damals Kabinettschef –: Wie kann das passieren?

Dr. Heinrich Traumüller: Nochmals: Ich war damals *nicht* Kabinettschef.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Im Jahr 2002 waren Sie Kabinettschef, als dieser Notariatsakt, der hätte unterschrieben werden sollen, vorbereitet wurde (*Dr. Traumüller: Okay, verstehe!*); das haben wir schon gehabt. Und im Jahr 2003, da waren Sie zwar nicht mehr Kabinettschef, aber da erlangen Sie Kenntnis davon, dass das Land Kärnten das Vorkaufsrecht gar nicht rechtsgültig hat.

Wie kann denn so etwas passieren? Welche Angaben können Sie dazu machen? Das Finanzministerium hat seit spätestens 2003 gewusst, dass es in Sachen Vorkaufsrecht einen rechtsungültigen Vertrag mit dem Land Kärnten gibt. Warum sind Sie trotzdem in der Kommission gesessen, haben immer so getan, als würde das Vorkaufsrecht des Landes Kärnten für die Vergabe entscheidend sein – wenn man schon über ein Jahr weiß, dass das überhaupt nicht stimmt, weil der dazu nötige Notariatsakt, der in Ihrer Zeit als Kabinettschef angefertigt wurde, nie unterschrieben wurde?

Dr. Heinrich Traumüller: Also das ist eine Weltverschwörungsgeschichte der Sonderklasse.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung, das ist durch die Unterlagen belegbar. Schauen Sie sich das in Ruhe an!

Dr. Heinrich Traumüller: Ich tue mich schwer, solche Unterlagen ernsthaft in so einen Zusammenhang zu bringen.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Das sind die Unterlagen, die im Akt liegen, und das sind auch amtliche Unterlagen, das muss man schon dazusagen. Ich glaube, Sie werden das ernst nehmen müssen. Aber wenn Sie herausargumentieren können aus den Akten, dass das nicht in der Zeit ist, dann bitte.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, also noch einmal: Das ist ein Vorgang ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Darf ich Sie ersuchen, nicht die Unterlagen des Finanzministeriums zu bewerten, sondern meine Frage zu beantworten.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich entnehme dem Hinterlegungsvermerk, dass ich am 4. Juli 2003 den Akt gesehen habe – mehr nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, und zum Inhalt vom Akt habe ich Sie befragt. Gesehen haben Sie ihn am 4. Juli 2003, und ich verweise Sie auf Punkt 2, auf diese Anmerkung.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Gut, der Kollege Petzner ist jetzt zum vierten Mal fertig, und der Kollege Maier ist in den Startlöchern, glaube ich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung, aber er beantwortet meine Fragen nicht.

(Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe wirklich keine Erinnerung mehr an das Ganze. (*Abg. Petzner: Was?*) – Ich habe wirklich keine Erinnerung mehr. Ich weiß das nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Schlussfrage haben wir ja noch. Denken Sie einmal nach, ich komme dann noch einmal darauf zurück!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich glaube, es steht rechtlich außer Streit, dass ein Notariatsakt zugunsten des Landes Kärnten notwendig gewesen wäre, damit das Vorkaufsrecht rechtlich auch hätte durchgesetzt werden können.

Schließen Sie sich dieser Rechtsauffassung an?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich bin kein Experte in diesem Punkt, das muss ich ganz ehrlich gestehen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich verweise auf die Stellungnahme, die von Lehman Brothers vorliegt, die auch im Akt liegt. Es war die gängige Rechtsmeinung.

Der Kollege Petzner hat zu Recht die Frage gestellt, warum bereits am 8. April von der Kanzlei Schramm und Partner ein derartiger Entwurf vorbereitet wurde, der im Juni 2002 – man sehe diesen zeitlichen Unterschied – dem Land Kärnten übermittelt worden ist.

Haben Sie dazu irgendeine Wahrnehmung? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Waren Sie eingebunden?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, keineswegs. Ich bin auch nicht imstande, da Details dieses Prozesses zu erklären.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung, warum es zu keiner Unterfertigung dieses Notariatsaktes durch das Land Kärnten gekommen ist?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe dazu keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte nur festhalten: Es gab nie einen Notariatsakt – nämlich bis Abschluss des zweiten Bieterverfahrens –, sodass das Vorkaufsrecht vom Land Kärnten nie hätte ausgeübt werden können. Ich möchte das für das Protokoll festhalten.

Damit komme ich zu meinen Fragen, Herr Traumüller. Bei Ihrer ersten Befragung haben Sie auch gesagt, dass es bei Ihnen im Büro Jours-fixes-Sitzungen gegeben hat, und es wurde von großen und kleinen Runden gesprochen.

Meine Frage ist konkret: Was wurde bei diesen Jours-fixes-Sitzungen eigentlich besprochen, und welche Entscheidungen wurden bei diesen Jour-fixe-Sitzungen herbeigeführt?

Dr. Heinrich Traumüller: Herr Abgeordneter, ich habe schon die Ehre gehabt, das bei meiner letzten Befragung klarzustellen. Es hat eine klar gegliederte zweistufige Struktur im Prozess gegeben.

Da gab es eben die administrative Ebene – das war die unter meiner Leitung als zuständiger Projektleiter beziehungsweise Arbeitsgruppenleiter –, wo sich wöchentlich die entsprechende Beamtenschaft hochrangig versammelt hat, wo aus dem ganzen Haus die notwendigen Informationen beigebracht wurden, wo eben ins Haus hinein die ganzen Fragen gespielt wurden, wo natürlich nicht zuletzt die wöchentlichen Berichte von Lehman erstattet wurden. Ich habe es vorhin schon erwähnt, das ist die technische Arbeitsgruppe beziehungsweise die administrative Arbeitsgruppe.

Und dann gab es entsprechend der Bundesverfassung natürlich eine höherrangige Arbeitsgruppe, die beim Herrn Bundesminister und beim Herrn Staatssekretär angeordnet war, so wie es eben selbstverständlich ist im Zusammenhang mit der Wahrung der Eigentümerrechte der Republik.

Dort wurden diese von der Verfassung eben vorgesehenen höchstrangigen Organe von der Beamtenschaft beziehungsweise von Lehman Brothers informiert, was sich im Laufe der Woche auf der technischen Ebene, was sich auf der prozeduralen Ebene abgespielt hat. Beide Funktionäre der Republik – der Herr Bundesminister und der Herr Staatssekretär – haben dort eben Berichte entgegengenommen. Dort wurde berichtet, und das war's. Da wurden keine Entscheidungen getroffen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wir reden über die Jours-fixes-Sitzungen?

Dr. Heinrich Traumüller: Sie haben die *kleine* und *große* Runde genannt. Oder reden Sie nur über Jour-fixe?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Nein, ich möchte wissen: War das eine Kommission nach § 8 Bundesministeriengesetz, oder war es einfach eine technische Arbeitsgruppe, in der Entscheidungen vorbesprochen und Entscheidungen getroffen wurden?

Dr. Heinrich Traumüller: Na selbstverständlich eine rein technische Arbeitsgruppe; ich bin verwundert über die Idee, dort könnten irgendwelche sonstigen ... – Das ist absurd, das war eine technische Arbeitsgruppe – und nichts dergleichen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Damit komme ich zum letzten Punkt, zur Sitzung am 13. Juni 2004. Es liegt dazu das Protokoll vor. Ich bedaure ebenfalls, dass es kein Protokoll zu dieser informellen Sitzung vom 7. Juni gibt, weil uns ein derartiges Protokoll hier sicherlich weiterhelfen würde.

Ich zitiere jetzt aus dem Protokoll vom 13. Juni – zu TOP 4, Bericht an den Herrn Bundesminister:

„Der Herr Bundesminister kommt zur Sitzung hinzu und wird vom Ergebnis der zweiten Bierrunde und von der oben dargestellten Empfehlung der Kommission in Kenntnis gesetzt.“

Meine Frage: Haben Sie den Herrn Bundesminister angerufen, dass er kommt? Oder war vereinbart, dass er um 17.45 Uhr kommt? Oder ist er ganz zufällig gekommen?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich weiß das nicht. Ich kann mich ehrlich gesagt da wirklich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Der Herr Bundesminister war bei dieser Sitzung und wurde informiert. Ich zitiere weiters aus diesem Protokoll:

„Der Herr Bundesminister bespricht zugleich telefonisch die weitere Vorgangsweise mit Landeshauptmann Dr. Haider.“

Können Sie mir erklären, wie das passiert ist? Der Dr. Haider dürfte nicht anwesend gewesen sein.

Dr. Heinrich Traumüller: Also ich habe da keinerlei Wahrnehmung, aber ich halte es für das Selbstverständlichste der Welt, dass ein Landeshauptmann und ein Bundesminister – noch dazu der Landeshauptmann eines Bundeslandes mit einer betroffenen Wohnbaugesellschaft – kommunizieren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie das Telefonat miterlebt?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein. Ich kann da aus eigener Wahrnehmung absolut nichts berichten.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich zitiere weiters:

„Die Kärntner Landesregierung wird die Ausübung des Vorkaufsrechts in der Regierungssitzung am Dienstag, den 15. Juni 2004, 8 Uhr, beraten, sodass die Kärntner Entscheidung rechtzeitig bis zur Sitzung des Ministerrats vorliegt.“

Was sagen Sie zu dieser Aussage?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe dazu keinerlei Wahrnehmung, außer jene, dass eben eine dringliche Entscheidung geboten war, weil die Struktur des Angebotes Kosten für die Republik verursacht hat. Je länger wir mit dem Zuschlag in der Bundesregierung – also „wir“ heißt die Republik Österreich natürlich – hätten warten müssen, desto mehr Geld hätte es den Steuerzahler gekostet, und dementsprechend war es komplex.

Die Kärntner Landesregierung hat legitimerweise ein Vorkaufsrecht an einer der fünf Wohnbaugesellschaften gehabt. Dieses Vorkaufsrecht musste innerhalb einer bestimmten Frist ausgeübt werden, und der Herr Bundesminister hat dann – da kann ich es sogar bestätigen, glaube ich, davon hat er mir erzählt – ein entsprechendes Telefonat mit dem Kärntner Landeshauptmann geführt, wo er darum ersucht hat, im Interesse der Republik Österreich diesen Vorgang zu beschleunigen. Je länger wir hätten warten müssen, desto teurer wäre es die Republik gekommen.

Also insofern ist das ein Akt, den man als wirklichen Dienst an der Republik qualifizieren muss. Das ist einfach das Selbstverständlichste und auch aus der ökonomischen Logik heraus Gebotene, dass zwei verfassungsmäßig vorgesehene Organe der Republik miteinander reden.

Mit anderen Worten: Das ist einfach notwendig, um die finanziellen Interessen des Bundes in dem Fall zu wahren. Und der Bund hat profitiert, der Steuerzahler hat – ich weiß nicht, jedenfalls etliche Millionen; ich glaube sogar, bis zu 30 Millionen € mehr – aus dieser Entscheidung profitiert.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Traumüller! Es wäre überhaupt nichts notwendig gewesen, denn die Kärntner Landesregierung hätte das Vorkaufsrecht gar nicht ausüben können, weil es keinen Notariatsakt dafür gegeben hat. Ich möchte das ausdrücklich festhalten.

Und damit schließt sich für uns der Kreis, dass es hier ein Spiel mit einem Vorkaufsrecht gegeben hat, das in keiner Weise rechtlich durch die Kärntner Landesregierung hätte durchgesetzt werden können.

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist eine absurde Konstruktion.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben vollkommen recht, das ist eine absurde Konstruktion, und auf die Details dieser absurden Konstruktion wollen wir jetzt eingehen.

Am 4. Juni 2004 werden die beiden Anbote beim Notar geöffnet. Eigentlich hätte der Dr. Mantler hingehen sollen. Warum hat der Minister verfügt, dass Sie anstelle des Dr. Mantler hingehen?

Dr. Heinrich Traumüller: Entschuldigung, ich bin jetzt wirklich schon ein bisschen erschöpft, Herr Abgeordneter, ich bitte um Verzeihung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollen Sie eine kurze Pause?

Dr. Heinrich Traumüller: Vielleicht können wir wirklich eine Minute Pause machen, aber wirklich nur eine Minute, um ein Glas Wasser zu trinken.

Obfrau Dr. Gabriela Moser unterbricht die Sitzung.

17.16

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 17.16 Uhr **unterbrochen** und um 17.19 Uhr als solche wieder **aufgenommen**.)

17.19

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Dr. Heinrich Traumüller

Obfrau Dr. Gabriela Moser *nimmt* die unterbrochene Sitzung *wieder auf* und erteilt Abgeordnetem Dr. Pilz das Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also noch einmal: Notar 4.6.2004 Anbotseröffnung. Waren Sie da dabei?

Dr. Heinrich Traumüller: Sie sprechen vom Last and Final-Offer?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich spreche von der ersten Anbotseröffnung.

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, da war ich nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Notariatsakt bitte vorlegen. Erste Biiterrunde, 4.6.2004. Am 4.6.2004 erfolgte in Anwesenheit von Dr. Traumüller, Dr. Pfander und Mag. Krieger in den Räumlichkeiten von Notar Dr. Heinelt die Öffnung der Anbote bezüglich der Privatisierung der Bundeswohnbaugesellschaften. Sie waren also doch da?

Dr. Heinrich Traumüller: Darf ich das kurz durchlesen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wollen Sie das korrigieren, Ihre Aussage?

Dr. Heinrich Traumüller: Aha, Dr. Heinelt, das bezieht sich ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Öffnung der ersten Anbote.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, das möchte ich korrigieren, absolut. Ich entnehme diesem Protokoll, und ich bitte das aus Gründen des langen Zeitraumes ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das nehme ich zur Kenntnis, das ist damit korrigiert.

Welches Anbot von den beiden in Frage kommenden Bietern dort war höher? Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann mich nicht erinnern, aber ich kann es dem Protokoll entnehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, lassen wir jetzt das Protokoll. Es geht um Ihre eigenen Wahrnehmungen. Wer war vorne?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann mich wirklich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, die CA Immo war vorne, hat 922,7 Millionen € geboten.

Dr. Heinrich Traumüller: Ach so, natürlich, ja, natürlich, nachträglich fällt mir das wirklich ein, absolut, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie können sich erinnern?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, ich kann mich erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie daraufhin, weil das Anbot vom Konsortium waren nur 837,3 Millionen, die CA Immo war um 85,4 Millionen vorne ... – Sogar die Mitarbeiterin der Immofinanz hat uns heute gesagt: Alle sind eigentlich davon ausgegangen, nachdem nur geplant war, bei einem sehr knappen Ergebnis eine zweite Bieterrunde durchzuführen, war für alle Beteiligten eigentlich klar, dass die Geschichte damit gelaufen ist. Sie haben gleich darauf den Minister über diese Anbotseröffnung informiert.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe über diese Anbotseröffnung sicherlich den üblichen Weg gewählt, nämlich ich habe den Herrn ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, dann frage ich Sie. Wir können uns ja dann gemeinsam die Akten anschauen.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, fragen Sie mich bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie nach der Anbotseröffnung den Finanzminister informiert?

Dr. Heinrich Traumüller: Sicherlich nicht unmittelbar danach. (*Abg. Dr. Pilz: Sondern?*) – Den üblichen Weg gewählt, einen Termin erbeten, ins Sekretariat marschiert, die Information ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wann hat dieser Termin stattgefunden?

Dr. Heinrich Traumüller: Beziehungsweise um einen Termin ersucht, was wohl in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs hätte diskutiert werden können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wann hat es diesen Termin beim Minister gegeben?

Dr. Heinrich Traumüller: Das habe ich nicht Erinnerung. (*Abg. Dr. Pilz: Am selben Tag?*) – Sicher wohl nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In Ihren handschriftlichen Unterlagen steht: „HBM 4/6 – weitere Verhandlungsrunde (?)“

HBM 4.6. Genau der Tag!

Dr. Heinrich Traumüller: Okay, also war die Sitzung am selben Tag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Und wer hat noch an dieser Sitzung teilgenommen?

Dr. Heinrich Traumüller: Eben der Herr Staatssekretär, wie ich mich erinnere.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): An dem Tag? Nein, wir reden jetzt vom 7.

Es ging nur um die schnelle Information – und die hat auch stattgefunden – des Ministers am selben Tag: Herr Minister, ich weiß jetzt, wie es ausgegangen ist. CA Immo ist weit vorne, und unser Konsortium oder das Konsortium ist weit abgeschlagen.

Dr. Heinrich Traumüller: Jaja, absolut. Das kann ich absolut bestätigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, am selben Tag informiert?

Dr. Heinrich Traumüller: Am selben Tag informiert in der üblichen Weise: kurze Information zwischen Tür und Angel, Fünf-Minuten-Kontakt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, und da haben Sie ihm gesagt, wie das ausgegangen ist, wie die Angebote lauten?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was denn sonst? (*Dr. Traumüller: Aha, ja*) – Also sicher schon?

Dr. Heinrich Traumüller: Sicher schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): *Sicher schon* ist genau das Gegenteil von *sicher nicht*.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja ist schon klar. Entschuldigung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann sind wir jetzt bei *sicher schon*.

Gut. Und wann war das ungefähr?

Dr. Heinrich Traumüller: Also Uhrzeit habe ich keine in Erinnerung. Sie können mir aber sicher auf die Sprünge helfen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ist auch nicht so wichtig.

Und dann hat Ihnen der Minister etwas Wichtiges gesagt darauf, nachdem er gewusst hat, wie das Ergebnis ist. Was war das?

Dr. Heinrich Traumüller: Mir ist nichts in Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat der Minister darauf gesagt, machen wir eine zweite Runde?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum notieren Sie dann, „weitere Verhandlungsrunde (?)“ unter HBM 4.6.?

Sicher schon.

Dr. Heinrich Traumüller: Sicher schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, sicher schon, eben. Weitere Verhandlungsrunde.

Und was haben Sie mit diesem Vorschlag des Ministers auf eine weitere Verhandlungsrunde gemacht? Und gleich sicher.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, den üblichen Weg gewählt, den Herrn Staatssekretär und ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, gar nichts den Herrn Staatssekretär. Sie haben den Herrn *Wieltsch* kontaktiert. (*Dr. Traumüller: Tatsächlich?*) – Und worum ist es da gegangen? – Um die Absage der Sitzung der Kommission am 8.6., die für den 8.6 geplant war.

Dr. Heinrich Traumüller: Also ich habe da wirklich keine Erinnerung. Reicht das?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie ausschließen, dass Sie den Kommissionsvorsitzenden Wieltsch vom Ministerwunsch informiert haben, die Kommissionssitzung am 8.6. abzusagen? Können Sie das ausschließen? (*Dr. Traumüller: Nein!*) – Das war nämlich das Einzige, was sofort passiert ist: die Absage der Sitzung.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, so war es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, so war es.

Sie berichten dem Minister, und der Minister sagt Ihnen: Dr. Traumüller, sagen Sie die Kommissionssitzung ab. Wir müssen eine zweite Runde vorbereiten. (*Dr. Traumüller: Genau!*) – Richtig. So, jetzt haben wir einmal diesen Punkt.

Und jetzt steht da – und das möchte ich Ihnen gerne vorlegen –, das sind Ihre handschriftlichen Aufzeichnungen. (*Dr. Traumüller: Wieder einmal!*) – Jetzt probieren wir wieder einmal lesen, mit Ihrem Einverständnis. Bitte, da haben Sie auf dieser Seite gleich oben T im Kreis. Was heißt dieses T im Kreis? Ist das ein Zeichen für Sie selbst, für Traumüller, oder? (*Dr. Traumüller: Für Termin!*) – Termin, okay, Termin: Montag 8.30 Uhr.

Ich nehme an, da haben Sie sich einfach einen Termin notiert. (*Dr. Traumüller: So ist es!*) Montag 8.30 Uhr. Darunter steht „chinese walls“, das haben wir besprochen, das ist klar. Darunter steht „Kärnten 9.6. – 16.6.“ (*Dr. Traumüller: Mhm!*) – Darunter steht „Kommission 13.6.“ (*Dr. Traumüller: Mhm!*) – Das heißt, ich gehe davon aus, ein Ergebnis des Gesprächs mit dem Minister war, diese Termine neu festzusetzen und die Kommission am 8. abzusagen und für 13. festzusetzen.

Ist das richtig? (*Dr. Traumüller: Das ist richtig!*) – So, dann „MR 22.6.“ Was heißt das?

Dr. Heinrich Traumüller: Ministerrat wohl.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ministerrat – wo dann das Ganze von der Bundesregierung beschlossen werden sollte. – Ist das richtig? (*Dr. Traumüller: Richtig!*) – Richtig. So, jetzt haben wir das.

Also jetzt sagt Ihnen der Minister: Kärnten wird zwischen 9.6. und 16.6. informiert. Wir kommen dann später darauf zurück, dass der Minister extra wollte, dass Haider die Geschichte nicht zu früh erfährt. Kommission wird am 8. abgesagt und soll am 13.6. tagen, und Ministerrat am 22.6. soll endgültig den Beschluss fassen.

So, und jetzt geht diese Information weiter – und das wissen wir inzwischen nach den heutigen Befragungen – an die Immofinanz, und zwar über die übliche Kette: Meischberger, Hochegger, Petrikovics, dann an die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, den Herrn Starzer, und über seinen Mitarbeiter zurück an die Immofinanz, wo das dann umgesetzt wird.

Meine Frage an Sie ist: Von wem hat der Herr Meischberger erfahren, dass die CA Immo mit 922,7 Millionen Bestbieterin war?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann keine Wahrnehmung dazu haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das glaube ich auch. Können Sie ausschließen, dass das Herr Meischberger von Ihnen erfahren hat? (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Das glaube ich Ihnen auch. Dann bleibt nämlich nur noch eine Person, weil der Herr Oberleitner kommt dafür überhaupt nicht in Frage – und das ist der Herr Mag. Grasser. (*Dr. Traumüller: Okay!*) – Haben Sie irgendwann einen Hinweis darauf erhalten, dass der Herr Mag. Grasser den Herrn Meischberger darüber informiert hat? (*Dr. Traumüller: Nie!*) – Ja, denke ich auch, weil warum sollte er es Ihnen sagen. Es reicht ja, wenn er es dem Meischberger sagt.

Jetzt kommen wir zu der Sitzung am 7.6. – Wer hat Ihrer Erinnerung nach an dieser Sitzung im Gelben Salon teilgenommen? Sie wissen ja, da hat es den Vortrag von Lehman ...

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe fünf Personen, glaube ich, identifizieren können zuletzt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gehen wir es einfach einmal durch aus Ihrer Erinnerung.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, ich muss das wieder vor Augen kriegen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer war dabei?

Dr. Heinrich Traumüller: Minister, Staatssekretär, Ungersböck, Wiesinger. (Abg. Dr. Pilz: Wiesinger?) – Barbara Wiesinger, Kabinett Finanz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich sicher erinnern, dass die daran teilgenommen hat? (Dr. Traumüller: Ziemlich sicher, ja!) – Wer noch?

Dr. Heinrich Traumüller: Pfander und Krieger, wie immer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War der Herr Oberleitner dabei?

Dr. Heinrich Traumüller: Das weiß ich wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War der Herr Mantler dabei? (Dr. Traumüller: Ist anzunehmen!) – War der Herr Wieltch dabei? (Dr. Traumüller: Kann sein!) – War Herr Michaelis dabei? (Dr. Traumüller: Kann sein!) Ja, weil Michaelis geht sogar meiner Erinnerung nach, aber wir schauen uns das eh gemeinsam an. **Dr. Heinrich Traumüller:** Gut, der passt da perfekt in die Schlusssituation rein. (Abg. Dr. Pilz: Wie?) – Der war ja dann sozusagen in der Kommission am Ende, wo wirklich die Vergabe erfolgt ist, mit Wieltch ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, jetzt interessiert mich in dem Zusammenhang nur eines. Die Kommission hat ja aus vielen Mitgliedern bestanden. Dass Sie dabei sind als das Sprachrohr des Ministers und der, der da sehr viel getan hat, das ist für mich klar. (Dr. Traumüller: Mhm!) – Dass der Kommissionsvorsitzende, der Wieltch dort ist, auch. (Dr. Traumüller: Gut!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Jetzt ist aber das Zeitproblem. Was machen wir? Die Erzählung ist sehr spannend.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich finde die Antworten wesentlich spannender. Denn meine Erzählung kenne ich ja schon, die ist gar nicht spannend. Wir müssen einfach einmal durch die Geschichte durch, und Herr Dr. Traumüller erzählt uns eh sehr wichtige Sachen. Die Frage ist: Wie machen wir es?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich lasse Sie erzählen, wenn zugelassen wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich verstehe das ja vollkommen. Sind die anderen einverstanden, wenn ich da noch weiterfrage? Ja, ich kriege ja eh kurze Antworten, und das schaut eh gut aus. Ich kann mich auch allgemeiner halten, aber das kostet wieder mehr Zeit.

Ich würde vorschlagen, wenn es so okay ist, ich frage jetzt einfach weiter, und wenn das unerträglich wird, dann können wir ja eine Fraktionsführerbesprechung machen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, bitte ein Zeichen mit der Hand, wann ich unterbrechen soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, gut. Warum sind die, sagen wir einmal, eher unbequemen Kommissionsmitglieder wie der Dr. Steger nicht eingeladen worden? Wissen Sie das? (Dr. Traumüller: Nein!) – Wer hat denn überhaupt den Personenkreis zusammengestellt, der da zum Minister gekommen ist? (Dr. Traumüller: Wohl der Minister!) – Der Minister, gut.

Dann gibt es eine Präsentation. Haben Sie vor dieser Präsentation durch Lehman gewusst, dass es ein Limit für die CA Immo gibt? (Dr. Traumüller: Nein!) – Dass – ich sage es nur fürs Protokoll – sie nicht über 960 Millionen € gehen darf?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das deckt sich auch mit den Akten und allem, das glaube ich Ihnen auch.

Und jetzt steht, wenn Sie wieder reinschauen in Ihr Protokoll, unter HBM und StS, also Staatssekretär, 7/6, „960 Mio. € Fin.zusage“.

Ich nehme an, das heißt Finanzierungszusage. (*Dr. Traumüller: Natürlich!*) – Da haben Sie sich – und korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist – eine für Sie neue Information notiert, nämlich dass es eine Finanzierungszusage mit einem Deckel, nämlich einem Limit von der Bank Austria für die CA Immo gibt. – Ist das richtig?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, wird wohl so sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das deckt sich auch mit dem Vortrag der CA Immo, die genau das vortragen. Der Vortrag hat gelautet:

„Bieter 2“, „Finanzierungsbestätigung für Kaufpreis ist beigelegt (Gesamtinvestitionsvolumen € 960 Mio. ...)“

Genau das ist es, und das haben Sie sich einfach notiert und mitgeschrieben. Sie haben es gewusst, Mag. Grasser hat es ab diesem Zeitpunkt auch gewusst, dass es da einen Deckel gibt. (*Dr. Traumüller: Okay!*) – So, wie geht es dann weiter? Können Sie uns dann helfen, auf der nächsten Seite weiterzulesen, und zwar ab der Mitte? Da steht HBM.

Mir tut es leid, Sie haben eine sehr schöne Handschrift, aber das kann ich da nicht lesen.

Dr. Heinrich Traumüller: Zeitfenster heißt das. Bis 13.6. Zeitfenster nützen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Könnten Sie es uns einfach vorlesen.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich lese es gerne vor: „HBM: Zeitfenster bis 13.6. nützen (sonst kostet ... Zeit)“.

Das ist überstempelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sonst kostet es Zeit. Und drunter? Kann das Preisangebot oder irgendwas ...? (*Dr. Traumüller: Irgend so etwas!*) – „Kommt jedenfalls“.

Dr. Heinrich Traumüller: „Kommt jedenfalls“, ja. (*Abg. Dr. Pilz: Darunter?*) – „Zinslogik als sachliche Begründung ausreichend.“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wer sagt das? Links.

Dr. Heinrich Traumüller: Links, ja. Wer kann das gewesen sein? Die Kopien sind wirklich schrecklich. Es ist wirklich schwierig, das muss ich Ihnen auch sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Darunter steht dann „MR“.

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, nicht Ramprecht, sondern Ministerrat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wird heißen: für den Ministerrat.

Dr. Heinrich Traumüller: Für den Ministerrat wird das heißen, natürlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie das daneben lesen? Das heißt, glaube ich, „prüfen, ob auch ...“

Dr. Heinrich Traumüller: ... „ob auch ohne ESG“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „Ob auch ohne ESG“. Das war auch eine Frage, die damals wichtig war. Und darunter steht wieder HBM, also Herr Bundesminister. Und können Sie lesen, was der Herr Bundesminister sagt?

Dr. Heinrich Traumüller: „Dienstag Gesamtentscheidung, außer Kärnten nützt Vorkaufsrecht.“

Jetzt haben wir es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „Außer Kärnten nützt Vorkaufsrecht.“

Minister will also Dienstag Gesamtentscheidung, außer Kärnten nützt Vorkaufsrecht.

Und was sagt der Minister darunter noch?

Dr. Heinrich Traumüller: „Kärnten ...“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „... erst am Freitag informieren“. Ist das richtig? *(Dr. Traumüller: Genau, ja!)* – Erst am Freitag informieren, also dem Haider noch nichts sagen, erst am Freitag informieren. *(Dr. Traumüller: Ja!)* – So, und dann steht: „Komm.“

Ich nehme an, das heißt Kommission.

Dr. Heinrich Traumüller: „soll erst am Sonntag, 13.6., 16.00, zusammenkommen“.

Ich kann mich erinnern, da war der Tag der EU-Wahl, glaube ich. Da haben wir uns in der Kanzlei in der Seilergasse ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also „Kommission soll erst am Sonntag, 13.6., zirka 16 Uhr zusammenkommen (oder 14.6. früh)“. – Ist das richtig?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja.

„Dann mit den Boten nach Kärnten“. Das ist klar. Da haben wir einen Boten gebraucht, und das ist dann geschickt worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn man das hat mit der Kommission und bis dahin alles klar ist, dann mit Boten Kärnten. Und dann steht darunter: „Neudeck.“ Und können Sie das vorlesen, was da bei Neudeck steht?

Dr. Heinrich Traumüller: „Finanzierung, Klarstellung“. Da sind wir wieder bei „goldwert“. – Was ist goldwert? Heißt das wirklich ...?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Eine Finanzierungsklarstellung, die möglicherweise goldwert ist. Ich weiß es nicht. Oder: Geld wert ist.

Dr. Heinrich Traumüller: Geld wert, das glaube ich schon. „Geld wert“ muss das heißen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was heißt das? Können Sie uns das erklären?

Dr. Heinrich Traumüller: Finanzielle Klarstellung. Ja, eben, der Punkt, Neudeck hat gesagt: Je früher Kärnten entscheidet, das ist Geld wert für euch, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum sagt da der Neudeck was? War der Neudeck bei der Sitzung dabei?

Dr. Heinrich Traumüller: Vielleicht war er telefonisch

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der kann ja nur was sagen, wenn er bei der Sitzung dabei war.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, sicher wohl. Wird wohl so gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, können Sie sich daran erinnern, dass der Abgeordnete Detlev Neudeck bei der Sitzung dabei war? Das ist ja ein nicht unwichtiger Punkt.

Protokolliert haben Sie da eine Aussage von ihm. Nur wäre es gut, wenn es da eine persönliche Erinnerung gäbe.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich krame, ich krame. Der kommt nämlich noch mehrfach vor.

Also das war jetzt, wie gesagt, die Sonntagssitzung. Wir sind ja jetzt in der Seiler ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir sind ganz offensichtlich noch immer am Montag, den 7. Juni. *(Dr. Traumüller: Aha!)* – Das ist immer noch diese Sitzung? *(Dr. Traumüller: Ja!)* – Neudeck dabei oder nicht dabei? Ich weiß es nicht. Ich war sicher nicht dabei.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, ich habe sicher keinen hingeschrieben, der nicht dabei war. Denn das ist ja eben gleichzeitig das Problem und der Segen, dass ich alles niedergeschrieben habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Traumüller, machen wir es so. Wir müssen also davon ausgehen aufgrund Ihrer Mitschrift, wo Sie eine Wortmeldung dem Neudeck zuordnen, dass er an dieser Sitzung teilgenommen hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Jawohl, wird wohl so gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay! Ich glaube, das ist klar genug.

Auf der nächsten Seite steht oben 4.6., ein bisschen weiter unten steht wieder Neudeck. Können Sie vorlesen, was da unter Neudeck steht? Da hat es offensichtlich wieder ein Gespräch mit dem Neudeck ... – Nein, ich frage Sie: Hat es am 4.6. da wieder ein Gespräch mit Detlev Neudeck gegeben? Das war dieser Tag.

Dr. Heinrich Traumüller: Wenn ich das da oben hingeschrieben habe, dann war das an dem Tag. Das garantiere ich Ihnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, dann können Sie das vorlesen. Das beginnt mit ESG, aber dann tue ich mir ehrlich gesagt schwer.

Dr. Heinrich Traumüller: Vor 13.6.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „Landeshauptmann Haider?“

Dr. Heinrich Traumüller: Landeshauptmann Haider? Was sagt Haider zum Verkauf, dazu, dass die ESG vor dem 13. Juni verkauft wird? Also mit einem Wort: kann er die Landesregierungssitzung verschieben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Und darunter steht dann: „1 Woche eventuell zu kurz“ – wenn ich das richtig lese.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. Nämlich für die Entscheidung, die das Land Kärnten braucht, um sich zu entscheiden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, das sind also offensichtlich Informationen, die von Neudeck kommen. *(Dr. Traumüller: Die von wem kommen?)* – Na von Detlev Neudeck.

Dr. Heinrich Traumüller: Na klar, wenn Neudeck da oben steht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Naja, weil der war ja auch aus derselben Partei wie der Landeshauptmann Haider.

Dr. Heinrich Traumüller: Ist ja logisch. Klar, und er war der Wohnbausprecher ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und neben „1 Woche eventuell zu kurz“ was steht da?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, eben die Entscheidung der Landesregierung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, da steht ...

Dr. Heinrich Traumüller: „SPÖ hält eventuell nicht dicht.“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was soll das heißen, „SPÖ hält eventuell nicht dicht“?

Dr. Heinrich Traumüller: Dass das rausrutschen könnte, weil praktisch Haider ... – wie war das schnell? –, irgendwie wurde ja Haider ins Spiel gebracht ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ach so, weil er in einer Koalition ...

Dr. Heinrich Traumüller: ... Haider ins Spiel gebracht als neuen Eigentümer oder die ESG Eigentümer waren doch die

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Kärntner SPÖ vielleicht.

Dr. Heinrich Traumüller: Die Kärntner SPÖ ist da gemeint.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war ja meine Vermutung, aber ich wollte das wissen, ob sich das auf die Situation in der Kärntner Landesregierung bezogen hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja klar, denn da war das Match zwischen Haider und – wie heißt er? – Manzenreiter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da hat es in Kärnten eine Koalition mit der SPÖ gegeben.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. Aber gleichzeitig hat Haider sozusagen versucht, die ESG ihm ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Raffen wir das Ganze jetzt ein bisschen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da hat vonseiten Haider ...

Was war damals, Kollege Petzner: War es FPÖ oder BZÖ? Helfen Sie mir! (*Abg. Petzner: FPÖ!*)

Da hat seitens der FPÖ, offensichtlich Haider und Detlev Neudeck, die Befürchtung bestanden, dass die SPÖ in Kärnten nicht dichthält.

Dr. Heinrich Traumüller: Genau so ist es, denn da wären in der Partei so viele Diskussionsprozesse gelaufen, dass das irgendwo hinausgeronnen wäre.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. Wir haben nur mehr eine Seite.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir sind wunderbar unterwegs.

Können Sie dann weiterlesen, denn das kann ich überhaupt nicht lesen?

Dr. Heinrich Traumüller: Wo soll ich weiterlesen?

(*Obfrau Dr. Moser: Nächste Seite!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hinter „nicht dicht“.

Dr. Heinrich Traumüller: Auf welcher Seite? Sagen Sie mir die Nummer!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hinter „nicht dicht“.

Dr. Heinrich Traumüller: Moment! – „nicht dicht“

(*Obfrau Dr. Moser: Auf derselben Seite!*)

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, was ist dann? – „Frist“. – Was ist die Entscheidung offenbar?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „Frist bis...“

Dr. Heinrich Traumüller: „...Mitte der Woche“

Das ist das Ergebnis der Diskussion gewesen: Dann machen wir halt eine Frist bis Mitte der Woche.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann: „Rechnungshof: Aktuelle Aussprache 15.6.“

Dann: „Ausschuss: 13.00 Uhr“

Dann: „Herr Bundesminister nicht geladen“

Und dann: „Politisch wichtig“

Dr. Heinrich Traumüller: „Politisch wichtig: Besserungsschein“. – Also sagen, dass man eh noch mehr kriegt, wenn nachher das geändert wird im Haus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist bekannt. – Und darunter noch?

Dr. Heinrich Traumüller: „1 Gespräch mit Böhmdorfer“. – Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und darunter?

Dr. Heinrich Traumüller: „Vertrag hergeben!“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dem Böhmdorfer den Vertrag geben?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, das ist ja der Punkt!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Ich versuche ja dorthin zu kommen. – Vielleicht können Sie uns das erklären, warum Böhmdorfer den Vertrag hergeben?

Dr. Heinrich Traumüller: Vielleicht hätte er darüber schauen sollen, wie der Besserungsschein aussieht und ob ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Besserungsschein?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, das wohl nicht. Den wird sicher das Ministerium gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Vielleicht kann die Vorsitzende helfen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist ganz einfach: Böhmdorfer hatte ja auch Kontakte zum Beispiel zu Karl Ernst Plech.

(Abg. Dr. Rosenkranz: Frau Vorsitzende, das ist aber jetzt sehr kryptisch!)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Um welchen Vertrag ist da gegangen, Herr Dr. Traumüller?

Dr. Heinrich Traumüller: Böhmdorfer hatte Kontakt mit ... Aha, jetzt verstehe ich es überhaupt erst, warum das ein Thema sein kann!

(Obfrau Dr. Moser: Ja, den Vertrag!)

Das ist ein Punkt, der mir verdammt schlecht in Erinnerung ist. Ich weiß es nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es muss ja praktisch der Vertrag sein!

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, ich weiß es halt nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entweder ist es der Kärntner Vertrag oder es ist irgendein anderer?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich weiß es wirklich nicht.

(Abg. Dr. Rosenkranz: Hat der Pilz den Herrn Böhmdorfer auch gekannt?)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich hätte mich sicher nicht von ihm vertreten lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir können jetzt auf die nächste Seite gehen, die letzte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, bitte noch ganz kurz zurückblättern! (Dr. Traumüller: Wohin?) – Auf Seite 32 von 73. – Haben Sie diese Seite? (Dr. Traumüller: Ja!)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da haben Sie noch einmal „HBM“ – Herr Bundesminister.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. – „Info HBM“

Dann: „DI Wieltsch“

Dann: „Freshfields Bruckhaus Deringer empfiehlt Kärnten, nur 1 Tag Frist zu geben“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann: „Ja/nein“.

Dr. Heinrich Traumüller: Da geht es um diese heikle Situation – wo dann dementsprechend, wie Kärnten sich entscheidet, ein anderer Bestbieter wäre.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da sind wir bereits am 13.6.

Dr. Heinrich Traumüller: Jetzt sind wir am Sonntag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Am 13.6., ja, am Tag der Kommissionssitzung.

Dr. Heinrich Traumüller: Da wollten wir im Schatten der EU-Wahl segeln, um dem Thema die Aufmerksamkeit zu nehmen, um einfach nachher mit der Meldung erst rauszukommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wollten – das hat man jetzt schlecht gehört – im Schatten der EU-Wahl den ...?

Dr. Heinrich Traumüller: Segeln sozusagen. Wir wollten keine große Geschichte daraus machen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wollten schauen, dass es da nicht zu viel Aufmerksamkeit gibt. (Dr. Traumüller: So ist es!) – So ist es? (Dr. Traumüller: Ja!) – Aufmerksamkeit wofür?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist eine gute Frage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es war der Tag der EU-Wahl, 13.6.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, das weiß ich noch. Das hat einen Hintergrund gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wollten, dass es nicht zu viel Aufmerksamkeit gibt. (Dr. Traumüller: Ja!) – Wofür?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist eine gute Frage. – Wohl auch für diesen dann stattgefundenen Kontakt, nehme ich an.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und für den BUWOG-Verkauf?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, klar. Schnell und rasch über die Bühne.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Rasch über die Bühne?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, das war das Motto!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer wollte, dass es nicht viel Aufmerksamkeit gibt? (Dr. Traumüller: Der Minister wohl!) – Der Minister? (Dr. Traumüller: Na klar!) – Natürlich. Ja. Okay.

Und jetzt eben wieder: „Info Herr Bundesminister“. Am 13.6. – Jetzt haben wir das.

Dann diese heikle Situation: „Kärnten nur 1 Tag Frist zu geben.“

Und wenn sie „Ja“ sagen, dann läuft das so, und wenn sie „Nein“ sagen, dann läuft das so. (*Dr. Traumüller: Ja!*)

Und wenn sie Nein sagen zum Nutzen des Vorkaufsrechtes, dann kriegt es der Bieter 1.

Dr. Heinrich Traumüller: Genau! Das war die wirklich schwierige Situation: Kärnten hat es in der Hand gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und dann: „Herr Bundesminister“

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. Zweite Runde hat sich ausgezahlt. Also er war zufrieden. Er hat gesagt: Ja, super, toll, dass wir eine zweite Runde gemacht haben!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „Hat sich ausgezahlt“? (*Dr. Traumüller: Ja!*)

Und dann: „3. Runde“?

Dr. Heinrich Traumüller: Ist offenbar nicht empfohlen worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da steht: nicht empfehlen!

Dr. Heinrich Traumüller: „Nicht empfohlen“ – Nein, nein! Wurde „nicht empfohlen“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aha! „Nicht empfohlen!“ – Okay.

Dr. Heinrich Traumüller: Die Experten haben gesagt, dass es nicht Sinn macht, noch eine dritte Runde zu machen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wenn Sie sich das Protokoll der Auswahlkommission von der 7. Sitzung am 13.6. im Finanzministerium, 16 Uhr bis 18 Uhr, anschauen – da ist etwas Seltsames passiert!

Da steht:

„Zu TOP 3.: Beschlussfassung über die Empfehlung der Kommission

Die Kommission kommt einstimmig zu folgender Empfehlung:

1. Die zweite Biiterrunde hat gezeigt, dass der Spielraum der Bieter nun ausgereizt ist und dass die Anbotspreise bereits sehr knapp nebeneinander liegen.“

(*Dr. Traumüller: Ja!*)

Das stimmt ja auch! (*Dr. Traumüller: Ja, stimmt auch!*)

Herr Dr. Traumüller, hat der Finanzminister der Kommission gesagt, warum die Preise so knapp beieinanderliegen? (*Dr. Traumüller: Der Finanzminister?*) – Oder haben Sie das der Kommission gesagt? (*Dr. Traumüller: Na eher wohl!*) – Ja, denn Sie haben ja gewusst, dass sie deswegen so knapp zusammenliegen, weil die Immofinanz gewusst hat, 960 ist das Limit (*Dr. Traumüller: Ja! Damit ist es logisch erklärt!*), und man braucht nur knapp drüberzugehen. (*Dr. Traumüller: So ist es!*) – So war es doch? (*Dr. Traumüller: Ja natürlich!*) – Aber dann hat man doch nichts ausgereizt gehabt, sondern dann war es einfach so: Die Immofinanz hat alles gewusst und musste deswegen nur knapp drübergehen. (*Dr. Traumüller: Ja!*) – Aber dann ist das ja meiner Meinung nach kein sachliches Argument (*Dr. Traumüller: So ist es!*), dass man nicht versucht, noch einen höheren Preis zu kriegen, denn dann hätte man sagen können: Na geben wir der CA Immo Zeit, dass sie sich eine höhere Finanzierungsgarantie von der Bank Austria holt (*Dr. Traumüller: Ah, jetzt verstehe ich es erst!*), und dann könnten wir mehr Geld kriegen!

Dr. Heinrich Traumüller: Jetzt verstehe ich den Punkt selber erst! Das habe ich nie verstanden bis daher; ich sage es Ihnen ehrlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Jetzt verstehen wir das.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, jetzt! Entschuldigung! Also das ist mir wirklich nicht bewusst gewesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und jetzt kommt – und da müssen Sie eigene Wahrnehmungen haben –:

„Zu TOP 4: Bericht an den HBM“ – an den Herrn Bundesminister.

„Der Herr Bundesminister kommt zur Sitzung hinzu und wird vom Ergebnis der zweiten Bierrunde und von der oben dargestellten Empfehlung der Kommission in Kenntnis gesetzt.“

War das geplant, dass der Minister zur Kommissionssitzung kommt?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, am Ende der Sitzung, das war geplant.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, da hat es die Abstimmung schon gegeben, also ein Ergebnis gegeben.

Dr. Heinrich Traumüller: Was man noch sagen muss: Der Minister – das war genau die Problematik! – kommt nicht in die Kommission. Das ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Daher muss das außerhalb vom Haus sein, also gleich in der Seilergasse. Dort geht er halt „rein zufällig“ spazierend vorbei.

Um möglichst wenig Aufsehen zu erregen, war das so geplant.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Minister wollte möglichst wenig Aufsehen erregen und ist dann eher zufällig vorbeigekommen?

Dr. Heinrich Traumüller: So ist es! Er ist spazieren gegangen, in der Innenstadt halt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Er ist spazieren gegangen und ist dann zufällig in die Kommission spaziert?

Haben Sie ihm ein Signal gegeben, dass er jetzt vorbeispazieren könnte? (*Dr. Traumüller: Natürlich!*) – Natürlich. Okay. Na gut.

Dann ist er also in die Kommission hineinspaziert. – Und was hat er dann dort gesagt? (*Dr. Traumüller: Hat was gesagt?*) – Er hat ja dann gleich mit Dr. Haider zu telefonieren angefangen.

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, bitte schön, wir waren wahnsinnig vorsichtig! Wir haben ja wirklich die notwendige – ob Staatsräson? – Fassade bis zum Extrem benützt. Wir haben ihm auf einen **Zettel** geschrieben, was er mit Haider reden darf.

Der Herr Bundesminister, der eh schon – gefährlich genug – im Anschluss an eine Kommission hinkommt, ist immer noch wahnsinnig gefährlich, wenn er anschließend ein politisches Gespräch führt. Daher war die Vorsichtsmaßnahme, in Gegenwart von mir dem Herrn Bundesminister einen **Zettel** in die Hand zu drücken und zu sagen: Bitte, der Herr Minister hat jetzt eine heikle Information erhalten, der kann einem Kärntner Landeshauptmann nicht erzählen, dass er jetzt praktisch in der Hand hat, wer es wird! Und dann haben wir ein Wortprotokoll angelegt, und ich habe streng dreingeschaut, und alle Juristen haben streng dreingeschaut, und dann kam es eben zu dem Gespräch. Und er hat wirklich nicht mehr gesagt an der Stelle.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum hat es der Minister jetzt in der Hand gehabt, wer es wird?

Dr. Heinrich Traumüller: Weil uns klar war, dass Kärnten jetzt sozusagen irgendwie einen Trumpf in der Hand hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja. – Und er hat dann mit dem Landeshauptmann Haider eine Einigung in die Richtung gefunden, dass es das Konsortium wird. – Ist das richtig?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, das glaube ich nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Nicht?*) – Das glaube ich wirklich nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Nicht?*) – Nein, wirklich nicht!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. Okay. Gut.

Und dann ist die Sitzung beendet worden, oder ist dann noch irgendetwas passiert?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann nicht ausschließen, dass nachher noch telefoniert wurde.

Selbst in Gegenwart von uns allen ist **wirklich** nur gesagt worden das, was auf dem **Zettel** draufgestanden ist. Das Motto war: Wir haben einen Bestbieter, und der wird ... Um Gottes willen, wir haben dann nicht gesagt: Jetzt entscheidet euch so oder so, denn dann wird es der Bestbieter! – Das hätten wir **wirklich** nicht gemacht! (*Abg. Dr. Pilz: Ja, ja! Okay!*) Das wirklich **nie!**

Daher haben wir ihm einen Zettel in die Hand gedrückt und sozusagen staatstragend ihn telefonieren lassen: Ich bin der Zeuge, der Minister!, und haben ihm nur gesagt: Ausschreibung zu Ende! Es gibt verschiedene Angebote!, und darunter ist eben herausgekletzelt worden der Preis, den er zahlen muss für die ESG, weil das der Höchstpreis ist.

Und **nur** diese Info, weil Kärnten im Spiel war. An der Stelle!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und da war die Frage: Wenn verzichtet wird, kriegt es der eine, und ...

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, das haben wir ihm aber nicht gesagt! Er hat es jedenfalls nicht an der Stelle erfahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Traumüller, eine letzte und abschließende Frage: Über dieses Limit 960 Millionen €, da waren von denen, die dann wirklich eine Rolle gespielt haben, Sie und der Finanzminister war informiert.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. Auch Staatssekretär Finz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, der hat aber dann keine sichtbare Rolle gespielt. Der hat im Verfahren nicht wirklich eine Rolle gespielt.

Aber von denen, die wirklich eine Rolle gespielt haben, waren Sie informiert und der Finanzminister.

Fällt Ihnen noch eine dritte Person ein – nicht Lehman oder irgendwer der Anwälte –, die eine Schlüsselrolle gespielt hat und über diese 960 Millionen informiert war? (*Dr. Traumüller: Nicht wirklich!*) – Nicht wirklich?

Dr. Heinrich Traumüller: Wen meinen Sie da?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich stoße auf Sie als das Sprachrohr des Ministers, auf den Minister selbst – aber auf keine dritte Person, die eine vergleichbare Rolle gespielt hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, das ist jetzt schön ausgedrückt. – Vielleicht aber ein Herr Oberleitner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat der Herr Oberleitner in den Verhandlungen eine Schlüsselrolle gespielt?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich glaube schon. (Abg. Dr. **Pilz:** Ja?) Ich glaube es.

Ja, ja, natürlich hat er es gewusst. Der René hat sich immer sehr schelmisch von mir entfernt, wenn ich halt staatstragend wieder da meinen Bürokratie-Sch runtergezogen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, okay. – Der Herr Oberleitner kommt auch noch dazu. Den werden wir auch noch befragen.

Okay. Ich habe keine weiteren Fragen. – Danke schön.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur ganz kurz, weil der Pilz das jetzt ausgeführt hat.

Und am Schluss war dann eben nur mehr die Frage: Was macht jetzt Kärnten mit dem Vorkaufsrecht?

Da sind ja auch Ihre Aufzeichnungen genannt worden: Gesamtentscheidung, außer Kärnten nützt das Vorkaufsrecht.

Ich lege Ihnen noch einmal die Vereinbarung vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Also es war alles schon unter Dach und Fach. Dier einzige Frage war: Was macht Kärnten jetzt mit dem Vorkaufsrecht? (Dr. **Traumüller:** Ja!)

Der entscheidende Punkt ist: Hätte Kärnten gesagt: Wir nutzen das Vorkaufsrecht!, wäre alles für die Fisch gewesen, weil dann ja die CA Immo den Zuschlag bekommen hätte – das ist schon im Ausschuss herausgearbeitet worden – und nicht die Lehman Brothers (*Zwischenrufe*) – Entschuldigung!, jetzt bin ich selber schon verwirrt –, und nicht die Immo Finanz.

Das ist auch im Rechnungshofbericht fünftausend Mal belegt.

An Kärnten ist es jetzt gelegen: Nutzen die das Vorkaufsrecht oder nicht? – **Das** war der seidene Faden! Das ist dort auch diskutiert worden.

Und der entscheidende Punkt ist – und das ist auch heute herausgearbeitet worden mit dem Vertreter von Lehman Brothers –, was ich Ihnen vorhin vorgehalten habe. Der Vertreter von Lehman Brothers hat hier unter Wahrheitspflicht das ausgesagt, was ich Ihnen vorgehalten habe, wo Sie im Jahr 2003 unterschrieben haben.

Und da steht dann auch hinten: „Mit der Bitte um Vorlage eines Berichtes für den Herrn Bundesminister ...“

Das hat man dem Herrn Bundesminister vorgelegt.

Und dieser Hinweis kam vom Lehman-Vertreter – Achtung! – im Jahr 2003: Das Land Kärnten – Achtung! – hat das Vorkaufsrecht gar nicht, ist rechtsungültig.

Und der Lehman-Vertreter hat gesagt: Wir haben das Finanzministerium darauf hingewiesen: – Achtung! – rechtsungültig! (Dr. **Traumüller:** Jetzt verstehe ich es erst!)

Das Finanzministerium hat geantwortet: Danke für die Info, aber ist uns egal, wir bleiben trotzdem bei der Vereinbarung, die wir mit Haider getroffen haben im Wissen, dass sie rechtsungültig ist!

Dr. Heinrich Traumüller: Na, das ist aber kühn gewesen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und ich halte Ihnen dazu vor auch einen Vermerk der Ermittlungsbehörden, die auch den Herrn Pfeifenberger damit konfrontiert haben. Zitat:

Am 17.6.2002, also eine Woche nach dem Grundsatzbeschluss der Privatisierung, 11.6.2002, wurde der formell ungültige, weil nicht notariell beglaubigte Vertrag über das Vorkaufsrecht für die ESG Villach errichtet. – Zitatende.

Dr. Heinrich Traumüller: Aber das bringt dann den Pfeifenberger in Schwierigkeiten, nicht?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das bringt eher den Grasser in Schwierigkeiten (*Dr. Traumüller: Ah so!*), denn das ist der entscheidende Punkt. – Der Pilz hat das eh herausgearbeitet.

Es war alles fixfertig. Es war klar: Immo Finanz wird es! Und das hat ein einziger gewusst, seit dem Jahr 2003 schon, seit im Jahr 2003 Lehman Brothers den Finanzminister darauf hingewiesen hat – Achtung! –: Dieser Vorverkaufsvertrag ist ungültig! (*Dr. Traumüller: Okay! Ich verstehe!*)

Der Grasser hat es gewusst. Der Grasser hat das gewusst seit 2003 und hat daher auch in diesen Junitagen – in diesen entscheidenden Tagen, die der Pilz ausgeführt hat, wo am Schluss nur mehr Kärnten im Weg stehen konnte, wenn es das Vorkaufsrecht nützt – gewusst, dass überhaupt nichts mehr passieren kann und dass das eine Granate ist, weil die Vereinbarung rechtsungültig ist.

Und damit war der Weg frei.

Grasser hat das gewusst: Wir haben alles erledigt, der Weg ist frei, das Vorkaufsrecht für Kärnten existiert nur auf dem Papier, es wird die Immofinanz! (*Dr. Traumüller: Ich verstehe! Ja!*)

Und damit war auch Kärnten beseitigt und die Sache war abgeschlossen.

Ich verweise darauf: Die Staatsanwaltschaft hat das festgestellt, Lehman Brothers hat das festgestellt, der Rechnungshofprüfer hat das festgestellt und sagt auch, das wäre im Fall des Falles ein Anfechtungsgrund gewesen.

Diese entscheidende Vereinbarung, die rechtsungültige, blättern Sie da einmal, Herr Traumüller, bitte, in dieser Vorlage vom 30. Juni 2003! Kennen Sie die? Die ist da drinnen. Kennen Sie die?

Dr. Heinrich Traumüller (*nach einem Blick in schriftliche Unterlagen*): Ich glaube, die habe ich einmal gesehen, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die haben Sie einmal gesehen?

Dr. Heinrich Traumüller: Das habe ich sicher in Händen gehabt, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann haben Sie die gesehen?

Dr. Heinrich Traumüller: Das ist schwierig. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen es nicht mehr?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich kann es schwer sagen, aber ich bin gern bereit, da jeden notwendigen Termin zu nennen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Na, passt. (*Zwischenruf.*)

Dr. Heinrich Traumüller: Kann ich nicht, eben, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich jetzt vielleicht daran erinnern, dass Sie im Jahr 2003 auch die Information hatten, dass der Vertrag mit dem Land Kärnten rechtsungültig ist.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe die Information nie gehabt!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber schauen Sie noch einmal auf das Deckblatt des Bundesministeriums!

Dr. Heinrich Traumüller: Ich weiß, das ist der Schmarr'n mit dem durchgelaufenen Akt, für den ich nichts kann, denn das haben die ... Ja, eher auch nicht. Der „arme“ Mantler hat mir das vorgeschrieben halt. (*Abg. Petzner: Wer? Der Mantler?*) – Ja, der ist ja der Verfasser.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, der Mantler hat das verfasst. (*Dr. Traumüller: Ja, genau!*) – Mantler, ist nicht unlogisch, dass genau der das ...

Dr. Heinrich Traumüller: Na, klar, denn über den sind die Aktenläufe gegangen. Damit ist natürlich eine Gefahr, dass das irgendwie publik wird.

Ich habe ja keinen Inhalt zur Kenntnis genommen. Ich habe das wirklich nicht angeschaut. Mich hat das nicht interessiert. Damals war mir nicht die Relevanz des Themas bewusst. Ich habe das abgezeichnet, und ab. Das ist auch wirklich in der Erinnerung nicht mehr da, denn das war viel von dem Material, was da gekommen ist. Da rennen ja tausend Akten durch in so einem Prozess. Die Beamtenschaft tut nichts anderes den ganzen Tag korrekterweise, als Akten zu produzieren. Man kommt mit dem Lesen nicht nach.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Ich komme eh schon zum Schluss. – Sie sagen, Sie haben das nicht angeschaut.

Ich lege Ihnen hier jetzt von diesem Akt, den Sie vorliegen haben, die letzte Seite vor und bitte Sie, die Zeilen vorzulesen, die ich jetzt markiert habe.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Da geht es jetzt um die Info – Achtung! –: Vorkaufsrecht ist nicht da.

Dr. Heinrich Traumüller: Wie meinen Sie?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Markierte, bitte.

Dr. Heinrich Traumüller: Also das: „Mit der Bitte um Vorlage eines Berichtes für den Herrn Bundesminister und

Antwortentwurf“.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das noch einmal lauter vorlesen, ich habe es akustisch nicht verstanden.

Dr. Heinrich Traumüller: „Mit der Bitte um Vorlage eines Berichtes“ –

das ist hier markiert –

„für den Herrn Bundesminister und

Antwortentwurf“.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, „für den Herrn Bundesminister“.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja. – „Präsidium“ – Präsidium BMF ist das offensichtlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, genau.

Dr. Heinrich Traumüller: Das muss Wallner oder wer – ah, Galee war's, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit Bericht „für den Herrn Bundesminister“.

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, das schickt die zuständige Ministerratsabteilung, glaube ich, „Präsidium“, „Abteilung 1“ – das war Ministerratsdienst – in der Sache Pfeifenberger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da geht es eben um diese Vereinbarung und den Hinweis: Achtung rechtsungültig!

Dr. Heinrich Traumüller: Die wollten – eben von wem?, von Mantler – von Mantler einen Bericht über die Geschichte, oder?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, und der schreibt – schauen Sie es in Ruhe an. (*Dr. Traumüller: Ja, das schaut so aus!*) – Genau darauf kommt es dann an.

Noch einmal abschließend zusammengefasst: Zum Schluss ist nur mehr das Land Kärnten im Weg, Grasser weiß aber, es kann nichts mehr passieren, weil er seit 2003 anhand dieses Aktes, den sie vorliegen hatten, wusste, es gibt gar kein rechtsgültiges Vorkaufsrecht: Haider kann machen, was er will, wenn alles schiefgeht, dann fechten wir es an!, wie das auch der Rechnungshofbeamte bestätigt hat. Und damit war für die Immofinanz die Sache gelaufen. – Danke. (*Dr. Traumüller: Danke, ja, damit hätten wir es, glaube ich, einigermaßen ...!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich komme nur ganz kurz auf die Angebotseröffnung am 4. Juni, erstes Angebot, in der Notariatskanzlei zu sprechen. Sie waren damals anwesend.

Was ist dann eigentlich mit den Angeboten selbst passiert? – Es hat der Vertreter von Lehman gesagt: Wir haben eine Kopie davon bekommen, denn wir mussten ja aus diesen Angeboten diese Information für den 7. aufarbeiten (*Dr. Traumüller: Eben, für den Jour Fixe aufbereiten! Ist korrekt, ja!*), für den Jour Fixe aufbereiten.

Sie sind allein in dieser Notariatskanzlei gewesen?

Dr. Heinrich Traumüller: Nein, da war sicher Krieger dabei. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Wer?*) – Krieger, der gerade hier war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha, gut. Also es war ein direkter Vertreter von Lehman dabei?

Dr. Heinrich Traumüller: Mantler war nicht dabei, glaube ich, in der Situation.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wissen Sie noch, ist in der Notariatskanzlei gleich direkt eine Kopie angefertigt worden, oder waren die Angebote in mehrfacher Ausfertigung, das gibt es ja auch, dass man die Angebote mehrfach abgeben muss, sodass man dort dem Vertreter von Lehman das gleich in die Hand ...

Dr. Heinrich Traumüller: Das habe ich leider nicht gesehen. Ich habe nur gesehen, wie die an uns vorbeischweben. Wir sind im Vorzimmer gesessen und waren gespannt, wie die ausschauen, aber wir haben sie nicht wirklich in die Hand gekriegt. Die hat der Notar genommen und geöffnet und hat einige Zeit gebraucht, bis er das sozusagen fertig hatte, und hat uns ein bisschen später erst dazugerufen, glaube ich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und hat dann entsprechende Vermerke draufgemacht, die er dann wahrscheinlich mit seinem Stempel versehen hat (*Dr. Traumüller: Ja, genau, den üblichen bürokratischen Ablauf ...!*), dass eben die Urkundsperson das genau ...

Dr. Heinrich Traumüller: Genau, das hat er. Dann ist eine Verlesung gekommen, glaube ich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja. Und dann haben Sie irgendwann einmal das Papier in die Hand bekommen, oder hat das der Notar direkt ans Ministerium geschickt?

Dr. Heinrich Traumüller: Ich habe es nie in die Hand gekriegt, die haben sehr staatstragend agiert. Ich habe es nie gesehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie nehmen eher an, dass das Notariat das dann in irgendeiner Form ans Ministerium zugestellt hat.

Dr. Heinrich Traumüller: Ach so? – Ich kann mich ziemlich sicher erinnern, dass Krieger ein Exemplar in die Hand genommen hat. (*Abg. Dr. Pilz: Kollege Rosenkranz, das war eindeutig an Lehman, niemals ans Ministerium!*) – Na eben, weil der ganze Prozess ... (*Abg. Dr. Pilz: Nur Lehman!*) – Genau, Pilz hat recht, Herr **Abgeordneter** Pilz, Entschuldigung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mich würde interessieren, ob Lehman das direkt dort in die Hand bekommen hat?

Dr. Heinrich Traumüller: Ja, ich glaube schon. Das war der übliche Weg. Die Geschichten sind immer zu Lehman marschiert, weil Lehman im Hintergrund die Auswertung und alles Mögliche gemacht hat. Das ist auch der Grund, warum natürlich die ganzen Dokumentationen in London sind, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mir geht es nur darum, dass ich immer die Personen eingrenze, die von den 922 Millionen und 960 Millionen gewusst haben.

Dr. Heinrich Traumüller: Ich verstehe schon, den Hintergrund. Aber im Prinzip Lehman. Das ist nie ins Ministerium gekommen, Gott sei Dank, das wäre ein Wahnsinn gewesen, dann hätten wir den Skandal zum Hunderttausendfachen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, aber das ist ja das Schöne, dass man ja Lehman vorher brauchte, damit man es dann auch entsprechend bekommen konnte. Da greift ja ein Rädchen ins andere.

Dr. Heinrich Traumüller: Okay, ist schon klar.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Dr. Heinrich Traumüller** und verabschiedet diese.
18.04

Obfrau Dr. Gabriela Moser erinnert an den heutigen Ladungsbeschluss und erklärt die 25. Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr